

# Lagebild Rechtsextremismus

Stand: März 2025





<b>Einleitung .....</b>	<b>10</b>
Aktuelle Lage - Kernbotschaften.....	10
Aufgaben der Sicherheitsbehörde .....	11
Ideologie .....	11
Varianten des Rechtsextremismus .....	12
Verschörungserzählungen .....	13
<b>Strukturen im Wandel .....</b>	<b>16</b>
Kernbotschaften .....	16
1. Grunddaten .....	17
Rechtsextremistisches Personenpotenzial (seit 2014) .....	17
2. Der rechtsextremistische Eisberg: Erhöhte Sichtbarkeit .....	17
3. Jugend und Rechtsextremismus .....	18
4. Rechtsextremistische Subkultur: Zwischen Twentours und Seniorenpass.....	19
5. Frauen im Rechtsextremismus: Ideologie unter Realitätsdruck.....	19
6. Neonaziszene: Flucht in die Parteien.....	20
7. „Verflüssigung“ durch Virtualisierung der rechtsextremistischen Organisationsstrukturen.....	21
8. Transnationalisierung des Rechtsextremismus: Weltoffene Nationalisten? .....	21
9. Prognose.....	23
<b>Entgrenzung .....</b>	<b>24</b>
Kernbotschaften .....	24
1. Phänomen.....	24
Strategien der Entgrenzung: Türöffnerthemen .....	25
2. Neue Rechte .....	25
Strategien der Entgrenzung: Selbstverharmlosung .....	26
Die neurechte Jugendstruktur: Identitäre Bewegung und Nachfolger.....	28

3. Rechtsextremistische Personenzusammenschlüsse in der und für die AfD .....	30
Der völkisch-nationalistische Personenzusammenschluss innerhalb der AfD, ehemals 'Flügel' .....	30
Die Junge Alternative Nordrhein-Westfalen.....	31
4. Kampagnenthema Remigration .....	34
5. Rechtsextremistische Mischszene .....	36
6. Extremistische „Verwandtschaften“ .....	38
„Reichsbürger und Selbstverwalter“ .....	38
„Verfassungsschutzrelevante Delegitimierer“ .....	39
7. Prognose .....	40
<b>Radikalisierung .....</b>	<b>42</b>
Kernbotschaften .....	42
1. Phänomen .....	42
2. Nationalsozialistisch orientierte Rechtsextremisten .....	42
NS-orientierte Organisationen .....	45
NS-orientierte Nachwuchsorganisationen .....	46
Lokale Gravitationszentren.....	47
3. Kampfsport .....	48
4. Widerstands- und Bürgerkriegsdiskurs .....	49
Die rechtsextremistische Erzählung vom „Tag X“ .....	51
5. Gewalt .....	53
Psychische Gewalt: Einschüchterung und Bedrohung .....	53
Physische Gewalt.....	53
Rechtsterrorismus.....	54
6. Ausreisen in Kriegsgebiete .....	56
7. Prognose .....	57

<b>Digitalisierung</b> .....	<b>58</b>
Kernbotschaften .....	58
1. Phänomen.....	58
2. Vergrößerung der Reichweite.....	59
Virale Verbreitung von Kurzvideos - die TikTokisierung der Propaganda.....	59
YouTube-Projekte.....	60
Rechtsextremistische Podcasts: Geht ins Ohr. Bleibt im Kopf. ....	61
Rechtsextremistische Influencer .....	61
KI: Ein Upgrade für die rechtsextremistische Propaganda .....	62
Plattformwechsel - Rechtsextremisten als digitale Migranten .....	64
3. Organisation 2.0 .....	65
Rekrutierung - die digitalen Gravitationsfelder.....	65
Finanzierung: Von der Sammelbüchse zur Kryptowährung.....	66
Rechtsextremistische Medienkompetenz.....	66
4. Online-Radikalisierung .....	67
Die Terrorgram-Szene .....	67
Entstehung, Entwicklung und Verbreitung der Terrorgram-Szene in Deutschland.....	68
Gefahrenpotenzial der Terrorgram-Szene .....	68
5. Prognosen .....	69
<b>Erlebnisswelt</b> .....	<b>72</b>
Kernbotschaften .....	72
1. Rechtsextremismus – eine „Erlebnisswelt“? .....	72
Typen und Dimensionen der Erlebnisswelt .....	73
Erlebnisswelt als Strategie.....	74
2. Modernisierung der Symbolik und Ästhetik.....	76
3. Musik.....	77
Zahlen und Beispiele .....	77

Beispiele für Musikveranstaltungen in Nordrhein-Westfalen.....	78
Deutsche Bands im Ausland.....	80
Bandprofile relevanter Musikgruppen aus Nordrhein-Westfalen.....	80
Division Germania.....	80
Oidoxie.....	81
Sleipnir.....	81
Smart Violence.....	81
Sturmwehr.....	81
Neuer Deutscher Standard (NDS).....	81
4. Gaming.....	82
5. Prognose.....	83
<b>Maßnahmen.....</b>	<b>84</b>
Kernbotschaften.....	84
1. Sicherheitsbehördliche Organisation und Zusammenarbeit.....	84
GETZ Bund.....	84
GETZ NRW.....	85
Intensivierung der Beobachtung des Rechtsextremismus durch den Verfassungsschutz NRW.....	85
2. Gefahrenabwehr und Strafverfolgung.....	85
Waffenrechtliche Maßnahmen.....	86
Initiierung ausreiseverhindernder Maßnahmen.....	87
3. Vereinsrechtliche Verbote.....	87
4. Parteienrechtliche Maßnahmen.....	88
5. Prävention.....	89
Primärprävention durch den Verfassungsschutz.....	89
PRISMA – Aussteigergespräche zeigen Lebenswege, Motive und Gefahren.....	89
Sekundäre Prävention – VIR-Programm.....	89

Tertiäre Prävention – Aussteigerprogramm .....	90
Fallzahlen Spurwechsel .....	90
Polizeiliche Präventionsmaßnahmen .....	91
Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (LKA NRW) .....	91
Radicalisation Awareness Network (RAN) .....	91
Kreispolizeibehörden in Nordrhein-Westfalen .....	91
Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) .....	92
Weitere Projekte und Netzwerke Kommunen gegen Extremismus .....	92
IMAG und Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus .....	92
CoRE NRW – Connecting Research on Extremism in North Rhine-Westphalia .....	93
Fachworkshop zu Rechtsextremismus und Gaming .....	93
Spielerische Prävention – „Leons Identität“ .....	93
Breitgefächerte Kooperation .....	94
6. Verhinderung von rechtsextremistischen Mitarbeitern in Sicherheitsbehörden .....	94
Zahlen zu Nordrhein-Westfalen aus dem Bundeslagebericht .....	94
Maßnahmen zur Verhinderung von Rechtsextremisten in Sicherheitsbehörden .....	95
Auswahlverfahren und Ausbildung .....	95
Fortbildung und berufsbegleitende Maßnahmen .....	95
Organisation und Führung .....	96
Weiterführung .....	96
7. Prognose .....	96
<b>Zeitleiste .....</b>	<b>98</b>

### **Kennzeichnung**

Strukturen und Organisationen, deren Verfassungsfeindlichkeit bereits erwiesen ist, werden im Folgenden im Fettdruck gekennzeichnet. Soweit die Verfassungsfeindlichkeit zwar noch nicht erwiesen ist, aber hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte einen Verdacht auf verfassungsfeindliche Bestrebungen begründen, werden die betroffenen Organisationen in Kursivdruck gesetzt.

Beispiel: **Partei X**, *Partei Y*

## Einleitung

### Aktuelle Lage - Kernbotschaften

Die Herausforderungen und Krisen im vergangenen Jahrzehnt haben viele Bürgerinnen und Bürger verunsichert und staatlichen Akteuren die Grenzen ihrer Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt. Rechtsextremisten haben wiederkehrend versucht, diese Situationen zu instrumentalisieren, um Ängste vor Bevölkerungsgruppen zu schüren und Vertrauen in demokratische Entscheidungsprozesse zu untergraben.

Trotz aller Unterschiede zwischen verschiedenen rechtsextremistischen Gruppierungen ist es weitgehender Konsens in der Szene, Flüchtlinge und Muslime als „Sündenbock“ vieler relevanter Probleme und letztlich als Feindbild darzustellen. Aber auch Vertreter des demokratischen Systems, vom Bundesminister bis zum ehrenamtlichen Lokalpolitiker, feindeten Rechtsextremisten vermehrt als „Volksverräter“ an.

Die Intensität der Feindschaft von Rechtsextremisten variiert. Sie reicht davon, bestimmte Bevölkerungsgruppen mittels Propaganda zu dämonisieren, über die verbale Einschüchterung bis hin zur Ausübung von Gewalt. Letzteres gipfelt in der Gründung von rechtsterroristischen Gruppierungen und schweren Attentaten.

Ein Teil des Rechtsextremismus versucht, die öffentliche Stigmatisierung des Rechtsextremismus aufzubrechen, was hier als Prozess der „Entgrenzung“ bezeichnet wird. Dieser Prozess zielt darauf ab, fremdenfeindliche und autoritäre Argumente im politischen Diskurs zu normalisieren und damit anschlussfähig für breitere Teile der Gesellschaft zu machen. Teilweise gelingt dieses Vorhaben. So nehmen *rechtsextremistische Personenzusammenschlüsse* in der und für die *AfD* Einfluss auf eine der größten Parteien in Nordrhein-Westfalen.

Andere Gruppierungen, wie die **Identitäre Bewegung** und die regionale Nachfolgeorganisation **Revolte Rheinland**, Ende 2024 selbst aufgelöst, versuchen durch mediengerecht inszenierte Aktionen öffentliche Aufmerksamkeit zu bekommen und verbreiten ihre rechtsextremistische Agitation, insbesondere für die Zielgruppe Jugendliche und junge Erwachsene entsprechend aufbereitet in den Sozialen Medien.

Ein anderer Teil hingegen steht in offener Feindschaft der liberalen Demokratie gegenüber. Er zielt nicht auf den Mainstream der Gesellschaft, sondern

setzt bewusst auf Abgrenzung. Statt den „Marsch durch die Institutionen“ anzutreten, möchte man das politische System offensiv bekämpfen. Der damit einhergehende Prozess des zunehmenden Freund-Feind-Denkens wird hier als Prozess der Radikalisierung bezeichnet. Diese Radikalisierung zeigt sich ideologisch in der Befürwortung des historischen Nationalsozialismus. So heißt eine Szenezeitschrift bezeichnenderweise **N.S. Heute**.

Zudem schlägt sich die Radikalisierung in einer Widerstands- und Bürgerkriegsrhetorik nieder, die der freiheitlichen demokratischen Grundordnung die Legitimation abspricht und damit den Kampf dagegen begründen möchte. Insbesondere dämonisiert diese Rhetorik bestimmte gesellschaftliche Gruppen, die Rechtsextremisten als Feindbild gelten, und stachelt so zu Gewalttaten auf. Teile dieser radikalisierten Szene fabulieren von einem „Tag X“, einem Zusammenbruch des Systems. Während manche sich solch einen Tag nur erhoffen und sich mit Prepping-Maßnahmen darauf vorbereiten, stellen einige auch konkrete Planungen an, einen solchen aktiv herbeizuführen.

Ein dritter maßgeblicher Prozess ist die Digitalisierung des Rechtsextremismus. Durch das überall und jederzeit verfügbare Internet wandelt sich die Struktur der Öffentlichkeit tiefgreifend. Um sich in Gruppen zusammenzufinden, um Propaganda zu betreiben, um sich ideologisch zu radikalieren und auch um Straftaten zu begehen, benötigen Rechtsextremisten nur noch ein Smartphone. Hinzu kommt, dass Rechtsextremisten über das Internet eine größere Öffentlichkeit erreichen können als durch klassische Medien oder Veranstaltungen. Insofern hat der Rechtsextremismus durch die Digitalisierung enorm an Handlungsmöglichkeiten hinzugewonnen.

Die Angebote des Rechtsextremismus, die sich gezielt an Jugendliche und junge Erwachsene richten, haben sich ausdifferenziert und in ihren Erscheinungsformen modernisiert. Junge Menschen sind seit Langem eine zentrale Zielgruppe unterschiedlicher rechtsextremistischer Strömungen. Angebote, die möglichst passgenau auf junge Menschen ausgerichtet sind, setzen darauf, rechtsextremistische Inhalte mit Gemeinschaftserleben, Freizeitgestaltung und Lifestyle zu verbinden. Die Summe dieser Angebote kann als Erlebniswelt Rechtsextremismus bezeichnet werden. In dieser Erlebniswelt sammeln sich inzwischen viele Stile; optische Elemente aus zeitgenössischen Jugendkulturen werden aufgegriffen. Insgesamt soll das Gesamtbild zeitgemäß und unangepasst wirken, der menschenverach-

tende Charakter ist geblieben, aber weniger offen erkennbar.

Die gegenwärtige Gefahr des Rechtsextremismus für die Demokratie in Deutschland besteht darin, dass die Entgrenzung, die Virtualisierung und die Radikalisierung zusammenwirken und sich gegenseitig verstärken. Insofern trifft das Diktum „Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile“ auf den gegenwärtigen Rechtsextremismus zu.

### Aufgaben der Sicherheitsbehörden

Der Verfassungsschutz hat den Zweck, die freiheitliche demokratische Grundordnung sowie die innere Sicherheit und den Bestand der Bundesrepublik Deutschland und des Landes zu schützen. Seine Aufgaben bestehen darin, extremistische Bestrebungen, das heißt verfassungsfeindliche Bestrebungen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten, auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind, zu erkennen, aufzuklären und abzuwehren.

Dabei agiert der Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen im Verbund mit den Verfassungsschutzbehörden der anderen Länder und dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), das eine koordinierende Zentralstellenfunktion einnimmt.

Der Verfassungsschutz erfüllt seine Aufgabe, indem er Informationen über rechtsextremistische Bestrebungen beschafft, sie systematisch zusammenstellt, erfasst und auswertet, was eine Analyse und Bewertung einschließt. Als Frühwarnsystem der Demokratie erkennt der Verfassungsschutz rechtsextremistische Bestrebungen, beobachtet ihre Entwicklungen und informiert die Öffentlichkeit, die Politik und andere Behörden, um Entwicklungen, die den inneren Frieden und das friedliche Zusammenleben in unserer pluralistischen Gesellschaft gefährden, zu verhindern. Der Verfassungsschutz entwickelt Maßnahmen der Rechtsextremismusprävention und setzt sie um, dazu zählt das seit mehr als 20 Jahren bestehende Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten („Spurwechsel“). Darüber hinaus wird er schon im Vorfeld konkreter Gefahren oder Straftaten tätig und übermittelt unter Einhaltung gesetzlicher Vorgaben Informationen und Analysen an die Strafverfolgungsbehörden.

### Ideologie

Der Begriff des Rechtsextremismus findet in der politischen Debatte, den Medien, der Wissenschaft und dem Verfassungsschutz Verwendung. Er wird als Sammelbegriff genutzt, um inhumane und demokratiefeindliche Ideen, Einstellungen, Verhaltensweisen und Organisationen zu bezeichnen, die politisch rechtsgerichtet sind. Darüber hinaus variiert aber das Begriffsverständnis.

Die Verfassungsschutzbehörden haben den gesetzlichen Auftrag, Bestrebungen zu beobachten, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Als Kern dieser Grundordnung hat das Bundesverfassungsgericht die Menschenwürde, das Demokratieprinzip und das Rechtsstaatsprinzip ausgemacht. Auch wenn der Rechtsextremismus in Deutschland kein ideologisch einheitliches Phänomen darstellt, sind seine wesentlichen Ideologieelemente mit diesem Kern unvereinbar und zielen auf seine Abschaffung ab.

Wesentliche Elemente rechtsextremistischer Überzeugung sind die Ablehnung des Gleichheitsprinzips der Menschen und die damit verknüpfte Überbewertung von deren ethnischer Zuordnung. Rechtsextremisten vertreten die Auffassung, dass die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder angeblichen „Rasse“, aber auch die eigene kulturelle Herkunft maßgeblich über den „Wert“ eines Menschen entscheiden. Die Stilisierung der eigenen „deutschen“ Herkunft, die stets als höherrangig betrachtet wird, findet ihre Entsprechung in der reflexartigen Abwertung „nicht deutscher“ Individuen. Mit der propagierten Minderwertigkeit aller vermeintlich „Fremden“ begründen Rechtsextremisten dann auch deren Ungleichbehandlung und gestehen ihnen deshalb weniger Rechte als „den Deutschen“ zu. Dieses rechtsextremistische Werteverständnis steht in einem fundamentalen Widerspruch zum Grundgesetz, das die Würde des Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Neben diesen vorherrschenden Ideologieelementen verbindet Rechtsextremisten in aller Regel ihr autoritäres und identitäres Staatsverständnis. Danach verschmelzen Staat und Volk im Sinne einer angeblich „natürlichen Ordnung“ zu einer Einheit. Diese Vorstellung von Staat, Nation und Gesellschaft basiert auf einem sogenannten völkischen Kollektivismus: Demgemäß hat das Individuum mit seinen Rechten hinter den Belangen der Gemeinschaft zurückzustehen. Der Ideologie der „Volksgemeinschaft“ und dem „Führerprinzip“ folgend handelt

der politische Führer auf Regierungsebene quasi intuitiv nach dem vermeintlich einheitlichen Willen des Volkes. In einem rechtsextremistisch geprägten Staat würden somit wesentliche Kontrollelemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung entfallen, beispielsweise das Recht des Volkes, die Staatsgewalt durch Wahlen auszuüben oder aber das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition.

Neben der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit gegenüber „Fremden“ im Allgemeinen bilden der offen oder verbrämt geäußerte Antisemitismus sowie der Geschichtsrevisionismus wichtige Ideologieelemente für die überwiegende Mehrheit deutscher Rechtsextremisten. Viele von ihnen verharmlosen oder verherrlichen gar den historischen Nationalsozialismus. Letztgenanntes gilt insbesondere für Neonazis, die das NS-Regime als Vorbild heranziehen.

## Varianten des Rechtsextremismus

Die rechtsextremistische Ideologie schlägt sich in verschiedenen Organisationen und Szenen nieder. Deshalb gibt es verschiedene Typologien, um einen Überblick über dieses vielfältige Phänomen zu gewinnen. So lassen sich Varianten des Rechtsextremismus nach den Handlungsfeldern unterscheiden. Dabei kann es durchaus sein, dass einige Organisationen und Gruppierungen in mehreren Handlungsfeldern zugleich aktiv sind.

Der parlamentsorientierte Rechtsextremismus versucht Wählerstimmen zu gewinnen, um über die parlamentarische Arbeit Einfluss zu erlangen. Dies geschieht als Partei und als Wählervereinigung, die sich nur an Kommunalwahlen beteiligt. In Nordrhein-Westfalen sind dies **Die Heimat** (bis Juni 2023 **NPD**), **Die Rechte**, **Der III. Weg** und **Aufbruch Leverkusen e.V.**. Eine Besonderheit ist die *Junge Alternative Nordrhein-Westfalen (JA NRW)*. Sie will sich nicht unmittelbar parlamentarisch einbringen, sondern als Jugendorganisation der AfD NRW Einfluss auf die „Mutterpartei“ und deren parlamentarische Agieren nehmen.

Der aktionsorientierte Rechtsextremismus zeichnet sich dadurch aus, mit Aktionen Präsenz im öffentlichen Raum zu zeigen. Dies geschieht durch Demonstrationen, Veranstaltungen und Provokationen, wie Banneraktionen oder Graffiti. Insbesondere die **Neonaziszene**, die **rechtsextremistische Mischszene** und die **Identitäre**

**Bewegung** sowie ihre Ableger sind in diesem Handlungsfeld aktiv. Aber auch **Der III. Weg** führt jährlich das Partefest „Tag der Heimmattreue“ in Nordrhein-Westfalen durch. Außerdem haben Kreisverbände von **Die Rechte** in den vergangenen Jahren sogenannte „Heldengedenken“, die rechtsextremistische Version des Volkstrauertages, veranstaltet.

Den **subkulturellen Rechtsextremismus** charakterisiert die bewusste Distanzierung zum gesellschaftlichen Mainstream. Deren Veranstaltungen richten sich häufig nur an die eigene Subkultur. Dies gilt in hohem Maße für die rechtsextremistische Musikszene. In Nordrhein-Westfalen richten beispielsweise die **Mindener Jungs** seit vielen Jahren konspirativ organisierte Konzerte aus. Überschneidungen zur rechtsextremistischen Musikszene weist die rechtsextremistische Skinhead-Szene auf. Letztere ist gekennzeichnet durch eine hohe Gewaltbereitschaft. Ein Beispiel dafür ist die aus Dortmund stammende rechtsextremistische Band **Oidoxie**, deren Wurzeln in der rechtsextremistischen Skinhead-Szene liegen und die in ihren Songs oftmals Gewalt verherrlicht. Die Subkultur weist nur einen geringen Organisationsgrad auf. Die wenigen fest strukturierten Organisationen, die auch über Teilstrukturen in Nordrhein-Westfalen verfügten, wurden in den vergangenen Jahren überwiegend verboten: **Blood & Honour** (Verbot 2000), **Combat 18** (Verbot 2020), **Hammerskins** (Verbot 2023).

Der diskursorientierte Rechtsextremismus möchte Einfluss auf gesellschaftliche Debatten nehmen, um rechtsextremistische Positionen zu verbreiten. Klassischerweise nutzt er dafür Zeitschriften, Verlage, Vortragsveranstaltungen oder Gesprächskreise. In Nordrhein-Westfalen zählen dazu die Zeitschrift **Unabhängige Nachrichten**, der **Sturmzeichen Verlag**, das **Krefelder Forum** und der *Alternative Kulturkongress* als Teil des *völkisch-nationalistischen Personenzusammenschlusses in der AfD, ehemals Flügel*. Ebenso ist die *JA NRW* in diesem Handlungsfeld aktiv und veranstaltet wiederkehrend Vortragsveranstaltungen mit Vordenkern der Neuen Rechten. Während die klassischen Verbreitungswege nur über eine sehr begrenzte Reichweite verfügten, haben die Sozialen Medien zu einem enormen Bedeutungsgewinn des diskursorientierten Rechtsextremismus geführt. So erzielen rechtsextremistische Influencer auf Tiktok, Instagram und Youtube eine hohe Reichweite. Dem in Ostwestfalen-Lippe lebenden Tim Kellner beispielsweise folgen auf seinem YouTube-Kanal über 550.000 Abonnenten.

Der gewaltorientierte Rechtsextremismus versucht mit Gewalt seine menschenverachtende Ideologie durchzusetzen. Dies bezieht sich zum einen auf situativ begangene Gewalttaten, bei denen Menschen angegriffen werden, die zu Bevölkerungsgruppen gehören, die als rechtsextremistisches Feindbild gelten. Zum anderen umfasst dies langfristig geplante Anschläge, die von terroristischen Vereinigungen oder allein handelnden Tätern systematisch vorbereitet werden. Beispielsweise kamen drei der elf Verurteilten der 2023 als terroristische Vereinigung verurteilten **Gruppe S.** aus Nordrhein-Westfalen. Von den vier Rädelsführern der 2017 als terroristische Vereinigung verurteilten **Oldschool Society** stammte einer aus dem Ruhrgebiet. 2016 verurteilte das Oberlandesgericht Düsseldorf einen Rechtsextremisten wegen versuchten Mordes, der 2015 die damalige Kölner Oberbürgermeisterkandidatin mit einem Messer angriff und damit ein Fanal gegen die Flüchtlingspolitik setzen wollte.

Eine weitere Typologie unterscheidet die ideologischen Varianten im Rechtsextremismus. Demnach orientiert sich eine Strömung im Rechtsextremismus am historischen Nationalsozialismus und zielt darauf ab, ein Viertes Deutsches Reich zu errichten. Dazu bezieht man sich auf Adolf Hitlers „Mein Kampf“ oder stellt sich in die Tradition nationalsozialistischer Organisationen, zum Beispiel die SS oder SA. Ein offenkundiges Beispiel für diese Strömung ist die Zeitschrift **N.S. Heute** (für: **Nationaler Sozialismus Heute**), die in Dortmund herausgegeben wird. Auch die Kleinstpartei **Arminius-Bund des deutschen Volkes** die zwischen 2013 und 2017 auftrat und inzwischen aufgelöst ist, deren Parteisitz in Düren lag, übernahm in ihrem Parteiprogramm wortwörtlich Teile des 25 Punkte Programms der NSDAP. Hinsichtlich der **NPD**, inzwischen umbenannt in **Die Heimat**, stellte das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 17. Januar 2017 fest, dass die Partei „wesensverwandt“ mit der NSDAP sei. Ebenso greifen die in Nordrhein-Westfalen aktiven Parteien **Die Rechte** und **Der III. Weg** die nationalsozialistische Ideologie auf. Von den letztgenannten Parteien sind die Mitglieder der Neonaziszene zuzurechnen, die sich offensiv in die Tradition des NS-Regimes stellt.

Demgegenüber grenzt sich die rechtsextremistische Strömung der „Neuen Rechten“ von der von ihr so bezeichneten „Alten Rechten“, deren NS-Orientierung und offener Gewaltbefürwortung ab. Gleichwohl will die Neue Rechte ebenfalls die freiheitliche demokratische Grundordnung überwinden. Ideologisch bezieht sie sich auf die sogenannte Konservative

Revolution. Darunter versteht die Neue Rechte eine Reihe von Publizisten, Juristen, Philosophen der 1920er Jahre, die damals gegen die junge Weimarer Republik Stimmung machten, Demokratie und Liberalismus bekämpften und stattdessen für völkische und autoritäre Vorstellungen eintraten. Insofern können die betreffenden Akteure als geistige Wegbereiter des Nationalsozialismus verstanden werden. In Nordrhein-Westfalen sind die wichtigsten Vertreter der Neuen Rechten die **Identitäre Bewegung** und die **JA NRW**.

Als dritte Strömung zeichnet sich verstärkt ein eklektischer Rechtsextremismus ab. Damit ist gemeint, dass zunehmend keine geschlossene rechtsextremistische Ideologie mehr vertreten wird, sondern vielmehr typische rechtsextremistische Feindbilder individuell kombiniert werden. Insofern handelt es sich um ein Patchwork von politischen Vorstellungen, dem nur noch eine „dünne“ Ideologie zugrunde liegt. Die Verbreitung von Sozialen Medien hat diese Entwicklung begünstigt. Schwerpunktmäßig ist diese Entwicklung bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen festzustellen. Ein Beispiel dafür ist der aus OWL stammende Influencer „Aktivist Mann“. Ebenso lässt sich die **rechtsextremistische Mischszene** überwiegend dieser Strömung zuordnen.

## Verschwörungserzählungen

Verschwörungserzählungen bilden einen wesentlichen Bestandteil rechtsextremistischen Denkens. Sie behaupten die Existenz einer Verschwörung. Hierbei handelt es sich in der Regel um die Konstruktion einer Konflikt- und Bedrohungslage, in der eine Minderheit eine Mehrheit vorgeblich unterdrückt, ausbeutet und/oder in ihrer Existenz oder Identität bedroht. Zumeist entstehen Verschwörungserzählungen als Reaktion auf gesellschaftliche und ökonomische Umbrüche. Sie geben ihren Anhängern das Gefühl einen vermeintlichen oder tatsächlich erlebten Kontrollverlust zu überwinden, delegieren Verantwortung auf andere Akteure und reduzieren komplexe Realitäten auf einfache Wirkungsursachen. Das zugrundeliegende dualistische Weltbild kennt nur „Richtig und Falsch“ beziehungsweise „Gut und Böse“. Das damit einhergehende Misstrauen gegenüber Mitmenschen und staatlichen Institutionen leistet menschenverachtenden und antidemokratischen Einstellungen Vorschub und ist an das im Rechtsextremismus verbreitete Freund-Feind-Denken anschlussfähig.

Zudem fördern Verschwörungserzählungen die Tendenz, sich selbst oder die eigene Gruppe vom Rest der Gesellschaft abzusondern. Denn wer glaubt, nur er oder sie selbst habe verstanden, wie die Welt funktioniert und alle anderen seien Teil einer Verschwörung oder naive Opfer, wird keinen Diskurs um die Erzielung eines gesellschaftlichen oder politischen Konsenses führen. Dies unterstützt zugleich bei den Anhängern von Verschwörungserzählungen die Ansicht, Teil einer wahren Elite zu sein – eine Ansicht, die unter Rechtsextremisten verbreitet ist.

Vier Verschwörungserzählungen spielen im Rechtsextremismus eine hervorgehobene Rolle. Die völkische antisemitische Verschwörungserzählung behauptet seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland eine Unterwanderung eines vermeintlich reinblütigen Volkskörpers durch Juden. Im Nationalsozialismus zählte dies zum ideologischen Kern und gab dessen Anhängern eine Rechtfertigung zur Diskriminierung bis hin zur Vernichtung von Juden. Die antisemitische Verschwörungserzählung gründet in der Annahme, es gebe einen geheimen Plan, eine jüdische Weltherrschaft zu errichten. Ein dazu immer wieder angeführter angeblicher Beleg sind die gefälschten „Protokolle der Weisen von Zion“. Dort wird eine vermeintliche Zusammenkunft dargestellt, in der Pläne und Ziele vergleichsweise detailliert beschrieben werden. Hierbei handelt es um eine Fälschung des russischen Geheimdienstes um 1900. Der Nationalsozialismus hat seine Vernichtungspolitik auch mit Verweisen auf diesen Text begründet. Die sogenannten „Protokolle“ werden weiterhin verbreitet und als vermeintliche Quelle angeführt.

Eine im vergangenen Jahrzehnt wirkungsmächtige Verschwörungserzählung ist der sogenannte „Große Austausch“. Diesen entwickelte 2011 der französische Schriftsteller Renaud Camus. Seit 2015 verbreitet unter anderem die **Identitäre Bewegung** in Deutschland diese Erzählung. Im Kern wird behauptet, die europäischen Regierungen planten die Ersetzung der Bevölkerungen ihrer Staaten durch Migranten - vornehmlich aus dem Nahen Osten. Es gibt auch die Variante, dass dies mit einer angeblich geplanten Islamisierung Europas einhergehen solle. Bei dieser Verschwörungserzählung handelt es sich um die Abwandlung der aus dem 19. Jahrhundert stammenden antisemitischen Erzählung, dass das „Germanentum“ durch die Juden unterwandert werde. Sie wurde von einer Angst um die Wahrung einer vermeintlichen Rassenreinheit gespeist. Die Erzählung des sogenannten Großen Austauschs ist der rechtsextremistische Versuch,

die verstärkte Migration aus dem Nahen Osten nach Europa als Bedrohungsszenario darzustellen. Man stilisiert die einheimische Bevölkerung pauschal als Opfer und versucht somit, die Verbreitung von fremdenfeindlichen und islamfeindlichen Positionen zu rechtfertigen. Zugleich unterstellt man der politischen Elite böse Absichten, weil diese die Bedrohung der einheimischen Bevölkerung wissentlich herbeiführe. Insofern dient die Erzählung auch dazu, das demokratische System zu delegitimieren.

Im Zuge der Corona-Pandemie verbreiteten Rechtsextremisten die Verschwörungserzählung des „Great Reset“. Ausgangspunkt ist das vom Gründer und geschäftsführenden Vorsitzenden des Weltwirtschaftsforums, Klaus Schwab, 2020 veröffentlichte Buch „COVID-19: Der große Umbruch“. Darin wird die Situation unmittelbar nach Ausbruch der Pandemie analysiert. Zudem werden Vorschläge für eine Neugestaltung der Weltwirtschaft unterbreitet. So stellt Schwab Überlegungen an, welche Veränderungen durch Corona positiv angestoßen bzw. befördert werden könnten. In der rechtsextremistischen Erzählung wurde dies aufgegriffen und behauptet, die Corona-Pandemie sei von den Eliten, die sich auf dem Weltwirtschaftsforum versammeln, genutzt worden, bereits bestehende Pläne zur Abschaffung von Freiheitsrechten und Privateigentum zu realisieren. Somit seien die Corona-Schutzmaßnahmen als Umsetzung eines Unterdrückungsplanes der Eliten zu verstehen. Nach dem Ende der Pandemie wurde 2022 versucht, die Energiekrise im Zuge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine als Fortsetzung des geheimen Umbruchplanes zu deuten. Dieser Versuch verdeutlicht die thematische Flexibilität von Verschwörungserzählungen.

Bereits 2017 entstand in Internetforen die QAnon-Erzählung, die sich zunächst überwiegend in den USA verbreitete. Dabei handelt es um eine Aktualisierung der mittelalterlichen antisemitischen Ritualmordlegende. Dieser zufolge würden Juden christliche Kinder entführen und zu rituellen Zwecken töten. Die Anhänger der QAnon-Erzählung gehen davon aus, dass es eine linksliberale Elite gebe, die Kinder gefangen halte, um aus ihnen Adrenochrom zu gewinnen, welches verjüngende Wirkungen haben soll. Auch Pädophilie-Vorwürfe werden hiermit mitunter verknüpft. Außerdem verfolge diese Elite einen Weltbeherrschungsplan. Die Anhängerschaft wurde zu digitalen, in ihren Ergebnissen selbstbestätigenden, Recherchen hinsichtlich bestimmter Fragestellungen animiert. Dabei wurden Ergänzungen und Bezüge zu jeweiligen lokalen Kontexten integriert, was neben dem partizipativen Moment

eine höhere Akzeptanz und Identifikation befördert hat. Im Zuge der Corona-Protteste verbreitete sich die QAnon-Erzählung auch in Deutschland stärker. Dies liegt auch an der hohen Anschlussfähigkeit der Erzählung. So wurden sowohl der Ursprung der Pandemie als auch die kritisierten Schutzmaßnahmen als Bestandteil des vorgeblichen geheimen Planes der Eliten dargestellt und in die Erzählung integriert.

Rechtsextremistische Verschwörungserzählungen sind oftmals untereinander anschlussfähig und bestärken ihre Anhänger in dem Gefühl, in einer vermeintlich falschen Welt zu leben. Dies geht zumeist mit einer Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung einher. Insbesondere werden hier typische rechtsextremistische Feindbilder aufgegriffen: Juden, Migranten, Muslime, demokratische Politiker. Diese Erzählungen bestärken Rechtsextremisten in ihrem Freund-Feind-Denken und mobilisieren für Aktivitäten. Eine besondere Gefahr liegt darin, dass einige Anhänger sich durch die Erzählungen auch zu Gewalttaten gegen Angehörige der als Feind dargestellten Bevölkerungsgruppen motivieren lassen. Ein Beispiel waren dafür zwei aus Nordrhein-Westfalen stammende Mitglieder der rechtsterroristischen **Gruppe S.**, die zugleich von Erzählungen der Reichsbürgerszene überzeugt waren.

## Strukturen im Wandel

### Kernbotschaften

Rechtsextremismus lässt sich mit dem Bild des Eisberges beschreiben. Bei einem Eisberg ist nur ein kleiner Teil oberhalb der Wasserlinie sichtbar. Der deutlich größere Teil liegt dem Sichtfeld verborgen unter Wasser. Eine vergleichbare Doppelstruktur weist der Rechtsextremismus auf. Während rechtsextremistische Einstellungen nicht offen erkennbar sind, schlägt sich nur ein kleinerer Teil in offen sichtbarem Verhalten nieder. Der Anteil von Bürgerinnen und Bürgern mit rechtsextremistischen Einstellungen ist im letzten Jahrzehnt weitgehend gleichgeblieben. Allerdings haben seit Mitte der 2010er Jahre rechtsextremistische Aktivitäten zugenommen. Das heißt, immer mehr Menschen mit rechtsextremistischen Einstellungen handeln auch dementsprechend. Insofern ist der Eisberg im Wasser aufgestiegen. Seit 2022 ist aber auch ein Anstieg von rechtsextremistischen Einstellungen festzustellen. Das heißt, das rechtsextremistische Potenzial ist insgesamt gestiegen - um im Bild zu bleiben: Der Eisberg ist auch in Gänze größer geworden.

Die rechtsextremistische Altersstruktur entwickelt sich uneinheitlich. Rechtsextremismus ist für einige Jugendliche als Erlebniswelt attraktiv. Deshalb erhält die Szene fortlaufend Nachwuchs. In den vergangenen Jahren haben davon vor allem die *Junge Alternative (JA) NRW* sowie die **Jungen Nationalisten**, Jugendorganisation der rechtsextremen Partei **Die Heimat**, profitiert, neuerdings aber auch neue neonazistische Gruppierungen, wie **Active Clubs**. Zudem radikalisieren sich zunehmend Jugendliche über rechtsextremistische Hassforen und -gruppen. Zugleich überaltern andere Gruppierungen und Szenen im Rechtsextremismus, weil sie für Jugendliche unattraktiv geworden sind. Dies gilt beispielsweise für die subkulturelle Szene.

Weiterhin sind im Rechtsextremismus traditionelle Geschlechterbilder dominierend. Das hat unter anderem zur Folge, dass Rechtsextremistinnen nur eine Minderheit im organisierten Rechtsextremismus bilden und selten Führungsrollen übernehmen. Allerdings sind die ideologisch geprägten Rollenbilder angesichts des gesellschaftlichen Wandels auch im Rechtsextremismus unter Druck geraten.

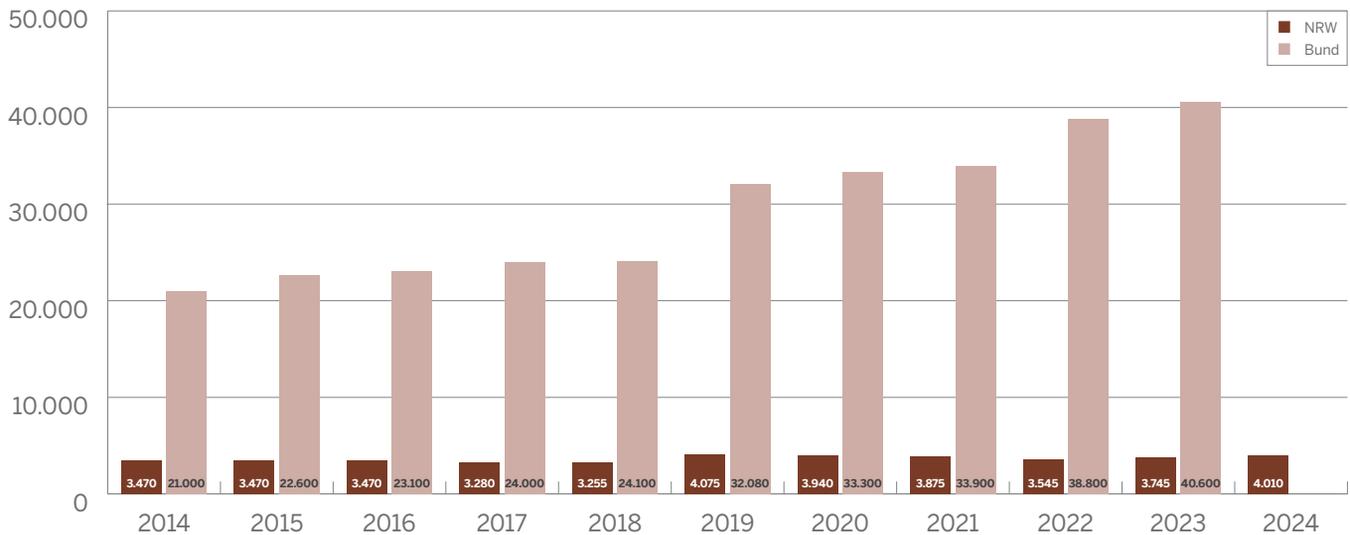
Die rechtsextremistische Organisationslandschaft wandelt sich in zwei scheinbar entgegengesetzte Richtungen. Zum einen spielen relativ stark strukturierte Parteien eine zunehmende Rolle. Dieses Organisationsmodell wird oftmals aus der praktischen Erwägung gewählt, das Parteienprivileg auszunutzen und staatliche Repressionsmaßnahmen zu erschweren. Zum anderen führt das Internet zu einer „Verflüssigung“ der Strukturen. Virtuelle Gruppierungen können kurzfristig anlassbezogen organisieren und mobilisieren, sind aber nur selten von längerer Dauer.

Die EU lehnen Rechtsextremisten zwar vehement ab, zugleich nutzen sie die Reisefreiheit intensiv und vernetzen sich mit anderen europäischen Rechtsextremisten. Sie besuchen im Ausland Veranstaltungen oder führen diese dort durch, wenn sie in Deutschland von Verboten bedroht wären. Dies gilt insbesondere für Rechtsrock- und rechtsextremistische Kampfsportveranstaltungen. Zudem haben sich in den vergangenen Jahren transnationale Szeneevents entwickelt, die die Attraktivität der rechtsextremistischen Erlebniswelt steigern. Diese wären in Deutschland mutmaßlich verboten. Zugleich stellt der Nationalismus weiterhin ein ideologisches Hemmnis dar, der die länderübergreifende Zusammenarbeit erschwert.

## 1. Grunddaten

# Rechtsextremistisches Personenpotenzial

seit 2014 in NRW und im Bund



## 2. Der rechtsextremistische Eisberg: Erhöhte Sichtbarkeit

Der Politikwissenschaftler Richard Stöss beschreibt den Rechtsextremismus als eine Doppelstruktur, die sich einerseits in Einstellungen und andererseits in Verhalten zeigt. Zum Verhalten zählt er z.B. die Wahl von rechtsextremistischen Parteien, die Mitgliedschaft in rechtsextremistischen Organisationen oder das Verüben von rechtsextremistischen Gewalttaten. Einstellungen gehen dem Verhalten meistens voraus. Sie müssen sich aber nicht zwangsläufig in offenen, eindeutig rechtsextremistischen Verhaltensweisen äußern. Damit dies geschieht, sind Motiv und Gelegenheit vonnöten. Diese Doppelstruktur kann man auch mit dem Bild eines Eisbergs beschreiben. Sichtbar ist nur ein kleiner Teil. Das sind beim Rechtsextremismus die öffentlichen Aktivitäten, beim Eisberg der Teil oberhalb des Wassers. Der größere Teil hingegen, der latente Rechtsextremismus, der sich in entsprechenden Einstellungen niederschlägt, und beim Eisberg der Teil unterhalb der Wasserlinie liegt, ist für den Beobachter kaum zu erkennen.

In den vergangenen Jahren haben zahlreiche empirische sozialwissenschaftliche Studien auf die Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungen hingewiesen. Allerdings weichen die Ergebnisse aufgrund unterschiedlicher Studiendesigns voneinander ab. Die sogenannte „Mitte-Studie“ erhebt seit 2014 alle zwei Jahre inhaltlich und methodisch gleichbleibend rechtsextremistische Einstellungen. In den vier Erhebungen zwischen 2014 und 2020/2021 bewegte sich der Anteil der Befragten mit einem geschlossen rechtsextremistischen Weltbild zwischen zwei und drei Prozent.

Bei der Erhebung 2022/2023 wurde allerdings ein erheblicher Zuwachs festgestellt. Demnach wiesen rund acht Prozent ein solches Weltbild auf. Die Leipziger Autoritarismus-Studie untersucht mit einer etwas anderen Methodik seit 2002 rechtsextremistische Einstellungen. Demnach sank bei den Erhebungen zwischen 2014 und 2022 der Wert von den Befragten mit einem geschlossen rechtsextremistischen Weltbild von 5,7 auf 2,7 Prozent. Allerdings stieg er bei der aktuellsten Erhebung 2024 wieder auf 4,5 Prozent an.

Trotz der Unterschiede stimmen die Studienergebnisse in zwei relevanten Punkten überein:

1. Die 2014 einsetzende polarisierende Diskussion über die Flüchtlingspolitik wirkte sich anscheinend kaum auf die Verbreitung des geschlossenen rechtsextremistischen Weltbildes aus.
2. Den Studien zufolge besitzt ein einstelliger Prozentsatz der Bevölkerung ein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild. Einzelne typische rechtsextremistische Einstellungsdimensionen sind allerdings in der Bevölkerung deutlich weiter verbreitet und bieten Rechtsextremisten Anknüpfungspunkte für die Verbreitung von weitergehenden menschenrechts- und demokratiefeindlichen Vorstellungen. Dies gilt insbesondere für fremdenfeindliche Einstellungen: Die Bielefelder Studie ermittelte 2022/23 bei rund 16 Prozent der Befragten solche Einstellungen. In der Leipziger Studie 2024 waren es knapp 22 Prozent der Befragten.

Den Diskurs über die Flüchtlingspolitik begreifen Personen mit rechtsextremistischen Einstellungen seit Jahren als Motiv, um gegen Menschen mit Migrationsbiografie Stimmung zu machen. Die Gelegenheit bietet sich niedrigschwellig im Internet bei Diskussionen über Migration, insbesondere bei Straftaten von Flüchtlingen. Überdies bieten der *völkisch-nationalistische Personenzusammenschluss* in der AfD NRW sowie die Jugendorganisation der AfD NRW, die *JA NRW*, eine Gelegenheit für Rechtsextremisten, parteipolitisch aktiv zu werden. So fanden in der Woche nach dem islamistisch motivierten Anschlag in Solingen im August 2024 zwei rechtsextremistische Versammlungen statt. Eine davon war von der *JA NRW* organisiert.

Ebenso bot die Corona-Pandemie einigen Personen ein Motiv für rechtsextremistische Aktivitäten. Diese richteten sich oftmals gegen Politiker, aber auch Journalisten und Wissenschaftler.

Mit anderen Worten: Die Entwicklung im letzten Jahrzehnt bedeutete zunächst, dass der „Eisberg“ seit 2015 anstieg und bereits vorhandene menschenrechts- und demokratiefeindliche Potenziale der Gesellschaft sichtbar wurden. Seit 2022 ist darüberhinaus festzustellen, dass der rechtsextremistische „Eisberg“ wieder zunimmt.

### 3. Jugend und Rechtsextremismus

Seit dem Ende der Corona-Schutzmaßnahmen wenden sich Jugendliche vermehrt rechtsextremistischen Organisationen in allen ideologischen Ausrichtungen zu. Für die Attraktivität der rechtsextremistischen Szene für Jugendliche spielt eine moderne und ausdifferenzierte Erlebniswelt eine entscheidende Rolle (dazu ausführlich das Kapitel „Erlebniswelt Rechtsextremismus“).

Im Spektrum des nationalsozialistisch orientierten Rechtsextremismus haben sich seit 2023 neue Gruppierungen der Jugendorganisation von **Die Heimat**, die **Jungen Nationalisten** in Nordrhein-Westfalen gebildet. In Dortmund trifft sich die **Heimatjugend Dortmund** regelmäßig zu offenen Abenden, an denen bis zu 50 Sympathisanten teilnehmen. In der Region zwischen Bonn und Koblenz ist die **Rheinlandbande** seit 2023 aktiv, die mit der regionalen rechtsextremistischen Szene sowie deutschlandweiten **JN-Gruppen** vernetzt ist. In Aachen hat sich mit **Inferno Aachen 2024** eine neue Gruppe mit Bezügen zu den **JN** gebildet.

Auch durch das aus den USA importierte Konzept der **Active Clubs** gewinnt die neonazistische Szene neue Aktivisten. Bei diesen Clubs geht es zunächst um gemeinschaftsstiftende Freizeitangebote wie beispielsweise Kampfsport und Wandern. Auf Grundlage dieser freundschaftlichen Verbundenheit sollen die Mitglieder auch langfristig motiviert werden, politisch aktiv zu sein. Diese Aktivitäten bereiten sie später in Videos und Bildern auf und verbreiten sie über die Social-Media-Präsenzen des jeweiligen **Active Clubs** öffentlichkeitswirksam. In Nordrhein-Westfalen wurden seit 2024 die drei **Active Clubs** Niederrhein, Nordrhein und Ostwestfalen gegründet.

Im Spektrum der Neuen Rechten war in den 2010er Jahren die **Identitäre Bewegung (IB)** zunächst Anlaufpunkt für Jugendliche und junge Erwachsene. Als regionale Nachfolgeorganisation der **IB** hat sich 2021 die **Revolte Rheinland** gegründet, die zwischen Bonn und Koblenz aktiv war und Ende 2024 ihre Auflösung bekannt gegeben hat. Als reine Frauengruppierung ist zudem **Lukreta** seit 2019 aktiv, die aus der **IB** hervorgegangen ist. Zudem ist in allen Regionen Nordrhein-Westfalens die *JA NRW* vertreten, die in den vergangenen Jahren vermehrt Mitglieder gewonnen hat.

Darüber hinaus bilden sich in sozialen Netzwerken lose strukturierte rechtsextremistische Gruppen. Anlassbezogen werden diese auch realweltlich aktiv.

So führten Mobilisierungsaufrufe in den virtuellen Gruppierungen **Deutsche Jugend voran** und **Jung und Stark** Mitte 2024 dazu, dass es mehrfach Störversuche gegen CSD-Veranstaltungen gab. In Dortmund organisierte man sogar eine Gegenkundgebung, an der sich rund 50 Jugendliche und junge Erwachsene beteiligten. Der niedrighschwellige Zugang und die geringe Verbindlichkeit dieser Gruppen erschließen der rechtsextremistischen Szene ein jugendliches Personenpotenzial, das diese in der Vergangenheit oftmals nicht aktivieren konnte.

#### 4. Rechtsextremistische Subkultur: Zwischen Twentours und Seniorenpass

Die rechtsextremistische Subkultur hatte ihre Hochzeit in den 1990er Jahren. Einige der heute noch aktiven rechtsextremistischen Bands, wie z.B. Oidoxie aus Dortmund, wurden bereits vor über 25 Jahren gegründet. Auf aktuellen Musikveranstaltungen der Szene sind die meisten Besucher zwischen 40 und 50 Jahre alt, jüngere Jahrgänge sind deutlich schwächer vertreten. Auch bei subkulturellen Gruppierungen wie den **Mindener Jungs**, den **Brothers of Honour**, **Voice of Anger - Sektion Preussen** oder den 2023 verbotenen **Hammerskins** dominieren die Ü40-Jährigen.

In der rechtsextremistischen Szene-Zeitschrift **Rock Hate** spiegelt sich diese Entwicklung dahingehend wieder, dass in zahlreichen Interviews die „alten Zeiten“ glorifiziert werden, als die Protagonisten noch jünger waren. Beispielhaft ist ein Interview mit dem Sänger der rechtsextremistischen Band **Smart Violence** aus Nordrhein-Westfalen, in dem sehr viel Rückschau auf die Szene in den 1990er und Anfang der 2000er Jahre gelegt wird. Auch die mehrteilige Serie „Erinnerungen aus alten Tagen“ in der Zeitschrift, in der der neonazistische Aktivist Christian Worch über seine Szene-Erlebnisse seit den 1980er Jahren berichtet, bedient das nostalgische Interesse der Leserschaft.

Mit dem ansteigenden Durchschnittsalter der Anhänger wandelt sich die rechtsextremistische Subkultur. Denn die Anhänger stellen vermehrt Szeneaktivitäten aufgrund von familiären oder beruflichen Anforderungen zurück. Zudem möchte ein nennenswerter Teil nicht mehr mit den Strafverfolgungsbehörden in Konflikt geraten oder durch zivilgesellschaftliche Akteure geoutet werden. Insofern agieren subkulturelle Gruppierungen wie die **Frontline Skinheads Dortmund Dorstfeld** oftmals nicht öffentlich, verzichten darauf, beim Besuch

von Szene-Veranstaltungen Erkennungszeichen wie T-Shirts zu tragen und legen keinen Wert darauf, neue Mitglieder zu gewinnen.

Die zunehmende Überalterung der rechtsextremistischen Subkultur bedeutet nicht, dass die Anhänger ihre rechtsextremistischen Einstellungen ablegen. Allerdings nimmt das Aktivitätsniveau und die Sichtbarkeit dieser rechtsextremistischen Szene ab. Obschon es neuere Entwicklungen in der rechtsextremistischen Musikszene gibt, wie Rechts-Rap, die ein jüngeres Publikum ansprechen, führen diese bislang nicht zu einer nennenswerten Verjüngung der rechtsextremistischen Subkultur.

#### 5. Frauen im Rechtsextremismus: Ideologie unter Realitätsdruck

Im Rechtsextremismus ist für Frauen oftmals die Rolle als Mutter und Hüterin der Heimat vorgesehen. Ihnen wird eine Verantwortung in kulturell-erzieherischer Hinsicht zugeschrieben. Zum Teil werden Frauen als ein Sexobjekt dargestellt. Dies zeigt sich in der subkulturellen Szene in der Covergestaltung der Zeitschrift **Rock Hate** oder in einem Plakat der **NPD** (seit Juni 2023: **Die Heimat**) mit dem Titel „Minirock statt Minarett“. Aus ideologischer Perspektive gibt es somit im Rechtsextremismus eine ganz klare Differenzierung der Geschlechter.

Ein Kampagnenthema der vergangenen Jahre, das in der rechtsextremistischen Szene Konsens ist, aber unterschiedlich stark thematisiert wird, ist der Kampf gegen „Genderismus“ beziehungsweise „Feminismus“. Dies geht stellenweise einher mit „Misogynie“. Dieser Frauenhass tritt insbesondere bei der sogenannten „Incel-Bewegung“ auf, die im Sinne einer Verschwörungstheorie ein unfreiwilliges Zölibat als Ergebnis feministischer Gesellschaftsstrukturen propagiert. Diese misogynen Ideologie ist häufig durch ideologische Überschneidungen zum Rechtsextremismus gekennzeichnet.

Die ideologischen und gelebten Frauenbilder fallen in der Szene tendenziell auseinander. Frauen haben für rechtsextremistische Organisationen an Bedeutung gewonnen und haben als Zielgruppe auch eine strategische Bedeutung. Die Beteiligung von Frauen an der Szene soll zu einem seriöseren Erscheinungsbild nach außen führen, kann die Vorbereitung bestimmter Aktionen erleichtern – wie das Anmieten von Räumlichkeiten - und stabilisiert nach innen die Szene. Partnerschaften können so in der Szene entstehen und mögliche spätere Ausstiegsgründe

entfallen. Bestimmte Slogans sollen deshalb bewusst Frauen ansprechen („Deutschlands Zukunft ist auch Frauensache“, „Nationalismus ist Mädchensache“, „Widerstand ist Frauensache“). Die Szene-Zeitschrift **N.S. Heute** hat ihre November/Dezember-Ausgabe 2024 dem Thema „Nationalismus und Weiblichkeit“ gewidmet und sämtliche Texte zum Schwerpunkt von Frauen schreiben lassen. Der Herausgeber möchte damit Diskussionen anregen, „wie Frauen gezielt für die aktive Mitarbeit gewonnen werden können.“

Einige rechtsextreme Szenen haben sich in den letzten Jahren der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung angepasst. Insbesondere in der Neuen Rechten tritt die Hypermaskulinität des klassischen Rechtsextremismus in den Hintergrund und Frauen können sich auch selbstbewusst darstellen. Beispielhaft ist die Frauengruppe *Lukreta*, die aus der **IBD** hervorgegangen ist. Die Gruppe versucht durch Veranstaltungen und Aktionen vor allem das Thema sexuelle Gewalt zu instrumentalisieren, um Migranten pauschal als Gewalttäter zu stigmatisieren.

Darüber hinaus sind rechtsextremistische Influencerinnen in sozialen Netzwerken aktiv. Eines ihrer Hauptthemen ist, vor einer vermeintlichen Gender-Ideologie zu warnen. Die Führungsperson von *Lukreta*, Reinhild B., wirbt in einem Beitrag für das Magazin „Krautzone“ im Dezember 2021 für entsprechende Accounts, in denen diese „ästhetisch ihre Weiblichkeit zelebrieren“ würden. Dies bezieht sich darauf, dass rechtsextremistische Influencerinnen verstärkt das Phänomen der sogenannten „Trad-Wives“ aufgreifen. Dabei werden traditionelle Frauenrollen unkritisch ästhetisiert dargestellt. In ihrem Schlussappell verdeutlicht die Autorin das strategische Kalkül, mit lebensweltlichen Themen den sogenannten vopolitischen Raum zu besetzen: „Mag der ein oder andere soziale Netzwerke auch verteufeln, so sollten wir diese trotzdem nicht den linken LGBTQ-Bloggern, Feministen und Fridays-for-future-Kindern überlassen.“

Der Anteil der Frauen am rechtsextremistischen Personenpotenzial beträgt bei einer nur leichten Erhöhung in den letzten Jahren ca. 20 Prozent, d.h. etwa 700 Personen. Es gibt immer wieder Konflikte um die Rolle der Frau, denn eine gleichberechtigte Partizipation an politischen Entscheidungen wird ihnen oftmals nicht zugestanden. Gravierende Veränderungen hinsichtlich der Beteiligung von Frauen und Mädchen sind in den vergangenen Jahren somit nicht zu beobachten. Frauen sind auch kaum in Führungspositionen von rechtsextremistischen

Organisationen vertreten. Abgesehen von *Lukreta* übernehmen lediglich im Landesverband von **Die Heimat** zwei Frauen als stellvertretende Landesvorsitzende sowie eine Beisitzerin im Landesvorstand der *JA NRW* Führungsfunktionen. Aus der Sicht einer Autorin der **N.S. Heute** ist die geringe Sichtbarkeit von Frauen in der Szene von diesen selbst verursacht: „Leider sind viele Frauen nur Anhängsel ihrer Männer und haben nicht viel weltanschauliches Wissen. [...] Es wäre ein wichtiger Ansatz, damit anzufangen, sich ein weltanschauliches Gerüst aufzubauen, wenn man sich in nationalen Kreisen bewegt. Politischer Soldat wird man(n) oder Frau aus Überzeugung. Eine Überzeugung wächst durch Wissen. Also arbeitet an Euch! So werdet Ihr dann ganz von alleine sichtbar.“



Aufklebermotiv von Lukreta

## 6. Neonaziszene: Flucht in die Parteien

Oftmals konnte man im Rechtsextremismus zwischen einem parteipolitischen und einem aktionsorientierten Spektrum unterscheiden. Eine Unterscheidung, die einige Rechtsextremisten auch selbst treffen. Im vergangenen Jahrzehnt hat diese Unterscheidung indessen an Bedeutung verloren. Ein Ausgangspunkt dieser Entwicklung war, dass 2012 das Innenministerium Nordrhein-Westfalen die vier aktivsten neonazistischen Kameradschaften verboten hat: **Kameradschaft Walter Spangenberg**, **Kameradschaft Aachener Land (KAL)**, **Nationaler Widerstand Dortmund (NWDO)** und **Kameradschaft Hamm**. Ende des Jahres 2012 gründete sich dann der nordrhein-westfälische Landesverband der Kleinstpartei **Die Rechte**. Dieser fungierte vor allem als Auffangstruktur für die verbotenen Kameradschaften. Unter dem Schutz des Parteiprivilegs setzten sie ihre neonazistischen Aktivitäten fort.

Ähnlich verlief die Entwicklung der Partei **Der III. Weg**. Als in Bayern das größte Neonazinetzwerk von einem Verbot bedroht war, schlossen die Protagonisten sich dieser kurz zuvor gegründeten Kleinstpartei an. In Nordrhein-Westfalen gründeten dann **Neonazis** zunächst einen sogenannten „Stützpunkt“ in Ostwestfalen und später den Stützpunkt „Sauerland-Süd“.

Der Eintritt in Parteien stellt eine Organisationsstrategie der **Neonaziszene** dar, um unter Ausnutzung des Parteienprivilegs staatliche Repressionsmaßnahmen, insbesondere Verbote, zu erschweren. Allerdings verfolgen die Neonazis damit nicht die Absicht, über das parlamentarische System politische Veränderungen herbeizuführen. Parteiarbeit wird nur insoweit betrieben, als es notwendig ist, um den Parteistatus zu behalten. Durch die Gründung von **Die Rechte** und **Der III. Weg** verschärfte sich die Konkurrenzsituation im rechtsextremistischen Parteienspektrum zulasten der damaligen **NPD**.

Am 7. Januar 2023 hielt der NRW-Landesverband der Partei **Die Rechte** seinen Landesparteitag ab, auf dem er seine Selbstauflösung beschloss. Teile von **Die Rechte**, insbesondere der vormalige Dortmunder Kreisverband, schlossen sich indessen der **NPD** an. Das bedeutet indes keinen Wandel der Inhalte oder der Aktivitäten, sondern nur der Organisationszugehörigkeit. Beim Landesverband von **Die Rechte** und dem Kreisverband Dortmund hatte in den vergangenen Jahren die Zahl der Führungskräfte wegen Rückzug und Wegzug deutlich abgenommen. Der Partei mangelte es in Nordrhein-Westfalen an Mitgliedern, die an Parteiarbeit Interesse haben. So verpasste der Landesverband 2022 die Teilnahme an der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen wegen Formfehlern. Zugleich ist den meisten Mitgliedern bewusst, dass das Parteienprivileg staatliche Verbotsmaßnahmen erschwert. Insofern diente der Wechsel zur **NPD** dazu, den mit dem Parteienstatus zusammenhängenden Schutz nicht zu verlieren. Der seit Jahren schwächelnde NRW-Landesverband der **NPD** versprach sich von dem Zuwachs eine Stärkung des Landesverbandes und auch eine größere Bedeutung im Bundesverband.

Auf dem Bundesparteitag der **NPD** im Juni 2023 beschloss die **NPD** sich in **Die Heimat** umzubenennen und ihre strategische Ausrichtung zu verändern. Demnach will sie sich zu einem „patriotischen Dienstleister“ und einer „Anti-Parteien-Bewegung“ verändern, die „patriotische Netzwerke“ und „wirksame Bündnisse auf den Straßen“ etabliert – also mehr völkisch-nationalistische Bürgerbewegung

statt klassische Parteiarbeit. Ungeachtet dieser Absichtsbekundungen strebt **Die Heimat** weiterhin die Teilnahme an Wahlen an – nicht zuletzt um den Parteienstatus zu erhalten und weiterhin vom Parteienprivileg zu profitieren. Der NRW-Landesverband unterstützt diesen Reformkurs.



Die Rechte als parlamentsfeindliche Partei

## 7. „Verflüssigung“ durch Virtualisierung der rechtsextremistischen Organisationsstrukturen

Der klassische Blick auf rechtsextremistische Parteien, Gruppierungen und Subkulturen reicht inzwischen nicht mehr aus, um alle relevanten rechtsextremistischen Bestrebungen wahrzunehmen. Neben dem realweltlichen Organisationsgeflecht hat sich ein virtueller Rechtsextremismus entwickelt, der einerseits die bestehenden Organisationsstrukturen unterstützt und deren Handlungsfähigkeiten erhöht. Andererseits haben sich eigenständige Organisationsstrukturen entwickelt, wie z.B. virtuelle Gruppen, die eine neuartige Strukturebene darstellen, in der ebenfalls Vernetzung, Propaganda, Mobilisierung und Radikalisierung stattfindet. Diese virtuellen Strukturen sind im Vergleich zu klassischen Organisationen wesentlich flexibler und weniger festgefügt. Insofern führt diese Entwicklung zu einer „Verflüssigung“ der Strukturen.

Dabei ist ein Aspekt besonders relevant: Das Internet ermöglicht jedem und jeder, zu jeder Zeit, an jedem Ort selbst ein rechtsextremistischer Akteur zu werden. Die Einstiegsprozesse können schneller ablaufen und weisen weniger Hürden als bei realen Gruppen auf. Insofern haben die Sozialen Medien zu einem Bedeutungsverlust der hergebrachten rechtsextremistischen Strukturen geführt und zugleich ein „Empowerment“ von einzelnen Rechtsextremisten hinsichtlich ihrer Organisations- und Kommunika-

tionsmöglichkeiten bewirkt (dazu ausführlich das Kapitel Digitalisierung).

## 8. Transnationalisierung des Rechtsextremismus: Weltoffene Nationalisten?

Seit mehreren Jahren ist eine steigende Vernetzung zwischen verschiedenen rechtsextremistischen Gruppierungen in Europa zu konstatieren. Hierzu zählt, dass einige rechtsextremistische Gruppierungen sich regelmäßig gegenseitig besuchen und dann zumeist gemeinsam an öffentlichen Demonstrationen im jeweiligen Gastland teilnehmen.

Relevant für Nordrhein-Westfalen war die Kampagne „Gemeinsam für Europa“. In deren Rahmen führte der Kreisverband der Partei **Die Rechte** am 04. November 2017 einen transnationalen Kongress durch. An diesem nahmen Rechtsextremisten aus Bulgarien, Frankreich, den Niederlanden, Norwegen, Russland und Ungarn teil. Es folgte am 14. April 2018 die Demonstration „Europa Erwache“ in Dortmund. Eine Nachfolgeveranstaltung fand vom 20. bis 21. April 2019 in der bulgarischen Hauptstadt Sofia statt. Dort wurde auch das Bündnis **Festung Europa** gegründet. Die daran beteiligten Gruppierungen verkündeten als gemeinsames Ziel, ein „Europa der Vaterländer“, also von der Europäischen Union unabhängige Nationalstaaten, zu erreichen. Die Partei **Die Rechte** nahm daran mit dem Dortmunder Rechtsextremisten Matthias D. teil, der als „Auslandsbeauftragter“ der Partei fungierte.

Ein weiteres transnationales Bündnis ist die **Alliance for Peace and Freedom (APF)**. Dies ist eine 2015 gegründete europäische Partei, in der sich mehrere rechtsextremistische Parteien aus der EU zusammengeschlossen haben. Aus Deutschland ist **Die Heimat** (vormals **NPD**) beteiligt. Der NRW-Landesvorsitzende Claus Cremer vertritt die Partei in der Regel bei APF-Treffen. Die Parteizeitung **Die Deutsche Stimme** berichtete über einen **APF-Kongress** im September 2021 in Belgrad (Serbien) folgendermaßen: Cremer „machte deutlich, daß der nationale Freiheitskampf der Zukunft auch europäischer Freiheitskampf sein muß, um den gesamten Kontinent vor der Massenmigration, der Zerstörung seiner Kultur, der Vernichtung seines Aussehens und dem EU-, Covid- und Genderwahnsinn zu schützen. Besonderen Applaus gab zudem für die Feststellung, daß die NPD an der Seite aller weißen Nationalisten in Europa steht [...]“ 2022 fand im Mai in Paris ein Kongress statt, an dem **APF** und **Festung Europa** gemeinsam teilnahmen. Aus Nordrhein-Westfalen

nahmen Cremer und Matthias D. daran teil.

Neben solch organisatorischer Zusammenarbeit gibt es aber auch transnationale Szeneevents. Dazu zählen in der Neonaziszene Veranstaltungen, die dem Nationalsozialismus beziehungsweise verbündeten faschistischen Regimen huldigen. Diese sind der sogenannte Lukov-Marsch in Bulgarien, der IMIA-Gedenkmarsch in Griechenland und der „Tag der Ehre“ in Ungarn. An diesen Veranstaltungen beteiligen sich **Neonazis** aus mehreren europäischen Ländern und auch aus Nordrhein-Westfalen. In den vergangenen Jahren haben erlebnisorientierte Events an Bedeutung gewonnen. So findet in Budapest der „Ausbruch 60“ verstärkt Interesse. Dabei absolvieren die Teilnehmer eine 60 Kilometer lange Wanderung, die in geschichtsrevisionistischer Manier an die Kämpfe zwischen der Roten Armee und den deutschen sowie ungarischen Truppen 1945 erinnern soll. Dabei beziehen die Teilnehmer sich auch positiv auf die Waffen-SS. Etliche Rechtsextremisten tragen dabei historische Uniformen, so dass die Veranstaltung einen paramilitärischen Charakter bekommt. In entsprechender Aufmachung beteiligte sich aus Nordrhein-Westfalen 2023 etwa der Leiter des **Stützpunktes Sauerland-Süd** der Partei **Der III. Weg** daran. Er trug dabei eine Uniform mit sogenanntem „Erbsentarn“-Muster, wie es auch die Waffen SS verwendete.

Bereits seit mehreren Jahrzehnten organisiert sich die rechtsextremistische Musikszene transnational. Das größte rechtsextremistische Konzert im Ausland, das maßgeblich von deutschen Rechtsextremisten organisiert und besucht wurde, fand im Oktober 2016 in Unterwasser (Schweiz) mit 5.000 Teilnehmern statt. Unter anderem rappte dort der damals in Nordrhein-Westfalen lebende Rechtsextremist **MaKss Damage**. Im vergangenen Jahr trat der in Ostwestfalen-Lippe lebende Rechtsrapper **Azatro** beim rechtsextremistischen Konzert „Live in Norway“ am 20. September in Oslo auf. Die aus NRW stammende Rechtsrock-Band **Smart Violence** spielte im Oktober 2024 sogar zwei Konzerte in Japan. Insbesondere die Netzwerke von **Blood & Honour** und den **Hammerskins** dienen dazu, länderübergreifend rechtsextremistische Musikveranstaltungen durchzuführen. Die deutschen Sektionen sind zwar verboten, allerdings können die Ableger in anderen Ländern weitgehend unbehelligt agieren. Im Juni 2022 organisierte die Schweizer **Blood & Honour**-Sektion in der Nähe von Zürich eine Musikveranstaltung, bei der die Dortmunder Band Oidoxie auftreten sollte. Allerdings löste die Schweizer Polizei die Veranstaltung frühzeitig auf.

Ebenso hat die rechtsextremistische Kampfsportszene ihre Veranstaltungen ins Ausland verlagert, nachdem diese 2019 und 2020 in Deutschland durch die Behörden untersagt wurden. Gemeinsam mit den rechtsextremistischen Gruppierungen „Légió Hungária“ aus Ungarn und „Pride France“ aus Frankreich veranstaltete der vor allem von Dortmunder Rechtsextremisten geprägte **Kampf der Nibelungen (KDN)** am 6. Mai 2023 die sogenannte „European Fight Night“ (EFN) in Ungarn. Im Jahr 2024 fand mit dem „Day of Glory“ ein ähnliches Kampfsportevent in Frankreich statt.

Ein relevanter Grund für diese verstärkte transnationale Zusammenarbeit liegt darin, Repressionsmaßnahmen des deutschen Staates auszuweichen und Gewinne zu optimieren. In manchen Fällen ist es beabsichtigt, mit transnationalen Veranstaltungen mehr öffentliche Aufmerksamkeit zu erzeugen. Die Gefahr dieser länderübergreifenden Zusammenarbeit liegt darin, dass Rechtsextremisten sich in ihren Auffassungen und Handeln bestärkt sehen. Insbesondere, dass man Bestandteil einer größeren Bewegung sei und somit Bedeutung habe. Dies bestätigt und bestärkt sie in ihrem Handeln. Ferner birgt die Zusammenarbeit insbesondere mit militanten rechtsextremistischen Gruppen im Ausland das Potenzial, eine Radikalisierung deutscher Rechtsextremisten zu befördern. So nutzen deutsche Rechtsextremisten gelegentlich die Besuche bei ausländischen rechtsextremistischen Gruppierungen dazu, um örtliche Schießanlagen zu besuchen und dort legale Schießübungen durchzuführen.

Zugleich ist die transnationale Zusammenarbeit aber oftmals auch begrenzt. Denn letztlich ist der eigene Nationalismus immer auch ein ideologisches Hemmnis für ein länderübergreifendes Wir-Gefühl. Dies wird beispielhaft in einem Beitrag der Rechtsrock Zeitschrift **Rock Hate** im Oktober 2024 auf ihrem Telegram-Kanal deutlich. Dort heißt es: „Als Weiße, als Deutsche und erst recht als Nationalisten stehen wir in diesen Tagen mit dem Arsch an der Wand, obwohl es erfreulicherweise immer mehr Nachwuchs gibt. Eine Zusammenarbeit mit polnischen Nationalisten finden wir bei Rock Hate aufgrund der Masse an Feinden zwar gut, aber bei den Worten ‚Polen‘ und ‚Nationalismus‘ bleibt immer ein fader Beigeschmack kleben.“

## 9. Prognose

Der Rechtsextremismus befindet sich in einem stetigen Strukturwandel. Ein Grund dafür ist, dass er zumindest in Teilen lernfähig ist und nach neuen Wegen sucht, um gesellschaftlicher Ächtung und staatlicher Repression zu entgehen und Wirksamkeit zu erzielen. Dabei gibt es eine Vielzahl an rechtsextremistischen Akteuren, mit unterschiedlichen Zielsetzungen, Selbstverständnissen und Aktionsformen. Insofern wird es auch nicht den einen Strukturwandel für den gesamten Rechtsextremismus geben, sondern unterschiedliche Entwicklungen. Manches wird sich als Sackgasse für Rechtsextremisten erweisen, manches ihnen aber auch neue Handlungsmöglichkeiten eröffnen.

Nicht zuletzt spiegeln sich im Strukturwandel auch allgemeine gesellschaftliche Entwicklungstrends wider, wie eine älter werdende Gesellschaft, der Bedeutungsverlust klassischer Organisationen, Ausdifferenzierung von Milieus und Szenen, Transnationalisierung und Digitalisierung. Insofern werden vom Strukturwandel vor allem diejenigen rechtsextremistischen Akteure profitieren, die am geschicktesten den gesellschaftlichen Wandel aufgreifen und ihre Handlungsmöglichkeiten erweitern. Eine Schlüsselrolle wird dabei die Digitalisierung spielen.

## Entgrenzung

### Kernbotschaften

Die Stigmatisierung und Ausgrenzung von Rechtsextremisten in der Gesellschaft hat im vergangenen Jahrzehnt abgenommen. Der Einfluss von Rechtsextremisten hat deshalb zugenommen. Rechtsextremisten arbeiten aktiv gegen ihre Ausgrenzung an und haben entsprechende Strategien entwickelt, um ihre Anschlussfähigkeit zu erhöhen.

Die Neue Rechte ist eine rechtsextremistische Strömung, die sich bewusst vom klassischen Rechtsextremismus und der Verherrlichung des Nationalsozialismus distanziert. Sie agiert nicht parteipolitisch, sondern im sogenannten Vorfeld und möchte die politischen Diskurse beeinflussen. Sie nennt es: die „kulturelle Hegemonie“ gewinnen.

In den vergangenen Jahren hat sich ein Netzwerk von Akteuren entwickelt, das einerseits über soziale Medien öffentlich wirksam wird und andererseits mit verschiedenen Teilstrukturen der AfD\* bundesweit zusammenarbeitet.

Im Parteienspektrum haben sich rechtsextremistische Personenzusammenschlüsse in und für den AfD-Bundesverband etabliert. Die Personen mit einer rechtsextremistischen Agenda sammelten sich zunächst im sogenannten *Flügel*. Nachdem dieser sich auf Druck des Bundesvorstands im Frühjahr 2020 selbst auflöste, wirken die nordrhein-westfälischen Akteure im *völkisch-nationalistischen Personenzusammenschluss* in der AfD NRW fort.

In den vergangenen Jahren hat sich auch die Jugendorganisation der AfD NRW, die *Junge Alternative in Nordrhein-Westfalen (JA NRW)* zunehmend radikalisiert, sodass inzwischen rechtsextremistische Positionen dominieren. Zwar ist ihr Einfluss auf den AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen durch ihren Konflikt mit dem AfD-Landesvorstand begrenzt, andererseits werden wesentliche Teile des Parteinachwuchses in der *JA NRW* rechtsextremistisch sozialisiert und tragen damit menschenrechts- und demokratiefeindliche Positionen in die Partei.

Eine weitere Dimension der Entgrenzung zeigt sich in der Entwicklung der **rechtsextremistischen Mischszene**. Hier haben Rechtsextremisten, Hooligans, Rocker und „Wutbürger“ sich im Zuge der Debatten um den Flüchtlingszuzug 2015/2016 zusammengeschlossen und gemeinsam agiert. Die Strukturen der **rechtsextremistischen Mischszene** haben sich zwar im Laufe der Corona-Pandemie weitgehend aufgelöst. Jedoch haben sich die beteiligten

Hooligans und Rocker, die sich öffentlich zumeist unpolitisch geben, in der Mischszene rechtsextremistisch politisiert und bilden weiterhin ein mobilisierbares Personenpotenzial.

Ideologisch „franst“ der Rechtsextremismus zunehmend aus. Es gibt zwar Unterschiede in den Zielvorstellungen der extremistischen Phänomenbereiche der **Reichsbürger und Selbstverwalter** sowie der **verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates**, jedoch bestehen auch ideologische Überschneidungen, vor allem in der gemeinsamen Feindschaft gegenüber der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

### 1. Phänomen

Die politische Kultur Deutschlands zeichnete sich bislang durch ein paradox erscheinendes Verhältnis zum Rechtsextremismus aus. Einerseits waren und sind rechtsextremistische Einstellungen in Teilen der Bevölkerung verbreitet. Rechtsextremistische Akteure und deren Verhalten wurden bis Mitte der 2010er Jahre weithin stigmatisiert. Dies war eine maßgebliche Reaktion auf die Verbrechen des Nationalsozialismus. So wurden Rechtsextremisten in Deutschland oftmals bruchlos als Wiedergänger der Nationalsozialisten wahrgenommen. Dies begrenzte rechtsextremistische Akteure in ihrer Handlungsfähigkeit und ihrem Wirkungsgrad. Beispielsweise beteiligten sich an entsprechenden Aktivitäten wie Demonstrationen nahezu ausschließlich Szeneangehörige, die sich selbst zum Beispiel als Neonazis begriffen. Ferner sahen sich rechtsextremistische Parteien mit einem „Cordon sanitaire“ der demokratischen Parteien konfrontiert.

Der seit Mitte der 2010er Jahre stärker werdende Prozess der Entgrenzung ist durch eine abnehmende Stigmatisierung und Ausgrenzung von rechtsextremistischen Akteuren, Positionen und Verhalten in der Gesellschaft gekennzeichnet. Dies schlägt sich in zwei Dimensionen nieder. Zum einen bedeutet es, dass vermehrt auch Menschen mit rechtsextremistischen Einstellungen politisiert werden und motiviert sind, entsprechend zu agieren. Die Schwelle zum rechtsextremistischen Handeln sinkt also. Zum anderen beinhaltet es, dass Teile der Gesellschaft rechtsextremistische Akteure, Positionen und Verhalten als „normal“ und damit als legitimen Bestandteil des politischen Diskurses ansehen. Beide Dimensionen der Entgrenzung räumen Rechtsextremisten mehr Handlungsoptionen ein und vergrößern ihren politischen Einfluss.

\* Stand der Einstufung (Bund) 01.03.2025

## Strategien der Entgrenzung: Türöffnerthemen

Die Folgen der Stigmatisierung sind rechtsextremistischen Strategen durchaus bewusst. Deshalb versuchen sie, eine Entgrenzung aktiv durch ihre Themenwahl und eine moderate Sprache herbeizuführen. Sie suchen Themen, die den öffentlichen Diskurs bestimmen, und Botschaften, die an Einstellungen bei möglichst vielen Bürgern anschlussfähig sind. Tarndiskurse und Kampagnen, die überwiegend auf breite Teile der Gesellschaft zielen, können als „Mainstreaming“ des Rechtsextremismus zusammengefasst werden. Die instrumentelle Funktion dieser Kampagnen formulierte die **NPD** bereits im Jahr 2010: Ein Grundsatzartikel der Parteizeitung sprach vom „Türöffner für die viel weitergehende Ausländerkritik der nationalen Opposition“ sowie von der „politische[n] Eisbrecher-Funktion für taktisch denkende Nationalisten“.

Vor diesem Hintergrund sind die Kampagnen gegen Musliminnen und Muslime zu sehen. Diese gesellschaftliche Gruppe wird in der rechtsextremistischen Agitation pauschal mit Gefahr und Gewalt gleichgesetzt, in die Nähe des islamistischen Terrorismus gerückt und eine angebliche „Islamisierung Deutschlands“ beschworen. Dieses Feindbild griff zunächst der im Jahre 2018 aufgelöste rechtsextremistische Verein **Pro Köln** und die landesweite ehemalige Partei **Pro NRW** auf. Angesichts lokaler Erfolge dieser Strategie folgte in den 2010er Jahren der überwiegende Teil der rechtsextremistischen Szene mit entsprechenden Kampagnen.

Seit ungefähr 2014 ist für Rechtsextremisten die Flüchtlingssituation das Topthema. Sie versuchen, unter dem Deckmantel einer Kritik an der Flüchtlingspolitik menschenverachtende Botschaften zu verbreiten. Die Kampagnen gegen geflüchtete Menschen sind seitdem für die meisten rechtsextremistischen Parteien und Organisationen das zentrale Thema. Dabei werden Flüchtlinge pauschal als Kriminelle dargestellt und als „Sündenböcke“ für zahlreiche politische Probleme instrumentalisiert. Beispielsweise schüren Rechtsextremisten Sozialneid gegenüber Flüchtlingen. Insbesondere bei Flüchtlingen aus dem arabischen Raum verbinden Rechtsextremisten fremden- und muslimfeindliche Ressentiments in ihren Kampagnen. Zugleich versuchen Rechtsextremisten, das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der liberalen Demokratie zu untergraben und sich selbst als „Kümmerer“ darzustellen.

## 2. Neue Rechte

Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen versteht die „Neue Rechte“ als eine Strömung im Rechtsextremismus. In struktureller Hinsicht ist die „Neue Rechte“ ein bundesweites Netzwerk von Zeitschriften, Verlagen, Lesekreisen, Intellektuellenzirkeln, Social-Media-Aktivist\*innen sowie der **Identitären Bewegung Deutschland (IBD)** als deren aktivistische Jugendbewegung:

Bundesweit relevante Akteure:

- **Verlag Antaios**
- **Zeitschrift Sezession**
- **Institut für Staatspolitik** (Mai 2024 aufgelöst, Fortführung als **Menschenpark Veranstaltungs UG**)
- **Ein Prozent e.V.**
- **Identitäre Bewegung Deutschland**
- **Kvltgang (inklusive Kvltgames)**

Darüber hinaus gibt es weitere Projekte, die von relevanten Akteuren der Neuen Rechten geleitet werden und untereinander vernetzt sind. Der ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende der **IBD**, Daniel Fiß, vertritt inzwischen das Online-Magazin „Heimatkurier“ in der Öffentlichkeit. Der Leiter von **Ein Prozent e.V.**, Phillip Stein, ist zugleich Inhaber des „Jungeuropa Verlags“. Der ehemalige Regionalleiter der **IBD** in Niedersachsen, Jonas Schick, ist mittlerweile Chefredakteur der Umweltzeitschrift „Die Kehre“, die auch zum „Jungeuropa Verlag“ gehört. Das „Filmkunstkollektiv“ drehte 2024 einen Imagefilm über Björn Höcke. Deren Leiter war zuvor für **Ein Prozent e.V.** und die **IBD** aktiv.

In Nordrhein-Westfalen relevante Akteure:

- **Identitäre Bewegung Deutschland** (Regionalgruppe in OWL nutzt den Namen: **Westfalens Erben**)
- **Revolt Rheinland** (Ende 2024 vorgeblich aufgelöst)
- **Lukreta**
- **JA NRW**
- **Alternative Kulturkongress Deutschland**
- **Arcadi Magazin** (2017 bis 2021)
- mehrere Social-Media-Aktivist\*innen

Die ideologischen Grundlagen und organisatorische Weiterentwicklung der „Neuen Rechten“ diskutieren ihre Vordenker in der führenden Zeitschrift dieser Strömung, der **Sezession**. Dort hat einer ihrer aktuell wichtigsten Publizisten, Benedikt Kaiser, in einem

Aufsatz 2017 den Begriff der „Mosaik-Rechten“ geprägt. Diese charakterisiert er als eine soziale Bewegung mit vielfältigen Akteuren auf unterschiedlichen Arbeitsfeldern, wobei er sich wünscht, dass die *AfD* bundesweit als deren parlamentarischer Vertreter fungiert.

Eine zentrale Rolle spielt die Idee des „Ethnopluralismus“. Demnach werde zwar eine Vielfalt der Völker angestrebt, innerhalb dieser Völker solle aber eine ethnische Homogenität herrschen. Daraus folgernd wird eine Vermischung von Ethnien abgelehnt. Insbesondere überzeichnet die Neue Rechte kulturelle Unterschiede, die sie auf die ethnische Herkunft zurückführt. Dies bezeichnete der neurechte Vordenker Martin Sellner 2019 in einem Aufsatz der **Sezession** als Kern der Neuen Rechten: „Eine patriotische Vielfalt bildet tatsächlich ein patriotisches Mosaik, das sich um ein Minimum, den Erhalt der ethnokulturellen Identität, formiert.“ Dies ist eine Absage an eine pluralistische Gesellschaft und beinhaltet die Ausgrenzung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft. Letztlich richtet sich dies gegen die Idee der Menschenwürde. Die Bedeutung des Ethnopluralismus liegt darin, Fremdenfeindlichkeit theoretisch zu unterfüttern und damit vermeintlich zu legitimieren.

Ideologischer Bezugspunkt der Neuen Rechten ist die sogenannte „Konservative Revolution“, worunter verschiedene politische Strömungen in der Weimarer Republik der 1920er Jahre zusammengefasst werden. Der Stammbautor der **Sezession**, Jonas Schick, schreibt 2019 in einem Aufsatz, „was den weltanschaulichen Nukleus einer vielgestaltigen „Mosaik-Rechten“ ausmacht“. Demnach seien „die polit-theoretischen Traditionslinien der ‚Neuen Rechten‘“ in der Konservativen Revolution zu finden. Mit dieser ideologischen Selbstpositionierung grenzt man sich vom NS-orientierten Rechtsextremismus ab, was die Anschlussfähigkeit ihrer Positionen an gesellschaftliche Diskurse erleichtern soll. Unter der problematischen Sammelbezeichnung „Konservative Revolution“ finden sich indes im Wesentlichen Theoretiker, die die damalige Weimarer Republik ablehnten und stattdessen menschenrechts- und demokratiefeindliche Ideen vertraten.

Die Neue Rechte zielt nicht darauf ab, unmittelbar parlamentarische Macht zu erringen, sondern Einfluss auf die gesellschaftlichen und politischen Diskurse zu nehmen. Das nennt sie „Metapolitik“. Sie bezieht sich dabei auf den Ansatz des marxistischen Autors Antonio Gramsci, wonach die „kulturelle Hegemonie“ der „politischen Hegemonie“ vorausgehe.

Demnach sei es von entscheidender Bedeutung, dass man als politische Bewegung die Werte und Normen einer Gesellschaft präge. Erst wenn dieser „Kampf um die Köpfe“ beziehungsweise „Kulturkampf“ gewonnen sei, könne man auch politische Macht erlangen. Um dies zu erreichen, möchte die Neue Rechte rechtsextremistische Positionen sprachlich modernisiert darstellen, um gesellschaftliche Ausgrenzung zu verhindern und anschlussfähig für die Mitte der Gesellschaft zu sein. Deshalb vermeidet man in der Öffentlichkeit geächtete Begriffe wie Rasse, andererseits knüpft man an positiv besetzte Begriffe wie Pluralismus an, füllt diese aber mit einem anderen Inhalt, der der eigenen Ideologie entspricht. Diese Strategie kann man als „Umwertung der Werte“ bezeichnen. Sie zielt darauf ab, die Abgrenzung der Mehrheitsgesellschaft zum Rechtsextremismus zu erodieren und rechtsextremistische Argumente als vermeintlich legitime Positionen in der pluralistischen Demokratie erscheinen zu lassen. Kurz gesagt: Der öffentliche Diskurs soll für rechtsextremistische Positionen geöffnet werden.

### Strategien der Entgrenzung: Selbstverharmlosung

Um dies zu erreichen, setzt die Neue Rechte in weiten Teilen auf die Strategie der „Selbstverharmlosung“. Götz Kubitschek, Vordenker der Neuen Rechten und Kopf des rechtsextremistischen **Antaios Verlags**, hat diese 2017 in einem Aufsatz in der *Sezession* skizziert. „Die emotionale Barriere verhindert die vorurteilsfreie Beschäftigung mit den Themen, dem Personal, den Auftritten der Alternativen für Deutschland [...] Die Methode, mit der diese Aufgabe gelöst werden könnte, ist [...] ein Vorgang, für den der Begriff ‚Selbstverharmlosung‘ eingeführt werden könnte: Es ist der Versuch, die Vorwürfe des Gegners durch die Zurschaustellung der eigenen Harmlosigkeit abzuwehren und zu betonen, dass nichts von dem, was man fordere, hinter die zivilgesellschaftlichen Standards zurückfalle.“ Insofern ist für Kubitschek die Selbstverharmlosung nur eine Methode der Öffentlichkeitsarbeit, um größere Teile der Gesellschaft mit den rechtsextremistischen Botschaften zu erreichen. Zugleich warnt er davor, dass bei dieser Vorgehensweise die Gefahr bestehe, inhaltliche Positionen aufzugeben.

Die Neue Rechte plädiert nicht offen für Gewalt. Aus ihren Reihen stammen in der Regel keine Gewalttäter. Allerdings schafft die andauernde Propagierung von Feindbildern und die Darstellung von ethnischen Minderheiten als Bedrohung eine Rechtfertigung

und Motivation für gewalttätiges Handeln. Der rechtsextremistische Attentäter Brenton Tarrant, der 2019 in Neuseeland in zwei Moscheen 51 Menschen ermordete und zahlreiche weitere Menschen verletzte, veröffentlichte kurz vor dem Anschlag ein Manifest mit dem Titel „The Great Replacement“, die englische Übersetzung von „Der Große Austausch“. So lautete ursprünglich der Titel eines Romans eines französischen Rechtsintellektuellen. Den Begriff übernahm die **Identitäre Bewegung** und initiierte ab 2015 eine entsprechende Kampagne. Demnach würde ein angeblicher Bevölkerungsaustausch stattfinden. Bei diesem von vorgeblich volksfeindlichen Eliten gesteuerten Prozess würden Migranten die einheimische Bevölkerung ersetzen, während Integration und Vermischung der Bevölkerungsgruppen nicht stattfinden. Tarrant bezieht sich auf diese Theorie und spricht von einem „White Genocide“, also einem Völkermord an den Weißen, der bekämpft werden müsse. In diesem Sinne rechtfertigt er seinen Anschlag, „that a violent, revolutionary solution is the only possible solution to our current crisis“.

Bereits in den 2010er Jahren gab es einige bemerkenswerte Veranstaltungen der Neuen Rechten in Nordrhein-Westfalen. So nahm Martin Sellner 2016 an der „12. Ideenwerkstatt“ der Burschenschaft „Normannia Nibelungen“ in Bielefeld teil. Sellner war damals Führungsperson der Identitären Bewegung Österreich, und Jürgen Elsässer, Chefredakteur des rechtsextremistischen **Compact Magazins**. 2017 und 2018 führte das neurechte **Arcadi Magazin** sogenannte **Arcadi-Feste** durch, an denen jeweils über 100 Personen teilnahmen. Neben Sellner wurden hier auch neurechte Musiker eingeladen.

Seit 2022 hat die Neue Rechte die Schulung und Vernetzung ihrer Anhängerschaft in Nordrhein-Westfalen deutlich verstärkt. Seitdem haben alle führenden Köpfe der Neuen Rechten Vorträge in Nordrhein-Westfalen gehalten. Die Veranstaltungen wurden unter anderem von den *völkisch nationalistischen Personenzusammenschlüssen in der AfD* und der *JA NRW* organisiert. Rechtsextremistische Vordenker nutzen auch die Räumlichkeiten von nordrhein-westfälischen Burschenschaften. So fand im Januar 2024 ein Vortrag von Benedikt Kaiser zu seinem Buch „Konvergenz der Krisen“ bei der „Rhenania-Salingia“ (Düsseldorf) und im November 2024 ein Vortrag von Klaus K. zum Thema „Metaphysik“ bei den „Razceks“ (Bonn) statt.

Darüber hinaus haben die Veranstaltungen des **Instituts für Staatspolitik** in Schnellroda (Sachsen-Anhalt), das Anfang 2024 formal aufgelöst wurde,

dessen Aktivitäten aber nun in der **Menschenpark Veranstaltungs UG** fortgeführt werden, Strahlkraft in die gesamte Neue Rechte. Auch Personen aus Nordrhein-Westfalen nehmen daran wiederkehrend teil.

Breitenwirkung versucht die Neue Rechte seit einigen Jahren vor allem über Soziale Medien zu erzielen. Das reicht von bildlastigen Instagram-Accounts über textlastige Webseiten bis hin zu Podcasts bei Spotify. Das bedeutet, sämtliche realweltliche Aktionen werden medial aufbereitet und veröffentlicht. Zum Teil finden diese nur statt, um „Content“ für die Sozialen Medien zu produzieren. Dabei gehen sie in einigen Fällen auch kampagnenartig vor und versuchen, einem bestimmten Thema in rechtsextremistischer Sichtweise Aufmerksamkeit zu verschaffen. Neben der Remigrationskampagne ist dies die Kampagne zum „Stolzmonat“.

Mit dieser Kampagne soll der von der queeren Community initiierte „Pridemonth“, der ein Zeichen gegen gesellschaftliche Ausgrenzung setzen soll, karikiert werden. Letztlich geht es den Initiatoren der „Stolzmonat“-Kampagne darum, Angehörige gesellschaftlicher Minderheiten zu diffamieren. Insbesondere wird damit deren Menschenwürde verletzt und die freie Entfaltung der Persönlichkeit in Abrede gestellt. In Nordrhein-Westfalen beteiligten sich alle relevanten neurechten Gruppierungen an der „Stolzmonat“-Kampagne. Dazu zählt die **IBD-Regionalstruktur** in Ostwestfalen-Lippe, die Gruppierung **Westfalens Erben** (damals noch **Westfalens Eichensöhne**). Diese veröffentlichte auf ihrem Social-Media-Kanal ein Bild von einer entsprechenden Banner-Aktion. Ebenso führte die vorgeblich aufgelöste **Revolte Rheinland**, eine Abspaltung der **IBD** im Rheinland, Aktionen im „Stolzmonat“ durch. In Düsseldorf hängte sie 2023 anlässlich des anstehenden Christopher-Street-Day Plakate auf, in denen queere Menschen als lächerlich und damit abwertend dargestellt wurden. In Bonn übermalten sie einen regenbogenfarbenen Zebrastrifen mit Schwarz, Rot, Gold. Diese Aktionen verbreitete die Gruppierung über ihre Social-Media-Kanäle. Des Weiteren beteiligte sich auch die *JA NRW* an der „Stolzmonat“-Kampagne und postete auf ihren Social-Media-Kanälen entsprechende Beiträge.

Mit der Verwendung einer schwarz-rot-goldenen Fahne möchten die Aktivisten den Eindruck erwecken, dass sie sich patriotisch für Deutschland einsetzen. Dies zielt darauf ab, eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen und auch außerhalb der rechtsextremistischen „Blase“ positiv wahrgenommen zu werden.

Insofern folgt die „Stolzmonat“-Kampagne der in der neurechten Strömung populären Strategie der „Selbstverharmlosung“. Tatsächlich vertreten die genannten Gruppierungen einen völkischen Nationalismus, der sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richtet.

### Die neurechte Jugendstruktur: Identitäre Bewegung und Nachfolger

Die **Identitäre Bewegung Deutschland (IBD)** bezeichnet sich selbst als Jugendbewegung der „Neuen Rechten“. Gemäß der Strategie der „Selbstverharmlosung“ übernimmt sie keine traditionelle rechtsextremistische Symbolik und Sprache. Statt Hakenkreuzen und „Rasse reinhalten“ nutzt sie das Lambda-Symbol und spricht davon, die „ethno-kulturelle Identität“ bewahren zu wollen. Ferner bemüht sich die **IBD** um einen intellektuellen und bürgerlichen Habitus. Um für Jugendliche und junge Erwachsene attraktiv zu sein, wirkt sie aktionsorientiert. Insbesondere setzt sie darauf, mit mediengerecht inszenierten Aktionen an symbolischen Orten öffentliche Aufmerksamkeit zu gewinnen. Die **IBD** ist insbesondere in den sozialen Netzwerken aktiv und verbreitet dort Bilder und Videos ihrer Aktionen. Beispielsweise besetzte sie im Sommer 2016 kurzzeitig das Brandenburger Tor und entrollte dort ein Transparent. Ein von der **IBD** gestaltetes Video dieser Aktion fand in den Sozialen Medien eine enorme Verbreitung.

In Nordrhein-Westfalen inszenierte die **IBD** ähnliche Aktionen, oftmals mit Bannern und Pyrotechnik. Inhaltlich bemühte sie sich, die fremdenfeindliche Botschaft zu verbreiten, dass Migranten pauschal eine Bedrohung seien. So erklimmen Anhänger der **IBD** am 28. Dezember 2016 die Fassade des Kölner Hauptbahnhofs und hängten dort ein Transparent mit dem Text „Nie wieder Schande von Köln. #Remigration“ auf. Damit spielten sie auf die sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht 2015/2016 am und im Kölner Hauptbahnhof an und versuchten, Flüchtlinge generell als Vergewaltiger zu stigmatisieren. In Haltern versammelten sich am 9. September 2017 Angehörige der **IBD** nach Bekanntwerden von Ermittlungen im Zusammenhang mit einem sexuellen Übergriff vor einer Flüchtlingsunterkunft und entrollten ein Banner mit dem Logo „Kein ‚Einzelfall‘ bleibt vergessen“. Weiterhin wurden Schilder mit der Aufschrift „Achtung Vergewaltigungsgefahr“ angebracht sowie Flyer in der Fußgängerzone verteilt. Dies geschah im Rahmen der bundesweiten fremden- und islamfeindlichen Kampagne der **IBD** „Kein Opfer ist vergessen“. Dabei thematisierte

die Organisation ausschließlich Gewalthandlungen durch Migranten, um Menschen dieser Gruppe generell als Gewalttäter und Vergewaltiger zu diffamieren. In Aachen zeigten **IBD**-Angehörige 2019 auf den Treppen des Aachener Rathauses das Transparent „Migrationspakt stoppen“. Dies geschah im Rahmen einer bundesweiten Kampagne der Neuen Rechten, bei der der sogenannte „Migrationspakt“ der UN, zu einer Bedrohung Deutschlands stilisiert wurde. In der Mülheimer Innenstadt hängten **IBD**-Anhänger 2020 Plakate mit dem Spruch „schiebt sie ab“ auf. Diese bundesweite Kampagne der **IBD** zielte darauf ab, Ängste vor Migranten zu schüren, indem sie sie in die Nähe von islamistischen Gewalttätern rückte.

Letztlich dienten diese Aktionen dazu, Inhalte für Social-Media-Kanäle zu produzieren. Während die Aktionen vor Ort eine sehr begrenzte Aufmerksamkeit erfuhren, erzielten sie über die virale Verbreitung eine deutlich größere Öffentlichkeit. Die Untergruppierung **Ruhrpott Roulette** legte 2019 ihren Schwerpunkt darauf, vermeintlich satirische Videos beziehungsweise Musikvideos zu produzieren, bei denen der politische Gegner vorgeführt wurde. Die Videos erreichten meist eine fünfstelligen, in einem Fall sogar eine sechsstelligen Anzahl an Abrufen.

Strukturell hat sich die **IBD** in Nordrhein-Westfalen stetig gewandelt, was vor allem auf die hohe Fluktuation der Aktivisten zurückzuführen ist. Mitte der 2010er Jahre gab es zwei Regionalgruppen: Rheinland und Westfalen. 2017 erfolgte die Zusammenlegung zur **IBD** Nordrhein-Westfalen. Darunter gab es nach deren Angaben 14 lokale Gruppierungen. 2018 wurden diese in die vier Stammtische „Bergisches Land“, „Rheinland“, „Westfalen“ und „Ruhrpott“ zusammengefasst. Letzterer firmierte ab 2019 unter dem Namen **Defend Ruhrpott**. In der Folgezeit traten die Stammtische nicht mehr in Erscheinung und es existierte nur noch die Regionalstruktur Nordrhein-Westfalen.

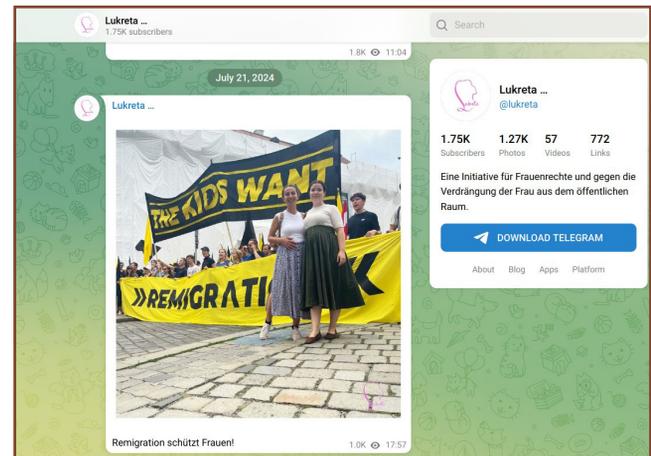
Die **IBD** setzte seit ihrer Gründung ebenfalls auf die Strategie der Selbstverharmlosung. Sie achtete beispielsweise darauf, nicht mit traditionellen rechtsextremistischen Organisationen, die Neue Rechte spricht von der „alten Rechten“, zusammenzuarbeiten. Denn man hatte Sorgen, dass deren schlechtes Image abfärben könnte. Als in Nordrhein-Westfalen die **IBD**-Gruppe im Rheinland auch mit Neonazis und der damaligen **NPD** kooperierte, überwarf man sich und die regionale Gruppierung verwendete ab 2014 den Namen **Identitäre Aktion (IA)**. Die **IBD** distanzierte sich im Juni 2016 von dieser Abspaltung und begründete

dies unter anderem damit, dass die **IA** „immer wieder die Nähe zu altrechten und rechtsextremen Projekten und Personen“ suche. Stattdessen gelte es, „Brücken zwischen patriotischen Strömungen zu schlagen“. Mit dieser Unterscheidung möchte die **IBD** verschleiern, dass zumindest ein Teil ihrer Aktivist:innen aus anderen rechtsextremistischen Spektren stammt und es mit dem völkischen Nationalismus sowie der Fremdenfeindlichkeit eine bedeutsame ideologische Schnittmenge mit dem klassischen Rechtsextremismus gibt.

Allerdings funktionierte die Strategie der „Selbstverharmlosung“ ab Ende der 2010er Jahre zunehmend schlechter. So wurde die Organisation in der Öffentlichkeit inzwischen als rechtsextremistisch wahrgenommen. Zudem löschten Facebook und Instagram 2018 deren Internetpräsenzen, Twitter folgte 2020 mit einer Sperre des Accounts. Das war für die **IBD** ein gravierender Einschnitt, weil sie bislang in erheblichem Ausmaß auf die virale Verbreitung ihrer rechtsextremistischen Propaganda in den Sozialen Medien gesetzt hatte. Nachdem Elon Musk Twitter übernommen und in X umbenannt hat, wurde die **IBD** im März 2024 entsperrt. Vor der Sperre verfügte der **IBD**-Account über rund 30.000 Follower, inzwischen hat er wieder dieses Niveau erreicht.

Die Leitfigur der **IBD** im deutschsprachigen Raum, Martin Sellner, sprach sich im Januar 2022 in einem Video für einen Wandel des Aktivismus hin zu einem anonymeren, optisch nicht mit der **IBD** in Verbindung zu bringenden Auftreten aus. Dementsprechend agiert in Nordrhein-Westfalen seit ungefähr 2022 die verbliebene **IBD**-Regionalstruktur in Ostwestfalen unter dem Namen **Westfalens Eichensöhne**. 2024 nannte man sich in **Westfalens Erben** um. Bereits 2019 ist **Lukreta** aus der **IBD** hervorgegangen. Insbesondere setzt sie die **IBD**-Kampagne „120db“ fort, mit der das Thema „Gewalt gegen Frauen“ aufgegriffen wurde, um fremdenfeindliche Botschaften zu transportieren. Die Führungsperson Reinhild B. war zuvor Führungsperson der **IBD** in der Region Rheinland und hatte dort 2019 noch eine Versammlung gegen den UN-Migrationspakt organisiert. Der Gruppierung gehören ausschließlich Frauen an. Sie versucht, durch realweltliche Veranstaltungen und virtuelle Aktivitäten, die Themen sexuelle Gewalt gegen Frauen und Jugendschutz zu instrumentalisieren. Dabei stigmatisiert sie Migranten pauschal als Gewalttäter und queere Menschen als Gefahr für Kinder und Jugendliche. Ferner ist **Lukreta** umfassend innerhalb der Neuen Rechten vernetzt: Im Juli 2024 nahmen Angehörige der Gruppierung an einer

Demonstration der Identitären Bewegung Österreich in Wien teil. Die Führungsperson saß im Juli 2024 auf dem Podium beim Sommerfest des neurechten **Antaios Verlags**.



Lukreta bei der Demonstration der Identitären Bewegung Österreich in Wien

Daneben trat seit 2021 in Nordrhein-Westfalen die **Revolte Rheinland** auf. In einem Interview um die Jahreswende 2021/2022 bezeichnete sie sich selbst als „eine selbstständig agierende Gruppe junger Identitärer“. [...] weshalb für uns ein positives Bekenntnis zu unserem Volk und unserer Nation als Abstammungsgemeinschaft selbstverständlich ist. [...] Allgemein verstehen wir uns im Umgang mit anderen Völkern als Ethnopluralisten.“

Hauptsächlich war die Gruppe im Rheinland zwischen Düsseldorf und Koblenz aktiv. Einer ihrer Aktionschwerpunkte lag in Bonn. Die öffentlichen Aktionen der **Revolte Rheinland** umfassten das Plakatieren, das Verteilen von Flyern und das Zeigen von Bannern, um gesellschaftliche Minderheiten pauschal negativ darzustellen und Vorurteile zu schüren. Insbesondere wurden Flüchtlinge und Muslime als Feindbilder dargestellt sowie queere Menschen abgewertet. Die Gruppe versuchte mit provokanten Aktionen, öffentliche Aufmerksamkeit zu erhalten und insbesondere junge Menschen durch die Verbreitung von Bildern und Videos der eigenen Aktionen über soziale Netzwerke zu erreichen. Die **AfD** im Bund setzte die **Revolte Rheinland** im Dezember 2023 auf ihre sogenannte „Unvereinbarkeitsliste“. Dort sind Gruppierungen benannt, mit denen die Partei nicht zusammenarbeitet. Daraufhin hat die **JA NRW** die Posts der **Revolte Rheinland** nicht mehr über ihre eigenen Social-Media-Kanäle weiterverbreitet. Ende 2024 hat sich die regionale **IBD**-Nachfolgegruppierung nach eigener Aussage aufgelöst. Man

wolle allerdings „neue Wege beschreiten“. So ist ein ehemaliger Führungsaktivist der **Revolte Rheinland** weiterhin propagandistisch mit seinen Social-Media-Kanälen „Nach vorn“ auf TikTok, Instagram und YouTube aktiv, die er 2024 begonnen hat.

### 3. Rechtsextremistische Personenzusammenschlüsse in der und für die AfD

Im Parteienspektrum ist insbesondere beim Bundesverband der *AfD* eine Entgrenzung des Rechtsextremismus zu konstatieren, was dazu geführt hat, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz die Partei als Verdachtsfall beobachtet. Die Rechtmäßigkeit der Beobachtung hat das Oberverwaltungsgericht Münster im Mai 2024 in seinem Urteil bestätigt. Dass in neu gegründeten Parteien auch Rechtsextremisten versuchen, Einfluss zu nehmen, ist keine Novität. In der Regel verlassen die Rechtsextremisten allerdings alsbald die Partei. In der *AfD* hingegen nahm seit ihrer Gründung 2013 der rechtsextremistische Einfluss beständig zu. Dieser schlug sich in zwei Versuchen nieder, rechtsextremistische Positionen strukturell im Bundesverband der *AfD* zu verankern und ihnen Einfluss zu verschaffen.

Der erste Versuch war ab Frühjahr 2014 die bundesweite Vereinigung „Patriotische Plattform“. Sie war zwar keine offizielle Vereinigung der Partei, ihr Vereinszweck bestand aber in der „Förderung des Patriotismus in der Partei ‚Alternative für Deutschland‘. Unter Patriotismus verstehen wir ein selbstbewusstes Eintreten für das Wohl und die Interessen des Eigenen und die Erhaltung des deutschen Volkes.“ Sie suchte die Zusammenarbeit mit führenden Akteuren der Neuen Rechten wie Götz Kubitschek, und verortete sich selbst ideologisch in der „Konservativen Revolution“. So veröffentlichte der Vorstand der Patriotischen Plattform 2017 folgende Erklärung, in der sie sich einerseits vom Nationalsozialismus distanzieren, andererseits ihre Feindschaft gegenüber dem Liberalismus herausstellen: „Als zeitgemäße Patrioten und konservative Revolutionäre können wir weder mit dem Liberalismus – dem Grundübel unserer Zeit – noch mit den Fackelmärschen am 20. April, die Thügida veranstaltet, etwas anfangen.“ Nachdem der Innenminister von Nordrhein-Westfalen im September 2018 öffentlich erklärte, dass er Anhaltspunkte für eine Verfassungsfeindlichkeit der „Patriotischen Plattform“ sehe, erklärte der Verein seine Selbstauflösung. Darin konstatierte der Vorstand, dass er sein Ziel erreicht habe, seine Positionen in der *AfD* zu etablieren.

### Der völkisch-nationalistische Personenzusammenschluss innerhalb der AfD, ehemals 'Flügel'

Der zweite - erfolgreichere - Versuch, in der *AfD* eine rechtsextremistische Agenda zu etablieren, gelang dem sogenannten *Flügel*. Im Vorfeld des Essener Bundesparteitags initiierten im März 2015 Björn Höcke und Andre Poggenburg die „Erfurter Resolution“ und die Gründung des *Flügels*. Dabei handelte es sich um eine bundesweite Sammlungsbewegung innerhalb der Partei, die vor allem völkisch-nationalistische Positionen gepaart mit Fremden- und Islamfeindlichkeit in und mit der *AfD* vertreten wollte.

Auch in Nordrhein-Westfalen entwickelte der *Flügel* eigenständige Strukturen. Zu Beginn des Jahres 2019 konstatierte einer der beiden damaligen Landessprecher der NRW-AfD, „dass ‚der Flügel‘ als eigenständige Partei in der Partei agiert und damit jeden beliebigen Einfluss auf die verschiedenen Landesverbände ausüben will.“ Er zählte dafür eine Reihe von bundesweiten Beispielen auf, was ihn zu folgendem Resümee führte: „Damit baute ‚der Flügel‘ auf der operativen Ebene also eine Struktur auf, die an den jeweils gewählten Vertretern der Vorstände vorbei eine eigene Personal-, Organisations- und Sachpolitik betreiben kann. ‚Der Flügel‘ scheint also die Partei lediglich als Vehikel zur Beförderung der eigenen Agenda und des eigenen Personals zu benutzen. Zur Legalisierung von Spenden werden dann Vereine gegründet, die dieses Geschäft erledigen: in NRW der Verein ‚Alternativer Kulturkongress Deutschland‘.“ Dieser Verein veranstaltete am 24. November 2018 und am 7. Dezember 2019 jeweils eine Tagung unter dem Titel „Hermannstreffen“, die als Jahrestagung des *Flügels* in Nordrhein-Westfalen fungierte. 2018 war mit Björn Höcke die zentrale Führungsperson des *Flügels* der Hauptredner.

Die bereits im Jahr 2018 bestehenden parteiinternen Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen des *Flügels* und Anhängern einer gemäßigten Ausrichtung spitzten sich Mitte 2019 zu. Ein erster Landesparteitag am 6. Juli 2019 in Warburg erbrachte keine Richtungsentscheidung. Durch den geschlossenen Rücktritt der moderaten Vorstandsmitglieder verblieb kommissarisch ein Rumpfvorstand mit Vertretern des *Flügels*. Dieser wurde anlässlich eines weiteren Landesparteitages am 5. Oktober 2019 in Kalkar nach Kampfabstimmungen vollständig aus dem leitenden Landesgremium gedrängt. Der *Flügel* beklagte das Wahlergebnis auf seinem Facebook-Profil: „Zu bedenken muss einem aber geben, dass ein Großteil der Mitglieder keinerlei Beachtung bei

der Besetzung des Vorstandes fand. Auch in NRW gibt es zahlreiche Parteimitglieder, die sich dem Flügel zugehörig fühlen. Diese werden nun nicht repräsentiert.“

Nachdem das Bundesamt für Verfassungsschutz im Frühjahr 2020 den *Flügel* als erwiesenen rechtsextremistischen Personenzusammenschluss bewertete, gab der *Flügel* auf Druck des AfD-Bundesvorstands seine Selbstauflösung bekannt. Höcke bekundete daraufhin, dass er trotz der Auflösung seinen politischen Kurs fortsetzen wolle. „Unsere Arbeit weist über den Flügel hinaus, Andreas Kalbitz, ich selbst und alle anderen politikfähigen ‚Flügler‘ werden ihren politischen Kurs im Sinne der AfD weiterführen.“ Seitdem tritt der *Flügel* in Nordrhein-Westfalen nicht mehr als Gruppierung im öffentlichen Raum auf. Stattdessen existiert er als *völkisch-nationalistischer Personenzusammenschluss* in virtuellen Strukturen fort und versucht weiterhin als Parteiströmung auf die inhaltliche und personelle Ausrichtung der AfD Nordrhein-Westfalen Einfluss zu nehmen. Dies geschieht unter anderem durch die wiederkehrende Einladung der ideologischen Führungsperson des ehemaligen *Flügels* Björn Höcke, der unter anderem fremdenfeindliche und völkische Narrative verbreitet. Beispielsweise war er am 1. Mai 2024 als Redner auf das sogenannte „patriotische Maifest“ des AfD-Bezirksverbandes Hamm eingeladen, auf dem er in seiner Rede Menschen mit Migrationsbiografie pauschal als negativ und Störfaktor in einer ethnisch homogenen Gesellschaft darstellte: „Aber die vielen Spitzbuben, die wir hereingelassen haben ins Land, die unsere Kriminalstatistik in unerträglicher Art und Weise belasten, die die innere Sicherheit zerfallen lässt und lassen, die sind eben nicht Teil dieses gewachsenen deutschen Volkes, das als Vertrauensgemeinschaft jetzt kaputt gemacht wird.“

Mit dem *Alternativen Kulturkongress Deutschland (AKD)* verfügt der *völkisch-nationalistische Personenzusammenschluss* weiterhin über eine Substruktur in Ostwestfalen-Lippe, die Veranstaltungen organisiert. Am 9. November 2023 lud der AKD im Raum Paderborn zu einer Veranstaltung mit Martin Sellner ein. Letzterer war langjähriger Kopf der Identitären Bewegung Österreich und ist nun als rechtsextremistischer Publizist und Influencer tätig. Im Sommer 2023 veröffentlichte er sein Buch „Regime Change von rechts“. Dies zeigt das Bemühen des *völkisch-nationalistischen Personenzusammenschlusses*, auch mit Akteuren aus dem Netzwerk der Neuen Rechten, dem sogenannten Vorfeld, zusammenzuarbeiten.

## Die Junge Alternative Nordrhein-Westfalen

Ein weiterer rechtsextremistischer Personenzusammenschluss mit Bezug zur AfD NRW ist deren Jugendorganisation *JA NRW*. Nachdem der **JA**-Bundesverband auf seinem 7. Bundeskongress 2018 den sogenannten „Deutschlandplan“ mit rechtsextremistischen Positionen als Programm verabschiedet hatte, gab es in der *JA NRW* erheblichen Widerspruch, sodass sogar ein Austritt aus dem Bundesverband diskutiert wurde. Als Anfang 2019 das Bundesamt für Verfassungsschutz den **JA**-Bundesverband zunächst als Verdachtsfall einstufte, verließen zahlreiche Mitglieder die *JA NRW*. In der Folge ist der Landesverband allerdings ideologisch auf den politischen Kurs des Bundesverbandes der **JA** eingeschwenkt. Dieser zeichnet sich durch ein völkisch-ethnisches Volksverständnis und Fremdenfeindlichkeit aus. Ebenso vertritt die *JA NRW* Positionen, die die Menschenwürdegarantie verletzen. Es tritt insbesondere das Ziel zutage, Menschen mit Migrationsbiografie und Muslime auszugrenzen und verächtlich zu machen.

Der *JA NRW* gehören rund 50 bis 60 aktive Mitglieder an, die sich an öffentlichen Versammlungen und Landesversammlungen beteiligen. Insgesamt sind der Jugendorganisation aber über 200 Personen zuzurechnen. Seit 2019 hat sie sich zu einem Bestandteil der rechtsextremistischen Strömung der Neuen Rechten entwickelt. So besteht eine weitreichende Zusammenarbeit zwischen der *JA NRW* und Akteuren und Organisationen aus dem Netzwerk der Neuen Rechten. Beispielsweise war der stellvertretende Landesvorsitzende zuvor in der **IBD** aktiv. Darüber hinaus wirbt die *JA NRW* in den Sozialen Medien etwa für die **Identitäre Bewegung** beziehungsweise ihre Nachfolgeorganisationen in Nordrhein-Westfalen wie *Lukreta* und die Ende 2024 aufgelöste **Revolte Rheinland**, für **1 Prozent**, das ehemalige **Institut für Staatspolitik** und deren Publikationen. Dass diese Entwicklung nicht zufällig passiert, sondern strategisch gewollt ist, verdeutlicht ein Statement des Bezirksverbandes Südwestfalen-Ruhr der *JA NRW* vom 22. Juni 2023: „Nur wenn wir im Sinne einer Mosaikrechten zusammenstehen, werden wir die so notwendige politische Wende in diesem Land einleiten können.“

Die *JA NRW* bietet außerdem führenden Vordenkern der Neuen Rechten wiederkehrend ein Forum. Das zeigt, dass die Jugendorganisation versucht, als ideologische Kadenschmiede zu fungieren.

Am 23. März 2023 lud der Bezirksverband Düsseldorf der *JA NRW* gemeinsam mit dem AfD-Kreisverband Düsseldorf den neurechten Publizisten Benedikt Kaiser zum Thema seines gleichnamigen Buches „Die Partei & ihr Vorfeld“ ein.

Am 16. September 2023 lud die *JA NRW* Philipp H., den damaligen Chefredakteur vom Heimatkurier, zum Vortrag in ihre Landesgeschäftsstelle ein, der über das Thema „Remigration“ referierte.

Am 19. Januar 2024 lud die *JA NRW* Götz Kubitschek, den wichtigsten Vordenker der Neuen Rechten, zum Vortrag in ihre Landesgeschäftsstelle in Dortmund-Dorstfeld ein.

Am 16. März 2024 hielt ein weiterer relevanter Publizist der Neuen Rechten, der unter seinem Aliasnamen Martin Lichtmesz auftritt und für die rechtsextremistische Zeitschrift **Sezession** seit vielen Jahren schreibt, im Raum Köln auf Einladung der *JA NRW* einen Vortrag.

Zudem suchen Führungspersonen des Landesverbandes der *JA NRW* eine Zusammenarbeit mit dem formal aufgelösten *Flügel*, insbesondere mit dessen ideologischer Führungsperson Björn Höcke. Am 10. August 2024 fuhren Mitglieder der *JA NRW* zur Wahlkampfunterstützung des **AfD-Landesverbandes** nach Thüringen. Der Landesverband vertritt seit mehreren Jahren Positionen, die sich gegen die Menschenwürde sowie das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip richten. Die Zusammenarbeit wird getragen von ideologischer Übereinstimmung. So werden regelmäßig Beiträge von Höcke durch die Social-Media-Präsenzen der *JA NRW*-Strukturen weiterverbreitet.



Mitglieder des Landesvorstands der *JA NRW* mit Björn Höcke

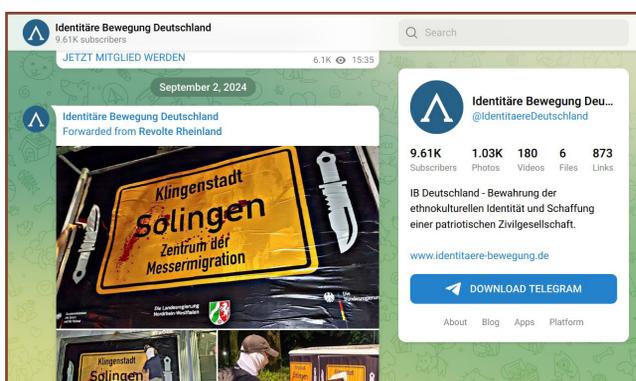
Der AfD-Bezirksverband Arnberg führte am 1. Mai 2024 in Hamm eine Veranstaltung durch, das sogenannte „patriotische Maifest“, an dem die ideologische Führungsperson des formal aufgelösten *Flügels* Björn Höcke teilnahm. Die Aktion wurde von der *JA NRW* mitorganisiert. Höcke solidarisierte sich in seinem Redebeitrag mit der **JA** und rechtsextremistischen Organisationen aus der Strömung der Neuen Rechten, die in der Szene unter dem Begriff „Vorfeld“ firmieren: „Genauso habe ich einmal darauf hingewiesen, dass das Vorfeld so bedeutsam ist, deswegen bin ich auch persönlich wirklich froh, dass wir hier nicht unter uns sind, sondern dass die Vorfeldorganisationen auch hier sind [...] Partei und Vorfeld müssen Schulter an Schulter stehen, nur so kann man die politische Wende erreichen.“

Die *JA NRW* begann im Jahr 2022 eine Kampagne zum Thema Abschiebungen. Am 30. Januar 2022 veröffentlichte sie einen Aufkleber mit der Aufschrift „abschieben schafft wohnraum“. Diesen verbreitet sie als Sticker zum Bestellen sowie als Download auf der Webseite der *JA NRW* und bewirbt ihn unter anderem auf ihrem X-Kanal. Mit dem Slogan versucht sie, für die komplexen Ursachen der Wohnungsknappheit, Flüchtlinge als Sündenböcke darzustellen. Zugleich wird aus der Vielfalt möglicher Lösungen ausschließlich auf Abschiebungen rekurriert. Ende Februar 2023 weitete die Jugendorganisation ihre „Abschieben“-Kampagne aus und veröffentlichte vier weitere Sticker mit den jeweiligen Slogans „abschieben schafft sicherheit“, „abschieben rettet leben“, „abschieben schafft tierschutz“ und „abschieben schützt frauen“. 2024 kam auf ihrem Instagram-Kanal die Kachel „abschieben schützt kinder“ dazu. Die Ausweitung der Kampagne verdeutlicht die Zielrichtung der *JA NRW*, Flüchtlinge pauschal als Sündenböcke für viele relevante Probleme darzustellen.

Ebenso schürt die *JA NRW* Ressentiments gegenüber Muslimen. Im Februar 2023 veröffentlichte die Jugendorganisation einen Sticker, der auf deren Webseite bestellt und heruntergeladen werden kann. Auf dem Sticker steht der Text „invasive Arten abschieben“. Darunter ist ein Waschbär mit islamischer Kopfbedeckung und geschultertem Gewehr abgebildet. Muslime werden hier in pauschaler Weise als gefährlich und gewaltbereit dargestellt. Weiterhin wird mit der Analogie zur Tierwelt suggeriert, dass Muslime nicht kompatibel mit der einheimischen Art seien. Diese Analogie unterstellt, Muslime seien aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit nicht willens und fähig zur Integration. Schließlich zeigt die Forderung „invasive Arten abschieben“, dass Muslime

allein aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit ohne Anspruch auf individuellen Rechtsschutz ausgegrenzt werden sollen.

Aufgrund der rechtsextremistischen Agenda der Jugendorganisation kritisierten Anfang 2024 zunächst einzelne regionale Parteistrukturen der AfD in Nordrhein-Westfalen die *JA NRW*. Dann ging der AfD-Landesvorstand NRW Anfang 2024 auf Distanz zur *JA NRW* und strich ihr die finanzielle Unterstützung. Außerdem verzichtete der AfD-Landesvorstand auf die Mithilfe der *JA NRW* bei der Organisation des Landesparteitags Ende Februar. Dass die Jugendorganisation trotzdem noch über einen nennenswerten Rückhalt in der Partei verfügt, zeigte sich im Vorfeld des folgenden AfD-Landesparteitags. Der ehemalige Landessprecher der AfD NRW stellte einen „Aufruf zur Solidarität mit der Jungen Alternative (JA)“ dort als Antrag, dem sich einige einflussreiche Amts- und Mandatsträger des Landesverbandes anschlossen. Auch Höcke appellierte mit Blick auf den Landesparteitag in Nordrhein-Westfalen in einem Statement: „Kein Jota zurückweichen. Das muss unsere klare Verortung sein. [...] Ich wünsche solchen Aktivitäten, Antragsaktivitäten jetzt in NRW, und vielleicht auch in Baden-Württemberg, maximale Erfolge. Ja zur JA und unbedingte Solidarität.“ Auf dem Landesparteitag wurde der Antrag erst auf der Tagesordnung nach hinten verschoben und dann nicht mehr behandelt.



Die Revolve Rheinland instrumentalisiert den Anschlag in Solingen für fremdenfeindliche Propaganda

Allerdings dauert der Konflikt weiter an. Der AfD-Landesvorstand hatte ein Parteiausschlussverfahren gegen den damaligen stellvertretenden Landesvorsitzenden der *JA NRW* initiiert, weswegen dieser im Frühjahr 2024 von seinem Amt in der *JA NRW* zurücktrat. In seiner Begründung gab er an, Schaden von der Jugendorganisation abwenden zu wollen. Allerdings trat er auf dem Landeskongress

am 5. Oktober 2024 erneut zur Wahl des stellvertretenden Landesvorsitzenden an und wurde von den Mitgliedern auch gewählt. Das spricht dafür, dass die *JA NRW* ihren Konfrontationskurs gegenüber dem AfD-Landesvorstand fortsetzt.

Auch auf Bundesebene war das Verhältnis von **JA** und *AfD* seit Ende 2024 von kontroversen Diskussionen geprägt. Dabei ging es vor allem um die Frage, wie die **JA** organisatorisch mit der *AfD* verbunden sein soll. Beim *AfD*-Bundesparteitag im Januar 2025 stand der Vorschlag zur Abstimmung, die Parteisatzung zu ändern, um die bisher als Verein eigenständige Jugendorganisation zu einem Bestandteil der Partei zu machen. Die *JA NRW* lehnte dieses Vorhaben ab, weil sie eine stärkere Steuerung durch die Partei befürchtet. Die starke Ablehnung dürfte unter anderem den Konflikten der Jugendorganisation mit dem AfD-Landesvorstand NRW geschuldet sein. Andere *JA*-Landesverbände sprachen sich für eine Eingliederung in die *AfD* aus, weil sie sich dadurch unter anderem einen Schutz vor einem möglichen Vereinsverbot versprachen.

Ende Januar entschied eine Mehrheit über Zweidrittel der Delegierten auf dem *AfD*-Bundesparteitag, die Satzung zum 1. April 2025 zu ändern. So wird aus dem „eigenständigen Verein“ ein „rechtlich unselbstständiger Teil der Partei“. Daraufhin beschloss die **JA** Anfang Februar auf ihrem Bundeskongress ihre Selbstaflösung zum 31. März 2025. Für die neue Jugendorganisation werden dann alle Parteimitglieder unter 36 Jahren zu einer Gründungsveranstaltung eingeladen. Die *JA NRW* machte aber unmittelbar nach dem Bundeskongress am 2. Februar 2025 in einem Statement auf ihrem Instagram-Account deutlich, dass es sich aus ihrer Sicht lediglich um eine Änderung der Organisationsstruktur handelt, der inhaltliche Kurs aber beibehalten werde: „Wir werden auch in der neuen Jugendorganisation 100%igen Einsatz für die AfD, die deutsche Jugend und und (sic!) unsere Heimat zeigen. Wir bleiben jung, patriotisch und rebellisch. Die Hülle der JA fällt weg - ihre Seele wird weiterleben.“

Ob diese Eingliederung der **JA**-Mitglieder in die *AfD* zu deren Mäßigung beitragen wird, ist derzeit offen. Denn umgekehrt gibt es seit längerem Überlegungen, wie die Jugendorganisation stärkeren Einfluss auf die *AfD* gewinnen kann. Bereits Mitte 2024 gab es im neurechten „Vorfeld“ einen verbreiteten Aufruf an die **JA**-Mitglieder, in die *AfD* einzutreten, um eine Rechtsextremisierung der Partei voranzutreiben. Darin heißt es: „Hierbei sind Widerstände durchaus

zu erwarten und deshalb sollten sich Neumitglieder vorbereiten und gut vernetzen. Aber mit ein wenig Koordination und taktischer Vorgehensweise können so auf kleiner Ebene beginnend gegebenenfalls mit Kampfabstimmungen und der Aufstellung neuer Kandidaten bereits die Kraftverhältnisse zu Gunsten des stabileren Teils der Partei verschoben werden, was im besten Fall wie ein Dominostein von der kleinsten Parteiebene bis darüber hinaus positive Auswirkungen hat.“ Dass Anfang 2025 zwei Führungspersonen der JA NRW zugleich als Vorsitzende in ihren jeweiligen AfD-Kreisverbänden fungieren, weist darauf hin, dass diese Strategie von Teilen der Jugendorganisation bereits umgesetzt wird.

#### 4. Kampagnenthema Remigration

Im Zuge der Diskussion über die Flüchtlingspolitik gelang es der Neuen Rechten vermehrt, ihre ethno-pluralistischen Positionen in den öffentlichen Diskurs einzuspeisen. Das trifft insbesondere auf ihr wichtigstes Kampagnenthema, „Remigration“, zu. Hier hat die Szene das rechtsextremistische Thema mit der größten Anschlussfähigkeit in der Gesellschaft aufgegriffen und dafür einen unbelasteten Begriff benutzt, den man zudem doppeldeutig verwenden kann. Denn die bislang von der rechtsextremistischen Szene verwendete fremdenfeindliche Forderung „Ausländer raus“, war in der Öffentlichkeit als rechtsextremistisch gebrandmarkt und konnte deshalb kaum noch Wirkungskraft entfalten. Dies war auch rechtsextremistischen Strategen bewusst, wie internes Schulungsmaterial der **IBD** aus dem Jahr 2015 zeigt. Dort heißt es:

„Wir wollen uns aber nicht ausschließlich an den Mainstream wenden und dessen Ideen wiedergeben. Wir wollen dessen Meinungen durchsetzen, verschärfen und polarisieren.“

[...] Benutze das Schema Problem > Lösung so oft wie nur möglich. Es ist kein Zufall, dass ‚Ausländer (Problem) raus (Lösung)‘ eine der populärsten automatischen Reaktionen von Menschen ist, die gegen Masseneinwanderung protestieren, abgesehen davon, dass es zu vereinfachend ist und ausgelutscht durch häufige Verwendung von alten Rechten, als dass die IB es bringen könnte.“

Als Konsequenz aus diesen Überlegungen initiierte die **IBD** die Kampagne zu „Remigration“, die eine große Breitenwirkung erzielte. Spätestens nach der medialen Berichterstattung Anfang 2024 über eine

Tagung in Potsdam, auf der Martin Sellner, ehemalige Führungsperson der Identitären Bewegung Österreich, im November 2023 über „Remigration“ gesprochen haben soll, war der Begriff auch in der öffentlichen Diskussion präsent. Dies nahm die Jury der „Sprachkritischen Aktion“ von Sprachwissenschaftlern und Journalisten im Januar 2024 zum Anlass, „Remigration“ zum Unwort des Jahres 2023 zu küren. Sie stellte fest, es sei eine „beschönigende Tarnvokabel und ein die tatsächlichen Absichten verschleiender Ausdruck [...]“. Der aus der Migrations- und Exilforschung stammende Begriff, der verschiedene, vor allem freiwillige Formen der Rückkehr umfasst (darunter die Rückkehr jüdischer Menschen aus dem Exil nach 1945), wird bewusst ideologisch vereinnahmt und so umgedeutet, dass eine - politisch geforderte - menschenunwürdige Abschiebe- und Deportationspraxis verschleiert wird.“

Vor allem gravierende Gewalttaten von Menschen mit Migrationsbiografie greift die Neue Rechte auf, um öffentlichkeitswirksame Aktionen durchzuführen und die fremdenfeindliche Botschaft zu verbreiten, „Remigration“ sei die Lösung. Die erste Aktion in Nordrhein-Westfalen mit dem Begriff „Remigration“ initiierte die **IBD** am 28. Dezember 2016. Damals brachten Aktivisten der **IBD** am Dach des Kölner Hauptbahnhof ein Jahr nach den sexuellen Übergriffen am Kölner Hauptbahnhof am 28. Dezember 2016 kurzzeitig ein Transparent an, auf dem der Slogan „Nie wieder Schande von Köln! #Remigration“ stand. Damit versuchten sie, Flüchtlinge generell als Vergewaltiger zu stigmatisieren und die Forderung nach „Ausländer aus“ als Lösung darzustellen.

Im August und September 2024 versuchte die **Revolte Rheinland**, den Anschlag von Solingen vom 23. August 2024 für die Verbreitung eigener Botschaften zu instrumentalisieren. In Solingen brachten sie mehrere Plakate an Werbetafeln oder auf Stromkästen an. Die Aufmachung der Plakate erweckte auf den ersten Blick den Anschein, offizielle Plakate der Bundes- beziehungsweise Landesregierung Nordrhein-Westfalens zu sein. Das Plakatmotiv, das einem Ortseingangsschild nachempfunden war, trug die Aufschrift „Klingenstadt Solingen - Zentrum der Massenmigration“. Das Schild war symbolisch mit gedruckten Blutspritzern übersät und von zwei Messern flankiert. In einem Beitrag auf ihrem Telegram-Kanal schrieb die **Revolte Rheinland** zu der Aktion: „Wir fordern millionenfache Remigration um die Sicherheit auf unseren Straßen wiederherzustellen.“ Die Bilder davon verbreitete sie in den Sozialen Medien.

Insbesondere die *JA NRW* hat sich die Remigrationskampagne zu Eigen gemacht. Der damalige Landesvorsitzende der *JA NRW*, Felix Cassel, warb im Februar 2024 für das neu erschienene Buch von Sellner. Anlässlich des islamistischen Anschlags in Solingen am 23. August 2024 fand zwei Tage später eine Kundgebung mit rund 50 Teilnehmern der *JA NRW* statt, auf der die Beteiligten den Anschlag instrumentalisierten, um nationalistische und fremdenfeindliche Parolen zu verbreiten. Ebenfalls griff die *JA NRW* den Anschlag in Magdeburg auf und postete auf ihrem Instagram-Account umgehend eine Kachel mit dem Text „Remigration oder #Magdeburg“.

Rechtsextremisten haben zum Kampagnenthema „Remigration“ indes auch konzeptionelle Überlegungen angestellt. 2017 veröffentlichte Mario Müller, bis dahin Führungsaktivist der **IBD**, beim **Antaios Verlag** das Buch „Kontrakultur“. Dabei handelt es sich um eine Art Wörterbuch für die Neue Rechte, in dem der Autor auch den Begriff „Remigration“ erläutert. Dabei wird deutlich, dass er eine ethnisch homogene Gesellschaft herbeiführen möchte und Menschen mit ausländischer Herkunft, auch die ausländische Herkunft der Eltern oder Großeltern reicht bereits aus, ausgrenzen möchte: „Remigration bezeichnet die Umkehr der Migrationsströme. Unsere Forderung danach beruht auf der Erkenntnis, daß Multikulti gescheitert ist, und das nicht erst seit der Einwanderungskrise: [...] Eine ‚konservative‘ Politik der Grenzschließung und Leitkultur allein wird allerdings nicht mehr in der Lage sein, den demografischen Krieg zu gewinnen. Die einzige Lösung ist daher Remigration: die Rückkehr der Illegalen, Glücksritter und Islamisten, all jener, die nicht willens oder in der Lage ist, sich an die europäischen Lebensgewohnheiten, Werte und Regeln anzupassen.“ Müller hat 2017 sein Buch bei einer Veranstaltung des rechtsextremistischen **Arcadi-Magazins** in Leverkusen vorgestellt.

Die *JA NRW* führte am 16. September 2023 in Dortmund eine sogenannte „JA Akademie“ durch, bei der der Österreicher Philipp H. referierte. Zum Zeitpunkt des Vortrags war er Chefredakteur des in Österreich ansässigen Online-Magazins „Heimatkurier“. Zuvor hatte er in der Identitären Bewegung Österreich eine führende Funktion inne. Der Referent setzt sich in seinem Vortrag für eine „Remigration“ ein, die er wie folgt begründet: „Das rechte Hauptziel, der Erhalt der ethnokulturellen Identität. Die größte Bedrohung, Bevölkerungsaustausch durch Ersetzungsmigration. Dieser Gefahr muss mit einer alternativen Bevölkerungs- und Migrationspolitik

begegnet werden, zu der eben auch als ein Aspekt die Politik der Remigration gehört.“ Er vertritt einen völkischen Nationalismus, der ethnische Vielfalt als Bedrohung darstellt und deswegen für eine Ausgrenzung von Menschen mit Migrationsbiografie plädiert. Dies bezieht er ausdrücklich auch auf deutsche Staatsbürger mit Migrationsbiografie. So unterscheidet Philipp H. drei Bevölkerungsgruppen, die remigrieren sollen.

1. „Illegale oder Geduldete, wie auch immer, Scheinasylanten. Also alle Menschen, die sich hier aufhalten aufgrund des Asylrechts, sei es jetzt mit berechtigten Aufenthaltstiteln, subsidiär, schutzberechtigt, geduldet, wie auch immer.“
2. „[...] nicht assimilierte Problemgruppen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, aber mit legalem Aufenthalt.“
3. „Millionen von Menschen, die sich nicht mit diesem Land identifizieren, wurden in den vergangenen Jahrzehnten missbräuchlich, zweckentfremdet und zum Teil auch widerrechtlich zu Staatsbürgern erklärt. Das heißt, sie wurden mit deutschen Staatsbürgern gleichgestellt.“

Bei der angestrebten „alternativen Bevölkerungs- und Migrationspolitik“ solle keine Rücksicht auf völkerrechtliche Verträge genommen werden. Mit anderen Worten: „Remigration“ statt Rechtsstaat. „Wo die EU, also supranationale Organisationen oder die UN oder Völkerrecht den Nationalstaat fesseln und ihn sozusagen de facto zwingen, dem Bevölkerungsaustausch zuzusehen, sind die entsprechenden Verträge zu suspendieren, aufzukündigen oder auch einfach zu ignorieren [...]“.

Zwei Monate später veranstaltete das „Düsseldorfer Forum“, eine Veranstaltungsreihe, die von einem ehemals in Düsseldorf lebenden Rechtsextremisten organisiert wird, eine Tagung in Potsdam. Auf dieser stellte nach Medienberichten der Rechtsextremist Martin Sellner, ehemals Führungsperson der Identitären Bewegung Österreich und einer der wichtigsten Publizisten der Neuen Rechten, einen sogenannten „Masterplan“ zur „Remigration“ vor. Ungefähr zwei Wochen vor diesem Termin hielt Sellner einen Vortrag beim *Alternativen Kulturkongress Deutschland* in Ostwestfalen.

Im Februar 2024 veröffentlichte Sellner dann ein Buch mit dem Titel „Remigration. Ein Vorschlag“, in dem er seine Überlegungen zur „Remigration“ ausführlich darstellt. „Ziel der Remigrationspolitik ist es,

die Weichen so umzustellen, daß Deutschland Jahr für Jahr Überfremdung abbaut und wieder von einer sicheren, lebenswerten und stabilen Mehrheitsgesellschaft bestimmt wird.“ Dabei geht bei Sellners Ausführungen völkisches Denken mit Fremdenfeindlichkeit einher. Wie Philipp H. sieht er drei Bevölkerungsgruppen, die Deutschland verlassen sollen: 1. „Asylanten“, 2. Ausländer, 3. „nichtassimilierte Staatsbürger“. Im Sinne der Strategie der Selbstverharmlosung postuliert er zu „Remigration“: „Sie muß in Gänze rechtsstaatlich, würdevoll und gewaltfrei vonstattengehen. Menschen-, Eigentums- und Persönlichkeitsrechte sind dabei zu achten.“ An anderer Stelle wiederum plädiert er für „Pushbacks“ und lobt Staaten für ihr Grenzregime, die die Menschenrechte nicht achten. Dass Gerichte Abschiebungen aussetzen, weil den Betroffenen in ihren Heimatländer Lebensgefahr droht, nennt Sellner „sabotieren“.

Bei allen bislang bekannt gewordenen Ausführungen von Rechtsextremisten zum Thema „Remigration“ wird deutlich, dass ausgehend von einem völkischen Nationalismus Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit dem Ziel einer ethnisch homogenen Gesellschaft untergeordnet sind. Letztlich geht es darum, dass Menschen mit Migrationsbiografie Deutschland verlassen sollen. Damit sind auch Menschen gemeint, deren Eltern oder Großeltern bereits eingewandert sind.

## 5. Rechtsextremistische Mischszene

In der Öffentlichkeit tritt seit Mitte der 2010er Jahre in Nordrhein-Westfalen eine **rechtsextremistische Mischszene** in Erscheinung. Ein wichtiger Ausgangspunkt dieser Entwicklung war 2014 die Gründung der Formation „Hooligans gegen Salafisten“ (Hogesa), bei der Hooligans mit Rechtsextremisten zusammenwirkten. Auch wenn die Hooligans sich nicht parteipolitisch vereinnahmen lassen wollten, vernetzten sie sich anlässlich eines politischen Themas mit Rechtsextremisten deutschlandweit und mobilisierten zu Veranstaltungen an zentralen städtischen Orten, um öffentliche Resonanz zu erzielen. Ohnehin gibt es eine subkulturelle Nähe zwischen den Szenen. Hinzu kam bei Hogesa als verbindende inhaltliche Klammer eine Feindschaft gegenüber Muslimen.

Neben Hogesa war die Kundgebungsreihe „Patrioten gegen die Islamisierung Europas“ (Pegida) der zweite Ausgangspunkt für die Entwicklung der **rechtsextremistischen Mischszene**. Dem Vorbild der Dresdner Pegida-Veranstaltungen seit Oktober 2014 folgten

in Nordrhein-Westfalen mehrere Nachahmungsversuche. Die Veranstaltungen zeichneten sich dadurch aus, dass einer Kundgebung mit mehreren Reden ein sogenannter „Spaziergang“ folgte, auf dem in der Regel keine Parolen skandiert wurden. Die meisten dieser Veranstaltungen fanden in Duisburg und Düsseldorf statt. Im Gegensatz zu Hogesa versuchten die Organisatoren der jeweiligen Veranstaltungen auch, ein eher bürgerliches Publikum anzusprechen, das mit der Flüchtlingspolitik und der „Islampolitik“ der Bundesregierung unzufrieden war. Allerdings verbreiteten etliche Redner fremden- und islamfeindliche Positionen und machten die Demokratie verächtlich. In vielen Fällen beteiligten sich organisierte Rechtsextremisten und Hooligans an den Versammlungen. Zudem luden verschiedene Organisatoren mehrfach Rechtsextremisten als Redner ein.

Seit 2017 tritt in Nordrhein-Westfalen vermehrt eine **rechtsextremistische Mischszene** auf, die an Hogesa und Pegida anknüpft. Diese Kontinuität zeigt sich auch personell. Eine der Führungspersonen, Dominik Röseler, war früher stellvertretender Vorsitzender der Partei **Pro NRW**, die dezidiert islamfeindlich agierte, und dann einer der Hauptprotagonisten von Hogesa. Ebenfalls trat er bei mehreren Versammlungen von **Pegida NRW** als Redner auf. Die Mischszene setzt sich aus organisierten Rechtsextremisten, Angehörigen der Hooligan- und Rockerszene sowie „Wutbürgern“ zusammen und hält öffentliche Versammlungen ab, häufig in der Form von sogenannten „Spaziergängen“ nach dem Vorbild von Pegida. Die jeweiligen Gruppierungen der rechtsextremistischen Mischszene traten dabei in der Öffentlichkeit oftmals mit einem einheitlichen Erscheinungsbild durch gleichartige Kleidung auf.

Die **rechtsextremistische Mischszene** ist aber nicht nur als regionales Phänomen zu begreifen, sondern sie versuchte sich auch bundesweit zu vernetzen. Dies betraf einzelne Vereinigungen wie z.B. die Düsseldorfer Gruppierung **Bruderschaft Deutschland**, die zeitweise einen Ableger in Baden-Württemberg aufwies. Vor allem fand die Vernetzung aber durch überregionale Versammlungen statt, an denen die verschiedenen Gruppierungen wechselseitig teilnahmen.

Im Gegensatz zu klassischen Rechtsextremisten und zur Neuen Rechten ist bei der **rechtsextremistischen Mischszene** keine kohärente Ideologie und tieferegehende Ideologisierung auszumachen. Beispielsweise werden keine ideologischen Schriften verbreitet. Die Redner auf Versammlungen bemühen überwiegend

Protest- und Widerstandsrhetorik („Merkel muss weg“), verzichten aber auf die Erklärung eines theoretischen Überbaus. Gleichwohl wird hinreichend deutlich, dass ein inhaltlicher Minimalkonsens in Fremden- und Islamfeindlichkeit sowie dem behaupteten Versagen des Staates besteht, woraus die Akteure die Legitimation ableiten, selber bürgerwehähnlich aufzutreten. Ihre Inhalte vermittelt die **rechtsextremistische Mischszene** überwiegend durch Symbolik oder Posts in sozialen Netzwerken. Neben diesen inhaltlichen Aspekten fördert auch eine subkulturelle Nähe von Hooligans, Rockern und subkulturellen Rechtsextremisten den Zusammenhalt: Archaische Männlichkeitsvorstellungen, Gewaltakzeptanz, Anti-Establishment-Haltungen und Anti-Intellektualismus bilden eine verbindende Klammer.

In einigen Städten bildeten sich in der Folgezeit Gruppierungen mit einer festen Struktur heraus. Die drei wichtigsten Gruppierungen waren **First Class Crew – Steeler Jung**s (Essen), die **Bruderschaft Deutschland** (Düsseldorf) und **Mönchengladbach steht auf**. Weiterhin zählten hierzu die Kleinstgruppierungen wie **PEGIDA NRW**, **NRW stellt sich quer**, **Defensive West**, **Die Sippe NRW**, **Hooligans Europe United** und **Besorgte Bürger Herne** (auch **Stark für Herne**). Zu Beginn des Jahres 2025 scheint mit **NRW steht zusammen** lediglich eine Kleinstgruppierung aktiv zu sein, deren Mitglieder aus den vorgenannten Gruppierungen stammen.

Die Mitglieder der **Steeler Jung**s führten von 2018 bis Anfang 2020 regelmäßig sogenannte „Spaziergänge“ im Essener Stadtteil Steele durch und bildeten eine bürgerwehähnliche Gruppierung, die mit ihrem uniformierten Auftreten einschüchternd wirken wollte. Eine Kneipe in Essen-Steele dient der Gruppe als Treffpunkt. Dort fanden 2019 auch zwei rechtsextremistische Musikveranstaltungen statt. Neben den **Steeler Jung**s haben sich in anderen Essener Ortsteilen mit den **Huttroper Jung**s und den **Borbecker Jung**s ähnliche Zusammenschlüsse beziehungsweise Untergruppierungen gebildet. Diese haben auf sich aufmerksam gemacht, indem sie durch einheitliche Bekleidung, die an die der **Steeler Jung**s angeglichen wurde, auffielen. Die Demonstrationen in Steele fanden bis März 2020 wöchentlich mit ungefähr 50 bis 100 Teilnehmern statt. Obschon die Gruppierung seit 2023 keine Aktivitäten mehr entfaltet, ist das Milieu vor Ort weiter vorhanden.

Die **Bruderschaft Deutschland** umfasste zwischenzeitlich rund 60 Personen, die schwerpunktmäßig

aus Düsseldorf und den angrenzenden Städten stammten. Ende 2019 wurde als Unterorganisation die **Schwesternschaft Deutschland** gegründet, um auch Frauen in die Organisation einzubinden. Von 2017 bis 2018 führte die **Bruderschaft Deutschland** sogenannte Spaziergänge in Düsseldorf durch, bei denen sie bürgerwehähnlich durch die Stadt patrouillierte. Zudem beteiligte sich die Bruderschaft Deutschland auch an einigen Versammlungen der neonazistischen Parteien **Der III. Weg** und **Die Rechte**. Insgesamt zeichnete die Gruppierung eine hohe Gewaltbereitschaft aus. Im Frühjahr 2020 zog sich eine Führungsperson aus der Bruderschaft Deutschland zurück, was zu organisatorischen

Schwierigkeiten führte. Der Hintergrund des Rück-

zugs waren Verbindungen der Person zu Angehörigen der **Gruppe S.**, bei denen im Februar 2020 eine Razzia stattfand und die 2023 wegen der Gründung einer terroristischen Vereinigung verurteilt wurden. Die **Bruderschaft Deutschland** löste sich mitsamt der **Schwesternschaft Deutschland** im Sommer 2022 auf.



Selbstdarstellung der Bruderschaft Deutschland

Dem Kern von **Mönchengladbach steht auf** wurden rund zehn Personen zugerechnet. Bedeutung hatte die Gruppierung vor allem wegen ihrer Führungsperson Dominik Roeseler, früher bei **Pro NRW** und **Hogesa** in führender Position aktiv, der für die gesamte **rechtsextremistische Mischszene** die Funktion des Netzwerkers und Organisators einnahm. Gelegentlich führte die Gruppierung selber Versammlungen durch. Beispielsweise organisierte sie am 8. September 2019 in Mönchengladbach eine der größten Versammlungen. Insgesamt nahmen rund 700 Personen an der Versammlung teil. Ein männlicher Redner vom „Frauenbündnis Kandel“ bestritt die Legitimität des gegenwärtigen politischen

Systems und rief zum Widerstand auf, wobei er sich ausdrücklich nicht auf friedliche Widerstandsformen beschränkte: „Es gibt viele Möglichkeiten des Widerstandes und mittlerweile ist jede erdenkliche Form, die wir gewählt haben oder noch wählen werden, von der Verfassung und vom gesunden Menschenverstand rechtlich und moralisch abgedeckt.“

Seit 2023 hat die **rechtsextremistische Mischszene** ihre Handlungsfähigkeit erheblich eingebüßt. Dafür gibt es mehrere Gründe, die zusammenwirkten:

Die Führungspersonen in der **rechtsextremistischen Mischszene** lehnten die staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen entschieden ab und beriefen sich dazu teilweise auf Verschwörungserzählungen. Dieser Position schloss sich ein Teil der **rechtsextremistischen Mischszene** nicht an, nicht zuletzt wegen eigener negativer Erfahrungen mit der Pandemie.

Zudem waren die Führungspersonen der **rechtsextremistischen Mischszene** von verschiedenen staatlichen Maßnahmen betroffen. Dominik Roeseler wurde unter anderem 2021 wegen mehrerer Straftaten verurteilt und erhielt eine zur Bewährung ausgesetzte Haftstrafe sowie eine Geldstrafe. Die Führungsperson der **Steeler Jungs** war vom Verbotverfahren des Bundesministeriums des Innern und für Heimat gegen die Rockergruppierung „Bandidos MC Federation West Central“ im Sommer 2021 betroffen. Im Zuge des Verbotes durchsuchte die Polizei auch die Gaststätte, die als Treffpunkt der **Steeler Jungs** fungierte. Der „Präsident“ der **Bruderschaft Deutschland** wurde wegen des Handels mit Betäubungsmitteln und weiterer Straftaten 2022 verurteilt. Als Folge der Ermittlungsverfahren und Urteile reduzierten die Führungspersonen ihre Aktivitäten beziehungsweise stellten diese vollständig ein. Weiterhin gab es in den Gruppierungen Streitigkeiten um Führungsrollen, Geld und Zwischenmenschliches. Dies führte zu Rauswürfen beziehungsweise Austritten aus den Gruppierungen, verschlechterte die Motivation und schränkte die Mobilisierungsfähigkeit zunehmend ein. Als Folge dessen wechselten einige Mitglieder zu anderen rechtsextremistischen Gruppierungen, wie zum Beispiel den **Brothers of Honour**.

Obgleich die **rechtsextremistische Mischszene** sich aktuell kaum öffentlich politisch betätigt und nur über wenig handlungsfähige Strukturen verfügt, handelt es sich um ein Netzwerk mit vielfältigen Kennverhältnissen und einigen Treffpunkten, das über die rechtsextremistische Szene hinaus in die Hooligan- und Rockerszene reicht. Bei einem

geeigneten Anlass und wenn sich fähige Führungspersonen finden, ist dieses Netzwerk weiterhin für rechtsextremistische Bestrebungen mobilisierbar. Dies zeigte sich nach dem islamistisch motivierten Anschlag in Solingen am 23. August 2024. Zwei Tage später beteiligten sich führende Akteure der **Bruderschaft Deutschland** und der **Steeler Jungs** an einer rechtsextremistischen Versammlung in Solingen, auf der die Teilnehmer „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ skandierten. Insofern handelt es sich um eine gewaltbereite rechtsextremistische Szene im „Stand-by-Modus“.

## 6. Extremistische „Verwandtschaften“

Die Entgrenzung des Rechtsextremismus zeigt sich auch darin, dass er ideologisch zunehmend zu anderen extremistischen Phänomenbereichen „ausfranst“. So gibt es zu den Phänomenbereichen **Reichsbürger und Selbstverwalter** und **Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates** zwar Unterschiede hinsichtlich der Zielvorstellungen, allerdings auch ideologische Überschneidungen in der Feindschaft gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung.

### „Reichsbürger und Selbstverwalter“

Rechtsextremismus und die Szene der **Reichsbürger und Selbstverwalter** sind ungeachtet ihrer ideologischen Nähe und Überschneidungen nicht deckungsgleich. So haben **Reichsbürger und Selbstverwalter** vorrangig den Staat und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Feindbild. Gesellschaftliche Minderheiten, wie Muslime, Flüchtlinge, etc. sind für die Mehrheit der Szene, im Gegensatz zum Rechtsextremismus, kein offenkundiges Feindbild. Einschränkend muss man hinzufügen, dass für viele **Reichsbürger** Deutsche nur die Bürgerinnen und Bürger sind, die nach dem „Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 „Deutsche“ sind. Dies würde Deutsche mit Migrationsbiografie benachteiligen. Zudem ist der Antisemitismus mit seinen subtilen Narrativen mitunter Teil der Ideologie. Die Mehrheit der rechtsextremistischen Szene wiederum greift nicht die Überlegungen der **Reichsbürger und Selbstverwalter** zum Staatswesen auf, weil man sie für irrelevant oder abwegig hält.

Allerdings gibt es auch etliche Überschneidungen. Mitte der 1970er Jahre veröffentlichte der rechtsextremistische Rechtsanwalt und spätere Rechtsterrorist Manfred Roeder die These, dass das

Deutsche Reich fortexistiere. Wenige Jahre später rief er sich zum „Reichsverweser“ und „Reichspräsidenten“ aus. Strategisch diene diese angebliche Wiederherstellung des Deutschen Reiches dazu, die von Rechtsextremisten abgelehnte Bundesrepublik Deutschland zu diskreditieren und geschichtsrevisionistische Auffassungen zu verbreiten. An diese These knüpften später verschiedene **Reichsbürger**-Gruppierungen an, wobei fallweise neue Auslegungen erfolgten. Im Jahr 1985 gründete Wolfgang Ebel mit der **Kommissarischen Reichs-Regierung (KRR)** in West-Berlin die erste Reichsbürger-Organisation. Ebel behauptete, dass er von den Alliierten den Auftrag erhalten habe, das Deutsche Reich zu regieren. Im Sinne klassischer antisemitischer Verschwörungstheorien propagierte er, die Bundesrepublik sei eine „jüdisch-freimaurerische“ Verschwörung. Weil diese illegal sei, müssten seine Anhänger keine Zahlungen an den Staat leisten.

Durch soziale Netzwerke ist die Szene der **Reichsbürger und Selbstverwalter** seit den 2010er Jahren enorm gewachsen. In Nordrhein-Westfalen werden diesem Phänomenbereich seit den 2020er Jahren rund 3.400 Personen zugerechnet, 2024 stieg die Zahl auf 3.700. Ebenso hat sich die Szene stark ausdifferenziert. Bemerkenswert dabei ist, dass über 80 Prozent der **Reichsbürger und Selbstverwalter** keiner Gruppierung angehören, sondern sich individuell mittels sozialer Medien ideologisiert haben. Inhaltlicher Konsens der **Reichsbürger**-Szene sind Behauptungen, dass das Deutsche Reich fortexistiere und/oder dass der Bundesrepublik Deutschland die rechtliche Legitimation fehle. Die Bundesrepublik sei eine GmbH und die Behörden deshalb nur „Scheinbehörden“. Teilweise behaupten **Reichsbürger** auch, dass eine von ihnen geführte kommissarische Reichsregierung die Staatsgewalt ausübe. Daraus leiten sie für sich hoheitliche Befugnisse ab.

**Selbstverwalter** knüpfen dagegen in ihrer Argumentation nicht an eine staatliche Autorität an. Sie berufen sich auf ein selbst definiertes Naturrecht, wonach sie als Individuen eigene Hoheitsrechte besäßen. In der Praxis ist eine genaue Trennung von **Reichsbürgern** und **Selbstverwaltern** indes oftmals nicht möglich, weil die verschiedenen Argumentationslinien häufig individuell kombiniert werden. **Reichsbürger und Selbstverwalter** sprechen gleichermaßen demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation ab, stellen sich außerhalb der Rechtsordnung und begehen Verstöße gegen diese.

Teile der Szene der **Reichsbürger und Selbstverwalter** überschneiden sich mit dem organisierten

Rechtsextremismus. So sind 130 **Reichsbürger und Selbstverwalter** zugleich als Rechtsextremisten bekannt. Beispielsweise waren einige Mitglieder der **Justiz-Opfer-Hilfe** vor einigen Jahren noch Mitglieder der **NPD** (inzwischen: **Die Heimat**). Darüber hinaus vertreten einige **Reichsbürger und Selbstverwalter** typische rechtsextremistische Argumentationsmuster. So bezeichnet sich **Die Germaniten Partei** aus Vlotho selbst als „Arische Partei“ und verbreitet antisemitische Verschwörungstheorien. Weiterhin vertreten **Reichsbürger** und Rechtsextremisten oftmals revisionistische Positionen, die sich auf Fragen der staatlichen Grenzen Deutschlands und/oder der deutschen Geschichte beziehen. Strategisch nutzen einige Rechtsextremisten überdies die **Reichsbürger**-Argumentation, um die angefeindete freiheitlich demokratische Grundordnung zu delegitimieren. Der bis 2018 in Nordrhein-Westfalen ansässige Meinolf Schönborn, Herausgeber der rechtsextremistischen Zeitschrift **Recht und Wahrheit**, nannte in einem Flugblatt aus dem Jahr 2018 als Selbstverständnis der Zeitung, man sei „durch den Reichsgedanken [...] zusammengefügte, freiheitsliebende Deutsche“.

In der **Gruppe S.** wirkten Rechtsextremisten und **Reichsbürger** zusammen. Die Gruppe hatte vor, Anschläge auf Moscheen durchzuführen, um Gegenreaktionen von Muslimen auszulösen und letztlich bürgerkriegsähnliche Zustände herbeizuführen. Das Oberlandesgericht Stuttgart verurteilte am 30. November 2023 die Gruppe wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung. Von den zehn Verurteilten stammen drei aus Nordrhein-Westfalen. Ein weiterer Beschuldigter aus Nordrhein-Westfalen beging in Untersuchungshaft Suizid. Von den ursprünglich vier Beschuldigten aus Nordrhein-Westfalen sind drei den Sicherheitsbehörden als **Reichsbürger** bekannt, zum Teil mit einer rechtsextremistisch geprägten Biographie. Das zeigt, dass sich Teile der rechtsextremistischen Szene und der **Reichsbürgerszene** gleichsam im Widerstand sehen und deshalb schwere Gewalttaten als notwendig und gerechtfertigt erachten.

### „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierer“

Aus der heterogenen Protestszene gegen Corona-Schutzmaßnahmen des Staates seit 2020 hat sich ein „harter Kern“ ideologisch radikalisiert. Dessen Misstrauen gegenüber Regierung, staatlichen Institutionen und Strukturen hat sich zu einer Systemfeindschaft entwickelt. Dies äußert sich in der

systematischen Verbreitung von Verschwörungserzählungen und Desinformation, der Diffamierung rechtsstaatlicher und demokratischer Prozesse sowie Aufrufen zu Straftaten beziehungsweise der Legitimation von Gewalt zur Durchsetzung der eigenen politischen Auffassungen. Hier zeigt sich eine ideologische Schnittmenge mit dem Rechtsextremismus.

Rechtsextremisten beteiligten sich ungefähr seit April 2020 an Protestversammlungen in Nordrhein-Westfalen und an virtuellen Protestgruppen, um ihre Positionen zu verbreiten. Eine maßgebliche Rolle von Rechtsextremisten war nur in wenigen Fällen zu erkennen. Seit ungefähr 2022 verschwimmt beim „harten Kern“ der **Delegitimierer**-Szene zunehmend die Grenze zum Rechtsextremismus. Insbesondere bei Demonstrationen des Bündnisses **NRW erwacht** war eine zunehmende Einflussnahme von Rechtsextremisten festzustellen. So wurden einige bekannte Rechtsextremisten als Ordner und oder Redner eingesetzt und geduldet. Verschwörungserzählungen hatten auch in diesem Bündnis einen hohen Stellenwert. So wurden wiederkehrend die ebenfalls im Rechtsextremismus verbreiteten Verschwörungserzählungen des „Great Reset“ und der „New World Order“ zustimmend thematisiert. Nachdem die Führungsperson Anfang 2024 verstorben ist, hat das Bündnis seine Arbeit eingestellt.

Insbesondere im Raum Ostwestfalen-Lippe ist die zunehmende Überschneidung von rechtsextremistischer und **Delegitimierer**-Szene festzustellen. Es gibt zahlreiche Kennverhältnisse zwischen Rechtsextremisten und **Delegitimierern**. Einzelne Personen fungieren dort als Bindeglieder zwischen den Gruppierungen und führen diese in zunehmender Regelmäßigkeit zu Veranstaltungen zusammen. Fremdenfeindliche Positionen sind der gemeinsame Nenner. Die 2024 gegründete Gruppierung **Freischar Westfalen** spricht Anhänger aus beiden Szenen an.

Im Verlauf des Jahres 2024 ist in der Gruppierung **Bielefeld steht auf! (BSA)** eine deutliche Radikalisierung hinsichtlich rechtsextremistischer Inhalte festzustellen. Bei mehreren Veranstaltungen im Frühjahr zeigte die Gruppierung Banner und Fahnen der rechtsextremistischen Kleinstpartei **Freien Sachsen**. Beispielsweise trug der langjährige Rechtsextremist Gerd U. aus der Region am 8. November 2024 auf der Versammlung dieses Banner. Auch im Telegram-Kanal nahmen rechtsextremistische Postings zu. Mit der Gründung der **Freischar Westfalen** durch Daniel K., einem **BSA**-Organisator und mehrfachen Ordner der Veranstaltungen, wurden

auch deren Aktionen öffentlich im Telegram-Kanal von **BSA** veröffentlicht. Zudem verbreitete K. dort fremdenfeindliche Beiträge und förderte damit die Normalisierung von rechtsextremistischer Ideologie innerhalb der Gruppierung. Am 29. Oktober 2024 postete er im Telegram-Kanal von **Bielefeld steht auf!**: „Jetzt kann man noch möglichst viele Muslime wieder loswerden. Afghanen (sic!) und Syrer, das ist zwingend geboten. Bevor eines Tages wegen der ethnischen Wahl nicht mehr möglich sein wird.“

Der Prozess der Rechtsextremisierung zeigte sich ebenso bei der virtuellen Gruppierung **Freie Nordrhein-Westfalen**. Diese gründete sich im Zuge der Corona-Pandemie im Dezember 2022, um Demonstrationstermine nach dem Vorbild Sachsens und Thüringens zu koordinieren. Eine Namensanlehnung an die rechtsextreme Kleinstpartei **Freie Sachsen** war auffällig, inhaltliche Unterschiede jedoch zunächst offensichtlich. Im Laufe der Pandemie wurden indes die Inhalte in dem Telegram-Kanal radikaler. Hinzu kam durch Rücknahme der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung eine abflachende Protestbereitschaft, wodurch sich gemäßigte Mitglieder aus der Gruppierung zurückzogen. Seit dem Angriff der HAMAS auf Israel am 7. Oktober 2023 leugnen Mitglieder auf dem Telegram-Kanal der Gruppierung offen den Holocaust und verbreiten antisemitische Narrative. Einige bekennen sich auch offen zu den Ideen des Nationalsozialismus.

Trotz der Bedeutungszunahme von rechtsextremistischen Positionen gliedern sich die Mitglieder dieses „harten Kerns“ bislang überwiegend nicht in bestehende rechtsextremistische Gruppierungen ein, sondern agieren weiterhin eigenständig.

## 7. Prognose

Die Entgrenzung des Rechtsextremismus hat im vergangenen Jahrzehnt zugenommen. Das schlägt sich auf verschiedenen Ebenen der politischen Öffentlichkeit nieder: in Organisationen, auf Versammlungen und in den Medien, vor allem dem Internet. Diese Entgrenzung findet zu verschiedenen Milieus der Gesellschaft statt. So zielen die Neue Rechte und extremistische Personenzusammenschlüsse in der und für die *AfD* auf ein bürgerliches Milieu, während die rechtsextremistische Mischszene subkulturelle Milieus wie Hooligans und Rocker politisiert. Bei anderen extremistischen Phänomenen, den Szenen der **Reichsbürger und Selbstverwalter** sowie der **Delegitimierer**, nehmen Überschneidungen und gemeinsame Aktivitäten mit dem Rechtsextremismus zu. In der Gesamtschau ist festzuhalten, dass der rechtsextremistische

Resonanzraum sich im letzten Jahrzehnt erkennbar vergrößert und damit auch das Mobilisierungspotenzial zugenommen hat. Der gesellschaftliche und politische Einfluss von Rechtsextremisten ist gestiegen.

Mehrere Faktoren deuten darauf hin, dass sich die Entwicklung nur schwerlich umkehren lässt und es für die Mehrheitsgesellschaft schwer wird, den Rechtsextremismus wieder auf dem vorgehenden Niveau einzugrenzen.

1. Sozialwissenschaftliche Einstellungsuntersuchungen zeigen, dass ein Teil der Bevölkerung rechtsextremistisches Gedankengut teilt und damit ein Potenzial dauerhaft vorhanden ist. Dabei handelt es sich zwar um eine Minderheit der Bürgerinnen und Bürger, aber dieses Potenzial konnten rechtsextremistische Akteure im Zuge der vergangenen Krisen erfolgreich ansprechen.

2. Rechtsextremistische Akteure, wie die Neue Rechte, arbeiten aktiv daran, gesellschaftliche Stigmatisierung zu überwinden und ihren Resonanzraum über die eigene Szene hinaus zu erweitern. Daraus resultierend hat bei einem Teil der Bevölkerung eine Verschiebung der Wahrnehmung und Bewertung stattgefunden, die dazu führt, dass rechtsextremistische Akteure und Argumente als „normal“ und zum legitimen Meinungsspektrum dazugehörend betrachtet werden.

3. Es zeichnen sich für die nächsten Jahre weitere Themen ab, die Rechtsextremisten als Türöffner-Themen für eine breitere Öffentlichkeit nutzen werden. So berufen sich beispielsweise salafistische Täter auf den Islam und erzeugen damit bei Teilen der Öffentlichkeit den Eindruck, der Islam sei eine Rechtfertigung für Hass und Gewalt. Dies spielt wiederum Rechtsextremisten in die Hände, die damit Propaganda gegen alle Muslime beziehungsweise Menschen mit Migrationsbiografie betreiben. Dies konnte man nach dem islamistischen Anschlag in Solingen am 23. August 2024 beobachten, als in den darauffolgenden Tagen zwei rechtsextremistische Versammlungen durchgeführt wurden, auf denen „Ausländer raus“ beziehungsweise „millionenfache Remigration“ gefordert wurde.

4. Die rechtsextremistische Politisierung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch die *JA NRW* und die Jugendgruppierungen der Neuen Rechten stellt für die Demokratie ein dauerhaftes Problem dar. Denn die in diesem Lebensabschnitt entwickelten politischen Grundüberzeugungen wirken

oftmals dauerhaft. Insofern stellt es eine erhebliche Herausforderung dar, diese jungen Menschen für die freiheitliche Demokratie zurückzugewinnen.

## Radikalisierung

### Kernbotschaften

Radikalisierungsprozesse verstärken das Freund-Feind-Denken und fördern die Gewaltbereitschaft der rechtsextremistischen Szene. Der radikalisierte Teil des Rechtsextremismus setzt auf den Kampf gegen die freiheitliche Demokratie und will diese beseitigen. Man stellt sich dazu offensiv in die Tradition des historischen Nationalsozialismus. Die am Nationalsozialismus orientierte rechtsextremistische Szene nutzt unterschiedliche Organisationsformen und eine große Bandbreite an Aktionsformen.

Rechtsextremistischer Kampfsport fördert eine Gewaltkultur in der Szene. Hinzu kommen Männlichkeitsvorstellungen, die den Mann als „Krieger“ sehen. Die Widerstands- und Bürgerkriegsrhetorik im radikalisierten Rechtsextremismus schürt aggressive Stimmungen und schafft einen Nährboden für Straftaten. Im radikalisierten Rechtsextremismus ist ein hohes Maß an Gewaltbereitschaft vorhanden. Die hinzukommende Affinität zu Waffen und Sprengstoffen sowie deren Verfügbarkeit begründet ein hohes Gefährdungspotenzial.

Es gibt ein rechtsterroristisches Potenzial. Die Bandbreite der Tätertypen hat sich in den vergangenen Jahren vergrößert. Für die Radikalisierungsprozesse verlieren klassische rechtsextremistische Organisationen an Bedeutung. Stattdessen spielt das Internet mit menschenverachtenden Chatgruppen und Foren oftmals eine entscheidende Rolle.

### 1. Phänomen

Unter Radikalisierung soll hier ein Prozess verstanden werden, der Individuen und Gruppen betrifft und sich auf deren Einstellungen und Verhalten hinsichtlich gesellschaftlicher Konflikte bezieht. In einer pluralistischen Demokratie mit einer heterogenen Gesellschaft ist es selbstverständlich, dass gesellschaftliche Gruppen unterschiedliche Interessen und Sichtweisen haben, die in Gegensatz zueinander geraten und Konflikte haben. Radikalisierung meint hier den Prozess der Intensivierung eines Freund-Feind-Denkens, sodass man dem Konfliktgegner offenkundig die Menschenwürde abspricht und damit auch Gewalt legitimiert oder sogar anwendet.

Dieser Teil des Rechtsextremismus setzt also nicht auf eine „Selbstverharmlosung“ und gibt nicht vor, zivilisatorische Standards einzuhalten. Stattdessen wird der freiheitlichen Demokratie und den als Feinden ausgemachten Gruppen offen der

Kampf angesagt. Man verfolgt nicht die Strategie der „Umwertung der Werte“, sondern möchte die Werte der freiheitlichen Demokratie durch andere „Werte“ ersetzen. Dies schlägt sich sprachlich und symbolisch nieder, indem zentrale Begriffe wie der „Rassenkampf“ oder Symbole wie das Hakenkreuz zustimmend aufgegriffen werden. Charakteristisch ist der unmissverständliche Antisemitismus, insbesondere die Leugnung des Holocausts. Diese rechtsextremistische Strömung nimmt dabei in Kauf, gesellschaftlich weitgehend geächtet zu sein. Sie zielt nicht darauf ab, gesellschaftliche Mehrheiten zu gewinnen, um das politische System zu ändern, sondern sieht sich selbst als „Avantgarde“ oder auch als „Revolutionäre“, um das politische System zu überwinden oder zu beseitigen.

Die Anhänger dieser rechtsextremistischen Strömung sind nicht alle gewalttätig, teils aus Sorge vor strafrechtlichen Maßnahmen, teils, weil sie nicht selber Gewalt anwenden wollen. Aber die Anhängerschaft befürwortet Gewalt als Mittel, um politische Konflikte zu lösen, insbesondere um als „Feinde“ ausgemachte Menschen zu bekämpfen. Dazu zählen sämtliche Feindbilder im Rechtsextremismus: Menschen mit Migrationsbiografie, Musliminnen und Muslime, Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, politisch links eingestellte Menschen, queere Menschen, Politiker demokratischer Parteien, Journalisten von Massenmedien, etc.

### 2. Nationalsozialistisch orientierte Rechtsextremisten

Ein Teil der rechtsextremistischen Szene stellt sich bewusst in die Tradition des historischen Nationalsozialismus und damit in eine offene Gegnerschaft zur freiheitlich demokratischen Grundordnung. Diese Rechtsextremisten bekunden dies auch bewusst öffentlich - bis zur Grenze der Strafbarkeit und zum Teil auch darüber hinaus.

Die nationalsozialistisch orientierte Strömung im Rechtsextremismus lässt sich einige Jahrzehnte in Nordrhein-Westfalen zurückverfolgen. Beispielsweise war bis zu ihrem Verbot im Jahr 1994 die Bundesführung der **Wiking Jugend** in Stolberg beheimatet. Weltanschaulich und organisatorisch orientierte sie sich an der Hitler-Jugend. Die offen gewaltbereite 1985 gegründete und 1992 verbotene **Nationalistische Front** hatte ihren Sitz in Detmold-Pivitsheide. Auch die 1995 verbotene **Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)** entfaltete in Nordrhein-Westfalen zeitweise rege Aktivitäten. Ab Ende der 1980er

Jahre verbreitete die Organisation offen nationalsozialistische Propaganda und stellte sich in die Tradition des „Strasser-Flügels“ der NSDAP. Das **Collegium Humanum** war ein in Vlotho ansässiger Verein, der 2008 verboten wurde. Der Schwerpunkt des Vereins lag in der andauernden Leugnung des Holocaust. Darüber hinaus verbreitete er antisemitische Propaganda und verherrlichte den Nationalsozialismus. Die 1990 als Abspaltung aus einem anderen Verein hervorgegangene **Heimatreue Deutsche Jugend** knüpfte an die Aktivitäten der **Wiking Jugend** an, auch in Nordrhein-Westfalen. Der Verein wurde 2009 verboten, weil er eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus aufwies, insbesondere mit der Hitlerjugend. Mit Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche zielte er auf deren neonazistische Indoktrinierung ab. In der **Neonaziszene** etablierte sich ab Mitte der 1990er Jahre das Organisationsmodell der „Kameradschaften“. Die vier aktivsten Kameradschaften in Nordrhein-Westfalen zu Beginn der 2010er Jahre waren die **Kameradschaft Aachener Land**, der **Nationale Widerstand Dortmund**, die **Kameradschaft Hamm** und die **Kameradschaft Walter Spangenberg** (Köln), die das Innenministerium Nordrhein-Westfalen 2012 verbot. Sie verbreiteten nationalsozialistische Propaganda, traten aggressiv-kämpferisch auf und die Anhänger begingen eine Reihe von Straftaten. Die bundesweit aktive **Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e. V. (Artgemeinschaft)** hatte auch in Nordrhein-Westfalen Anhänger. Sie wurde 2023 verboten. Ideologisch mit dem Nationalsozialismus wesensverwandt versuchte die Organisation unter anderem, Kinder und Jugendliche im Sinne ihrer Ideologie zu erziehen. Obschon sämtliche Organisationen seit vielen Jahren verboten sind, ist eine Reihe von ehemaligen Mitgliedern immer noch rechtsextremistisch aktiv.

Dieser Teil des Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen betreibt Aktivitäten, mit denen er sich unmittelbar in die nationalsozialistische Tradition stellt. Dazu zählen Gedenkfeiern, die im nationalsozialistischen Stil abgehalten werden. Die bedeutendsten sind:

**Heldengedenken:** Hier stellt sich die Szene unmittelbar in die nationalsozialistische Tradition. Denn das NS-Regime hatte den Volkstrauertag in den 1930er Jahren zum „Heldengedenken“ umgewidmet. Statt an alle Opfer von Kriegen und Gewaltherrschaft zu denken, sollten im Sinne der Propaganda Soldaten glorifiziert werden. Die heutigen Rechtsextremisten begehen das „Heldengedenken“ an zwei Terminen:

Zum einen ist es der Volkstrauertag Mitte November, zum anderen ist es der 16. März bzw. der Sonntag davor, ein durch Hitler 1939 festgelegtes Datum. Dass die heutige NS-orientierte Szene daran anknüpfen will, zeigt exemplarisch der Kreisverband Duisburg der Partei **Die Rechte**. Dieser führte am 8. März 2023 ein sogenanntes „Heldengedenken“ durch. Damit wollte man „daran erinnern, welchen Kampf unsere Großväter einst für unsere Zukunft und die der Völker, beschritten haben.“ Mit dieser Form des Geschichtsrevisionismus verklären die Rechtsextremisten den Angriffskrieg von Nazideutschland.

**Sommersonnenwende / Wintersonnenwende „Julfest“:** Im Nationalsozialismus waren dies offizielle Feiertage. Dabei bezog man sich auf die angeblich germanischen Feiern. Dieser Germanenkult war Teil der völkisch-nationalistischen Ideologie. Heutige Rechtsextremisten stellen sich mit solchen Feiern in diese ideologische Tradition. Beispielhaft hierfür ist eine Veranstaltung der **Jungen Nationalisten (JN)** im niedersächsischen Eschede im Juni 2024. Daran beteiligten sich unter anderem **JN-Angehörige** aus Dortmund und dem Rheinland.

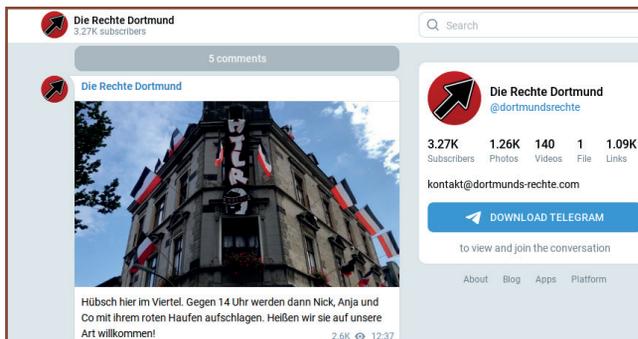


Die Heimatjugend Dortmund beim JN-Treffen in Eschede

Die überwiegend jungen Männer waren einheitlich mit dunkler Hose und weißen Hemden gekleidet und führten eine Sonnenwendfeier mit Fackeln und Landknechtstrommeln durch. Dazu versammelten sie sich um eine hölzerne Algiz-Rune, die angezündet wurde. Diese Rune diente während des Nationalsozialismus als Symbol des Vereins „Lebensborn“. Dieser hatte die Zielsetzung, im Sinne der Rassenideologie die Anzahl „arischer“ Kinder zu erhöhen.

**20. April:** An diesem Datum hatte Adolf Hitler Geburtstag. NS-orientierte Rechtsextremisten

begehen an diesem Tag interne Feiern oder Veranstaltungen, um ihre Zustimmung zum Nationalsozialismus auszudrücken. Die Dortmunder **Neonaziszene** provozierte an diesem Termin mehrfach, indem sie die von ihnen genutzte Immobilie schwarz-weiß-rot beflaggte.



Die Szenemobilie in Dortmund wird an Hitlers Geburtstag mit schwarz-weiß-roten Fahnen behangen

**Gedenktage zu Bombardierungen deutscher Städte:** Rechtsextremisten nutzen Gedenktage, an denen die jeweiligen Orte im 2. Weltkrieg durch die Alliierten bombardiert wurden. Man versucht dabei den Eindruck hervorzurufen, dass das nationalsozialistische Deutschland im 2. Weltkrieg das Opfer der Alliierten war und betreibt damit eine Täter-Opfer-Umkehr. Beispielsweise führt **Der III. Weg** wiederkehrend am 28. März in Olpe zum Jahrestag der Bombardierung der Stadt im Jahr 1945 eine revisionistische Gedenkveranstaltung durch.

Ein Teil des NS-orientierten Rechtsextremismus ist in den Parteien **Die Heimat** und **Der III. Weg** organisiert. Trotzdem wird klassischer Parteiarbeit und der Arbeit in den Kommunalparlamenten nur wenig Bedeutung zugemessen. Hauptsächlich nimmt man an Wahlen teil, um den Parteistatus aufrechtzuerhalten und den Wahlkampf für rechtsextremistische Propaganda zu nutzen. **Die Heimat** verfügt in Dortmund über ein Ratsmandat, das ursprünglich **Die Rechte** gewann. Der Ratsherr wechselte jedoch die Partei. Sitzungen des Stadtrats nutzt er wiederkehrend für Provokationen. Als der Dortmunder Stadtrat anlässlich des terroristischen Angriffs der Hamas auf den Staat Israel am 8. Oktober eine Resolution beriet, hielt das Stadtratsmitglied von **Die Heimat** eine Rede. Diese beendete er mit dem Ausspruch „From the River to the Sea“, was ein Code ist, mit dem Israel das Existenzrecht abgesprochen wird. Auch im Lüdenscheider Stadtrat sitzt ein Vertreter der Partei **Die Heimat**. Dieser nahm in den vergangenen Jahren mehrfach monatelang nicht an den Sitzungen des

Stadtrates teil. Während der Corona-Pandemie wollte der Rechtsextremist keine Maske tragen und nahm auch virtuell nicht an den Sitzungen teil. Zuvor hatte er berufliche Gründe für seine Nicht-Teilnahme angeführt. Die Partei **Der III. Weg** trat zu den letzten Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2020 nicht an. Dass sie sich nicht um eine Wahlteilnahme bemühte, weist darauf hin, dass die Partei kein Interesse hat, sich am parlamentarischen System zu beteiligen. Beide rechtsextremistische Parteien traten auch nicht zur Bundestagswahl 2025 an.

Dagegen haben Demonstrationen in der Szene eine größere Bedeutung und werden zum „Kampf um die Straße“ hochstilisiert. Meist finden sie zu Terminen statt, denen die Szene eine besondere Bedeutung zuschreibt, oder zu aktuellen Ereignissen. Beispielsweise findet in Nordrhein-Westfalen in der Regel am 1. Mai eine neonazistische Demonstration statt. Damit will die Szene vorgeblich daran erinnern, dass dies ein von Hitler geschaffener Feiertag sei. Oftmals werden diese Veranstaltungen genutzt, um antisemitische Propaganda als vermeintliche Kapitalismuskritik zu verbreiten.



Antisemitisches Banner der Partei Die Rechte

Diese Demonstrationen erfüllen für die Szene im Wesentlichen zwei Funktionen. Zum einen wirken sie nach innen. Sie sind für Rechtsextremisten ein Event, das attraktiv ist, die rechtsextremistischen Überzeugungen bekräftigt und durch das Gruppenerlebnis den Zusammenhalt stärkt. Zum anderen wirken sie nach außen. Sie sorgen durch Provokation für öffentliche Aufmerksamkeit und die Teilnehmer versuchen, durch ein aggressiv-kämpferisches Auftreten politische Gegner einzuschüchtern. Dies geschieht durch ein martialisches Erscheinungsbild, zum Teil unterstützt von Fahnen und dem Skandieren von Parolen wie „Nationaler Sozialismus jetzt“. Beispielsweise veranstaltete die Partei **Der III. Weg** am 8. Mai 2021 in Siegen eine solche Demonstration. Dort äußerte sich Julian Bender, der Leiter des **Stützpunktes Sauerland-Süd**, in seiner Rede

folgendermaßen: „Unser Kampf gilt diesem System“. Hinter dem Redner war ein Banner der Partei mit dem Schriftzug „Reserviert für Volksverräter!“ und dem Bild eines Gefängnisses aufgehängt. Mit einer weitgehend einheitlichen Kleidung, mitgeführten Trommeln und Parteifahnen sowie dem Abbrennen von Rauchfackeln versuchte **Der III. Weg**, die an die Kundgebung anschließende Demonstration im Stil nationalsozialistischer Veranstaltungen der 1930er Jahre zu inszenieren. Allerdings setzen die Versammlungsbehörden dem aggressiv-kämpferischem Ansinnen immer wieder Grenzen, indem sie Auflagen erlassen, um einen einschüchternden Eindruck zu verhindern.

Seit Mitte der 2000er Jahre hatten sogenannte „Trauermärsche“ für die **Neonaziszene** eine große Bedeutung. Damit instrumentalisierte die Szene angebliche oder tatsächliche Kriegsverbrechen der Alliierten im 2. Weltkrieg, um Deutschland als Opfer des Krieges darzustellen und die Verbrechen des NS-Regimes zu relativieren. Ausgangspunkt dieser Veranstaltungsform waren die Trauermärsche ab dem Jahr 2000 in Dresden, die die Bombardierung der Stadt durch die Alliierten in revisionistischer Absicht thematisierten und eine hohe Mobilisierung der Neonaziszene erzielten. Für die nordrhein-westfälische Szene waren der ab 2006 im niedersächsischen Bad Nenndorf und der ab 2010 im rheinland-pfälzischen Remagen stattfindende „Trauermarsch“ relevant. Redner, Teilnehmer und Anmelder stammten zu einem großen Teil aus Nordrhein-Westfalen. Allerdings fand diese Veranstaltungsform im vergangenen Jahrzehnt in der Szene immer weniger Anklang. Die letzten Demonstrationen fanden in Bad Nenndorf 2015 und in Remagen 2021 statt. Als der Anmelder aus Nordrhein-Westfalen die Veranstaltung in Remagen 2022 absagte, begründete er dies mit den nachlassenden Teilnehmerzahlen und der damit ausbleibenden öffentlichen Wirkung. Derzeit ist offen, ob es eine Trendumkehr gibt. Denn der „Trauermarsch“ in Dresden mobilisierte 2025 wieder über 2.000 Teilnehmer. Die **Neonaziszene** in Nordrhein-Westfalen mietete einen Reisebus, um dorthin zu reisen und mitzulaufen.

Dieser NS-orientierte Rechtsextremismus mythisiert zudem bestimmte Orte in Nordrhein-Westfalen zu „Erinnerungsorten“ im eigenen Sinne. Das gilt für Orte der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und auch für andere Stätten, die als Projektionsflächen rechtsextremistischer Ideologie genutzt werden. Entsprechend ist der Blick auf diese Orte durch die Szene vielfach von rassistischen Vorstellungen und von der Verherrlichung des Nationalsozialismus

durchdrungen. Vor diesem Hintergrund finden zum Teil organisierte Ausflüge von Rechtsextremisten zu den Externsteinen, mitunter in einem Zuge auch zum unweit von diesen gelegenen Hermannsdenkmal und zur Wewelsburg bei Paderborn, statt. Letztere war als eine zentrale Versammlungsstätte für höhere SS-Führer geplant. Ebenso zählt die ehemalige „NS-Ordensburg Vogelsang“ in der Eifel zu diesen Ausflugszielen. Alle Orte tauchen auch in rechtsextremistischer Propaganda oder in Liedern als vermeintlich mythische Orte auf.

## NS-orientierte Organisationen

Die 2012 gegründete Partei **Die Rechte** bildete in Nordrhein-Westfalen eine Auffangstruktur für einen wesentlichen Teil der Anhängerschaft der 2012 vom Innenministerium Nordrhein-Westfalen verbotenen vier Kameradschaften. Ziel der Parteigründung war es, die neonazistischen Aktivitäten unter dem Schutz des Parteienprivilegs fortzusetzen. Die ideologische Verortung der Partei war sehr eindeutig:

Auf einer Versammlung am 1. Mai 2019 in Duisburg hielt ein Parteimitglied eine Rede. Unter dem Beifall der Teilnehmer beendete er diese mit den Worten: „Wir sind keine Demokraten. Wir sind, damals wie heute, Hitler-Leute.“

Der zwischenzeitlich als Landes- und auch Bundesvorsitzender amtierende Sascha Krolzig ist zugleich Herausgeber der Zeitschrift **N.S. Heute**.

Der mehrere Jahre in führender Position aktive Michael Brück betrieb zeitweise einen Versandhandel mit der für sich sprechenden Webseitenadresse „Antisem.it“.

Die 2022 verstorbene Führungsperson Siegfried Borchardt war bereits in der **FAP** aktiv und bevorzugte den Spitznamen „SA Sigg“.

Die seit Juni 2023 in **Die Heimat** umbenannte ehemalige **NPD** ist ideologisch mit dem Nationalsozialismus wesensverwandt. Dies bestätigte das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 23. Januar 2024, in dem es die rechtsextremistische Partei für sechs Jahre von der staatlichen Parteienfinanzierung ausschloss. Bereits im **NPD**-Verbotsverfahren urteilte das Bundesverfassungsgericht 2017, dass die **NPD** mit dem Nationalsozialismus wesensverwandt sei. Das Verbot scheiterte nur, weil das Gericht die Partei für derart unbedeutend hielt, dass es keine ausreichenden Anhaltspunkte sah, die es zumindest

als möglich erscheinen ließen, dass das Handeln der Partei erfolgreich sein konnte. Diese Feststellungen trafen auch auf den **NPD**-Landesverband in Nordrhein-Westfalen zu.

Im Januar 2023 hat indessen eine neue Phase der Radikalisierung begonnen. Der Startpunkt war die Selbstauflösung des NRW-Landesverbandes von **Die Rechte** am 7. Januar 2023. Am Tag nach der Selbstauflösung gründeten vormalige Mitglieder von **Die Rechte** in Dortmund den **NPD**-Kreisverband „Heimat Dortmund“. Der NRW-Landesverband der **NPD** teilte daraufhin am 9. Januar 2023 in einer Pressemitteilung mit, dass bereits seit einigen Monaten Gespräche zwischen **NPD** und **Die Rechte** in NRW über einen Parteiwechsel liefen. So seien bereits Mitte 2022 der Vorsitzende des Kreisverbandes Rhein-Erft sowie der stellvertretende Landesvorsitzende zur **NPD** gewechselt. Die ehemaligen Mitglieder von **Die Rechte** wechselten zur **NPD**, um den Parteienstatus und den damit zusammenhängenden Schutz nicht zu verlieren. Ideologisch mussten sich die Neumitglieder in der **NPD** nicht umorientieren. Neuer Vorsitzender des Dortmunder Kreisverbandes wurde Sascha Krolzig, Herausgeber der Zeitschrift **N.S. Heute**. Mit der Aufnahme von relevanten Akteuren von **Die Rechte** baut die **Die Heimat** in Nordrhein-Westfalen die Zusammenarbeit mit der **Neonaziszene** aus und versucht publizistische Projekte sowie die rechtsextremistische Kampfsportszene näher an die Partei heranzuführen.

Auch die rechtsextremistische Partei **Der III. Weg** ist im Wesentlichen eine Auffangstruktur für **Neonazis** und nutzt ebenfalls den Schutz des Parteienprivilegs. In Nordrhein-Westfalen bildeten zunächst ab Oktober 2014 **Neonazis** aus Ostwestfalen den **Stützpunkt Hermannsland**, den sie im Februar 2018 wieder auflösten. Der **Stützpunkt Sauerland-Süd** kam im Dezember 2015 und der **Stützpunkt Rheinland** im März 2019 hinzu. Die Partei **Der III. Weg** propagiert ein rechtsextremistisches Staats- und Gesellschaftsbild, insbesondere greift sie völkisch-nationalistische Elemente des historischen Nationalsozialismus auf. Sie lehnt sich mit ihrem 10-Punkte-Programm ideologisch an das Gedankengut der NSDAP an und fordert einen „deutschen Sozialismus“ ein. Zudem versucht die Partei sich in ihrer Selbstinszenierung am nationalsozialistischen Vorbild, soweit rechtlich möglich, anzulehnen. Dies betrifft auch ihre Versammlungen. So fand am 16. März 2019 in Mettmann ein Aufzug der Partei **Der III. Weg** statt. Mit der einheitlichen Kleidung sowie den mitgeführten Trommeln und Parteifahnen erinnerte die Inszenierung an nationalsozialistische Veranstal-

tungen der 1930er Jahre. Eine ähnlich inszenierte Versammlung führte die rechtsextremistische Partei am 8. Mai 2021 in Siegen durch. Der Vorsitzende des **Stützpunkt Sauerland-Süd**, Julian Bender, hielt im Oktober 2020 auf einer Versammlung der Partei in Berlin eine Rede, in der er mit revolutionärer Rhetorik völkischen Nationalismus propagierte: „Der Kampf um und in der Hauptstadt bildet immer ein besonderes Kapitel in der Geschichte revolutionärer Bewegungen. [...] eine deutsche Jugend, eben die Jugend, die keinen Migrationshintergrund hat, die hier für den Kampf um Deutschland bereitsteht.“ Obschon zur Partei **Die Heimat** und zu der seit 2024 nicht mehr in Nordrhein-Westfalen aktiven Partei **Die Rechte** ideologisch eine hohe Übereinstimmung besteht, arbeitet **Der III. Weg** mit diesen nicht zusammen, weil er ein elitäres Selbstverständnis vertritt.

Bevor die **Neonaziszene** sich in Parteien organisierte, war in der Szene das Organisationsmodell der „Kameradschaft“ verbreitet. Inzwischen gibt es nur noch eine öffentlich aktive klassische Kameradschaft in Nordrhein-Westfalen: die **Volks-gemeinschaft Niederrhein**. Diese knüpft mit dem Begriff „Volksgemeinschaft“ in ihrem Namen an die gesellschaftspolitische Ideologie im Dritten Reich an, die eine ethnisch und politisch homogene Gemeinschaft befürwortete, in der die Rechte des Einzelnen nichts galten. Gewisse Ähnlichkeiten mit einer Kameradschaft hat der **Freundeskreis Rhein-Sieg**, der aber öffentlich kaum noch in Erscheinung tritt.

## NS-orientierte Nachwuchsorganisationen

Als Jugendorganisation der Partei **Die Heimat** fungieren die **Jungen Nationalisten (JN)**. In Dortmund gründeten jüngere Rechtsextremisten ausgerechnet am 20. April 2024 den **JN**-Kreisverband **Heimatjugend Dortmund**. Das Gründungsdatum, am Geburtstag Adolf Hitlers, zeigt, dass die Jugendorganisation sich symbolisch in die Tradition des historischen Nationalsozialismus stellt. 2023 und 2024 entstanden in Nordrhein-Westfalen neue neonazistisch orientierte Gruppierungen, denen hauptsächlich Jugendliche und junge Erwachsene angehören und die Bezüge zu den **JN** haben. So organisierte die **Rheinlandbande** Anfang September 2024 mit den **JN** gemeinsam deren Bundeslager. Die **JN**-Bundesführung schrieb dazu: „Unsere Treffen dienen dabei als Vernetzungsmöglichkeit für junge Idealisten über Stützpunkt- und Bundesländergrenzen hinweg. Wir bedanken uns bei unseren Jungs der @Rheinlandbande für die gemeinsame

Organisation.“ Die in Ostwestfalen-Lippe ansässige **Aktion Hermannsland** wird von einem Rechtsextremisten angeführt, der zuvor langjährig in den **JN** aktiv war. Mitte des Jahres 2024 gründete sich die Gruppierung **Aachen Inferno**, die sich mutmaßlich als regionale **JN**-Gruppierung versteht.

In der Essener Landesgeschäftsstelle der Partei **Die Heimat** fand am 15. Dezember 2024 der Gründungskongress des „Landesverbands West“ der **JN** statt, der die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland umfasst. Der Landesverband wurde nach Angaben der **JN** gegründet, um die organisatorische Lücke zu schließen, die bislang zwischen den lokalen Strukturen und dem Bundesverband herrsche. Mutmaßlich ist der neue Landesverband auch für die Einbindung und Unterstützung von **Rheinlandbande, Aktion Hermannsland** und **Aachen Inferno** zuständig.

Im Laufe des Jahres 2024 gründeten sich mehrere neonazistisch geprägte Gruppierungen im Internet, die dann auch realweltlich aktiv wurden. Diejenigen mit Relevanz sind: **Jung & Stark, Deutsche Jugend voran** und **Der Störtrupp**. An diesen Gruppierungen beteiligten sich vor allem junge Männer. Auffallend ist der aggressive und gewaltbefürwortende Diskurs in deren Social-Media-Kanälen.

In den USA und mehreren europäischen Ländern verbreiten sich seit 2021 sogenannte **Active Clubs (AC)**, seit 2024 ebenfalls in Nordrhein-Westfalen. Bislang wurden drei Gruppierungen gegründet: **AC Niederrhein, AC Nordrhein** und **AC Ostwestfalen**. Mit diesem in Deutschland von Patrick Sch., einem langjährigen bundesweit aktiven Neonazi, propagierten Konzept sollen durch Freizeitaktivitäten junge Erwachsene angesprochen, politisiert und mittelfristig in die rechtsextremistische Szene integriert werden. Obschon die **ACs** gruppenübergreifend agieren wollen, scheinen sich bislang vor allem neonazistisch orientierte Rechtsextremisten angesprochen zu fühlen.

## Lokale Gravitationszentren

Der NS-orientierte Rechtsextremismus verfügt in Nordrhein-Westfalen über zwei Gravitationszentren.

Das relevanteste Gravitationszentrum liegt in Dortmund. Dort gibt es seit fast zwei Jahrzehnten eine handlungsfähige **Neonaziszene**. Ab Mitte der 2000er Jahre bildete sie vor allem die **Kameradschaft Nationaler Widerstand Dortmund**. Nach

deren Verbot 2012 gründete man den Kreisverband Dortmund der Partei **Die Rechte** und Anfang 2023 wechselten die Anhänger zur **NPD** (inzwischen: **Die Heimat**). In Dortmund-Dorstfeld hat die Szene einige Häuser gemietet, wohnt dort in mehreren Wohngemeinschaften und betreibt dort ebenfalls die Parteizentrale. Im gesamten Stadtteil leben bis zu 50 Neonazis, die immer wieder versuchen, symbolisch den Stadtteil zu dominieren. Zeitweise war der Text „Nazi-Kiez“ an zahlreichen Stellen als Graffiti im Stadtteil zu finden. Eine Wand in der Nähe der Szene-Immobilie war einige Jahre lang schwarz-weiß-rot gestrichen. Im räumlichen Umfeld der Wohngemeinschaften tritt die Anhängerschaft aggressiv auf und versucht, sobald sich die Gelegenheit bietet, politische Gegner einzuschüchtern. Die Szene strebt seit 2012 an, aus dem Stadtteil eine „national befreite Zone“ zu machen, was allerdings durch polizeiliche Maßnahmen und zivilgesellschaftliche Aktivitäten verhindert wird.

Die Immobilie hat eine zentrale Bedeutung für den Zusammenhalt der Szene. Durch die Wohngemeinschaften gibt es eine gegenseitige soziale Kontrolle und ein gemeinsames Alltagsleben. In der Parteizentrale finden regelmäßig Treffen statt. Die **Heimatjugend Dortmund** organisiert dort monatlich einen „offenen Abend“, an dem bis zu 50 Jugendliche und junge Erwachsene teilnehmen. Darüber hinaus nutzt die Szene regelmäßig die Räumlichkeiten, um dort Musik- und Vortragsveranstaltungen durchzuführen. 2024 war dies die Veranstaltungsstätte in Nordrhein-Westfalen, in der die meisten rechtsextremistischen Musikveranstaltungen stattfanden. Zudem ist Dortmund-Dorstfeld wiederkehrend Ausgangspunkt und Zielort von rechtsextremistischen Demonstrationen.

Derzeit befindet sich die lokale Szene im Wandel. Mehrere Führungspersonen sind nach Sachsen oder Sachsen-Anhalt umgezogen, die langjährige Integrationsfigur der **Neonaziszene**, Siegfried Borchardt, ist verstorben und einige Aktivisten haben sich in ihr Privatleben zurückgezogen. Dies beeinträchtigt einerseits die Organisations- und Mobilisierungsfähigkeiten und führt dadurch auch zu einer geringeren Öffentlichkeitswirksamkeit. Andererseits ermöglicht es jüngeren Mitgliedern aus der zweiten Reihe, in wichtige Positionen zu gelangen und Veränderungen - insbesondere breitenwirksame Social-Media-Auftritte - zu initiieren, die aktuell zu einer Modernisierung der Szene beitragen und vorrangig Jugendliche und junge Erwachsene ansprechen. Insbesondere der Neonazi Steven F. erreichte zunächst in Interviews mit reich-

weitenstarken YouTubern und danach mit seinem eigenen TikTok-Kanal eine große Öffentlichkeit in den Sozialen Medien. Einzelne Videos hatten sechsstellige Aufrufzahlen.

Das zweite, weniger bedeutsame Gravitationszentrum liegt in Hilchenbach. Dort hat der **Stützpunkt Sauerland-Süd** der Partei **Der III. Weg** sein Parteibüro. Zuvor hatte er von 2020 bis 2022 ein Büro in Siegen. Die Partei bezeichnete dies als „nationalrevolutionäre Anlaufstelle“. Denn es ist Teil der Parteistrategie, über eigene Räumlichkeiten zu verfügen, in denen Rechtsextremisten weitgehend ungestört ihren Aktivitäten nachgehen können. Dazu gehörte beispielsweise 2020 eine Rechtsschulung durch einen als Anwalt tätigen Rechtsextremisten. Zudem war das Parteibüro Ausgangspunkt von mehreren rechtsextremistischen Demonstrationen. Nachdem das Büro gekündigt wurde, erwarb der „Stützpunktleiter“ Bender ein Haus in Hilchenbach und richtete dort 2022 ein Parteibüro ein. Auch wenn in Hilchenbach nur einzelne Szeneangehörige leben, finden in dem Haus beziehungsweise auf dem Grundstück regelmäßig Veranstaltungen statt, die Rechtsextremisten aus der Region anziehen. Dazu zählen unter anderem rechtsextremistische Musikveranstaltungen und ein „nationalrevolutionärer Weihnachtsmarkt“. Ebenso organisiert die rechtsextremistische Partei dort Vorträge. 2024 hielt der ehemalige Pfleger von Rudolf Heß, Hitlers Stellvertreter, einen revisionistischen Vortrag.

### 3. Kampfsport

Kampfsport hat im vergangenen Jahrzehnt in der rechtsextremistischen Szene enorm an Bedeutung gewonnen. Dabei wird der Sport ideologisch aufgeladen. Es geht vor allem darum, eine Freund-Feind-Ideologie zu verbreiten und im Zusammenhang mit der rechtsextremistischen Widerstands- und Bürgerkriegsrhetorik die Gewaltbereitschaft und -fähigkeit der Szene zu erhöhen.

Ein wichtiger Treiber dieser Entwicklung war die Kampfsportreihe **Kampf der Nibelungen (KdN)**, die Alexander Deptolla, langjährige Führungsperson der Dortmunder Szene, organisierte. Weitere Szeneangehörige aus Dortmund waren in die Organisation der Veranstaltungen eingebunden. Konzeptionell sollte aus Sicht der Rechtsextremisten der **KdN** eine explizite Gegenveranstaltung zu anderen unpolitischen Kampfsportveranstaltungen sein. Ziel war es die ideologischen Überzeugungen zu festigen, die Vernetzung zu fördern und den Zusammenhalt

der Szene zu stärken. Auf der Webseite des **KdN** propagieren die Verantwortlichen die Ablehnung der freiheitlich demokratischen Grundordnung und des von ihnen so bezeichneten „faulen politischen Systems“. Außerdem erzielten die Veranstalter über den Verkauf von Eintrittskarten, Erlösen aus Gastronomie und szenetypischen Verkaufsständen Einnahmen, die in Teilen in die Szene zurückflossen.

Die Organisatoren führten den **KdN** im Oktober 2015 in Hamm mit 300 bis 400 Besuchern und im Oktober 2017 in Kirchhundem (Sauerland) mit ungefähr 500 Teilnehmern durch. Die Veranstaltungsortlichkeiten wurden im Vorhinein nicht bekannt gegeben. Im März 2019 richteten die Organisatoren des **KdN** ein „Selbstverteidigungsseminar“ in einem Fitnessstudio in Castrop-Rauxel aus. Nachdem der **KdN** in den vergangenen Jahren von den Sicherheitsbehörden weitgehend unterbunden wurde, verlagerten die rechtsextremistischen Organisatoren die Aktivitäten ins Ausland. Gemeinsam mit den rechtsextremistischen Gruppierungen „Légió Hungária“ aus Ungarn und „Pride France“ aus Frankreich veranstaltete das **KdN**-Team am 6. Mai 2023 die sogenannte „European Fight Night“ (EFN) in Ungarn, die als Ersatzveranstaltung des **KdN** fungierte. 2024 führte „Pride France“ unter Einbindung zahlreicher deutscher Rechtsextremisten, auch aus Nordrhein-Westfalen, eine Kampfsportveranstaltung in Frankreich durch.

Aber auch andere rechtsextremistische Organisationen propagieren Kampfsport. Eng verbunden mit dem **KdN** war das **Label White Rex** des russischen Rechtsextremisten Denis Kapustin. Er war europaweit aktiv und hat maßgeblich dazu beigetragen, die rechtsextremistische Kampfsportszene zu professionalisieren. Damit hat er die Popularität von Kampfsport innerhalb der Szene weiter erhöht. Zudem leitete er in den vergangenen Jahren in Deutschland und anderen europäischen Ländern bei verschiedenen rechtsextremistischen Gruppierungen Kampfsporttrainings an. Bei der **KdN**-Veranstaltung am 13. Oktober 2018 in Ostritz (Sachsen) trat er als Mitorganisator auf. Kapustin lebte viele Jahre in Nordrhein-Westfalen und besaß eine entsprechende Aufenthaltserlaubnis, die 2019 erlosch. Seitdem hält er sich in der Ukraine auf. Gegen ihn wurde wegen Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung ein Einreiseverbot für den Schengen-Raum verhängt.

Die Partei **Der III. Weg** gründete 2018 die bundesweit agierende **AG Körper & Geist**. In der Selbstbeschreibung verdeutlicht die AG, dass sie Sport als Mittel sieht, die Wehrhaftigkeit von Rechtsextremisten und

des von ihnen propagierten völkischen Kollektivs zu steigern: „Wir sind bewusst keine einfache Sportgemeinschaft oder Freundeskreis, sondern Teil einer Bewegung zur völkischen Wiedergeburt unserer Nation. [...] Wir leisten im Kleinen, was wir einst im Großen für unser ganzes Volk wollen. Noch sind wir nicht in der Lage, die Kultur der Verweichlichung und des Pazifismus gesamtgesellschaftlich abzulösen, aber können bereits heute uns selbst wehrhaft machen und damit dazu beitragen, einmal das ganze Volk wieder wehrhaft zu machen.“ Der **Stützpunkt Sauerland-Süd** veranstaltete in den vergangenen Jahren jährlich einen „Tag der Heimattreue“, bei der sich regelmäßig die **AG Körper & Geist** präsentiert. Zur Veranstaltung 2020 bewarb der Stützpunkt den von der AG vorgestellten „Selbstverteidigungskurs“ mit einem fremdenfeindlichen Bedrohungsszenario: „Auf den Straßen in unserem Land wird es immer unsicherer. Gründe dafür dürften die grenzenlose Einwanderung und die Verrohung einer entarteten Gesellschaft sein“.

Obschon die **IBD** sich als „metapolitische“ Organisation bezeichnet, die lediglich Einfluss auf die gesellschaftlichen und politischen Diskurse nehmen wolle, fördert sie ebenfalls bei ihrer Anhängerschaft Kampfsportaktivitäten. Bereits 2017 gab sie die Gründung eines „identitären Sportvereines“ in Köln bekannt. In ihrem Statement verdeutlichte sie, dass es nicht um die Förderung der Fitness gehe. Stattdessen ist die Ankündigung Teil ihrer Angstkampagne, Migranten pauschal als Gewalttäter und den Staat als handlungsunfähig darzustellen. In dieser Logik müsse man sich für Selbstjustiz vorbereiten. „Heute ist es die blanke Notwendigkeit des immer brutaleren Multikulti-Alltags, die uns zwingt, unsere Sicherheit selbst in die Hand zu nehmen. Längst hat die Polizei ganze Stadtteile überall in NRW aufgegeben. Verbrechen und Übergriffe von ‚Südländern‘, aber auch politisch motivierte Angriffe werden immer häufiger... Hier trainieren unsere Aktivisten regelmäßig und unter professioneller Anleitung. Neben allgemeiner Fitness steht vor allem Selbstverteidigung und Deeskalationstraining auf dem Programm.“ Tatsächliche Aktivitäten dieses Sportvereines wurden aber nicht bekannt. Allerdings hat deutschlandweit Kampfsport in der **IBD** an Bedeutung gewonnen. So war dies Teil des sogenannten „Sommerlagers“ im Jahr 2023, welches ein bundesweites Vernetzungstreffen der **IBD**-Aktivisten ist.

Auch die seit 2024 neu entstandenen **Active Clubs**, drei davon in Nordrhein-Westfalen, setzen auf Kampfsport. Dies soll dazu dienen, junge - auch gewaltbereite - Männer anzusprechen.

Aber nicht nur rechtsextremistische Organisationen fördern Kampfsportaktivitäten. Zahlreiche Rechtsextremisten trainieren individuell oder in Kleingruppen. Dies ist auch den in der Szene verbreiteten Männlichkeitsvorstellungen geschuldet, die den Mann als „Krieger“ sehen, der sich entsprechend vorzubereiten habe. **White Rex** hat das in einer Selbstbeschreibung als Ziel seiner Aktivitäten benannt: „Unter dem Druck der Propaganda fremder Werte haben die weißen Völker Europas ihren innovativen Entdeckergeist, den Geist des Kämpfers, den Geist des Kriegers eingebüßt! Eine der Hauptaufgaben von **White Rex** besteht darin, diesen Geist wiederzuerwecken. Die moderne Gesellschaft erzieht die Menschen zum Konsum und zum gewöhnlichen Mittelmaß, wir hingegen möchten wieder KRIEGER, Menschen von körperlicher und moralischer Stärke, sehen!“



Kampfsporttraining des Active Club Nordrhein

#### **4. Widerstands- und Bürgerkriegsdiskurs**

Das permanente Wiederholen von Feindbildern sowie die Darstellung von gesellschaftlichen Konflikten in rassistischen Deutungsmustern gehören schon seit Jahrzehnten zur rechtsextremistischen Propaganda. Die Radikalisierung seit Beginn der Flüchtlingsdiskussion im Jahr 2015 zeigt sich unter anderem darin, dass Rechtsextremisten verstärkt Untergangs- und Bürgerkriegsszenarien diskutieren und daraus folgern, sich auf eine gewaltsame Auseinandersetzung vorbereiten zu müssen. Dieser Diskurs schürt aggressive Stimmungen und schafft einen Nährboden für Straftaten, insbesondere Gewalt. Das

ist das ideologische Umfeld, in dem sich dann auch rechtsterroristische Strukturen oder Einzeltäter entwickeln können.

Ein Beispiel für diesen Diskurs liefert Sascha Krolzig, Kreisvorsitzender von **Die Heimat Dortmund** und Herausgeber der Zeitschrift **N.S. Heute**. Dort veröffentlichte er 2022 einen Text, der aus einem von ihm geschriebenen Buch stammt. Darin beschwört er auf der Grundlage völkisch-nationalistischer Ideologie Endzeitvisionen: „Unser Volk ist bedroht. Wir Deutschen sind heute in einem Ausmaß bedroht wie noch nie zuvor in der gesamten Geschichte unseres Volkes [...] In dem politischen Kampf, den wir heute führen müssen, geht es um unser Überleben als deutsches Volk, um unsere blanke Existenz.“ Solche Bedrohungskonstruktionen dienen letztlich auch zur Rechtfertigung von Gewalttaten.

Typisch für den Bedrohungsdiskurs der rechtsextremistischen Szene ist es, die Migration von Flüchtlingen seit 2015 als „Invasion“ zu bezeichnen. Mit dieser Kriegsrhetorik werden Migranten zu Angreifern in einem militärischen Konflikt stilisiert. Derart drastische Darstellungen des Feindbildes legitimieren für Szene-Angehörige Übergriffe auf Flüchtlinge als vermeintliche Notwehr.



Plakat der NPD (seit Juni 2023 Die Heimat)

Als rhetorisches Gegenstück zur „Invasion“ reden Rechtsextremisten oftmals davon, Deutschland verteidigen zu müssen. So berichtete die **Heimatjugend Dortmund** im Juli 2024 während der Fußball-Europameisterschaft davon, dass in Dortmund ein Banner mit der Aufschrift „DEFEND EUROPE“ aufgehängt wurde. Den englischen Schriftzug begründen die Rechtsextremisten mit dem internationalen Publikum während der EM: „Aus allen möglichen europäischen Ländern strömen Menschen um sich das EM-Großereignis anzusehen. Was uns alle verbindet? Nicht nur die Liebe zum Sport, sondern ein gemeinsames Problem, die Überfremdung, Vergewaltigungen, Messermorde, Missbrauchsfälle, Untaten, die sich durch ganz Europa ziehen. Es wurde ein Zeichen gesetzt, eine Mahnung zur gemeinsamen Verteidigung unserer europäischen Heimat!“

Aber auch die politische Linke wird als Bedrohung von Deutschland und der eigenen Szene dargestellt. Deswegen sprechen sich einige Führungspersonen gegen das staatliche Gewaltmonopol und für Selbstjustiz aus. In einer Ausgabe der **N.S. Heute** aus dem Jahr 2021 ging Sven Skoda, bis Herbst 2021 Bundesvorsitzender der Partei **Die Rechte** auf Straftaten gegen Rechtsextremisten ein, die von Linksextremisten begangen wurden. Er kritisierte den Opferdiskurs und den Ruf nach der Polizei: „Merkt Ihr, wie traurig das alles klingt, wenn man sich selbst als kämpferische Bewegung versteht?“ Stattdessen plädierte Skoda dafür, „den Selbstschutz zu organisieren und jedem Angreifer sein Spiel so schwer wie möglich zu machen“. Ähnlich positionierte sich Julian Bender, Vorsitzender des **Stützpunkt Sauerland-Süd vom III. Weg**, anlässlich einer Sachbeschädigung am Siegener Parteibüro im Jahr 2021: „Besonders die neusten Ereignisse und feigen Anschläge sollten uns nicht in Empörung oder endloses Selbstmitleid verfallen lassen, sondern vielmehr den Kampfgeist wecken, dem man sich als Nationalrevolutionär in diesen Zeiten verschrieben hat.“ Ein Teil des radikalisierten Rechtsextremismus ist darüber hinaus bereit, aktiv gewaltsam gegen „Linke“ vorzugehen. So verübten im Juli 2022 zwei Rechtsextremisten einen Sprengstoffanschlag auf das Büro der Partei Die Linke in Oberhausen. Die Täter zündeten nachts an der Eingangstür eine Sprengvorrichtung und beschädigten das Parteibüro sowie ein Nachbargebäude erheblich. Die Ermittlungen ergaben ferner, dass die Rechtsextremisten bereits 2020 zwei Sprengversuche unternommen hatten.



Gewaltaufruf des Active Club Ostwestfalen-Lippe gegen vermeintlich Linke

In den vergangenen Jahren haben Rechtsextremisten verstärkt die gesellschaftliche Liberalisierung in Form von „Christopher Street Day“-Veranstaltungen als Widerstandsthema ausgemacht. So heißt es in einem martialischen Statement der Partei **Der III. Weg** im Jahr 2022 zu ihrer Anti-CSD-Kampagne: „Immer aggressiver und totalitärer dringt Multi-kulti-, Homosexuellen- und Genderpropaganda wie ein Gift in die Gesellschaft ein und führt einen Krieg gegen die biologische Familie europäischer Herkunft. [...] Die Gender- und Homolobby wird ihren Kampf gegen die Familie und die gesunde Substanz unseres Volkes nicht ungestört fortsetzen können. Mit dem Widerstand der nationalrevolutionären Erneuerungsbewegung wird überall zu rechnen sein.“ Im Jahr 2024 gab es verstärkt Mobilisierungsbestrebungen in rechtsextremistischen Chatgruppen beziehungsweise in sozialen Netzwerken, um CSD-Veranstaltungen zu stören. Dabei wurde auch zu schwersten Straftaten zum Nachteil von Teilnehmern oder Sympathisanten der CSD-Veranstaltungen aufgerufen. In Nordrhein-Westfalen trat am Rande des CSD-Aufzugs in Köln am 21. Juli 2024 eine Gruppe von 13 Personen und in Essen am 3. August 2024 eine Gruppe von 20 Personen auf, die den Aufrufen zur Störung folgten.

## Die rechtsextremistische Erzählung vom „Tag X“

Eine große Bedeutung im radikalisierten Teil des Rechtsextremismus hat die Erzählung vom sogenannten „Tag X“. Damit ist der Tag gemeint, an dem das politische System zusammenbrechen werde. Solche Untergangserzählungen haben schon immer

im Rechtsextremismus eine wichtige Rolle gespielt. Allerdings gibt es unterschiedliche Schwerpunktsetzungen. Zum einen dienen sie zur Diagnose der gesellschaftlichen und politischen Zustände und bestätigen Rechtsextremisten in der Ablehnung der freiheitlichen Demokratie. Zum anderen haben sie die Funktion einer Prognose und können zur Überwindung des gegenwärtigen Systems mobilisieren. Diese Unterscheidung ist deshalb bedeutsam, weil sie zu unterschiedlichen Verhaltensweisen führt.

In der am häufigsten zu findenden diagnostischen Variante erwarten Rechtsextremisten einen „Tag X“. Als Verursacher werden typische Feindbilder im Rechtsextremismus angeführt: vermeintlich unfähige und korrupte Politiker, „Überfremdung“, „Islamisierung“ oder auch die „jüdische Weltverschwörung“. Die Krisen würden sich verstärken und an einem nicht näher bestimmten Tag zum Zusammenbruch des politischen Systems führen. Diese Diskurse wurden durch die Corona-Krise und den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine nochmals intensiviert. Die Konsequenz dieser Erzählung ist, dass Rechtsextremisten einen „Tag X“ erwarten. Sie brauchen ihn nicht herbeizuführen, denn er kommt aus ihrer Sicht zwangsläufig. Deswegen stelle sich nur die Aufgabe, sich auf diesen Tag vorzubereiten. Dies erklärt, warum Prepping (kommt vom englischen Begriff „to prepare“ = vorbereiten) in Teilen der rechtsextremistischen Szene populär ist und manche Vorbereitungen anstellen, autark zu leben. So veröffentlichte die aus Nordrhein-Westfalen stammende Zeitschrift **Rock Hate** einen Beitrag, in dem die Autorin das in der Prepper-Szene beliebte Thema aufgreift, wie man sich auf einen Blackout vorbereiten solle.



Vorbereitungstipps für den Tag X

Einer der eifrigsten Propagandisten dieser Untergangserzählung ist Sebastian Schmidtke, bis Januar 2025 Bundesvorstandsmitglied von **Die Heimat**, der auch häufig in Nordrhein-Westfalen bei Rechtsextremisten zu Gast ist. Seit Ende der 2010er Jahre inszeniert er sich über seine Social-Media-Kanäle als Outdoor- und Survival-Experte. In der **N.S. Heute** verdeutlicht er 2018, dass es aus rechtsextremistischer Sicht wünschenswert sei, „dass die Bundesrepublik immer mehr in der Krise steckt“. Man solle sich deshalb auf alle Situationen vorbereiten. „Wir wissen nicht, was geschehen wird!“

Im gewaltbereiten Rechtsextremismus gibt es ohnehin eine hohe Waffenaffinität. Die Erzählung vom anstehenden „Tag X“ motiviert die Szeneangehörigen zusätzlich, sich Waffen anzuschaffen. Dabei nutzen sie sämtliche legalen Möglichkeiten aus. So schrieb Patrick Sch., ein bundesweit aktiver Neonazi, in der **N.S. Heute** im Jahr 2019: „Weiterhin ist jeder dazu angehalten, sich selbst möglichst umfassend auf alle theoretisch denkbaren Szenarien vorzubereiten – niemand hält einen davon ab, etwas Sport zu treiben oder zum Beispiel dem lokalen Schützenverein beizutreten beziehungsweise den Jagdschein zu machen.“ Weiterhin werden in sozialen Netzwerken Hinweise verbreitet, welche Waffen man ohne Waffenschein erwerben kann. Allerdings werden auch illegale Wege beschritten, um über Waffen zu verfügen. Bei Hausdurchsuchungen von Rechtsextremisten werden immer wieder Waffen gefunden, für die die Betroffenen keinen Waffenschein haben und von den Waffenbehörden auch keinen bekommen hätten. Beispielsweise fand Mitte 2022 bei einem Rechtsextremisten aus Mönchengladbach eine Hausdurchsuchung statt, nachdem er in sozialen Medien angekündigt hatte, Migranten und Polizisten erschießen zu wollen. Dieser hatte sich im Zuge der Corona-Pandemie radikalisiert. Bei der Durchsuchung der Wohnung fand die Polizei zahlreiche Schusswaffen, darunter auch selbstgebaute. Das Landgericht Düsseldorf verurteilte ihn im November 2024 deshalb wegen des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz zu einer 22-monatigen Haftstrafe auf Bewährung.

In einer weniger häufig vorkommenden Variante ist der „Tag X“ eine Zielvorstellung von Rechtsextremisten, die aktiv herbeigeführt werden soll. Ein langjähriger Düsseldorfer Rechtsextremist, Manfred B., veröffentlichte 2022 in der **N.S. Heute** einen Artikel, in dem er schreibt: „Wenn wir im kommenden Chaos dann auf uns selbst blicken können, wenn wir in der Lage sind, unser Überleben durch eigene Arbeit zu gewährleisten, und das sind wir mehr-

heitlich noch, dann brauchen wir das kommende Chaos nicht zu fürchten, sondern wir müssen es als Zeichen des Neuanfangs herbeisehnen und aktiv herbeiführen, mit allen nur erdenklichen Mitteln, mögen uns diese auch vor einigen Jahren noch völlig fremd gewesen sein, im wahrsten Sinne des Wortes.“ Dies schließt Rechtsterrorismus mit ein. Ein Beispiel für dieses Verständnis des „Tag X“ ist die **Gruppe S**. Die 2023 wegen Rechtsterrorismus verurteilte Gruppierung hatte 2021 geplant, Anschläge auf Moscheen durchzuführen, um Gegenreaktionen von Muslimen auszulösen und letztlich bürgerkriegsähnliche Zustände herbeizuführen. Einen Plan, was nach einem Bürgerkrieg kommen sollte, gab es nicht.

Seit vielen Jahren kursieren im radikalisierten Rechtsextremismus verschiedene rechtsterroristische Publikationen. Dazu zählen sowohl „praxisorientierte“ Handbücher wie „Der totale Widerstand. Kleinkriegsanleitung für Jedermann“ oder „The Nationalist Socialist Political Soldiers Handbook: Field Manual“ von **Combat 18**, als auch der Roman „The Turner Diaries“, der Rechtsterrorismus als positive Heldengeschichte darstellt. Ideologisch hat in den vergangenen Jahren der sogenannte Akzelerationismus an Bedeutung gewonnen. Vor allem findet er in Chatgruppen und Foren Verbreitung. Ursprünglich ist der Akzelerationismus kein extremistisches Konzept, sondern eine philosophische Theorie zu den beschleunigten Entwicklungsprozessen im Kapitalismus. Rechtsextremisten deuten dies dahingehend um, dass die liberale Demokratie ein schwaches System sei, welches dem Untergang geweiht ist und dem ein „Rassekrieg“ bevorstehe. Diese Entwicklung solle aber beschleunigt werden, bevor die „Weißen“ zur Minderheit geraten. Erst nachdem man den Zusammenbruch der herrschenden Ordnung herbeigeführt habe, könne man eine neue rechtsextremistisch geprägte politische Ordnung aufbauen.

Das wichtigste Buch des rechtsextremistischen Akzelerationismus ist „Sieg““. Dies ist eine Textsammlung des US-amerikanischen Rechtsextremisten James Nolan Mason aus den 1980er Jahren. Neben der rechtsextremistischen Ideologie, wie zum Beispiel der Überlegenheit einer vermeintlichen „weißen Rasse“, enthalten die Texte Anschlagsszenarien, mit denen ein Bürgerkrieg ausgelöst werden soll. Durch diesen sollen alle Menschen, die nicht dem rechtsextremistischen Weltbild entsprechen, getötet werden. Dazu zählen Juden und Muslime. Auf die „Sieg-Ideologie“ bezieht sich unter anderem die sogenannte **Atomwaffen Division (AWD)**. Diese hat im Juni 2019 in Köln Flugblätter in Briefkästen geworfen, in

denen sie Muslimen und Juden mit Angriffen drohte. Dies geschah in der Nähe der Keupstraße, in der der **NSU** 2004 einen Nagelbombenanschlag verübte. Die Verteilung erfolgte wenige Tage vor dem 15. Jahrestag des Anschlags. Außerdem ist die „Siege-Ideologie“ in internationalen rechtsextremistischen Chatgruppen verbreitet, an denen sich ebenfalls Jugendliche und junge Erwachsene aus Nordrhein-Westfalen beteiligen.

In wenigen Fällen gibt es aber auch Überlegungen, wie nach einem „Tag X“ eine alternative staatliche Ordnung aussehen solle. Diese findet man vor allem in der **Reichsbürgerszene**. So plante die aus der Reichsbürgerszene stammende **Gruppe Reuß** nicht nur einen Staatsstreich, sondern entwarf auch für die künftige staatliche Ordnung eine Art Geschäftsverteilungsplan.

## 5. Gewalt

Rechtsextremismus ist ideologisch geprägt durch Vorstellungen von Ungleichwertigkeit. Das bedeutet, Angehörigen bestimmter Gruppen wird ein geringerer Wert, „Minderwertigkeit“, oder gar kein Wert, „unwertes Leben“, zugemessen. Hinzu kommt die prinzipielle Befürwortung von Gewalt als legitimes Mittel der Konfliktlösung - und nicht als „Ultima Ratio“. Das Gewaltpotenzial von Rechtsextremisten zeigt sich unter anderem in ihrem Habitus, der oft von Militanz geprägt ist. Besonders im subkulturellen Rechtsextremismus und im neonazistischen Spektrum wird ein martialisches Auftreten gepflegt – sei es bei Demonstrationen, in rechtsextremistischer Musik oder einfach durch die Verwendung einschlägiger Szenebekleidung.

### Psychische Gewalt: Einschüchterung und Bedrohung

Rechtsextremisten haben schon immer damit gedroht, ihre Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Neben unspezifischen Drohungen, in Deutschland beziehungsweise konkreter in einem Stadtviertel „aufzuräumen“, richten sich diese Drohungen aber auch gegen konkrete Personen oder Organisationen. Diese werden auf verschiedenen Wegen übermittelt. Im persönlichen Kontakt, per Brief und zunehmend per E-Mail. Ende 2018 begann eine Welle von Drohmails an Personen des öffentlichen Lebens (unter anderem Künstler, Politiker, Journalisten, Vorsitzende von Vereinen) und öffentliche Einrichtungen, in denen die Absender den Adressaten mit Mord und Spreng-

stoffanschlägen drohten. Mehrere Gerichtsgebäude wurden nach Bombendrohungen geräumt. Bundesweit waren es mehrere hundert Drohmails, die unter verschiedenen Bezeichnungen, unter anderem „NSU 2.0“, versandt wurden. Mittlerweile konnte die Polizei mehrere Urheber ermitteln.

Im vergangenen Jahrzehnt hat die Szene ein neues Mittel entwickelt: Die Veröffentlichung von sogenannten Feindeslisten im Internet. Auf diesen werden Personen und manchmal auch Organisationen genannt, die Rechtsextremisten als Feinde ausgemacht haben. In den meisten Fällen dienen diese Listen nicht dazu, konkrete Straftaten vorzubereiten. Vielmehr nutzen Rechtsextremisten sie dazu, eine Drohkulisse aufzubauen und die Gegner einzuschüchtern. Sie fungieren als „Online-Pranger“. Zwei dieser Online-Pranger, **Nürnberg 2.0** und **Judas Watch** wurden 2020 von der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz indiziert, und einige Suchmaschinenanbieter sowie soziale Netzwerke haben sich freiwillig verpflichtet, diese Webseiten nicht mehr anzuzeigen, was deren Reichweite deutlich reduziert hat.

### Physische Gewalt

Die Anwendung von Gewalt durch Rechtsextremisten erfolgt meist spontan und situationsbezogen. Sie ist dabei überwiegend von einer direkten Konfrontation mit den Opfern geprägt, weshalb der Schwerpunkt bei den Gewalttaten bei Körperverletzungsdelikten liegt. 2024 registrierte die Polizei Nordrhein-Westfalen 154 Gewaltdelikte durch rechtsmotivierte Tatverdächtige, davon waren 145 Körperverletzungen. Das entspricht 94,2 Prozent aller Gewaltdelikte. Auch bei situativen Gewalttaten, selbst unter Alkoholeinfluss, ist rechtsextremistische Gewalt politisch. Denn sie ist einerseits Ausfluss einer politischen Einstellung, auf der die Opferauswahl geschieht. Andererseits gehört es zum rechtsextremistischen Selbstverständnis, damit Einfluss auf die Gesellschaft zu nehmen. Rechtsextremistische Gewalt dient der Einschüchterung von ausgemachten „Hassobjekten“ und kann als eigenes „Kommunikationskonzept“ verstanden werden: Die Gewalt gegen einige Wenige soll alle treffen. Vermeintlich „Fremde“, aber auch Muslime und Juden, sollen in Angst und Schrecken versetzt werden, damit sie das Land verlassen. Vermeintliche „Linke“, aber auch queere Menschen, sollen abgeschreckt werden, ein bestimmtes Viertel zu betreten, beziehungsweise sich politisch zu engagieren.

Das quantitative Ausmaß und die Ziele von Gewaltstraftaten unterliegen erheblichen Schwankungen, die oftmals von Szenediskursen abhängen. Die Statistik kann allerdings von einzelnen Fällen stark beeinflusst werden. Beispielsweise war 2014 das Jahr mit der höchsten Zahl an rechtsmotivierten Gewalttaten (370). Davon war knapp die Hälfte (173) auf die gewaltsamen Ausschreitungen bei der **Hogesa**-Demonstration in Köln am 26. Oktober 2014 zurückzuführen. Bundesweit gab es in den Jahren 2015 und 2016 einen massiven Anstieg der Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte in Deutschland. Die Zahl der Übergriffe, überwiegend Sachbeschädigung, Propaganda- und Volksverhetzungsdelikte, verfünffachte sich von 2014 auf 2015 auf 222. Nicht nur die Anzahl der Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte nahm zu, sondern auch die Schwere. So gab es 28 rechtsmotivierte Gewaltdelikte wie Körperverletzung oder Brandstiftung im Zusammenhang mit Flüchtlingsunterkünften. Im Zuge des starken Zuzugs von Flüchtlingen seit 2015 und der Corona-Pandemie seit 2020 richteten sich rechtsextremistisch motivierte Übergriffe zunehmend auch gegen Politiker. Dies betraf nicht nur medial präsente Spitzenpolitiker, sondern auch Kommunalpolitiker. Ein schwerwiegender Angriff ereignete sich am 27. November 2017 in Altena. Ein Täter griff den dortigen Bürgermeister in einem Imbiss mit einem Messer an und verletzte ihn am Hals. Die Betreiber des Imbisses griffen ein und entwaffneten den Angreifer. Der Täter äußerte bei seiner Tat, dass er die Flüchtlingspolitik des Kommunalpolitikers ablehne. Darüber hinaus waren auch Moscheen das Ziel von rechtsextremistisch motivierten Übergriffen.

Allerdings gibt der „Kriminalpolizeiliche Meldedienst Politisch motivierte Kriminalität“ nur das Hellfeld der Kriminalität der rechtsextremistisch motivierten Straftaten wieder. Das heißt, es werden nur die Straftaten erfasst, die Bürgerinnen und Bürger anzeigen oder die die Polizei ermittelt. Es ist anzunehmen, dass Angehörige bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, wie zum Beispiel Wohnungslose oder Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, nicht sämtliche Gewalttaten gegen sie zur Anzeige bringen. Auch in Teilen des Linksextremismus ist es verpönt, bei der Polizei Anzeige zu erstatten, wenn man Opfer einer rechtsextremistisch motivierten Straftat geworden ist. Über das Ausmaß dieses Dunkelfeldes lassen sich kaum gesicherte Aussagen treffen.

## Rechtsterrorismus

Einige Rechtsextremisten streben an, einen „Tag X“ aktiv herbeizuführen und verüben oder planen schwerste Gewaltstraftaten, wodurch sie die Grenze zum Terrorismus überschreiten. Verfassungsschutzbehörden verstehen unter Rechtsterrorismus den nachhaltig geführten Kampf für politische Ziele. Diese sollen mithilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer durchgesetzt werden, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129a Abs. 1 StGB genannt sind, oder durch andere Straftaten, die zur Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

Die fortwährende Verbreitung von Widerstands- und Bürgerkriegsrhetorik im Rechtsextremismus trägt zu einer Radikalisierung eines Teils der Szene bei. Das hat sich im vergangenen Jahrzehnt in einer Reihe schwerer Anschläge niedergeschlagen. Auffällig ist, dass die Radikalisierungsgeschwindigkeit zugenommen hat. Früher radikalisierten sich Rechtsterroristen in der Regel über einen längeren Zeitraum von mehreren Jahren. Erst mit ideologischer Festigung und zunehmender Enthemmung bei Straftaten überschritten sie die Schwelle zum Rechtsterrorismus. Mittlerweile gibt es zunehmend Täter, die schon nach einer kurzen Phase der Radikalisierung bereit sind, schwere Straftaten zu begehen.

Weiterhin hat die Vielfalt der Tätertypen zugenommen. Zuvor gingen rechtsterroristische Aktivitäten oder schwere rechtsextremistisch-motivierte Gewaltstraftaten überwiegend von ideologisch gefestigten Gruppen und Einzelpersonen aus, die in der rechtsextremistischen Szene verankert waren. Das hat sich seit 2015 verändert. Die Bandbreite der Tätertypen hat sich vergrößert. Die Täter lassen sich immer weniger einer bestimmten Gruppierung oder Szene zuordnen. Ein Teil von ihnen ist zuvor kaum oder überhaupt nicht durch rechtsextremistische Aktivitäten oder Straftaten aufgefallen. Fremdenfeindlichkeit bleibt zwar das wichtigste Tatmotiv, allerdings verfügen die Täter selten über ein gefestigtes, umfassendes rechtsextremistisches Weltbild. Stattdessen dominieren diffuse Feindbilder, die die Täter mithilfe von rechtsextremistischen Onlinediskursen individuell entwickeln. Wie in Echokammern verstärken sich dort menschenverachtende Auffassungen. Sogar Anschlagsszenarien werden besprochen. Das Internet verschafft hier einen niedrigschwelligen Einstieg für Personen ohne Szeneanbindung. So geht die größte Gefahr für das Entstehen von rechtsterroristischen Aktivitäten von Einzelpersonen oder Kleingruppen aus, die vor-

wiegend über soziale Netzwerke, Messenger oder geschlossene Plattformen kommunizieren und sich radikalisieren.

Es lassen sich mehrere Radikalisierungstypen identifizieren, die vorher keine oder kaum eine Bedeutung für rechtsextremistisch motivierte Anschläge hatten:

**Wiederradikalisierte:** Es handelt sich um Personen, die als Jugendliche und junge Erwachsene in gewaltbereiten rechtsextremistischen Gruppierungen aktiv waren, sich dann jedoch aus der Szene zurückgezogen haben. Dabei fand indes keine Distanzierung von den rechtsextremistischen Einstellungen statt. Ein Ereignis beziehungsweise eine Entwicklung hat sie reaktiviert und motiviert, auch schwerste Straftaten zu begehen. Ein Beispiel dafür ist das Attentat auf den Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke am 2. Juni 2019. Der Täter war bis ungefähr zehn Jahre vor dem Anschlag fest in die rechtsextremistische Szene in Hessen eingebunden. Nachdem er sich durch Beruf und Familie eine bürgerliche Existenz aufgebaut hatte, trat er in der Szene nicht mehr in Erscheinung. Im Zuge der Flüchtlingsdiskussion radikalisierte er sich erneut so weit, dass er zur Begehung eines Mordes bereit war. In Nordrhein-Westfalen entsprach der Attentäter auf Henriette Reker, damals Kölner Oberbürgermeisterkandidatin am 17. Oktober 2015 in Köln, diesem Typus. Der Täter war in den 1990er Jahren im Umfeld der **FAP** aktiv und dann über ein Jahrzehnt den Sicherheitsbehörden nicht mehr aufgefallen. Seine rechtsextremistische Wahrnehmung des Flüchtlingszuzugs 2015 wiederradikalisierte ihn, so dass er versuchte, eine „Fanaltat“ auf eine vermeintlich politisch Verantwortliche zu verüben. Frau Reker war damals Sozialdezernentin in Köln und unter anderem für die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften zuständig. Der Täter verletzte sie mit einem Messer lebensbedrohlich.

**Rechtsextremistische Radikalisierung von psychisch auffälligen Personen:** Manche Täter sind psychisch auffällig, zum Teil weisen sie medizinische Diagnosen von psychischen Erkrankungen auf. Zugleich weisen sie rechtsextremistische Einstellungen auf. Eine Unterscheidung, ob sie psychisch auffällig oder rechtsextremistisch sind, ist bei diesen Personen hinfällig. Mutmaßlich führt das Zusammenwirken beider Faktoren dazu, dass diese Täter auch schwere Anschläge verüben. Beim Anschlag in Hanau am 19. Februar 2020 erschoss der Täter neun Menschen mit Migrationsbiografie, seine Mutter und dann sich selbst. Aus seinem vor der Tat veröffentlichten Manifest sein rechtsextremistisches Weltbild hervor,

zugleich hatte er paranoide Wahnvorstellungen. Am 22. Juli 2016 ermordete in München ein 18-jähriger Täter mit einer Schusswaffe neun Menschen und verletzte fünf weitere, überwiegend Jugendliche mit Migrationsbiografie. Als die Polizei den Täter stellte, erschoss er sich. Der Täter war in jugendpsychiatrischer Behandlung und radikalisierte sich gleichzeitig rechtsextremistisch im Internet. In Nordrhein-Westfalen gab es in der Silvesternacht 2018/2019 eine schwere Straftat mit einem solchen Tätertyp. Ein 50-jähriger Deutscher lenkte seinen PKW an acht verschiedenen Örtlichkeiten in Bottrop und Essen in Ansammlungen von mehreren Personen und auf eine Einzelperson. Im Anschluss setzte der Beschuldigte jeweils seine Fahrt fort. Eine Frau wurde dabei lebensgefährlich verletzt. Der Täter suchte seine Opfer gezielt danach aus, ob sie aus seiner Sicht einen Migrationshintergrund hatten. Laut Urteil des Landgerichts Essen leidet der Mann an paranoider Schizophrenie, weshalb er als schuldunfähig gilt. Ein psychiatrisches Gutachten kam zu dem Schluss, dass der Täter weiterhin gefährlich bleibt, weshalb er auf unbestimmte Zeit in eine geschlossene Psychiatrie eingewiesen wurde.

**Virtuelle Einzelradikalisierung:** Dies betrifft Personen mit wenig Sozialkontakten. Zu rechtsextremistischen Gruppierungen unterhalten sie keine realen Kontakte. Allerdings verbringen sie sehr viel Zeit im Internet in Hassforen, in denen die Teilnehmer permanent Angehörige bestimmter Gruppen diffamieren und Gewalt befürworten. Die Täter radikalisieren dort ihre menschenverachtenden Einstellungen. Oftmals zeigen sie Merkmale der „Incel-Subkultur“- („involuntary celibacy“ = „unfreiwilliges Zölibat“). Zu diesem Typus zählte der Attentäter, der am 9. Oktober 2019 in Halle einen Anschlag auf eine Synagoge verübte und nachdem dieser fehlschlug zwei Zufallsopfer tötete. Auch auf den 16-jährigen Täter, der im Mai 2022 einen Anschlag auf seine Schule in Essen vorbereite, treffen wesentliche Merkmale zu. Nach einem Hinweis aus dem Umfeld des Schülers konnte die Polizei den Anschlag wenige Tage vor der Durchführung verhindern.

**Virtuelle Gruppenradikalisierung:** Virtuelle Gruppen, in denen man sich aufgrund der gemeinsamen rechtsextremistischen Ideologie zusammenfindet, können nicht nur dazu führen, dass man sich gegenseitig in seinen Feindbildern bestätigt und bestärkt. Darüber hinaus können sie auch zu gemeinsamem Handeln führen. Dies zeigt sich am Beispiel der **Oldschool Society (OSS)**. Dabei handelte es sich zunächst um eine rein virtuelle rechtsextremistische Gruppierung, deren Mitglieder über verschiedene Instant- Mess-

aging-Dienste kommunizierten und in einem sozialen Netzwerk um weitere Mitglieder warben. Im Verlauf der zweiten Jahreshälfte 2014 strukturierte und radikalisierte sich die **OSS**. Sie gab sich im Herbst 2014 eine Satzung und etablierte eine Führungsebene von zunächst vier Personen, darunter ein Rechtsextremist aus Bochum. Ein weiteres Führungsmitglied lebte bis 2010 in Nordrhein-Westfalen und engagierte sich damals für die **NPD**. Die **OSS** setzte sich zum Ziel, Anschläge gegen Moscheen und prominente Salafisten sowie Flüchtlingsunterkünfte zu verüben. Im Mai 2015 hatten sich die Anhaltspunkte für einen möglichen bevorstehenden Anschlag auf eine bewohnte Flüchtlingsunterkunft verdichtet, so dass die Polizei die Mitglieder nach einem der wenigen realweltlichen Treffen festnahm. Das Oberlandesgericht München sprach die vier Führungsmitglieder wegen der Gründung einer terroristischen Vereinigung schuldig. Gegen den Angeklagten aus dem Ruhrgebiet verhängte das Gericht eine dreijährige Haftstrafe. Ebenso fand sich die **Gruppe S.** zunächst virtuell im Internet zusammen. Erst nach einer Radikalisierungsphase traf man sich in der Realwelt und konkretisierte die Planung von Anschlägen. Ziel der Gruppierung war es, bürgerkriegsähnliche Zustände herbeizuführen, indem man bei Angriffen auf Moscheen möglichst viele Muslime tötet oder verletzt. Die Mitglieder der **Gruppe S.** hofft, damit eine Gewaltspirale zwischen Muslimen und der übrigen Bevölkerung auszulösen. Bereits wenige Tage nach einem Treffen bei einem der Gründungsmitglieder der Gruppe in Minden, bei der mutmaßlich die Tatplanungen konkretisiert wurden, erfolgten die Exekutivmaßnahmen der Sicherheitsbehörden. Einige Beschuldigte wiesen Kontakte zu rechtsextremistischen bürgerwehnrähnlichen Gruppierungen auf oder waren Mitglieder davon. Drei der Beschuldigten aus NRW waren sogenannte Reichsbürger, zum Teil mit einer rechtsextremistisch geprägten Biographie. Das zeigt, dass sich Teile der rechtsextremistischen Szene und der Reichsbürgerszene gleichsam im Widerstand sehen und deshalb schwere Gewalttaten als notwendig und gerechtfertigt erachten.

## 6. Ausreisen in Kriegsgebiete

Ausreisen in Kriegsgebiete durch Extremisten beinhalten grundsätzlich die Gefahr, dass die betreffenden Personen sich im Kriegsgebiet weiter radikalisierten, den Umgang mit Waffen erlernen und bei einer Rückkehr versuchen, illegal Waffen einzuführen. Nach Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine 2022 war sich die rechtsextremistische Szene in Nordrhein-Westfalen uneinig, wie man sich dazu positionieren sollte. Ein Teil solidarisierte sich mit Russland, ein anderer Teil mit der Ukraine, insbesondere die Partei **Der III. Weg**. Andere wiederum wollten keine Seite unterstützen. Da in den vergangenen Jahren nordrhein-westfälische Rechtsextremisten sowohl zu ukrainischen als auch zu russischen Rechtsextremisten Verbindungen gepflegt haben, stand zu befürchten, dass einige Personen in die Kriegsgebiete ausreisen, um sich dort an Kampfhandlungen zu beteiligen. 2019 verzog der russische Rechtsextremist Denis Kapustin von Köln nach Kiew und rief nach Beginn des russischen Angriffskrieges auf seinem Telegram-Kanal unter anderem in deutscher Sprache dazu auf, in die Ukraine zu reisen und gegen die russische Invasion zu kämpfen. Bisher ist jedoch nur ein Rechtsextremist aus Nordrhein-Westfalen bekannt, der Ende 2022 diesem Aufruf folgte. Er reiste in die Ukraine und beteiligt sich seitdem an den Kampfhandlungen auf ukrainischer Seite, ohne dem ukrainischen Militär anzugehören. Er verfügt über Verbindungen zum russischen „Freiwilligenkorps“ unter der Leitung von Kapustin, das auf Seiten der Ukraine kämpft. Im Februar 2023 gründete er zudem einen Telegram-Kanal, um freiwillige Kämpfer aus Deutschland anzuwerben. Dort veröffentlicht er regelmäßig strafrechtlich relevante Inhalte, wie z.B. SS-Totenköpfe. Dieser Rechtsextremist nahm im September 2022 an einer Veranstaltung des **Stützpunkt Sauerland-Süd** vom **III. Weg** in Hilchenbach teil. Anfang 2023 gab er der Partei ein Interview, um über seine Kriegsteilnahme zu berichten und bedankte sich öffentlich für Spenden der Partei. Derzeit gibt es eine niedrige einstellige Zahl an Rechtsextremisten aus Nordrhein-Westfalen, die seit Kriegsbeginn in die Ukraine reisten, um Hilfslieferungen zu transportieren oder Berichte in sozialen Medien zu veröffentlichen. Bisher ist kein Fall bekannt, dass Rechtsextremisten aus NRW auf Seiten Russlands kämpfen.

## 7. Prognose

Weiterhin gibt es einen harten Kern im Rechtsextremismus, der sich in die Tradition des historischen Nationalsozialismus stellt und im Kampf gegen das System wähnt. Strukturell versucht diese Szene, mit verschiedenen Organisationsmodellen einerseits staatliche Verbotsmaßnahmen zu umgehen, andererseits niedrigschwellige Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene zu machen. Auch wenn nicht jede dieser Organisationen eine langfristige Perspektive hat, gelingt es der Szene, Nachwuchs zu gewinnen und diesen zu radikalisieren. Die zahlreichen Interaktionsmöglichkeiten der sozialen Netzwerke werden die strukturelle Vielfalt dieser Szene weiter vergrößern.

In diesem Teil des Rechtsextremismus wird Gewalt nach wie vor als Mittel der Konfliktlösung befürwortet werden. Ob durch Kampfsport, archaische Männlichkeitsvorstellungen, Ideologie oder Gewaltästhetik - der radikale Rechtsextremismus ist durch eine Gewaltkultur geprägt, die zu seinem Wesenskern zählt. Hier ist perspektivisch keine Änderung zu erwarten. Auch zukünftig wird ein rechtsterroristisches Potenzial die öffentliche Sicherheit gefährden. Allerdings wird die Bedeutung klassischer rechtsextremistischer Organisationen für Radikalisierungsprozesse in den kommenden Jahren weiter abnehmen. Stattdessen spielt immer mehr das Internet bei Radikalisierungsprozessen eine Rolle. In Chatgruppen und geschlossenen Foren finden ideologische Diskurse statt, in denen sich rechtsterroristische Gruppen oder allein handelnde Täter entwickeln können. Dies wird Radikalisierungsverläufe weiter beschleunigen, Tätertypen ausdifferenzieren und eine größere Vielfalt an Tatformen ermöglichen.

## Digitalisierung

### Kernbotschaften

Die Digitalisierung der Gesellschaft verändert das Leben tiefgreifend - auch den Rechtsextremismus.

Rechtsextremisten bekommen durch die Digitalisierung neue Handlungsmöglichkeiten und damit mehr Einfluss.

Vor allem durch soziale Medien können sie eine hohe Reichweite für ihre Propaganda erzielen.

Auch die rechtsextremistische Szene hat KI entdeckt und experimentiert derzeit, sie zur Erstellung von Bildern und Videos einzusetzen.

Durch soziale Medien entstehen neue Gelegenheiten, sich zu vernetzen, Gruppen zu bilden und für Aktivitäten zu mobilisieren.

Rechtsextremistische Foren, geschlossene Gruppen und die Algorithmen der sozialen Medien wirken wie Echokammern, verstärken Feindbilder und fördern eine Radikalisierung.

Die Digitalisierung ist ein wichtiger Treiber sowohl der Entgrenzung als auch der Radikalisierung des Rechtsextremismus. Ebenso erhält die Erlebniswelt Rechtsextremismus neue Impulse, um ihre Attraktivität für Jugendliche und junge Erwachsene zu steigern.

### 1. Phänomen

Mit der Digitalisierung ist die in den 1990er Jahren einsetzende Entwicklung gemeint, bei der digitale Technologien und das Internet in sämtliche Lebensbereiche integriert werden. Die sozialen Netzwerke spielen hierbei eine zentrale Rolle. Diese Entwicklung umfasst immer mehr gesellschaftliche Bereiche und wirkt auf diese einschneidend ein, wobei die Formen der Digitalisierung sich ständig, schnell und tiefgreifend ändern, wie der derzeitige Entwicklungsschub durch Künstliche Intelligenz zeigt. Die digitalisierte und die analoge Gesellschaft lassen sich zwar analytisch trennen, trotzdem hängen sie in der Realität eng miteinander zusammen. So ist der Nutzer in einem sozialen Netzwerk zunächst in der analogen Welt sozialisiert worden. Umgekehrt können die Diskussionen in Chatgruppen das Handeln des Nutzers in der analogen Welt beeinflussen. Der durch die Digitalisierung ausgelöste Strukturwandel der Öffentlichkeit ist für die rechtsextremistische Szene auf drei Ebenen von besonderer Relevanz:

1. Stärkung des bisherigen Rechtsextremismus durch bessere Handlungsmöglichkeiten,
2. Entwicklung einer neuen Ebene des Rechtsextremismus,
3. Begünstigung rechtsextremistischer Agitation durch die technische Konstruktion sozialer Medien.

Die Digitalisierung verschafft Rechtsextremisten neue Handlungsmöglichkeiten, um Propaganda zu betreiben, Nachwuchs zu rekrutieren, sich zu organisieren und Ähnliches. Die Vielfalt der Plattfortmtypen mit ihren jeweiligen Funktionen wird von rechtsextremistischen Akteuren umfassend genutzt. Zur ideologischen Beeinflussung nutzen Rechtsextremisten audiovisuelle Plattformen wie YouTube, TikTok oder Instagram, auf denen das Nutzererlebnis durch Bild-, Ton- und Videoformate geprägt ist. Dadurch wird rechtsextremistische Ideologie schnell zum leichten Konsumgut und unterschwellig im Zusammenhang mit Lifestylethemen wie Sport, Ernährung oder Natur vermittelt. Mit Messengerdiensten wie WhatsApp, Threema und Signal organisiert sich die Szene und kann in geschlossenen Gruppen intern kommunizieren. In geschlossenen Gruppen, unter anderem auf Telegram, nutzt man den Austausch mit Gleichgesinnten und äußert sich gewaltbefürwortend bis hin zur Planung von Straftaten.

Durch die Digitalisierung entsteht eine neue Ebene des Rechtsextremismus, die nur wenig von klassischen rechtsextremistischen Organisationen beeinflusst ist. Da jeder immer und überall „online gehen“ kann, haben sich die Zugangsschwellen zu rechtsextremistischen Aktivitäten stark abgesenkt: Nutzer können auf ihrem Handy rechtsextremistische Inhalte konsumieren. Rechtsextremistische Gruppen können sich zunächst online bilden. Jeder kann als rechtsextremistischer Influencer aktiv werden. Für all diese Aktivitäten ist ein realweltlicher Bezug zur rechtsextremistischen Szene nicht mehr nötig.

Die technische Ausgestaltung vieler sozialer Medien kann dazu führen, dass die demokratische Kultur beeinträchtigt wird. So finden Skandale, emotionale Beiträge und auch Falschmeldungen eine besonders große Verbreitung, indem sie häufig geklickt, geliked und geteilt werden. Die Algorithmen der sozialen Medien führen dann oftmals dazu, dass diese Beiträge anderen Nutzern besonders häufig vorgeschlagen werden. Das heißt, die Reichweite spiegelt nicht den Wahrheitsgehalt oder gar die Relevanz eines Beitrags wider. Dies kommt rechtsextremistischer Propaganda entgegen, weil Hass und Hetze oftmals

für die Verbreitung eines Beitrags förderlich sind. Weiterhin sind soziale Medien häufig so konzipiert, dass sie den Nutzern aufgrund der bisherigen Auswahl von Beiträgen, ähnliche Beiträge empfehlen. So erhält der Nutzer von YouTube oder Spotify, der einen Rechtsrock-Song ausgewählt hat, anschließend weitere Rechtsrock-Songs vorgeschlagen. Insofern findet eine Filterung der möglichen Angebote statt, mit der Folge, dass die rechtsextremistischen Angebote dominieren. Dieser Filtermechanismus kann eine rechtsextremistische Gesinnung festigen, da diese fortlaufend durch die ausgewählten rechtsextremistischen Texte, Videos, Lieder, etc. bestätigt wird. Ähnlich wirken geschlossene Foren oder Chatgruppen, in denen sich die Teilnehmer in ihrer Menschenverachtung andauernd bestätigen. Die durch soziale Medien vermittelte „Wirklichkeit“ kann somit rechtsextremistischen Positionen zum einen eine höhere Verbreitung und zum anderen eine größere Wirkkraft verschaffen. Bei Personen mit entsprechenden rechtsextremistischen Einstellungen können die sozialen Medien deshalb als „Radikalisierungsmaschine“ fungieren.

## 2. Vergrößerung der Reichweite

Das Internet, insbesondere die sozialen Medien haben die Reichweite rechtsextremistischer Botschaften enorm vergrößert. Sie ermöglichen, die menschenverachtende und demokratiefeindliche Ideologie schnell, weitreichend und zielgruppenspezifisch zu verbreiten. Insbesondere beim Erstkontakt mit rechtsextremistischer Ideologie spielen die sozialen Medien eine herausgehobene Rolle. Rechtsextremistische Gruppierungen, wie die **Identitäre Bewegung**, aber neuerdings auch die **Active Clubs**, setzen deshalb darauf, ihre Aktivitäten mediengerecht zu inszenieren, um ansprechende Bilder und Videos zu posten. Zum Teil finden Aktivitäten nur statt, um Inhalte für die sozialen Medien zu produzieren.

Ein Beispiel hierfür liefert der rechtsextremistische Publizist und Influencer Frank K. aus dem Rhein-Sieg-Kreis. Mit seinem YouTube-Kanal „Der dritte Blickwinkel“, den er bis 2023 betrieb, erreichte er mit den meisten Videos eine vierstellige Zahl an Aufrufen. Diese Videos richteten sich in der Regel an bereits überzeugte Rechtsextremisten. Eine enorme Vergrößerung der Reichweite erzielte er mit dem Projekt „Multikulti trifft Nationalismus“. Hierbei ging es darum, dass er mit einem dunkelhäutigen Influencer und anderen nicht rechtsextremistischen Gesprächspartnern Diskussionen führte und diese bei YouTube veröffentlichte. Bei einer Veranstaltung

im November 2019 in Köln nahmen vor Ort rund 20 Personen an einer Diskussion zum Thema „Mehr Nationalstaat oder mehr Europa“ teil. Das Video auf YouTube erzielte dazu eine sechsstelligen Anzahl an Aufrufen. Das bedeutet, mit einem ungewöhnlichen Ansatz oder einer innovativen Inszenierung ermöglichen die sozialen Medien rechtsextremistischen Positionen eine relativ große Öffentlichkeit.

## Virale Verbreitung von Kurzvideos - die TikTakisierung der Propaganda

In den vergangenen Jahren hat die Bedeutung von kurzen Videos, je nach Plattform „TikToks“, „Shorts“ oder „Reels“ genannt, zugenommen. Seit 2022 nutzen Rechtsextremisten zunehmend TikTok, um ihre Inhalte in kurzen Videos zu verbreiten. Der neurechte Vordenker Erik A. hielt auf der „Sommerakademie“ 2023 des rechtsextremistischen **Instituts für Staatspolitik** (Mai 2024 aufgelöst, der Nachfolger firmiert unter dem Namen **Menschenpark Veranstaltungen UG**) einen Vortrag, in dem er die Spezifik dieses Videoportals und den Nutzen für die rechtsextremistische Szene erläuterte: „Mit den richtigen Zusammenschnitten, einfach aus ein paar Bildern, bisschen Text und einer Musik kann man eben auch ein richtiges Projekt, was die Reichweite angeht, extrem stark boosten und zwar von heute auf morgen.“ Insbesondere betont er die Zielgruppe von TikTok: „Dann konsumiert über die Hälfte der 14 bis 19-jährigen in Deutschland TikTok, durchschnittlich übrigens 90 Minuten am Tag. Das heißt, man hat eigentlich 90 Minuten am Tag ein Fenster in deren Gehirn, wo man darein senden kann.“ Dabei sei wichtig, dass man die „eigene Botschaft in eigenen Worten über die eigene Blase hinaus“ verbreiten kann.

Einen viralen Erfolg stellt für die rechtsextremistische Szene die große Verbreitung des Popsongs „L'amour Toujours“ dar, den sie mit dem fremdenfeindlichen Slogan „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ umtexteten. Dieser findet sich als „Meme-Song“ in zahlreichen rechtsextremistischen Kurzvideos auf Instagram-Stories oder TikTok wieder. Auffallend an der viralen Verbreitung ist, dass er auch von Profilen verbreitet wird, die ansonsten keine rechtsextremistischen Inhalte aufweisen.

Ein weiteres Beispiel betrifft eine antisemitische Aktion von **Die Heimat Dortmund** nach dem Angriff der **HAMAS** auf Israel. Der Kreisverband hisste am 10. Oktober 2023 am Szeneobjekt in Dortmund-Dorfstedt die palästinensische Flagge sowie ein

Banner mit der Aufschrift „Israel ist unser Unglück“. Dieser Aufschrift ist in kleiner Schrift vorangestellt „Der Staat“. Mit dem Slogan spielen die Rechtsextremisten auf den antisemitischen Spruch „Die Juden sind unser Unglück“ an. Die Polizei leitete ein Ermittlungsverfahren gemäß § 130 Absatz 6 Strafgesetzbuch ein und beschlagnahmte die Fahnen. Ein Anhänger von **Die Heimat Dortmund** filmte dies. In dem auf TikTok veröffentlichten Video wird aber ausschließlich gezeigt, wie die Polizei die palästinensische Fahne abnimmt. Dazu steht der Text „Polizei stiehlt #palestine Fahne!“. In fünf Tagen wurde das Video 720.000-mal aufgerufen und 3.800-mal kommentiert. Die Kommentare verdeutlichen, dass das Video auch außerhalb der rechtsextremistischen Szene wahrgenommen wird. Zahlreiche Kommentatoren unterstellen der Polizei rechtswidriges Handeln und eine unzulässige Parteinahme. Mit dem geschnittenen Video versucht der Ersteller einen falschen Eindruck zu erwecken, um Nutzer gegen Juden und Polizisten aufzustacheln.

Der Neonazi Steven F. betreibt einen TikTok-Kanal und erreicht mit einzelnen Videos über 100.000 Aufrufe. Dabei kombiniert er eine ironische Selbstinszenierung mit rechtsextremistischen Botschaften. Zu größerer Bekanntheit außerhalb der rechtsextremistischen Szene gelangte er im Januar und Februar 2023, als drei nicht-extremistische YouTuber nacheinander Interviews mit ihm führten und diese auf ihren jeweiligen Kanälen veröffentlichten. Eines der Videos wurde über 1,5 Millionen Mal aufgerufen. Diese große Resonanz half ihm dann bei seinem TikTok-Auftritt.

## YouTube-Projekte

Weiterhin spielt YouTube für vielfältige rechtsextremistische Medienprojekte nach wie vor eine bedeutende Rolle.

Ein prägnantes Beispiel ist der in Ostwestfalen-Lippe lebende Tim Kellner. Als Social Media-Aktivist erzielt er seit Jahren eine sehr hohe virtuelle Reichweite auf mehreren Plattformen. Allein auf YouTube verfügt er über 590.000 Abonnenten (Stand: Februar 2025). Das markanteste rhetorische Stilmittel von Kellner ist Ironie, mit der er einerseits unterhalten und andererseits seine menschenrechts- und demokratiefeindlichen Äußerungen verschleiern möchte. Indem er versucht, seine Positionen als „gesunden Menschenverstand“ darzustellen, versucht er Anschlussfähigkeit zu erzielen. Inhaltlich greift er öffentliche Diskussionen um Flüchtlinge auf und

verbreitet fremdenfeindliche Botschaften, indem er Migranten pauschal negativ und damit als Feindbild darstellt. Zum anderen stellt er Amts- und Mandatsträger als bürgerfeindlich dar und benutzt dabei eine „Gegen-die-da-oben“-Rhetorik.



Von Tim Kellner veröffentlichtes ‚Fahndungsplakat‘ zu einer Richterin

Die Inhalte seiner Beiträge liegen im Regelfall unterhalb der Strafbarkeitsschwelle. Jedoch finden sich unter den Kommentaren seiner Beiträge wiederkehrend beleidigende und bedrohende Äußerungen gegenüber Minderheiten und Politikern.

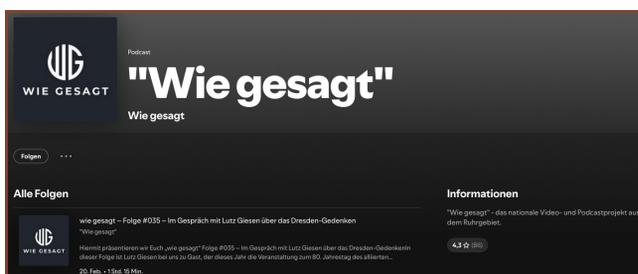
Mit dem im Januar 2022 gestarteten YouTube-Video-Projekt „Wie gesagt“ versuchen Rechtsextremisten von **Die Heimat Dortmund** ein Interview-Format zu etablieren. In einem Aufnahmestudio führen Alexander Deptolla oder Sascha Krolzig Gespräche mit verschiedenen Rechtsextremisten. Dazu zählt der Musiker Michael Regener, der unter dem Pseudonym **Lunikoff** bundesweit als Musiker auftritt, sowie der Neonazi Christian Worch, der die Partei **Die Rechte** gegründet hatte und viele Jahre ihr Vorsitzender war. In anderen Videos werden für die rechtsextremistische Szene relevante Themen, wie „Studieren als Nationalist“ oder die rechtsextremistischen Aktivitäten in Dortmund aufgegriffen. Sowohl die Auswahl der Gäste als auch der Themen verdeutlicht, dass es sich um ein Format von der Szene für die Szene handelt.

Das seit April 2024 bestehende YouTube-Format „Nach Vorn“ versucht, seine rechtsextremistische

Agenda mittels satirischer Unterhaltung zu vermitteln. Erstmals wurde auf das Format in diversen Kanälen der **Identitären Bewegung** hingewiesen und beworben. In der Videobeschreibung auf YouTube definiert sich das Projekt wie folgt: „Nach Vorn - der Name ist Programm. Wir gehen dorthin, wo Hass und Hetze noch zum guten Ton gehören! Als junges Team aus progressiven Mediengestalter\*innen legen wir den Finger in die Wunde und stellen jene Frage, über die die Mainstream-Presse gerne schweigt.“ Das erste YouTube-Video wurde am 12. Mai 2024 veröffentlicht. Darin tritt ein führender Aktivist der Ende 2024 aufgelösten **Revolte Rheinland** als vermeintlicher Reporter auf einer bürgerlichen Demonstration in Witzhelden bei Leichlingen auf, die „für Demokratie und Solidarität gegen rechten Hass und Hetze“ stattfand. Im Stil eines Reporters agierend versuchte er, mit vermeintlichem Sarkasmus und Ironie die Demonstrierenden in Gespräche zu verwickeln. Ziel war es, die Betroffenen aufgrund ihrer gesellschaftspolitischen Überzeugungen bloßzustellen.

### Rechtsextremistische Podcasts: Geht ins Ohr. Bleibt im Kopf.

Unter den Medienprodukten haben Podcasts in den vergangenen Jahren an Relevanz und Beliebtheit gewonnen. Für die Anbieter sind sie relativ leicht zu produzieren und die Nutzer können sie jederzeit und überall hören. Ein häufiges und erfolgreiches Format von Podcasts sind Interviews beziehungsweise Diskussionen mit wenigen Teilnehmern. Sie sind dabei stark durch die Charaktere der Teilnehmer geprägt. Viele Podcasts zeichnen sich durch einen lockeren Stil aus, durch den sich die Hörer persönlich angesprochen fühlen.



Der von Dortmunder Neonazis produzierte Podcast ‚Wie gesagt‘

Rechtsextremisten greifen den Trend seit Anfang der 2020er Jahre auf und veröffentlichen eine große Bandbreite von Podcasts. Manche richten sich vor allem an die rechtsextremistische Szene. Dazu zählt die von Dortmunder **Neonazis** produzierte Interviewreihe „Wie gesagt“. Diese wird sowohl als Video auf YouTube, als auch als Podcast auf Spotify verbreitet. Hier wird anderen Rechtsextremisten eine Bühne geboten, ihre Botschaften weiterzugeben. Dies dient zum einen dazu, die Hörer in ihren rechtsextremistischen Überzeugungen zu bestärken, zum anderen fördert es die Vernetzung, die aktiven Protagonisten und relevanten Themen szenenintern bekannt zu machen.

### Rechtsextremistische Influencer

Ein prägnantes Beispiel ist der unter dem Pseudonym „Shlomo Finkelstein“ agierende rechtsextremistische Influencer, der aus dem Rheinland stammt. Dieser hatte ohne vorherige Kontakte zur rechtsextremistischen Szene bereits 2015 begonnen, Videos zu produzieren und auf seinem YouTube-Kanal „Die vulgäre Analyse“ hochzuladen. Mittels Satire agitiert er darin gegen gesellschaftliche Minderheiten wie Muslime, Migranten und queere Menschen. Im Jahr 2019 kam der Podcast „Honigwabe“ hinzu, den er mit einem anderen neurechten Influencer produziert. Dort sprach er mit verschiedenen prominenten Rechtsextremisten wie Björn Höcke und Martin Sellner. Außerdem betrieb er bis 2022 eine eigene Webseite mit monatlich rund 100.000 Aufrufen und das Forum „Honigforum“. Seit den 2020er Jahren nutzt er weitere zahlreiche Online-Verbreitungswege, um Sperrungen und Löschungen zu umgehen: Telegram, BitChute, frei3, dlive, Odysee, GETTR.

In seinem „Honigforum“ war mit über 40.000 Beiträgen das Thema „Memes & Schwarzer Humor (18+)“ am beliebtesten. Die Beiträge bestanden oftmals aus Memes, in denen die typischen Feindbilder von Rechtsextremisten herabwürdigend dargestellt wurden. Oftmals wird dabei auf das Mittel der Ironie zurückgegriffen - der Versuch einer unterhaltsamen Darstellung von Menschenverachtung. Namen der Unterthemen waren unter anderem „Fuck lefties - all of them!“, „Flüchtlinge, Migranten und Islam“, „Rechte Memes“ und „LGBTQIAP+ Memes aka Degenerations-Memes“. Dieser Memefundus diente der Anhängerschaft, um in sozialen Medien, insbesondere X (damals Twitter), Meinungen und Emotionen zu beeinflussen - der sogenannte „Memetic warfare“. „Shlomo Finkelsteins“ Mobilisierungsfähigkeit seiner Anhän-

gerschaft zeigte sich im Jahr 2023. Damals war er einer der Mitinitiatoren der „Stolzmonat“-Kampagne (siehe Kapitel Entgrenzung), die dazu aufrief, vor allem auf X nationalistische und queerfeindliche Memes und Statements zu posten. Das war so erfolgreich, dass der Hashtag „#Stolzmonat“ im Juni 2023 zeitweise zu den meist genutzten Hashtags auf Twitter in Deutschland zählte. In einem Beitrag für das Magazin Krautzone forderte der Influencer dazu auf, die Kampagne auszuweiten und lobte diesbezüglich die *JA NRW*: „Als nächsten Schritt für die Kampagne, die natürlich auch auf Twitter weiter auf so hoher Flamme brennen muss, schlage ich vor, das Ganze auch in die echte Welt zu tragen. Bei der Jungen Alternative NRW gibt es bereits spezifische Stolz-Sticker zu kaufen, aber auch normale Deutschlandfahnen und -Sticker und aller denkbaren weiteren Krimskrams in Schwarz-Rot-Gold sollte eine ähnliche Dominanzwirkung erzielen.“

Im Jahr 2020 verurteilte das Amtsgericht Köln den zur Tatzeit in Köln lebenden rechtsextremistischen Influencer unter anderem wegen Volkverhetzung und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr. Da der Influencer gegen Bewährungsauflagen verstieß, widerrief das Gericht die Bewährung. Im August 2024 nahm die Polizei ihn fest und er musste seine Haftstrafe antreten. Daraufhin begann in der gesamten Neuen Rechten unter dem Hashtag #freeshlomo eine Kampagne, in der man sich mit ihm als vermeintlich politisch Verfolgtem solidarisierte und seine Freilassung forderte. In diesem Sinne äußerten sich Björn Höcke, Martin Sellner, die **IBD** und der Bundesverband der **JA**. Letzterer vertreibt in seinem Online-Laden nun Produkte, die mit dem Hashtag #freeshlomo versehen sind. Auch die *JA NRW* hat auf ihrem Instagram Account ein entsprechendes Logo platziert.



Solidaritätsaufruf von Martin Sellner für Shlomo Finkelstein

## KI: Ein Upgrade für die rechtsextremistische Propaganda

Die rechtsextremistische Szene hat das Potenzial und den Nutzen von KI umgehend erkannt. Zahlreiche rechtsextremistische Telegram-Kanäle nutzen bereits KI-basierte Bilderstellungstools, um ihre Propaganda mit Bildern visuell ansprechender zu gestalten und damit einen größeren Adressatenkreis zu erreichen. Es hilft, Inhalte zu erstellen, die auf die Zielgruppe zugeschnitten sind und emotionale Sprache und Bilder verwenden. So wird einerseits die Eigengruppe „Weiße Deutsche“ oftmals rassistisch überhöht und andererseits werden gegen als Feinde ausgemachte Gruppen Ängste und Ressentiments geschürt. Beliebt sind vor allem die KI-Bilder der rechtsextremistischen Bildproduzenten „Wilhelm Kachel“ und „Basierte Kunst“, die jeweils einen eigenen Stil entwickelt haben.

Die Zeitschrift **N.S. Heute** interviewte den „Macher“



Rechtsextremistische Gewaltverherrlichung mit KI

von „Basierte Kunst“ im Dezember 2024 zum Thema KI. Darin wirbt dieser für die Vorteile von KI. Neben der Arbeitserleichterung erhofft er sich auch, mit der Nutzung der KI diese mit rechtsextremistischen Positionen zu trainieren und damit im Sinne der eigenen politischen Agenda zu beeinflussen: „Wer KI für seine Arbeit nutzt, erleichtert sich das Leben. Außerdem lernt auch das KI-Programm dazu. Wenn also mehr Rechte die Programme nutzen, speichern sie auch unser Gedankengut und reproduzieren es weiter.“ Die Zielsetzung seines Projektes ist es, mit Bildern die Nutzer politisch zu überzeugen. „Ich will mich damit auch nicht auf ‚altrechts‘ und ‚neurechts‘ festlegen, es soll Brücken bauen und vielleicht auch mal metapolitisch Richtung Gesellschaftsmitte wirken und da die Menschen abholen.“

Darüber hinaus nutzen Rechtsextremisten KI, um bekannte rechtsextremistische Songs mit ent-

sprechenden Programmen neu zu vertonen. Diese werden dann in geschlossenen Gruppen verbreitet oder dazu verwendet, kurze Videos (TikToks, Shorts, Reels, etc.) mit dieser Musik zu unterlegen und damit die Attraktivität zu steigern.

Eine Weiterentwicklung der KI-Nutzung stellt das im Oktober 2024 erstellte Instagram-Profil „Lara: Die blonde Rebellin“ (@laras\_rebellion) dar. Dieses wirkt auf den ersten Blick unauffällig: Die 16-jährige Schülerin „Lara Labun“ besucht die 10. Klasse eines Gymnasiums und sucht scheinbar „ihren Platz in der bunten Republik“. In ihrem Vorstellungs-Reel blickt Lara sentimental auf die Vergangenheit und verkündet: „Früher war Deutschland ein Ort voller unbeschwerter Kindheitserinnerungen. Doch jetzt fühlt es sich an, als ob wir die letzte Generation Deutscher seien“. Hinter „Lara Labun“ steckt keine real existierende 16-jährige Gymnasiastin, sondern eine KI-generierte Kunstfigur des Verlags „Hydra Comics“, der von dem langjährigen bundesweit aktiven Rechtsextremisten Michael Sch. nach außen vertreten wird. Der rechtsextremistische Verein **Ein Prozent** hat das Projekt „Hydra Comics“ maßgeblich unterstützt. Dabei wird Lara als eine junge, emanzipierte und moderne Schülerin präsentiert, die in ihrer Aufmachung aktuelle Modetrends aufgreift und dabei bewusst harmlos wirkt - nebenbei aber rechts-extremistische Ideologie vermittelt. Hierfür nutzt der Verlag KI, um Bilder zu kreieren und Botschaften zu verbreiten. In einem Meme vom 4. November 2024 bekundet die angebliche Schülerin: „Natürlich bin ich Nationalistin!“. Im Verlauf des Jahres wurden auch zunehmend KI-generierte Videos eingesetzt, um beispielsweise fremdenfeindliche Aussagen zu verbreiten.



Das KI Role-Modell Lara Labun mit fremdenfeindlicher Aussage

Ergänzt wird das virtuelle „Storytelling“ durch einen erwerbbaaren Comic, in dem Lara gegen die demokratische Gesellschaft „rebelliert“ und für die scheinbar „wahren Werte“ einsteht.

Eine anspruchsvollere Form von KI-basierten Inhalten sind „Deepfakes“. Der Begriff ist eine Wortkombination aus „Deep Learning“ und „Fake“. Deepfakes sind Audio- oder Videoformate, in denen Bilder oder Videos geändert wurden, ohne dass dies offensichtlich ist und die täuschend echt wirken. Mit Deepfakes können Informationen gezielt manipuliert und damit Einfluss auf den öffentlichen Diskurs genommen werden. Beispielsweise hat im Bundestagswahlkampf 2025 die **IBD** am 18. Februar ein Video mit dem Titel „Terror in Deutschland - Altparteien drücken aufs Gas“ auf ihrem YouTube- und Telegram-Kanal veröffentlicht. In dem Video wird ein vermeintlicher Anschlag in Berlin nachgestellt. Ein **IBD**-Aktivist spielt dabei den Bundeskanzler Olaf Scholz, der auf einer Autofahrt zum Anschlagort mit einer Reihe von Anschuldigungen konfrontiert wird. Vor Ort wirkt der vorgebliche Bundeskanzler desinteressiert und lässt lediglich eine banale Beileidsbekundung schreiben. Besonders bemerkenswert an dem Video ist die Anwendung eines Deepfakes: Das Gesicht des Bundeskanzlers wird auf das Gesicht des **IBD**-Aktivisten projiziert (siehe Bild), so dass der Eindruck entsteht, Olaf Scholz würde so agieren. In diesem Fall ist als Urheber die **IBD** zu erkennen und deshalb einigermaßen nachvollziehbar, dass es sich um einen fiktiven Film handelt. Allerdings wird hier das Potenzial deutlich, mit Deepfakes missliebige Politiker oder Bevölkerungsgruppen in Verruf zu bringen.



Ein Deepfake der IBD zu Bundeskanzler Olaf Scholz

## Plattformwechsel - Rechtsextremisten als digitale Migranten

War bis Mitte der 2010er Jahre Facebook die wichtigste Plattform für Rechtsextremisten, wurde sie bis Ende der 2010er Jahre zunehmend von Instagram und Twitter abgelöst. Seit den 2020er Jahren spielen Telegram und TikTok die größte Rolle für die Szene. Darüber hinaus gibt es aber eine Reihe von kleineren sozialen Medien, auf denen Rechtsextremisten vertreten sind. Der Wechsel der Plattformen hängt zum einen mit der sich ständig verändernden Reichweite und den medialen Möglichkeiten der einzelnen sozialen Netzwerke ab. Zum anderen ist es für rechtsextremistische Akteure ein ständiges Problem, dass in den vergangenen Jahren auf mehreren wichtigen sozialen Medien (YouTube, Facebook, Instagram, Twitter) die Betreiber gegen Hate Speech vorgegangen sind und rechtsextremistische Profile und Accounts gelöscht oder gesperrt haben.

Die übliche Reaktion der Rechtsextremisten bestand darin, auf andere soziale Medien auszuweichen, die keine Inhalte regulieren. Obschon sie ihre Propaganda nun auf neuen Kanälen weiterverbreiten konnten, hatten sie zunächst ihre Follower bzw. Abonnenten verloren und mussten diese auf der neuen Plattform erneut gewinnen. Mittlerweile gibt es eine Reihe von Plattformen, die sich Nutzern anbieten, welche auf anderen Plattformen gesperrt wurden. Dazu zählen unter anderem Gettr, Parler und Gab. Allerdings verfügen diese alternativen Plattformen bislang nur über eine geringe Reichweite.

Neben der Strategie, auf andere Plattformen „auszuwandern“, setzt ein Teil der Aktivisten auf eine Diversifikation der Internetpräsenzen. Das bedeutet, sie sind auf mehreren Plattformen gleichzeitig vertreten. Beispielsweise werden längere Videos dann nicht nur auf YouTube, sondern auch auf Dailymotion, Vimeo oder BitChute veröffentlicht. Ein weiterer Ansatz ist, auf Plattformen „Reserveprofile“ zu schaffen. Falls das Hauptprofil gesperrt wird, wechseln die Akteure dann auf das zweite Profil.

Eine andere Strategie ist, gelöschte Inhalte geringfügig zu verändern, um sie dann erneut hochzuladen. Angesichts der Löschung von rechtsextremistischen Videos auf TikTok hat der rechtsextremistische Telegram-Kanal „TikTok-Guerilla“ im März 2024 eine Handlungsanleitung veröffentlicht, um das Löschen gezielt zu umgehen.



Der Telegram-Kanal der ‚TikTok Guerilla‘

- Videos (auch Rohmaterial) werden in eine Daten cloud hochgeladen, auf die Unterstützer uneingeschränkten Zugriff haben.
- Jeder „Anhänger“ ist aufgefordert, das (Video-) Rohmaterial individuell nach seinen Vorstellungen zu bearbeiten.
- Alle individuell erstellten Videos sollen über einen rudimentären Standard verfügen. Das bedeutet, dass beispielsweise alle Videos mit einer kontroversen Aussage starten oder mit dramatischer Musik unterlegt werden und animierte Untertitel haben.
- Individuell erstellte Videos werden von neuen Accounts auf diversen Social Media-Plattformen hochgeladen und verbreitet.

Aufgrund der individuellen Aufmachung der Videos mit verschiedenen Musiksamples kann der Algorithmus der sozialen Netzwerke die Videos nicht als Duplikate identifizieren und sperren. Mit dem dezentralen Verbreitungsansatz digitaler Inhalte wird eine mögliche Sperrung umgangen und die eigene Anhängerschaft in die Verbreitung der Propaganda aktiv eingebunden.

Nachdem Elon Musk Ende 2022 Twitter erworben hatte, ließ er zahlreiche problematische Accounts entsperren, unter anderem auch von Rechtsextremisten. Auch der Meta-Konzern, zu dem Facebook und Instagram gehören, hat Anfang 2025 signalisiert, dass Beschränkungen von Hate-Speech, wie er es versteht, in seinen sozialen Netzwerken zurückgenommen werden sollen.

### 3. Organisation 2.0

Wie auch die übrige Gesellschaft nutzen Rechtsextremisten die Möglichkeiten des Internets zur Organisation von Aktivitäten und internen Gruppenangelegenheiten. So gibt es WhatsApp-, Signal- oder Threema-Gruppen von Organisationsteams oder geschlossene Gruppen, in denen Termine von Szeneveranstaltungen gepostet werden. Gerade die nicht öffentlichen Kommunikationsmöglichkeiten sind für Rechtsextremisten bedeutsam. Denn um staatliche Interventionen oder zivilgesellschaftliche Proteste zu verhindern, werden Veranstaltungen oder Hinweise auf Gruppenstrukturen nicht öffentlich gemacht. Beispielsweise findet sich auf Flyern, mit denen rechtsextremistische Musikveranstaltungen angekündigt werden, oftmals der Hinweis, dass diese nicht öffentlich in den sozialen Medien gepostet werden sollen.

Ebenso hat die flächendeckende Verbreitung von Smartphones die Handlungsfähigkeit von Rechtsextremisten gestärkt. Seitdem können sie nicht nur jederzeit, sondern überall an der Internetkommunikation teilhaben. Das erweist sich beispielsweise bei der Durchführung von geheim organisierten rechtsextremistischen Veranstaltungen als hilfreich, bei denen die Teilnehmer erst kurz vor Beginn per Messenger-Nachricht die Trefförtlichkeit erfahren. Ferner lassen sich dadurch in Echtzeit die Teilnehmer einer rechtsextremistischen Demonstration in gewissem Maße steuern.



Der Telegram-Kanal der Gruppierung ‚Deutsche Jugend voran‘

Weiterhin spielen soziale Medien eine maßgebliche Rolle bei der Vernetzung und Mobilisierung der rechtsextremistischen Szene. So fanden im Laufe des Jahres 2024 verstärkt Vernetzungsaktivitäten rechtsextremistischer Gruppierungen im virtuellen Raum statt. Diese neonazistisch geprägten Gruppen haben martialisch klingende Namen, wie z. B. **Jung & Stark**, **Deutsche Jugend voran** oder **Der Störtrupp West**.

Bemerkenswert war, dass diese losen virtuellen rechtsextremistischen Gruppen sich in relativ kurzer Zeit überregional vernetzt und konkrete realweltliche Aktivitäten verabredet haben. Dabei ging es vor allem darum, Christopher Street Day (CSD)-Veranstaltungen zu stören. Dies betraf zum Beispiel am 3. August 2024 den CSD Essen, gegen den unter anderem die Gruppierung **Jung & Stark** im Vorfeld mobilisiert hatte. Als für den 18. Januar 2025 eine Person eine Versammlung gegen Linksextremismus in Aachen anmeldete und die Demonstrationsroute am „Autonomen Zentrum“ in Aachen vorbeiziehen sollte, mobilisierte die gleiche Szene in ihren virtuellen Gruppen zur Versammlung. Und obschon der Anmelder nicht zur Neonaziszene zählt, beteiligten sich 150 überwiegend junge **Neonazis** an der Versammlung.

### Rekrutierung - die digitalen Gravitationsfelder

Durch die sozialen Medien haben sich erste Kontakt- und Einstiegshemmnisse in die rechtsextremistische Szene verringert. Musste man früher proaktiv an Kameradschaftsabenden oder von Rechtsextremisten organisierten Demonstrationen teilnehmen, um überhaupt mit der Szene in Kontakt treten zu können, reicht heute eine kurze Nachricht auf Telegram, TikTok oder Instagram aus, um Rechtsextremisten „kennenzulernen“. Erst im zweiten Schritt erfolgt dann eine Kontaktaufnahme von Angesicht zu Angesicht.

Der rechtsextremistische Internet-Stratege Erik A. fasst in einem Beitrag auf X im August 2024 zusammen, wie er sich die rechtsextremistische Rekrutierung und Politisierung von Jugendlichen durch soziale Medien und reale Kontakte im Wechselspiel vorstellt:

„Ein 13-jähriger intelligenter Deutscher stößt auf TikTok auf rechte Influencer: Wandern, Kampfsport, Fitness, Identität, gegen Talahons und links.

Mit 15 schließt er sich mit Gleichgesinnten im echten Leben zusammen und gräbt online immer weiter. Der Algorithmus bringt ihn schrittweise in unser Gravitationsfeld.

Mit 18 liest er hier auf Twitter [gemeint ist X] mit und stößt auf die Kerninhalte: Blut und Wille, veranlagte Bestimmung, deutsche Weltanschauung, echtes Geschichtsbild. Alles oder nichts.

Mit diesem Mindset geht er dann an die Uni, in die Studentenverbindung, in die Ausbildung, den Beruf, die Ehe, den Krieg, das Leben.“

Dieser Ablauf ist nicht nur eine rechtsextremistische Wunschvorstellung, sondern beschreibt - wenn auch stark vereinfacht - gegenwärtige Politisierungsprozesse von Rechtsextremisten.

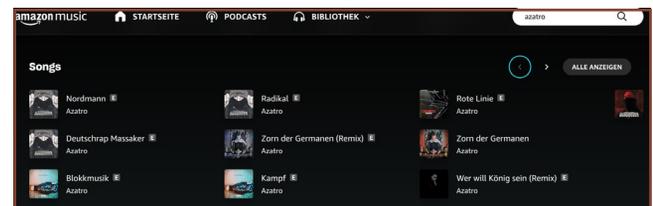
### Finanzierung: Von der Sammelbüchse zur Kryptowährung

Rechtsextremisten nutzen eine Vielzahl von Finanzierungsquellen. Das Internet hat es der rechtsextremistischen Szene enorm erleichtert, eigenes Merchandise zu verkaufen. So verfügen fast alle größeren und fest etablierten rechtsextremistischen Organisationen über einen Online-Shop, in dem sie ihr Merchandise verkaufen. Bundesweit zählen beispielsweise dazu die Partei **Die Heimat** und die Jugendorganisation *Junge Alternative*. In Nordrhein-Westfalen hat der Shop des rechtsextremistischen Kampfsportlabels **Kampf der Nibelungen (KDN)** seinen Sitz in einer Szeneimmobilie in Dortmund. Dort werden Kleidung und Aufkleber mit dem **KDN**-Logo verkauft.

Rechtsextremistische Influencer nutzen ihre Reichweite oftmals, um entweder Spenden zu sammeln oder um auf einen von ihnen betriebenen Onlineshop aufmerksam zu machen. So verweist Tim Kellner beispielsweise regelmäßig auf seinen Shop, in dem man z.B. T-Shirts, Tassen und von ihm verfasste Bücher erwerben kann. In der rechtsextremistischen Szene werden manche dieser Influencer dahingehend kritisiert, dass es diesen eigentlich nicht um Politik gehe, sondern um die Finanzierung des eigenen Unterhalts. Der szeneeinterne Begriff für solche Influencer ist deshalb eine Verballhornung des Begriffs Patrioten und lautet „Paypatrioten“.

Auch rechtsextremistische Musiker nutzen die Möglichkeiten des Internets zu ihrer Finanzierung. Nachdem sie ab den 2000er Jahren zunächst auf

Online-Shops gesetzt hatten, um den Vertrieb von CDs zu vereinfachen, setzen sie seit den vergangenen Jahren immer mehr auf Streaming-Angebote. Beispielsweise sind die Lieder des in Ostwestfalen lebenden rechtsextremistischen Rappers **Azatro** bei Spotify oder Amazon Music verfügbar.



Spotify-Kanal vom rechtsextremistischen ‚Musiker Azatro‘

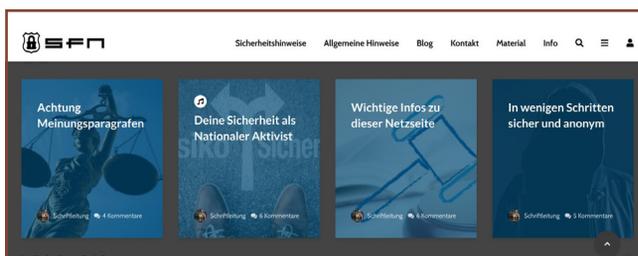
Zunehmend nutzen Rechtsextremisten auch digitale Finanztransaktionen. Nachdem der langjährige Dortmunder Rechtsextremist Siegfried Borchardt im Oktober 2021 starb, sammelte die Szene mittels PayPal Spenden für die Beerdigung. Innerhalb weniger Tage kamen damit über 10.000 Euro zusammen. Seit wenigen Jahren spielen auch Kryptowährungen wie Bitcoin oder Ethereum eine Rolle. Diese haben den Vorteil, schnelle und grenzenlose Finanztransaktionen zu ermöglichen, ohne persönliche Informationen preiszugeben. Durch geringe Einstiegshürden ist die gesellschaftliche Verbreitung von Kryptowährungen gestiegen und wird auch für die rechtsextremistische Szene selbstverständlicher. Beispielsweise rief die **Revolte Rheinland** (seit Dezember 2024 aufgelöst) in ihrem Telegram-Kanal im Juli 2024 zu Spenden auf, um solidarisch „mit unseren Aktivisten“ zu sein und „auch in Zukunft den Protest auf die Straße tragen zu können“. Neben der Angabe einer Kontoverbindung sowie eines PayPal-Kontos wurden auch Bitcoin- und Ethereum-Adressen angegeben, um darüber Spenden in Form von Kryptowährungen zu akquirieren.

### Rechtsextremistische Medienkompetenz

Weite Teile der rechtsextremistischen Szene legen großen Wert darauf, mit der Öffentlichkeit nur unter den eigenen Bedingungen zu kommunizieren: Rechtsextremistische Organisationen möchten beispielsweise die Strategie der Selbstverharmlosung nicht beschädigen. Andere beabsichtigen anonym zu bleiben, um nicht als Urheber von Straftaten ermittelt zu werden. Viele Rechtsextremisten wollen nicht, dass öffentlich bekannt wird, dass sie einer rechtsextremistischen Gruppierung angehören. Hinsichtlich der Digitalisierung hat dies im Rechtsextremismus

dazu geführt, dass die Szene sich intensiv mit digitaler Sicherheit im persönlichen Bereich beschäftigt.

Die rechtsextremistische Webseite **Sicherheitshinweise für Nationalisten** hat sich zum Ziel gesetzt, „den nationalen Selbstschutz im politischen Leben der nationalen Aktivisten zu verankern.“ Sie geht zurück auf einen 2008 gegründeten Arbeitskreis von Rechtsextremisten, die sich mit den Themenfeldern Recht und Computersicherheit beschäftigten. Diese Webseite versorgt die Szene fortlaufend mit aktuellen und detaillierten Informationen zu Fragen der Computersicherheit. Beispielsweise wurde dort im Februar 2025 ein Artikel zur Aktualisierung des Programms „VeraCrypt“, mit dem man Festplatten verschlüsseln kann, publiziert. Bereits zuvor stellte die Webseite einen umfangreichen Leitfaden zu dem Programm zur Verfügung. Ein anderer Artikel beschäftigt sich mit der Frage, wie man eine anonyme Webseite erstellt.



Rechtsextremistische Webseite ‚Sicherheitshinweise für Nationalisten‘

Darüber hinaus kümmern sich rechtsextremistische Organisationen auch um die Medienkompetenz ihrer Anhängerschaft. So veranstalten sowohl **Die Heimat Dortmund** in ihrer Szeneimmobilie als auch **Der III. Weg** im Parteibüro in Hilchenbach Schulungsveranstaltungen zur IT-Sicherheit. Einer der Referenten ist studierter Informatiker.

#### 4. Online-Radikalisierung

In manchen geschlossenen Gruppen in sozialen Medien findet eine weitgehend unkontrollierte Verbreitung von Hass, Gewalt oder Verschwörungserzählungen statt. Durch die permanente gegenseitige Bestätigung wirken diese virtuellen Räume wie Echo-kammern und festigen menschenverachtende Überzeugungen. Dies kann Radikalisierungsprozesse anstoßen oder gar intensivieren.

Aber es finden nicht nur Radikalisierungsprozesse durch die sozialen Medien statt, sondern ebenso für sie. Denn durch die Darstellung von besonders

radikalen Positionen oder Aktionen erhält man in den sozialen Medien mehr Aufmerksamkeit. Die Gefahr besteht, dass dies rechtsextremistische Überzeugungen und entsprechendes Handeln verstärkt. In einigen Fällen wurden rechtsextremistische Straftaten auch begangen, um Inhalte für soziale Medien zu produzieren. Beispielsweise fanden weltweit mehrere rechtsextremistische Anschläge statt, bei denen die Täter mit einem Handy die Tat filmten und live streamten. Dies waren unter anderem: Brenton Tarrant, der 2019 in Neuseeland 55 Menschen in zwei Moscheen ermordete. Stephan Balliet, der 2019 in Halle zwei Menschen ermordete und einen misslungenen Anschlag auf eine Synagoge verübte. Payton Gendron, der 2022 in den USA zehn dunkelhäutige Menschen in einem Supermarkt ermordete. Sie nahmen bei ihren Anschlägen in Kauf, von der Polizei getötet zu werden und wollten durch das Tatvideo mediales Interesse wecken und erhofften sich von der Szene posthumen Ruhm. Diesen erhalten sie auch - von der sogenannten „Terrorgram-Szene“.

#### Die Terrorgram-Szene

Seit den 2020er Jahren kommt es vermehrt zur Aufdeckung von Anschlagsplänen hoch radikalierter und überwiegend sehr junger männlicher Einzeltäter, die in der Regel keine Verbindungen zu klassischen rechtsextremistischen Organisationen haben, allerdings Bezüge in die sogenannte „Terrorgram-Szene“. Der Begriff „Terrorgram-Szene“ bezeichnet ein Netzwerk aus öffentlichen und privaten Chatgruppen auf der digitalen Nachrichtenplattform Telegram und diversen anderen sozialen Netzwerken, Imageboards, Messengern und Gaming-Plattformen. Im ideologischen Kern basiert Terrorgram auf dem militanten Akzelerationismus, einer Ideologie und Strategie mit dem Ziel, durch Gewalt Chaos und Bürgerkrieg auszulösen, um den Zusammenbruch der westlichen Gesellschaft zu beschleunigen, und insbesondere auf der Siege-Ideologie, welche sich ideologisch direkt aus dem Nationalsozialismus und Faschismus speist (siehe Kapitel Radikalisierung zu Bürgerkriegs- und Widerstandsrhetorik).

In den vergangenen Jahren haben sich weltweit mehrere Gruppierungen gebildet, welche die Siege-Ideologie verbreiten. Auch in Deutschland konnten Ableger wie die **Atomwaffen Division Deutschland** und die **Feuerkrieg Division Deutschland** identifiziert werden. Primäres Kommunikations- und Agitationsfeld dieser Gruppierungen ist oftmals der virtuelle Raum. Dennoch sind Anhänger der Siege-Ideologie teilweise bestrebt, Gewaltdelikte

durchzuführen, weshalb von ihnen ein erhöhtes Gefahrenpotenzial ausgeht.

Charakteristische Strukturelemente der Terrorgram-Szene sind eine stark ausgeprägte Transnationalität sowie die Tendenz zur Allianzenbildung mit Ablegern und sogenannten „Divisionen“, zum Beispiel der **Atomwaffen Division**. Das Netzwerk weist dabei keine zentrale Hierarchie auf. Die jeweiligen Gruppen stehen in einem eher losen Verhältnis zueinander und sind geeint durch die geteilte Ideologie. Dies schlägt sich auch in einer eigenen Bildersprache nieder. In dem an Graphic Novels angelehnten Stil werden nationalsozialistische Symbolik und Gewaltdarstellungen manchmal in schwarz-weiß-roten und manchmal in grellen, bunten Farben inszeniert - eine sehr spezielle Ästhetisierung von Menschenverachtung.

Es handelt sich um ein dynamisches, führerloses digitales Milieu. Übliche Themen innerhalb der Chatgruppen sind Antisemitismus, Rassismus, Frauenhass, Queer-Feindlichkeit, Terroranschläge, Amokläufe, Gewaltverherrlichung, Waffen, Waffenherstellung, Verherrlichung des Nationalsozialismus und der „Tag X“. Die Mitglieder sind überwiegend männliche Jugendliche und junge Erwachsene, teilweise auch Kinder unter 14 Jahren. Innerhalb dieser Szene spielt die Selbstdarstellung eine zentrale Rolle, etwa durch bestimmte ideologische Referenzen, Memes oder Stilmittel. Attentäter wie Anders Behring Breivik, Brenton Tarrant oder Stephan Balliet werden glorifiziert und als „Heilige“ (Saints) verehrt. Innerhalb der Terrorgram-Szene wird Gewalt verherrlicht und regelmäßig und mit Nachdruck zur Begehung schwerer Straftaten mit konkreten Anleitungen aufgerufen.

### Entstehung, Entwicklung und Verbreitung der Terrorgram-Szene in Deutschland

Die Entstehung der Terrorgram-Szene in der zweiten Hälfte der 2010er Jahre geht auf das Weiterführen älterer akzelerationistischer transnationaler Foren wie „IronMarch“ und „Fascist Forge“ zurück. Das Terrorgram-Netzwerk wächst seit Jahren stetig an und zählt mindestens 25-30 Kerngruppierungen, wobei es häufig zu Abspaltungen, Neugründungen und dynamischen Selbstzuordnungen neuer Kleinstgruppen kommt. Die Szene verbreitet sich auch in Deutschland zunehmend. Seit 2018 gibt es mindestens fünf Gruppierungen und mehrere zu Anschlägen bereite Einzelpersonen in Deutschland, die man der

Terrorgram-Szene zuordnen kann. Auch der rechts-extremistische Terroranschlag durch Stephan Balliet in Halle 2019 kann dem militanten Akzelerationismus zugerechnet werden. Gegen mindestens zehn Deutsche wird wegen Gründung oder Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung ermittelt. Zudem gibt es zahlreiche Ermittlungen wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat. Darüber hinaus wurden bisher mindestens drei Personen mit Bezügen zu Terrorgram rechtskräftig verurteilt.

In Nordrhein-Westfalen kam es beispielsweise im Mai 2022 zur Festnahme eines 16-jährigen Schülers in Essen und im August 2023 zu einer Durchsuchung bei einem 13-Jährigen. Beide planten einen Anschlag an ihrer Schule und zeigten deutliche Bezüge zur Terrorgram-Szene. Bei einem 18-Jährigen aus Krefeld, der Mitglied in rechtsextremistischen Chatgruppen war, gab es 2024 Hinweise, dass er Gewalttaten gegen Juden und Muslime begehen wollte, so dass die Polizei zur Gefahrenabwehr dessen Wohnung im November durchsuchte. Dabei fand sie rechtsextremistisches Propagandamaterial sowie verschiedene Waffen. Im Oktober 2024 fanden in Nordrhein-Westfalen polizeiliche Durchsuchungsmaßnahmen bei sieben Mitgliedern der Snapchat-Gruppe **Asgard Warriors** statt. Die Mitglieder waren im Alter von 15 bis 21 Jahren, zum Teil kannten sie sich auch realweltlich. In der Gruppe teilten sie rechtsextremistische Inhalte sowie Bilder und Videos von verbotenen Gegenständen und Waffen. Bei einem Beschuldigten konnten eine erhebliche Anzahl an Hieb- und Stichwaffen sowie drei Schreckschusswaffen sichergestellt werden. Die Strafverfahren gegen die Beschuldigten werden unter anderem wegen Volksverhetzung, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Verstößen gegen das Waffengesetz geführt.

### Gefahrenpotenzial der Terrorgram-Szene

Obwohl es sich bisher um eine vergleichsweise geringe Anzahl von Sachverhalten und eine eher kleine militante Szene handelt, stellt Terrorgram ein relevantes und wachsendes Gefahrenpotenzial dar. Die transnationalen, virtuellen und stark gewaltverherrlichenden digitalen Ursprungsstrukturen der Szene sind komplex und nur schwer erkennbar. Weiterhin ist die Identifizierung von Personen in sozialen Netzwerken wie Telegram sehr schwierig. Trotz möglicherweise erfolgreicher sicherheitsbehördlicher Zerschlagung realweltlicher Personenzusammenschlüsse sind die Onlinestrukturen in der

Regel weiter aktiv oder entstehen zeitnah neu. Der digitale Raum, der auch für Minderjährige sehr einfach zugänglich ist, dient als Radikalisierungsplattform, sodass es vermehrt zu Online-Radikalisierungen kommt. Daher ist weiterhin mit hochradikalisierten und oft minderjährigen Einzeltätern zu rechnen, die sich in Chatgruppen mit anderen Szeneangehörigen transnational vernetzen und über Anschlagsszenarien austauschen. Die äußerst gewaltverherrlichende Ideologie und Rhetorik der Szene ist zudem insbesondere für Personen ansprechend, die mehrfache biografische und teilweise psychische Problemlagen in sich vereinen und sich durch einen Anschlag den Status als „Heiliger“ versprechen.

Die Terrorgram-Szene produziert eigene, aufwändig erstellte Publikationen, in denen zu terroristischen Taten aufgerufen wird. Diese Veröffentlichungen geben Anleitungen und Motivation für zukünftige Anschläge. Ihre Etablierung erhöht damit die Gefahr für weitere akzelerationistische Terroranschläge. Ein weiterer relevanter Aspekt innerhalb der Szene ist die Weiterentwicklung von 3D-gedruckten Waffen, welche von der Szene aktiv verfolgt wird. Dateien, mit denen Waffen gedruckt werden können, werden in den Gruppen geteilt und als realistische Alternative gesehen. Zudem gibt es in der Terrorgram-Szene auch ideologische Querfronten. So sind ebenso Einflüsse aus anderen extremistischen Bestrebungen, wie z. B. zu der islamistischen Terrororganisation Islamischer Staat (IS) („White Jihad“) zu finden und Verbindungen zum Satanismus und anderen menschenverachtenden Szenen und Ideologien. Es handelt sich um eine komplexe Szene mit unterschiedlichen und sich stetig verändernden Ausprägungen, was die Identifizierung und Zuordnung von Chatgruppen und Szeneangehörigen erschwert. Terrorgram ist somit als komplexes rechtsextremistisches Phänomen zu verstehen, welches ein wachsendes Gefahrenpotential darstellt.

## 5. Prognosen

Die Bedeutung der Digitalisierung wird für den Rechtsextremismus weiter zunehmen, wie auch generell für die Gesellschaft.

Die digitalisierte Gesellschaft bietet Rechtsextremisten eine große Bandbreite an medialen Optionen, um Bürgerinnen und Bürger anzusprechen und rechtsextremistischen Positionen ein relativ großes Forum zu verschaffen. Die Hürden für Rechtsextremisten, Einfluss auf den öffentlichen Diskurs zu nehmen, sin-

ken deutlich. Insofern wird die rasant fortschreitende Digitalisierung die Entgrenzung des Rechtsextremismus weiter befeuern.

Die Nutzung von KI birgt für den Rechtsextremismus vielfältige Möglichkeiten. Insofern ist davon auszugehen, dass die Szene diese verstärkt aufgreifen wird. Allerdings steht die breite Nutzung von KI-Anwendungen derzeit erst am Anfang. Insofern ist derzeit kaum abzusehen, welche Lebensbereiche KI wie verändern wird und wie Rechtsextremisten mit diesen Veränderungen umgehen werden. Plausibel erscheint, dass Interesse an Chat-Bots besteht, um auf öffentliche Diskurse in den sozialen Medien einzuwirken. Ebenso ist davon auszugehen, dass mehr und bessere Deepfakes eingesetzt werden, um die Diskurse im eigenen Interesse zu emotionalisieren. Beispielsweise kann man Politikern falsche Aussagen in den Mund legen, um eine möglichst starke Ablehnung bis hin zu Hass gegen diese zu fördern. Ferner ist sehr wahrscheinlich, dass die Bildersprache und Multimedialität sich stark verändern wird.

Radikalisierungsprozesse im Internet werden durch Echokammereffekte weiter zunehmen. Insbesondere nach der Corona-Pandemie, die zu einem starken Anstieg der Nutzung von sozialen Medien geführt hat, sind vermehrt hochgradig radikalisierte Jugendliche in Erscheinung getreten. Obwohl Interventionen von Sicherheitsbehörden, Eltern, Jugendämtern, etc. mehrfach bei einzelnen Personen erfolgreich waren und strukturelle Maßnahmen, zum Beispiel das Abschalten von radikalisierten Foren und Accounts, zeitweise die rechtsextremistische Kommunikationsinfrastruktur stören, ist der Trend zur Internetradikalisierung ungebrochen. Es gibt einen ständigen Zuwachs an Nachwuchs und das Schließen des einen Forums führt zum Eröffnen eines neuen Forums. Dieses Problemfeld verschärft sich, da es unter anderem durch 3D-Drucker immer einfacher wird, (Schuss-)Waffen herzustellen und dies die Beschaffung für Rechtsextremisten erleichtert.

Die Digitalisierung wird den Strukturwandel der rechtsextremistischen Szene verstärken. Sie trägt dazu bei, die ideologische Heterogenität zu vergrößern. Statt eines geschlossenen rechtsextremistischen Weltbildes werden zunehmend einzelne Ideologie-Elemente aus verschiedenen Quellen im Internet individuell kombiniert. Gruppenbildungen werden mehr und mehr zuerst im Internet stattfinden und dann, wenn Gelegenheit und Motiv vorhanden sind, zu realweltlichen Aktivitäten führen. Klassische rechtsextremistische Gruppierungen werden bei diesen Politisierungsprozessen immer weniger eine

**Digitalisierung**

Rolle spielen.

Allerdings bietet die Digitalisierung der Gesellschaft ebenso neue Möglichkeiten zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus: Sie kann zu einer besseren Information der Bürgerinnen und Bürger beitragen. Sie bietet neue niedrighschwellige Gelegenheiten für demokratische Teilhabe. Sie kann rechtsextremistische Aktivitäten sichtbarer machen und eröffnet damit Chancen, diesen entgegenzutreten. Und sie kann Konflikte, Widersprüche und Abgründe der rechtsextremistischen Szene offenlegen und damit ihre Attraktivität und Überzeugungskraft deutlich verringern. Ob diese Möglichkeiten künftig hinreichend genutzt werden und zu einer Schwächung des Rechtsextremismus führen, ist derzeit offen.



## Erlebniswelt

### Kernbotschaften

Rechtsextremisten sprechen junge Zielgruppen mit einem breiten Spektrum jugendnaher Angebote an, darunter Kanäle und Profile in Social Media, Kampfsport und Musik. Die Gesamtheit dieser Formen kann als „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ bezeichnet werden. Sie trägt zur Anziehungskraft des Rechtsextremismus auf Jugendliche und junge Erwachsene erheblich bei.

Die Elemente der Erlebniswelt werden vielfach strategisch eingesetzt, um junge Menschen zu erreichen. Für solche Aktivitäten sind spezifische Strukturen entstanden: Gerade bei den Akteuren des Versandhandels oder bei Veranstaltern rechtsextremistischer Events mischen sich politische und kommerzielle Interessen. Jugendorganisationen rechtsextremistischer Parteien zielen auf die Nachwuchsgewinnung. Vor allem seit Mitte 2024 sind neue rechtsextremistische Gruppierungen zunächst online in Erscheinung getreten, an denen sich besonders junge Personen beteiligen, zum Beispiel **Jung und Stark (JS)** oder **Deutscher Störtrupp (DST)**.

In der Erlebniswelt verbinden sich menschenverachtende Inhalte mit Freizeit- und Gruppenangeboten, die häufig einen modernen Charakter haben. Dies gilt insbesondere für Online-Videos von rechtsextremistischen Musiklabels oder Influencern. Sie bieten einen niedrighwelligen Zugang zum Rechtsextremismus. Das Erscheinungsbild des Rechtsextremismus hat sich über einen längeren Zeitraum schrittweise und teilweise grundlegend verändert. Die Szene wirkt zunehmend cool, zeitgemäß und unangepasst, mitunter kreativ, engagiert, dynamisch oder intellektuell. Demokratiefeindliche Inhalte sind daher häufig kaum noch auf Anhieb erkennbar.

Im Bereich der Musikveranstaltungen liegen insbesondere die Zahlen der Lieder- und Balladenabende in den vergangenen Jahren auf hohem Niveau, schwanken jedoch teilweise beträchtlich. Szeneeigene Objekte spielen für Musikveranstaltungen eine wichtige Rolle: Dort gibt es für die Sicherheits- und Versammlungsbehörden nur wenige Möglichkeiten, die Veranstaltungen zu verhindern. Auch Gaming kann Rechtsextremisten die Tür zur Jugendkultur öffnen. Gaming-Welten sind vielgestaltig und – ebenso wie Kampfsport und Social Media – keineswegs generell rechtsextremistisch geprägt. Aber auf gängigen Gaming- und gamingnahen Plattformen kommen auch rechtsextremistische Inhalte, Gruppen und Kanäle vor.

### 1. Rechtsextremismus – eine „Erlebniswelt“?

Jugendliche und junge Erwachsene sind heute eine der wichtigsten Zielgruppen rechtsextremistischer Cliques, Organisationen oder Parteien. Der Einstiegsprozess beginnt häufig im Alter von 13 bis 15 Jahren. Der Reiz und die Anziehungskraft des Rechtsextremismus auf Jugendliche werden in der Regel nicht primär durch ein politisches Programm bestimmt. Vielmehr sind es Angebote, die mit Gruppengefühlen – dem Versprechen von „Kameradschaft“, sozialer Heimat und Zusammenhalt –, Action und spezifischer Anerkennung verbunden sind.

Rechtsextremisten sind sich dessen bewusst und sprechen junge Zielgruppen mit einem Mix aus Freizeitaktivitäten und jugendaffinen Medien an. Dazu zählen Rechtsrock-Konzerte, Liederabende, Partys, Kampfsport-Trainings und -Veranstaltungen, Demonstrationen mit Live-Musik, Sonnenwendfeiern, „Kameradschaftsabende“, informelle Treffs und Fußballturniere sowie ein breites Spektrum an Social-Media-Profilen mit Musik, Videos und anderen multimedialen Elementen.

Die Kombination von Angeboten, die auf die jugendliche Zielgruppe zugeschnitten sind, mit politischen Inhalten, die um einen fremdenfeindlichen Kern, häufig auch um die Verherrlichung, zumindest die Verharmlosung des Nationalsozialismus kreisen, ist zu einem Kennzeichen des heutigen Rechtsextremismus geworden. Sie kann als „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ bezeichnet werden. Für die Verbreitungschancen dieser Szene und ihr Mobilisierungspotenzial spielt die Erlebniswelt eine entscheidende Rolle. Der Containerbegriff und das analytische Konzept „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ richten den Fokus auf Motivationen der Hinwendung zum Rechtsextremismus.

Sie fragen nach dem subjektiven Mehrwert der Beteiligung, der die Person bindet und der möglichen Abkehr nach einer ersten Phase der Berührung mit dieser Szene, ihrem Denken und ihrer Praxis entgegensteht. Insofern kann die Perspektive auf Rechtsextremismus als Erlebniswelt wichtige Impulse für die Analyse der Radikalisierung und die Prävention des Rechtsextremismus geben.

Fußball und Musik wurden lange Zeit als tragende Säulen dieser Erlebniswelt verstanden. Heute ist das Bild breiter geworden, zu weiteren wichtigen Teilbereichen haben sich unter anderem Kampfsport und Social Media entwickelt. Vielfach sind dieselben

Personen auf unterschiedlichen Feldern aktiv oder haben ihre Schwerpunkte von der einen zur anderen Säule verlagert. Exemplarisch werden im Folgenden Symbolik, Musik und Gaming genauer beleuchtet.

## Typen und Dimensionen der Erlebniswelt

Es lohnt sich, zwischen zwei Typen und drei Dimensionen einer Erlebniswelt Rechtsextremismus zu unterscheiden. Zu ihr zählen Gemeinschaftsaktivitäten in der Realwelt und jugendaffine Medien wie Profile in Online-Communitys und anderen Social-Media-Angeboten – also Erlebniswelten auf der Basis unmittelbarer persönlicher Beziehungen und mediale Erlebniswelten. Darüber hinaus können die Reize der rechtsextremistischen Erlebniswelt zu drei Dimensionen gebündelt werden – sie setzt sich aus Sinnwelten, Erfahrungswelten und Emotionswelten zusammen.

Jugendszenen sind stets auch Sinnwelten. Den Soziologen Ronald Hitzler und Arne Niederbacher zufolge beeinflussen sie die Entwicklung von „Werthaltungen, (Entscheidungs-)Kompetenzen, Verhaltensweisen, Deutungsmustern“ und haben in dieser Hinsicht anderen Sozialisationsinstanzen wie den Kirchen oder politischen Jugendverbänden den Rang abgelaufen. Das Verbindende in Jugendszenen ist häufig nicht politisch, oft ist es ein bestimmter Musikstil oder eine Sportart. Dennoch können auch politische Ideen und Selbstverständnisse der Kern sein, um den die Szene kreist – für den Rechtsextremismus gilt das besonders. Sinngehalte in der Erlebniswelt Rechtsextremismus leiten sich aus rechtsextremistischen Ideologien ab. Sie verkürzen und verzerren komplexe Zusammenhänge und bieten Klarheit und Orientierung durch Freund-Feind-Schemata und Verschwörungsmythen an.

Zu den ideologisch definierten Feindbildern, gegen die nicht zuletzt in rechtsextremistischen Liedern zum Hass angestachelt wird, zählen Menschen mit nicht-weißer Hautfarbe sowie tatsächlich oder vermeintlich nicht-deutscher Herkunft. Antisemitismus ist insbesondere in neonazistischen Kreisen weiter stark verbreitet. Als Feindbilder werden auch geflüchtete Menschen, Musliminnen und Muslime, Roma und Romnja, queere Menschen sowie der demokratische Verfassungsstaat und seine Vertreter („das System“) markiert.

Ähnlich wichtig wie die Feindbilder sind Identitäts- und Zugehörigkeitsangebote. Sie geben Botschaften, die Bedeutung und Wert vermitteln. In der Regel sind

es Angebote, sich zu einem machtvollen Kollektiv und seinen „Helden“ zu bekennen. Das Kollektiv kann im rechtsextremistischen Kontext „Rasse“, „Volk“ oder „Nation“ heißen.

Entsprechende Sinnangebote sind in der Erlebniswelt Rechtsextremismus oft mit Posen des „Widerstands“ und der „Rebellion“ verkoppelt. Sie richten sich gegen ein diffuses Establishment, dem Missstände pauschal zugeschrieben werden. Gleichzeitig entsteht das Selbstverständnis der eigenen Gruppe als Elite, die „die da oben“ und ihre Pläne durchschaut sowie mutig und konsequent dagegen vorgeht. Die Widerstandspose trägt dazu bei, rechtsextremistische Inhalte noch stärker emotional aufzuladen, zu Aktionen – auch zur Gewalt – zu motivieren und die eigene Gruppe als Kampfgemeinschaft zusammenzuschweißen.

Dies wird fortgeführt zu Bildern eines kommenden Tags X, an dem „das System“ im Kampf überwunden wird. Entsprechend können Widerstandsposen mit Bürgerkriegsvorstellungen verbunden sein. Mitunter werden sie durch einen Verweis auf Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes gestützt und vermeintlich legitimiert. Demnach hat jeder Deutsche das Recht zum Widerstand gegen jeden, der es unternimmt, die verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist. Dies konstituiert einen extremen Ausnahmefall zum Schutz des demokratischen Verfassungsstaates. Es ist insofern verfassungsrechtlich abwegig, wenn manche Rechtsextremisten den Umsturz der bestehenden, demokratischen Verhältnisse zu einem legitimen Kampf stilisieren, um die staatliche Ordnung zu bewahren.

Im Mittelpunkt der Erfahrungswelten der rechtsextremistischen Szene stehen Macht- und Dominanzserfahrungen. Die Zugehörigkeit zu einer starken Gruppe verleiht Sicherheit, Überlegenheit und Selbstwirksamkeit. Im Rückblick sprechen Aussteiger häufig von „Respekt“, den sie plötzlich erfahren hätten. Sehr deutlich wird das Macht- und Dominanz-Motiv beispielsweise in den Erinnerungen des früheren Rechtsextremisten Manuel Bauer. Das damalige Skinhead-Outfit ist für ihn Symbol und Mittel einer mentalen Verwandlung: Das Outfit „erhöhte unseren Stellenwert und machte uns zu dem, was wir sein wollten: zu einer Horde junger Männer, vor denen man sich in Acht nehmen sollte. [...] Wenn wir irgendwo zusammen auftauchten – im Bahnhofslokal oder an der Imbissbude –, verstummten die Gespräche der anwesenden Gäste. Es wurde still, nur, weil eine Gruppe Jugendlicher den

Raum betrat. Von den 17- bis 18-Jährigen abgesehen, waren die meisten von uns im Grunde noch Kinder. Man kann sich kaum vorstellen, wie dieses Gefühl auf unsere naiven Seelen wirkte.“

Mediale Erfahrungswelten sind vor allem die Angebote in Social Media. User, die beispielsweise aggressive Beiträge zum Thema Flucht und Asyl posten, machen mit einiger Wahrscheinlichkeit Selbstwirksamkeitserfahrungen: Sie erleben Bestätigung und Ansporn (virtuellen Applaus) in Form von Likes oder zustimmenden, häufig den Diskurs weiter verschärfenden Kommentaren. Das gilt für rechtsextremistische Profile und Foren ganz besonders, vor allem solche auf kaum bis gar nicht regulierten sogenannten „alternativen Plattformen“ wie Telegram. So entstehen Communitys, in denen Gegenpositionen nicht mehr zu erwarten sind bzw. nicht mehr wahrgenommen werden. Der eigenen Erfahrung nach sind rechtsextremistische Positionen „normal“.

Mit den Erfahrungswelten sind emotionale Welten eng verbunden. Zentral ist das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer festen Gruppe. Zugehörigkeit schafft Anerkennung, die Gruppe und der Kampf für eine gemeinsame Sache und gegen gemeinsame Feinde verleihen Bedeutung. Sich im Rechtsextremismus zum ersten Mal vorbehaltlos angenommen zu fühlen ist ein häufig von Aussteigern beschriebenes Gefühl. Zur Emotionswelt tragen auch rechtsextremistische Medien bei, wie Musik und Internetangebote der Szene. Sie schüren häufig Aggressionen, liefern Bilder vom Feind und scheinbare Legitimationen für die Abwertung. In der Realwelt zählen rechtsextremistische Musikveranstaltungen zu den emotionsintensivsten Ereignissen dieser Szene. Dies gilt umso mehr für solche, die konspirativ an geheim gehaltenem Ort stattfinden.

Rechtsextremismus stellt solche Sinn-, Erfahrungs- und Emotionswelten in Aussicht, hält die Versprechen aber in der Regel nicht ein. Widersprüche zwischen Anspruch und Praxis sind häufig die ersten Auslöser, soweit es zu einer inneren Distanzierung von der Szene kommt. Ob aus diesen ersten Zweifeln dann ein Ausstieg wird, bleibt ungewiss. Der Trennung von der Szene steht meist Angst entgegen, die Angst vor Übergriffen gegen „Abtrünnige“ und „Verräter“ und vor dem Verlust einer Erlebniswelt, die das eigene Leben bis dahin mehr oder minder vollständig geprägt hat.

## Erlebniswelt als Strategie

Zu den frühen Schlüsselfiguren einer Erlebniswelt Rechtsextremismus zählte der englische Neonazi-Aktivist und Skinhead-Musiker Ian Stuart Donaldson. Die Skinhead-Jugendkultur war in den späten 1960er Jahren in London entstanden. Sie verstand sich seinerzeit – und teilweise bis heute – als unpolitisch, in bestimmten Teilbereichen auch als links oder anti-rassistisch. Donaldson trug in den 1980er Jahren wesentlich dazu bei, neonazistische Denk-, Sprach- und Handlungsmuster auf dem ihm nahestehenden Flügel der Skin-Kultur zu verankern. Erklärtermaßen diente ihm Musik als Vehikel: Musik berühre die jungen Leute, die von den Politikern nicht erreicht würden, schrieb Donaldson: „Viele finden die Politik, parteipolitisch gesehen, langweilig, was teilweise stimmt. Es ist doch viel angenehmer, mit anderen ein Konzert zu besuchen und Spaß zu haben als in eine politische Versammlung zu gehen.“ Donaldson gilt als Begründer der internationalen Organisation **Blood & Honour**, die in Deutschland seit September 2000 verboten ist.

In diese strategische Linie reihen sich aktuelle Äußerungen und Angebote rechtsextremistischer Aktivisten ein: So warb der bundesweit aktive Neonazi Patrick Sch. im Mai/Juni 2024 in der in Nordrhein-Westfalen erscheinenden Zeitschrift **N.S. Heute** für die Gründung sogenannter **Active Clubs**. Gemeint sind lose strukturierte Gruppierungen, die junge Menschen in erster Linie über Erlebnisangebote ansprechen und den rechtsextremistischen Hintergrund in der Außendarstellung kaschieren. Ein Kernelement des Angebots ist Kampfsport. „Der Sport- und Fitnessaspekt sowie die gemeinsame Freizeitgestaltung, wie etwa beim Stadionbesuch oder Wandern“, so schreibt Sch., eigneten sich „besonders gut, um Leute in unsere Kreise zu bekommen. Politik kann hier erstmal eine völlig untergeordnete Rolle spielen diese kommt mit persönlichem Kontakt so oder so langsam beim ‚Empfänger‘ an. Die ‚Türöffner‘ beim Active Club sind daher die oben genannten Aspekte.“

An anderer Stelle fasst er – ganz im Sinne Donaldsons – zusammen und beschreibt Selbstbilder, die rechtsextremistische Gruppen erzeugen sollten: „‚Rechts‘ sein muss Spaß machen: Ausflüge, Paintball, Konzerte etc. – es muss beileibe nicht nur Hardcore-Aktivismus sein. In den Werbevideos darf man auch mal nur abhängen, auch mal lachende Gesichter zeigen, auch dort nicht nur Aktivismus und Ähnliches, Ihr müsst Euch immer merken: Der Feind hasst es, wenn er sieht, dass wir Spaß und eine gute

Zeit haben! Potentielle Zuschauer müssen dagegen merken, dass das echt eine coole Sache ist, bei uns am Start zu sein.“



Die rechtsextremistische Zeitschrift N.S. Heute mit der Titelgeschichte zu ‚Active Clubs

Als rechtsextremistische Propagandamittel dienten lange Zeit auch kostenlose Musik-CDs, die in großen Stückzahlen produziert und an Jugendliche verteilt werden sollten. Den Anstoß gab das „Projekt Schulhof“ im Jahr 2004. Das Ziel war, „noch nicht gefestigte Schüler“ zu erreichen, hieß es damals in einem Aufruf, mit dem die Verantwortlichen in der Szene um Unterstützung warben. Die Partei **Die Rechte** verteilte Anfang 2016 die Gratis-CD „Eine Jugend rebelliert“ – benannt nach dem Lied der ursprünglich aus NRW stammenden rechtsextremistischen Band **Sleipnir**. Sie enthielt einen Dateienmix aus rund 30 Musikstücken, Aufklebern, Flyern, Plakaten und Videos.

Die Produktion der Erlebniswelt erfolgt durch Einzelpersonen, lose Gruppen, Organisationen oder Parteien. Sie verfolgt teils politische, teils geschäftliche Interessen, die oft untrennbar zusammenhängen. Für Aktivitäten der Erlebniswelt sind vor allem in rechtsextremistischen Parteien spezifische Strukturen entstanden: Innerhalb der **Die Heimat** (vormals: **NPD**) wurden Aktivitäten mit Blick auf Jugendliche zeitweise aus einer „Interessengemeinschaft Fahrten und Lager“ heraus organisiert. Im Umfeld der Partei ist im Frühjahr 2024 auch ein Arbeitskreis entstanden, der sich **Heimat.Kultur**.

**Werk** nennt. Aus diesem wurde angekündigt, künftig unter anderem Musik und Musikvideos der rechtsextremistischen Szene stärker zu fördern.

Die neonazistische Kleinpartei **Der III. Weg** baut ihre Jugendarbeit zurzeit bundesweit weiter aus. Dies geschieht vor allem über die Jugendorganisation **Nationalrevolutionäre Jugend (NRJ)**, die aus der sogenannten **AG Jugend** der Partei erwachsen ist. Diese soll Jugendliche an die Partei und deren Ideologie heranziehen und darüber hinaus auch künftige Kader heranziehen. Hierzu dienen unter anderem Wanderungen oder Kampfsporttrainings. Insbesondere TikTok wird zunehmend für die Verbreitung von Propagandaclips der **NRJ** und von **Der III. Weg** genutzt. In Nordrhein-Westfalen organisiert **Der III. Weg** seit mehreren Jahren zum Beispiel den „Hochsauerlandmarsch“. Dabei geht es nicht nur um sportliche Betätigung, sondern um das ideologisch geprägte Gemeinschaftserlebnis durch die Stärkung der eigenen Wehrhaftigkeit unter dem Motto „Sturm der Berge“. Rund 40 Rechtsextremisten absolvierten 2023 die Strecke im Stile einer militärischen Durchschlageübung. Mit dem Marsch versuchte die Partei ihr elitäres Selbstverständnis zu unterstreichen, dass gewisse körperliche Anforderungen gemäß der Maxime „Stärke durch Disziplin“ erfüllt werden müssten. Im Dezember 2024 fand eine Neuauflage des Marsches statt.



Die Jugendorganisation der Partei Der III. Weg.

Vermeehrt sind seit Mitte 2024 zudem neue rechtsextremistische Gruppierungen in Erscheinung getreten, an denen sich besonders junge Personen beteiligen. Gruppierungen, wie **Jung und Stark (JS)**, **Deutsche Jugend voran (DJV)** oder **Deutscher Störtrupp (DST)**, formieren sich über Social Media, sie sind aber auch in der Realwelt aktiv. Sie verbinden moderne Kommunikations- und Vernetzungsformen, Aktionismus und Aggression gegen bestimmte Feindbilder. Angefeindet werden insbesondere geflüchtete und queere Menschen. Insofern tragen diese Gruppierungen zur Festigung und Ausweitung der Erlebniswelt bei.

## 2. Modernisierung der Symbolik und Ästhetik

Die demokratiefeindlichen Inhalte rechtsextremistischer Parteien, Organisationen und Cliques haben sich in den zurückliegenden Jahren nicht grundlegend verändert, viel deutlicher gewandelt hat sich der Appeal. Dies sind Imagebotschaften, die den äußeren Eindruck prägen: Die Szene wirkt zunehmend cool, zeitgemäß und unangepasst, mitunter kreativ, engagiert, dynamisch oder intellektuell. Ästhetik, Symbolik und Bildsprache lassen nur noch selten unmittelbar auf den Nationalsozialismus schließen. Dies gilt umso mehr, seit Rechtsextremisten die Stilelemente der unterschiedlichsten zeitgenössischen Jugendkulturen adaptieren. Nicht zuletzt durch solche Modernisierungsprozesse im Stil weiten sich Zielgruppen aus – insbesondere Frauen und Mädchen sowie formal höher gebildete Personen, die in der Vergangenheit nur begrenzt erreicht wurden, werden heute durch Teile des Rechtsextremismus passgenauer angesprochen.

Impulsgeber für die stilistische Modernisierung rechtsextremistischer Erlebniswelten waren sogenannte **Autonome Nationalisten** seit Mitte der 2000er Jahre, eine Strömung innerhalb der **Neonaziszene**, die sich in Stil und Aktionsformen insbesondere an der linksextremistischen „Autonomen“-Szene orientierten. Diese Selbstbezeichnung kommt im Rechtsextremismus kaum noch vor, die Strömung hat aber ästhetische Veränderungen eingeleitet, die bis heute Wirkung zeigen. **Neonazi** aus Nordrhein-Westfalen, insbesondere aus dem Ruhrgebiet, gehörten bundesweit zu den ersten, die das neue Erscheinungsbild mitprägten. Aus der Binnenperspektive des Rechtsextremismus wurden in diesem Zuge neue Potenziale freigesetzt, um junge Menschen zu gewinnen. In seiner 2023 erschienenen Autobiografie („Ich war der Hitler von Köln“) umreißt der frühere nordrhein-westfälische **Neonazi** und heutige Aussteiger aus dem Rechtsextremismus Axel Reitz die Veränderungsschübe. Aus Sicht der Akteure sorgten sie für „frischen Wind“ und „entstaubten“ die Szene. Rechtsextremistische Inhalte näherten sich einer modernen Bildsprache an: „Man sah einen vermummten Bart Simpson, der ‚Fuck Antifa‘ an eine Mauer sprayte. Und auch das Auftreten der Aktivisten war völlig anders. Sie kamen nicht mehr mit Glatze und Springerstiefel daher, sondern sahen vollkommen normal aus. Auf den ersten Blick konnte man nicht erkennen, ob es sich [...] um Neonazis oder normale linke Jugendliche handelte.“

Die Formen rechtsextremistischer, insbesondere neonazistischer Symbolik sind inzwischen vielfältig: Symbole nationalsozialistischer Organisationen wie Hakenkreuz, Sig-Rune und Hitler-Gruß oder die Gau-Abzeichen der NSDAP haben an Bedeutung verloren, kommen aber noch vor. Diese Symbole dürfen nach deutschem Recht nicht öffentlich verwendet werden. Mitunter übernehmen rechtsextremistische Gruppen daher Elemente der NS-Symbolik in verfremdeter Form oder solche, die weniger bekannt und nicht strafbar sind. Strafbarkeit umgehen Rechtsextremisten auch mithilfe von Codes und Chiffren wie 88 für „Heil Hitler“, 444 für „Deutschland den Deutschen“ oder 28 für die in Deutschland verbotene Neonazi-Organisation **Blood & Honour** (insofern auch für den Leitspruch der Hitlerjugend „Blut und Ehre“). Verbreitet sind darüber hinaus Elemente der nordischen Mythologie: Geradezu wahllos tauchen symbolische Verweise auf Germanen, Wikinger, Kelten und entsprechende Mythologien im Rechtsextremismus auf. Diese Gruppen werden – im Duktus dieser Szene – als Urahnen der „weißen Rasse“ konstruiert. Typisch ist eine Farb- und Flaggen-Symbolik wie die Farbkombination Schwarz – Weiß – Rot, die auf das „Reich“ verweist.

Verbindliche Dresscodes existieren heute allenfalls noch in einzelnen Gruppen, gleichwohl können auch Kleidungsmarken Zugehörigkeit signalisieren. Dies gilt für Labels aus rechtsextremistischen Strukturen wie Consdaple, Ansgar Aryan, Black Legion, Phalanx Europa oder Will2Rise, aber auch für Marken, die im Rechtsextremismus beliebt sind, wie Thor Steinar. Außerdem schafft das Merchandising rechtsextremistischer Bands und Events Möglichkeiten, sich über entsprechende Logos mit der Szene zu identifizieren. Besonders gilt dies für Kultbands wie **Skrewdriver** oder **Landser** bzw. **Lunikoff**.



Rechtsextremistisches Merchandise

Es gilt auch für das Logo der neonazistischen Kampfsportveranstaltung **Kampf der Nibelungen**, das dem Lindenblatt aus dem Nibelungenlied nachempfunden ist. Die früher stilprägende, vermeintlich dem Nationalsozialismus entsprechende Frakturschrift ist heute in den Hintergrund getreten, das Bild prägen moderne Designschriften und Graffiti-Styles. Zu den Bindegliedern zwischen Alt und Neu zählt das zwölfspeichige Sonnenrad („Schwarze Sonne“), das mehr oder minder originalgetreu der Wewelsburg bei Paderborn entliehen ist, die als eine zentrale Versammlungsstätte für höhere SS-Führer geplant war.

Gruppierungen der Neuen Rechten wie die **Identitäre Bewegung** setzen auf ein Erscheinungsbild, das die traditionellen Elemente rechtsextremistischer Optik fast vollständig meidet, insbesondere die auf den Nationalsozialismus verweisende Symbolik und antichristliche Posen. Gewünscht ist eine sprachliche und symbolisch-ästhetische Außenwirkung als unkonventionelle, moderne, legitime, demokratisch-rechte Kraft. Das Bekenntnis zur „christlich-abendländischen Kultur“ wird gegen den Islam als Hauptfeindbild in Stellung gebracht. Typisch sind optische Zitate aus moderner Popkultur, vor allem das Lambda-Symbol, das dem Kinofilm „300“ entliehen ist. Folgeorganisationen der **Identitären Bewegung** haben inzwischen auch ihre Stilistik neu aufgestellt und ausdifferenziert.

### 3. Musik

Die Frage, welche Funktion Musik im Radikalisierungsprozess erfüllt, ist oft mit der Metapher der Einstiegsdroge beantwortet worden. Diese wird inzwischen zu Recht infrage gestellt. Musik spielt im Zuge der Annäherung an die rechtsextremistische Szene und der weiteren Einbindung eine wichtige Rolle – sie ist jedoch nicht das einzig ausschlaggebende Motiv.

Rechtsextremistische Musik ist Message-Musik, das Prägende ist nicht die Musik selbst, sondern ihr Text. Politische Inhalte vermittelt sie, dem Erziehungswissenschaftler Kurt Möller und Politikwissenschaftler Nils Schuhmacher zufolge, aber nicht unmittelbar, sondern vor allem dadurch, dass sie einen jugendkulturellen Zusammenhang mitproduziert, in dem diese Inhalte allgegenwärtig sind: eine Erlebniswelt Rechtsextremismus. Konzertbesuche schaffen zusätzliche „Andockstellen“, das heißt Gelegenheiten zur Vernetzung innerhalb der Szene. In dem Maße, in dem die Anbindung fester wird, wächst die

Bedeutung des Inhalts, Musik wird „auch zu einem Medium der Gegeninformation“. Musik stabilisiert die Szene, indem sie Gruppenidentität festigt, Bands und Sänger bieten sich als Identifikationsfiguren an.

Die Musikveranstaltungen unterscheiden sich in ihrer Form, Größe und ihrem Charakter teils enorm. Das Spektrum reicht von geheimen, nur ausgewählten Personen bekannten, kleineren Konzerten oder Liederabenden bis hin zu großen mehrtägigen Festivals. Letztere sind allerdings nach wiederholten Verbotsverfügungen durch die zuständigen Behörden seit 2019 nicht mehr veranstaltet worden. Zu unterscheiden ist zudem die Form der Veranstaltung, die zwischen Konzert, Lieder- und Balladenabend und Musikdarbietung auf einer sonstigen Veranstaltung variiert. Konzerte sind im allgemeinen größer und werden meist von einer vollständigen Band absolviert, dagegen finden Lieder- und Balladenabende vor einem kleineren Publikum mit nur wenigen Musikerinnen und Musikern statt. Hier werden häufig eher ruhigere Stücke mit akustischen Musikinstrumenten gespielt; durch die geringe Größe der Veranstaltung entsteht hier ein besonderes Näheverhältnis zwischen Publikum und der Liedermacherin bzw. dem Liedermacher.

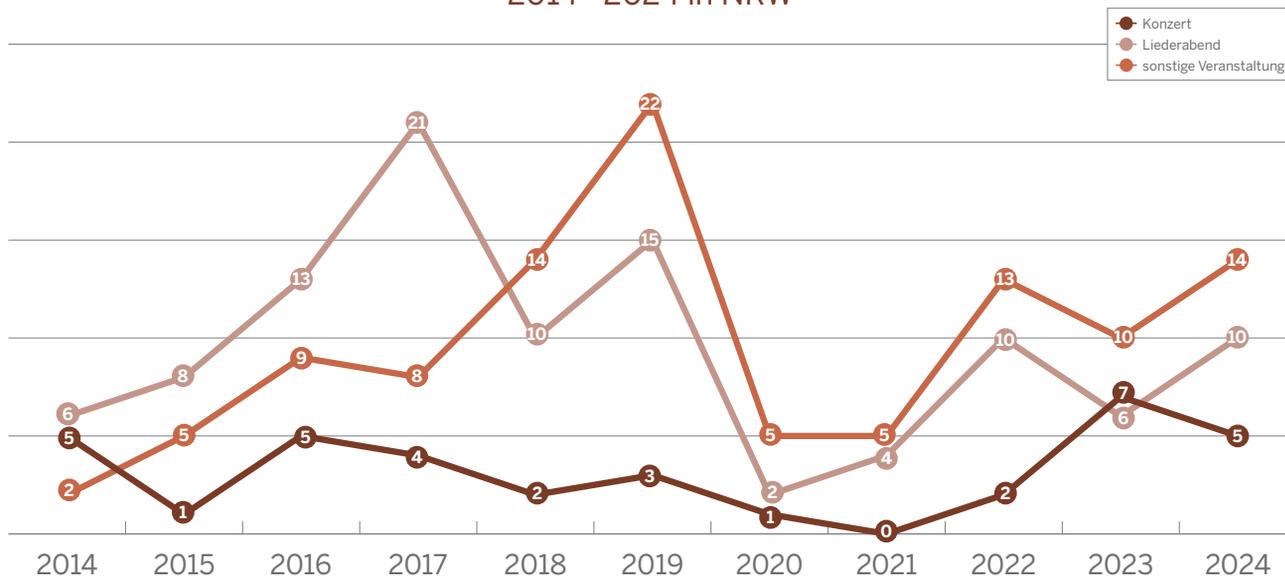
Die Entwicklung zeigt, dass diese Aktivitäten zunehmen. Im Jahr 2014 fanden in Deutschland 161 Musikveranstaltungen statt, im Jahr 2023 waren es 322.

### Zahlen und Beispiele

In Nordrhein-Westfalen gab es im Jahr 2014 dreizehn Musikveranstaltungen, im Jahre 2024 wurden 28 Veranstaltungen bekannt. Die Zahlen der Lieder- und Balladenabende waren über die Jahre gesehen auf hohem Niveau, schwanken jedoch teilweise beträchtlich. Die Anzahl der Konzerte hingegen blieb im unteren einstelligen Bereich eher konstant. Der Einbruch ab 2020 ist durch die Maßnahmen aufgrund der weltweiten Covid-19-Pandemie zu erklären, während der bundesweit öffentliche und private Veranstaltungen ab einem gewissen Umfang verboten waren. Nach Lockerung und schließlich Aufhebung der Maßnahmen normalisierte sich langsam auch das Veranstaltungsaufkommen der rechtsextremistischen Szene. Das hohe Niveau von kurz vor der Pandemie von 40 Veranstaltungen allein in NRW ist bisher nicht wieder erreicht worden.

## Rechtsextremistische Musikveranstaltungen

2014 - 2024 in NRW



In der Statistik ist zudem erkennbar, dass die Auftritte in der Kategorie „Sonstige Veranstaltung mit Musikdarbietungen“ einen hohen Anteil an den Musikveranstaltungen ausmachen. Bei der Kategorie „Sonstige Veranstaltung mit Musikdarbietungen“ handelt es sich um Veranstaltungen von Rechtsextremisten, bei denen die Musikdarbietung nicht der ausschließliche Veranstaltungszweck ist, vor allem Parteiveranstaltungen, Vortragsveranstaltungen sowie interne Szenefeiern, wie Geburtstagsfeiern. Im Gegensatz zu Konzerten und Liederabenden werden diese grundsätzlich nicht als Musikveranstaltung gezählt, sollen aber hier mit aufgeführt werden, da sie beispielsweise die Parteiveranstaltungen auflockern und weitere Interessierte anlocken und somit Teil der Erlebniswelt Rechtsextremismus sind.

Da die Konzerte und Liederabende überwiegend in szeneeigenen Objekten unter Einhaltung behördlicher Auflagen stattfinden, gibt es für die Sicherheits- und Versammlungsbehörden nur wenige Möglichkeiten, solche Veranstaltungen zu verhindern.

Einen besonderen Erlebnischarakter haben für die Szeneangehörigen die konspirativ organisierten Musikveranstaltungen. Dadurch, dass diese nur über persönliche Kontakte verbreitet und nicht öffentlich beworben werden, entsteht hier eine gewisse Exklusivität, die anziehend wirken kann. Karten werden nur an szeneeinterne Bekannte verkauft. Bei szenepublich beworbenen Veranstaltungen erfolgt die Bekanntgabe der genauen Veranstaltungsörtlich-

keit meist nur online über Messenger-Dienste nach erfolgter Anmeldung und Zahlung des Tickets über persönliche Nachrichten. Diese Vorgehensweise dient der Verschleierung des Veranstaltungsortes vor den Behörden und gleichzeitig auch vor dem politischen Gegner, der möglicherweise die Veranstaltung stören könnte.

### Beispiele für Musikveranstaltungen in Nordrhein-Westfalen

Am 2. März 2024 fand in einer Gelsenkirchener Gaststätte ein Konzert der Rechtsrockband **Kategorie C** aus Niedersachsen mit 30 bis 40 Zuschauern statt. Das Konzert wurde im Vorfeld ausschließlich szeneeintern beworben. Türen und Fenster der Gaststätte waren fest verschlossen und die Rollläden der Gaststätte heruntergelassen. Dadurch drang Musik nur gedämpft nach außen. Auf der Facebook-Seite der Gaststätte war von einer „geschlossenen Veranstaltung“ die Rede. Auch sonst gab es keine öffentlich verbreitete Werbung. Das Konzert entfaltete damit keine Außenwirkung und war für Außenstehende nicht erkennbar. Eine Verhinderung beziehungsweise Auflösung des Konzerts im Vorfeld durch Sicherheitsbehörden war somit nicht möglich.

Die Partei **Die Heimat** Dortmund veranstaltete am 13. April 2024 einen Liederabend mit dem Liedermacher **Barny** aus Thüringen in ihrer Parteizentrale in Dortmund-Dorstfeld. Über den Auftritt wurde im Nachhinein öffentlich im Telegram-Kanal der Partei

berichtet. Auf dem Foto posiert er unter anderem neben dem Vorsitzenden des Kreisverbandes Dortmund der Partei **Die Heimat** Sascha Krolzig.



Der rechtsextremistische Liedermacher ‚Barny‘ in Dortmund

Im Begleittext zum Telegram-Posting wird beschrieben, dass nach dem Liederabend spontan „Gastmusiker“ aufgetreten sind. Darin zeigt sich das starke Näheverhältnis zwischen den rechtsextremistischen Musikern und dem Publikum. Offenbar waren einige Musiker Teil des Publikums und sind sodann spontan aufgetreten. Durch diese besondere Nähe kann eine noch größere Identifizierung mit den durch Musik vermittelten Werten und eine Bindung an die Szene erfolgen.

Am 4. Mai 2024 trat die Band **Sleipnir** in der Parteizentrale des Kreisverbandes **Die Heimat Dortmund** auf. Die Rechtsrockband **Sleipnir** existiert bereits seit Anfang der 1990er Jahre und ist bundesweit bekannt. Auf dem im Telegram-Kanal der Partei hochgeladenen Foto posiert die Band mit den damaligen Vorstandsmitgliedern Alexander Deptolla und Sascha Krolzig. Zu sehen sind auch zwei Bandmitglieder, die in NRW wohnen.

Die rechtsextremistische Musikszene besteht nicht nur aus Abwandlungen von Rechtsrock, sondern hat den Horizont seit einigen Jahren auch auf den Bereich Hip-Hop/Rap ausgedehnt. Vorreiter waren hier die Rapper Kai Naggert alias **Prototyp** und Christoph Z. alias **Chris Ares** mit ihrem Label **Neuer Deutscher Standard (NDS)**. Z. hat sich allerdings vor einigen Jahren aus der Musikszene zurückgezogen.

In ihren Texten nehmen sie unter anderem die szenetypischen Themen wie Migration, Nationalstolz sowie Kritik am „System“ in den Fokus, jeweils in einem diskriminierenden, rechtsextremistischen Duktus. Seit einigen Monaten existiert beispielsweise die Party-Reihe „Abschiebehauptmeister-Party“. Der Name ist angelehnt an den durch eine Spiegel-TV Reportage in Social Media viral gegangenen „Anzeigehauptmeister“, einen jungen Mann, der deutschlandweit Parksünder bei den zuständigen Ordnungsämtern anzeigt. Eine solche Party mit Auftritten von **Prototyp** und dem aus Nordrhein-Westfalen stammenden rechtsextremistischen Rapper **Skeptika**, inzwischen auch beim Label **NDS**, fand am 4. Mai 2024 in Krefeld statt.



Ankündigung des rechtsextremistischen Konzerts mit ‚Kavalier‘ und ‚Proto‘ in Krefeld

## Deutsche Bands im Ausland

Deutsche rechtsextremistische Bands sind in gleichgesinnten Szenen des europäischen Auslands teilweise sehr beliebt. In einigen Ländern ist der Druck der Behörden auf die Szene weniger groß als in Deutschland, sodass größere Konzerte mit rechtsextremistischen Inhalten dort eher geduldet werden. So finden regelmäßig im September Konzerte anlässlich des Todestages von Ian Stuart Donaldson statt, die sogenannten ISD-Memorial Konzerte.

Im August 2022 sollte in Budapest (Ungarn) das Ian Stuart Memorial Konzert unter Beteiligung der Band **Sleipnir** stattfinden. Die zuständigen deutschen Behörden untersagten den Bandmitgliedern jedoch die Ausreise nach Budapest, sodass das Konzert ohne die Band stattfinden musste. Deutschlandweit sind in den vergangenen Jahren mehrfach Teilnahmen deutscher Bands an ausländischen Konzertveranstaltungen untersagt worden, sodass die Veranstalter inzwischen dazu übergegangen sind, die deutschen Bands nur mit der Umschreibung „Special Guest from Europe“ oder einer ähnlichen Formulierung anzukündigen. Die Ausreiseuntersagungen begründen sich in der Regel darin, dass durch den Auftritt der rechtsextremistischen Band das internationale Ansehen der Bundesrepublik Deutschland beschädigt werden könnte.

Nicht immer können Ausreisen durch deutsche Behörden verhindert werden. Insbesondere durch das internationale **Blood and Honour**-Netzwerk werden regelmäßig Konzerte im Ausland organisiert, bei denen auch deutsche Bands auftreten, zum Beispiel die Band **Sleipnir** im März 2024 in Italien, die Band **Smart Violence** im April 2023 in Madrid/ Spanien oder die Band **Oidoxie** im Juni 2022 in der Schweiz.

## Bandprofile relevanter Musikgruppen aus Nordrhein-Westfalen

Überregional bekannt in der Szene sind aus Nordrhein-Westfalen unter anderem die im Folgenden aufgeführten Bands. Diese bestehen größtenteils bereits seit einigen Jahrzehnten und haben damit einen gewissen Kultstatus in der Szene erreicht. In der jeweiligen Bandbesetzung herrscht bei vielen Bands eine hohe Fluktuation. Einige Musiker sind zudem in verschiedenen Bands tätig oder helfen nur bei Live-Auftritten aus. Daher sind Angaben zu den Bandmitgliedern häufig nur sehr eingeschränkt möglich.

Die Liedtexte sind hauptsächlich in deutscher Sprache verfasst. Einige Bands, zum Beispiel **Smart Violence**, singen auch einige Lieder in englischer oder sogar spanischer Sprache. Alben werden auch als Split-CDs aufgenommen; hier „teilen“ sich zwei Bands einen Tonträger und unterstützen sich so gegenseitig mit ihrer Fangemeinde.

Die deutschlandweit bekannten Bands **Kategorie C** aus Niedersachsen und **Lunikoff** aus Berlin touren regelmäßig durchs Land und traten dabei in der Vergangenheit auch häufig in Nordrhein-Westfalen auf. Der Sänger der Band **Kategorie C** wirkte während der Corona-Pandemie an einigen in der Pandemie-Leugner-Szene beliebten Liedern mit, ist aber eigentlich im Rechtsrock verankert. **Lunikoff** tourt hauptsächlich alleine als Liedermacher durch Deutschland und war Sänger der Band **Landser**, die 2003 und 2005 als kriminelle Vereinigung verurteilt wurde.

### Division Germania



**Gründung:** 2000

**Bandmitglieder:** eine Person, bei Live-Auftritten oder Recording wechselnde Gastmusiker

**Genre:** Rechtsrock

Sechs Musikalben, zwei Split-CDs gemeinsam mit den rechtsextremistischen Bands **Macht und Ehre** und **Sleipnir**, zudem diverse weitere Tonträger (Compilations/Features), unter anderem auf „Schulhof-CDs“ der **NPD** aus dem Jahr 2012, durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (seit 2021: Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz, BzKJ) indiziert. Drei Alben und eine Split-CD sind indiziert.

**Themen:** offen nationalsozialistisch und kriegsverherrlichend, Betonung der Volkszugehörigkeit als Abstammungs- und Schicksalsgemeinschaft, Ablehnung des „Fremden“ und des politischen Feindes

---

## Oidoxie



**Gründung:** 1995

**Bandmitglieder:** zwei feste (NRW), ansonsten wechselnde Besetzung

**Genre:** Rechtsrock, Rock Against Communism (RAC)

Mehr als 13 Tonträger, zum Teil gemeinsam mit anderen Bands, einige Tonträger durch die BzKJ indiziert.

**Themen:** anfangs offen nationalsozialistisch, später eher gemäßigter wegen Indizierungen, Glorifizierung von bestimmten rechtsextremistischen Persönlichkeiten und Gruppierungen, Zusammenhalt der rechtsextremistischen Szene

---

---

## Sleipnir



**Gründung:** 1991

**Bandmitglieder:** vier (NRW, Thüringen und Bayern)

**Genre:** Rechtsrock, RAC

Mehr als 20 Tonträger, zum Teil gemeinsam mit anderen Bands, einige Tonträger durch die BzKJ indiziert.

**Themen:** Soziale Probleme in einem rassistischen und nationalsozialistischen Kontext, nordische Mythologie, Freundschaft und Treue in Bezug auf rechtsextremistische Szene

---

---

## Smart Violence



**Gründung:** ca. 2012

**Bandmitglieder:** ca. vier bis fünf (wechselnd)

**Genre:** RAC, Oi!

Mehr als zehn (Split-)Alben, Compilations, eines durch die BzKJ indiziert.

**Themen:** hauptsächlich subkulturell geprägte Themen (Skinhead-Szene), zum Beispiel Feiern, Alkoholkonsum, über den „Skinhead Way of Life“

---

---

## Sturmwehr



**Gründung:** ca. 1993

**Bandmitglieder:** aktuell hauptsächlich eine bis zwei Personen

**Genre:** Rechtsrock

Mehr als 30 (Split-)Alben u.a. mit **Sleipnir**, Sampler und Best-Of-CDs, einige durch die BzKJ indiziert. Eher ruhigerer Rechtsrock.

**Themen:** Texte zwischen nationalistisch und nationalsozialistisch, Verharmlosung und Romantisierung der NS-Zeit

---

---

## Neuer Deutscher Standard (NDS)



**Gründung:** 2019

**Bandmitglieder:** Zahl variiert, aktuell sechs (Großteil aus Sachsen, einziges Mitglied **Azatro** aus NRW Ende 2024 ausgeschieden)

**Genre:** rechtsextremistischer Rap

Sechs Alben, Mixtapes und EPs, auf denen die Interpreten von **NDS** entweder alleinige oder gemeinsame Stücke präsentieren, alle Lieder sind auch als Download verfügbar. Inszenierung der Singles mit aufwändigen Musikvideos. Eine Indizierung.

**Themen:** Migration, zwischen Patriotismus und Nationalismus, Aufgreifen von jugendkulturellen Themen und Einbindung dieser in rechtsextremistische Ideologie, teilweise NS-Bezüge

---

Das Genre Rap ist im Bereich der rechtsextremistischen Musik in Nordrhein-Westfalen nur sehr am Rande vertreten. Die Reichweite der **NDS**-Rapper ist allerdings beträchtlich, da diese durch ihre starke Online-Präsenz insbesondere auf YouTube ein breites Publikum erreichen. Die Videos zu den Singles sind aufwändig produziert, sodass sie bei der Zielgruppe gut ankommen. Zudem werden aktuelle jugendkulturelle Themen und YouTube-Trends aufgenommen und entsprechend des eigenen Weltbilds verarbeitet.

Die klassischen Rechtsrock-Bands, die bereits seit den 1990er Jahren bestehen, meiden häufig die öffentliche Inszenierung im Internet. Einige Bands verfügen über einen eigenen Telegram-Kanal und teilen darüber ihre Neuankündigungen mit ihrer Fangemeinschaft. Teilweise finden sich derartige Informationen allerdings lediglich auf den Websites oder Telegram-Kanälen von überregional tätigen Magazinen, beispielsweise das **Rock Hate** Magazin.

Mit der im Jahr 2021 erstmals erschienen rechts-extremistischen Musikzeitschrift **Rock Hate**, die in Nordrhein-Westfalen herausgegeben wird, hat die Szene ein Medium zur Information, Werbung und internen Diskussion. Inzwischen sind acht Ausgaben des Magazins erschienen. Darüber hinaus betreibt Rock Hate einen Telegram-Kanal und einen Podcast. Im Telegram-Kanal werden aktuelle CD-Veröffentlichungen rechtsextremistischer Bands und Inhalte anderer rechtsextremistischer Gruppierungen geteilt und beworben. Das Magazin hat schon mehrere Interviews mit szenebekanntem Musikern geführt, unter anderem mit den Sängern der Bands **Smart Violence** oder **Oidoxie**. Daneben wurden auch Parteifunktionäre wie Claus Cremer, NRW-Landesvorsitzender der Partei **Die Heimat** (ehemals **NPD**), interviewt.

#### 4. Gaming

Video- und Computerspiele haben sich mit den Jahren fest im Medienalltag der deutschen Bevölkerung etabliert. Dem Verband der deutschen Games-Branche zufolge verbringen in Deutschland über 34 Millionen Menschen Zeit mit Videospielen auf dem PC, der Konsole oder dem Smartphone. Dies tun sie auf ganz unterschiedliche Weise – teilweise allein auf der heimischen Couch, gemeinsam mit anderen Spielerinnen und Spielern über das Internet, auf dem Weg zur Arbeit über Spiele-Apps oder in physischen Zusammenkünften. Das zeigt, dass Computerspiele und die dazugehörigen Plattformen – zum Beispiel Spielevertriebsplattformen wie Steam, Spieldesignplattformen wie Roblox, Livestreaming-Plattformen wie Twitch oder Kommunikationsplattformen wie Discord – mittlerweile für viele Menschen ein selbstverständlicher Teil der Lebenswelt geworden sind. Die Gaming- und E-Sport-Communitys sind äußerst divers und bedienen sich vielfältiger, meist digitaler, Kommunikationsmöglichkeiten.

Auch hier versuchen rechtsextremistische Akteurinnen und Akteure, die Popularität von Gaming für Propaganda und Desinformation zu instrumen-

talisieren, neue Anhängerinnen und Anhänger zu rekrutieren und Strukturen zu organisieren. Spätestens seit den rechtsterroristischen Attentaten in Christchurch und Halle wird über den Einfluss rechtsextremistischer Akteurinnen und Akteure im Gaming diskutiert. Beide Attentäter streamten ihre Taten auf Facebook (Christchurch) beziehungsweise Twitch (Halle). Bei der Inszenierung ihres Anschlags setzten sie auch auf die Strategie der Gamifizierung, also der Integration von Spielelementen und Spielprinzipien in nichtspielerische Kontexte. Es lassen sich mehrere Arten unterscheiden, wie Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten versuchen, Gaming für sich zu nutzen. Die folgende Typologie lehnt sich weitgehend an einen Vorschlag des „Radicalisation Awareness Network (RAN)“ an, das die Fachpraxis der Extremismusprävention auf EU-Ebene vernetzt.

Die Produktion eigener Videospiele wie „KZ-Manager“, „Heimat Defender“ oder „The Great Rebellion“ transportiert rechtsextremistisches Gedankengut und erlaubt damit, rechtsextremistische Weltanschauungen aktiv zu erleben. Wie bei vielen Elementen der Erlebniswelt Rechtsextremismus reicht auch hier die Bandbreite von Spielen, die Botschaften eher subtil vermitteln, bis zu offener Menschenverachtung.



Das rechtsextremistische Computerspiel „The Great Rebellion“

Rechtsextremistische Akteure und Akteurinnen nutzen auch bereits existierende Computer- und Videospiele, um die aufwendige Produktion eigener Spiele zu vermeiden: Dies geschieht beispielsweise durch die Erstellung von sogenannten Modifikationen (Mods). Beispielsweise gibt es Mods, in denen rechtsextremistische Anschläge, wie das Attentat von Christchurch, nachgespielt werden können. Außerdem können Spielende durch Mods die Rolle bestimmter Charaktere übernehmen, zum Beispiel von Adolf Hitler, oder Kleidung und Waffen mit Symbolen aus der NS-Zeit im Spiel tragen.

Rechtsextremistische Inhalte können darüber hinaus über Kommunikationskanäle verbreitet werden. Dafür nutzen Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten beispielsweise Chatfunktionen in Spielen, sogenannte In-Game Chats. Über solche Kanäle können rechtsextremistische Narrative ohne großen Aufwand verbreitet und geteilt sowie Diskurse verändert werden. Auch das Rekrutieren potenzieller Unterstützerinnen und Unterstützer kann mittels Chatkommunikation stattfinden.

Eine weitere Aktivität rechtsextremistischer Akteurinnen und Akteure ist die Etablierung einer dauerhaften Präsenz auf Gaming- und gamingnahen Plattformen. So sind auf Plattformen wie Steam, Twitch, DLive und Discord rechtsextremistische Inhalte, Gruppen, Nutzerinnen und Nutzer sowie Kanäle präsent.

Als letzte Strategie ist die Gamifizierung rechtsextremistischer Inhalte im digitalen Raum aufzuführen. Hierbei handelt es sich um den Transfer von Spielelementen – beispielsweise Bestenlisten, Punkten, Aufgaben, Abzeichen, Highscores und Missionen – in digitale Räume, die keinen Bezug zum Gaming haben oder in die reale Welt. Der Attentäter von Halle beispielsweise formulierte sein Bekennerschreiben wie die Beschreibung eines Games, indem verschiedene Aufgaben aufgeführt und für jede erreichte Aufgabe Punkte vergeben wurden. Zudem sind bei einschlägigen Social-Media-Gruppen digitale „Bestenlisten“ zu finden, auf denen Nutzerinnen und Nutzer die Opferzahl rechtsextremistischer Attentäterinnen und Attentäter bewerten und damit ein Ranking erstellen.

Insgesamt zeigt sich, dass rechtsextremistische Akteurinnen und Akteure verschiedene Strategien nutzen, um ihre Ziele mittels Gaming umzusetzen. Das heißt nicht, dass Gamerinnen und Gamer generell anfälliger für rechtsextremistische Propaganda wären oder ein größeres Risiko aufweisen, sich zu radikalisieren. Es bedeutet aber, dass Gaming Teil der Erlebniswelt Rechtsextremismus ist, um Jugendliche und junge Erwachsene zu erreichen.

## 5. Prognose

Rechtsextremistische Gruppierungen haben zum Teil jahrzehntelange Lernprozesse durchlaufen, in denen sie Formen der Ansprache junger Zielgruppen erprobt und fortentwickelt haben. An diesen Erfahrungen werden sie auch künftig anknüpfen. In diesem Zuge haben einige Akteure neue technische

Möglichkeiten sehr bald in ihr Erlebniswelt-Repertoire aufgenommen. Dies gilt in jüngster Zeit vor allem für Social-Media-Präsenzen. Rückwärtsge wandte, menschenfeindliche Inhalte sowie moderne Techniken und Erscheinungsbilder sind insofern keine Gegensätze.

Tendenzen der Ausdifferenzierung und in bestimmten Bereichen der Professionalisierung rechtsextremistischer Medienproduktion, die auf junge Zielgruppen ausgerichtet sind, werden sich aller Voraussicht nach fortsetzen. Die Ausdifferenzierung rechtsextremistischer Formensprache hat schon bisher dazu geführt, dass bestimmte Zielgruppen besser erreichbar wurden. So stellen die gegenwärtigen Szenen insbesondere Mädchen und formal höher gebildeten Jugendlichen und jungen Erwachsenen passgenauere Angebote zur Verfügung als der Rechtsextremismus der Vergangenheit. Diese Verbreiterung dürfte sich fortsetzen.

Social Media ist ein integraler Teil der Lebenswelt von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Vor diesem Hintergrund verschwimmt die Grenze zwischen Realwelt und virtuellem Raum zunehmend. Für Rechtsextremisten ist dieser Raum strategisch besonders interessant, um Nähe zu jungen Zielgruppen herzustellen. Inzwischen sind Strukturen entstanden, die zunächst im Netz und erst im folgenden Schritt in der Realwelt in Erscheinung getreten sind. Gerade an diesen Gruppierungen sind besonders junge Menschen beteiligt. Es ist wahrscheinlich, dass sich Rechtsextremisten künftig vermehrt Zugänge zu jungen Jugendlichen, zum Teil auch zu Kindern erschließen werden.

Lebensgefühle junger Menschen sind angesichts vielfältiger Krisenphänomene und auch im Nachgang der Corona-Pandemie häufig von Ängsten, Verunsicherungen und Vereinsamungserfahrungen geprägt. Diese Entwicklung dürfte auf absehbare Zeit fortbestehen. Rechtsextremisten dürften sich auch künftig intensiv bemühen, die eigene Erlebniswelt mit Wir-Gefühlen, Freund-Feind-Bildern und somit vermeintlichen Klarheiten zu verknüpfen, um gerade diese jungen Menschen zu erreichen und nach Möglichkeit an sich zu binden.

## Maßnahmen

### Kernbotschaften

Die Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und Polizei in Nordrhein-Westfalen wurde im Rahmen des gesetzlich Möglichen in den vergangenen Jahren weiter intensiviert und durch die Einrichtung und Verstetigung des GETZ NRW institutionalisiert.

Um die Gefährdung von Demokratie und Sicherheit durch Rechtsextremismus zu minimieren, nutzen die Sicherheitsbehörden ein Bündel repressiver Maßnahmen. Diese reichen von der personenbezogenen Risikobewertung, Strafverfolgung und Entzug von Waffenerlaubnissen bis zu organisationsbezogenen Verboten von Vereinigungen.

Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst stellen eine Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat dar. Dies gilt insbesondere für Polizistinnen und Polizisten, die die Träger des staatlichen Gewaltmonopols sind. Deshalb wird Anhaltspunkten für rechtsextremistische Bestrebungen im öffentlichen Dienst, insbesondere in Sicherheitsbehörden, niedrigschwellig nachgegangen. Die Sachverhalte werden umfassend aufgeklärt und die Maßnahmen der Behörden werden fortlaufend evaluiert sowie weiterentwickelt. Die Präventionsarbeit setzt auf allen Ebenen an: der universellen (primären), selektiven (sekundären) und indizierten (tertiären) Prävention. Somit stärkt sie die Wachsamkeit der demokratischen Bevölkerung, trägt zur Qualifizierung in der Arbeit mit Personen in frühen Radikalisierungsstadien bei und unterstützt den Ausstieg aus dem Rechtsextremismus.

Verfassungsschutz und Polizei fördern aktiv den Austausch und die Kooperation mit anderen staatlichen oder zivilgesellschaftlichen Akteuren der Prävention. Informationsveranstaltungen finden in allen Landesteilen und für breitgefächerte Zielgruppen statt: zum Beispiel für Jugendliche, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus Schule, Polizei, Justiz, Feuerwehr und Kommunen. Im Mittelpunkt stehen aktuelle Entwicklungen im rechtsextremistischen Spektrum, die Modernisierung des Erscheinungsbildes und Entgrenzungstendenzen dieser Szene.

Das Programm „Veränderungsimpulse setzen bei Rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ (VIR), das gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Partnern umgesetzt wird, ist bundesweit anerkannt. Es richtet sich an alle, die beruflich oder ehrenamtlich mit jungen Menschen im Kontakt sind, die sich dem Rechtsextremismus annähern. Das Aussteigerprogramm Spurwechsel begleitet seit mehr als 20 Jahren durch ein multiprofessionelles

Team vormals aktive Rechtsextremistinnen und -extremisten bei der Distanzierung von dieser Szene.

### 1. Sicherheitsbehördliche Organisation und Zusammenarbeit

Für die Sicherheitsarchitektur ist das Trennungsgebot der Sicherheitsbehörden zwischen Polizei und Verfassungsschutz prägend. Durch das Trennungsgebot wird eine organisatorische und befugnisrechtliche Trennung von Verfassungsschutz und Polizei vorgegeben. Im Rahmen der rechtlichen Befugnisse haben der Verfassungsschutz und die Polizei in Nordrhein-Westfalen die Informationsweitergabe in den vergangenen Jahren stetig verbessert, insbesondere nach der Aufdeckung des NSU. Der Erlass „Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz - Leitlinien und Handlungsempfehlungen“ wurde mit Wirkung vom 2. März 2022 erneut aktualisiert und veröffentlicht. Der Erlass regelt die zentralen Kernpunkte der Zusammenarbeit, wie den Informationsaustausch, den Austausch von Lagebildern und die Abstimmung zu operativen Maßnahmen. Für beide Sicherheitsbehörden hat die Zusammenarbeit einen hohen Stellenwert.

### GETZ Bund

Das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum Bund (GETZ Bund) besteht seit 2012 und ist die Kommunikationsplattform für Polizei und Nachrichtendienste auf Bundes- und Länderebene zur Bekämpfung des Rechts-, Links- und auslandsbezogenen Extremismus sowie der Spionageabwehr einschließlich proliferationsrelevanter Aspekte. Die wesentlichen Ziele bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus und -terrorismus sind die Früherkennung möglicher Gefährdungen und die frühzeitige Unterstützung der beteiligten Dienststellen bei der Bewältigung möglicher Gefahrenlagen und sonstiger Aufgaben. Dies soll vor allem durch einen schnellen, strukturierten und effizienten Informationsaustausch zwischen den beteiligten Landes- und Bundesbehörden ermöglicht werden.

Als Kommunikationsplattform im GETZ stehen unterschiedliche, fachspezifische Sitzungsformate zur Verfügung. Der Verfassungsschutz und das LKA Nordrhein-Westfalens sind jedes Jahr an über 200 Sitzungen im GETZ für den Phänomenbereich des Rechtsextremismus vertreten.

## GETZ NRW

Das „Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum Nordrhein-Westfalen“ (GETZ NRW) versteht sich als Kommunikationsplattform und dient dem operativen und strategischen Informationsaustausch in Staatsschutzangelegenheiten der PMK (alle Phänomenbereiche mit Ausnahme des Islamistischen Terrorismus) für das Land Nordrhein-Westfalen. Im Phänomenbereich Rechtsextremismus findet ein kontinuierlicher Austausch unter anderem zwischen den polizeilichen Staatsschutzdienststellen des Landes, dem LKA und dem Verfassungsschutz NRW, der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf (Zentralstelle Terrorismusverfolgung Nordrhein-Westfalen: „ZenTer NRW“) sowie weiteren anlassbezogenen Partnern wie z.B. Jugend- oder Ordnungsämtern statt.

Das GETZ NRW koordiniert und organisiert turnusmäßig als auch anlassbezogen die Besprechungen und Fallkonferenzen. Im Jahr 2024 fanden 187 Sitzungen im GETZ NRW zum Phänomenbereich PMK-rechts statt.

## Intensivierung der Beobachtung des Rechtsextremismus durch den Verfassungsschutz NRW

Zusätzlich zum bereits bestehenden Referat, das für die Beobachtung des Rechtsextremismus zuständig ist, wurde 2022 das Referat „Operative Fallbearbeitung Rechtsextremismus und -terrorismus“ geschaffen. Die Aufgabe des neuen Referates ist die verstärkte Aufklärung rechtsextremistischer Aktivitäten und Vernetzungen im Internet sowie die frühzeitige Detektion von Sachverhalten mit Gefahrenpotenzial. Mit der Neuorganisation wurden zusätzliche Ressourcen bereitgestellt, Kompetenzen gebündelt und die Beobachtung des hoch dynamischen digitalen Rechtsextremismus weiter professionalisiert.

## 2. Gefahrenabwehr und Strafverfolgung

Im vergangenen Jahr erfolgte in Nordrhein-Westfalen eine Aktualisierung des nun phänomenübergreifenden „Handlungskonzepts zur Früherkennung von Extremismus, Terrorismus und Politisch motivierter Kriminalität“ (Stand 16.01.2024) sowie des ebenfalls nun phänomenübergreifenden „Rahmenkonzepts zur Bekämpfung von Intensivtätern der Politisch motivierten Kriminalität in Nordrhein-Westfalen“ (Stand 10.10.2024).

Das Handlungskonzept setzt dabei auf eine niedrigschwellige, umfassende Gefahrenverdachtsgewinnung in enger Zusammenarbeit mit weiteren (Sicherheits-)Behörden. Wesentlicher Bestandteil des Handlungskonzepts ist ein standardisierter Prüffallprozess, um verdächtige Feststellungen und Hinweise professionell zu bearbeiten und eine abschließende Bewertung zum Vorliegen einer Radikalisierung oder eines Gefahrenverdachts vorzunehmen. Bestätigt sich im Rahmen der Prüffallbearbeitung ein Gefahrenverdacht beziehungsweise eine fortgeschrittene Radikalisierung, werden diese Personen einzelfallbezogen als Gefährder oder Relevante Person eingestuft. Zudem werden bei Vorliegen eines Anfangsverdachts unmittelbar Ermittlungsverfahren eingeleitet oder Maßnahmen nach dem Polizeigesetz Nordrhein-Westfalen geprüft und konsequent umgesetzt.

Weiter sieht das Handlungskonzept vor, dass bei Straftaten und sonstigen Verstößen gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung, bei denen eine politische Motivation nicht ausgeschlossen werden kann, die erforderlichen Sofortmaßnahmen konsequent und unter Ausschöpfung aller rechtlichen und taktischen Möglichkeiten durchzuführen sind. Darüber hinaus ist eine intensive Prüfung aller Sachverhalte, Berichte und Informationen auf Staatsschutzrelevanz sicherzustellen. Das Intensivtäterkonzept PMK ist seit 2018 in den Kreispolizeibehörden etabliert und unterliegt einem fortlaufenden Controlling durch das LKA NRW. Das Konzept definiert nicht nur die Kriterien zur Einstufung von Personen als Intensivtäter der PMK, sondern beschreibt auch polizeiliche Mindest- und Standardmaßnahmen, die mit einer Einstufung als Intensivtäter PMK-Rechts einhergehen.

Die personenbezogene Sachbearbeitung zu den Intensivtätern PMK-Rechts findet zentral in den Kriminalinspektionen Staatsschutz (KI ST) statt. Dort werden insbesondere die Vergabe von personengebundenen und ermittlungsunterstützenden Hinweisen, die Speicherung von Personenerkenntnissen in elektronischen Auskunfts- und Datensystemen der Polizei, die Verhinderung des legalen Waffenbesitzes, die Durchführung von Fallkonferenzen im GETZ NRW mit dem Verfassungsschutz NRW und der Sicherheitskonferenz (Siko) NRW des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKJFGFI NRW) sowie Meldungen an weitere Behörden, z. B. an die Straßenverkehrsbehörden zur Überprüfung der Eignung und Befähigung zum Führen von Kraftfahrzeugen veranlasst.

## Maßnahmen

Die Polizeibehörden des Landes Nordrhein-Westfalen sind sensibilisiert, bei allen Straftaten die Beteiligung der KI ST zu prüfen. Damit ist eine multidisziplinäre Besetzung von Ermittlungskommissionen, z. B. bei Tötungs-, Brand- oder anderen komplexen Ermittlungsverfahren mit Staatsschutzbezug sichergestellt. Im Weiteren ist bei strafprozessualen Durchsuchungen bei Personen, zu denen auch staatsschutzrelevante Erkenntnisse vorliegen, die zuständige KI ST frühzeitig mit einzubinden. Die KI ST prüft ihrerseits die Erforderlichkeit der Einbindung in die Maßnahmen. Die Einführung von Verdachtskriterien der PMK für alle Phänomenbereiche sowie die vorgeschriebene intensivere Betrachtung von Personen, die im Rahmen sogenannter „Mehrfachprüffälle“ aufgefallen sind, bieten den KI ST weitere Möglichkeiten, sich (rechts)extremistisch radikalisierende Personen frühzeitig zu erkennen und darauf mit polizeilichen Maßnahmen reagieren zu können.

Um das Risiko der Begehung lebensgefährlicher Gewalttaten durch Personen des rechtsextremistischen Spektrums innerhalb Deutschlands bewerten zu können, hat das BKA in Kooperation mit Experten aus der Wissenschaft das Risikobewertungsinstrument RADAR-rechts (Regelbasierte Analyse potenziell destruktiver Täter zur Einschätzung des akuten Risikos -rechts) entwickelt. Das Instrument ermöglicht die Erstellung und Fortschreibung einer nachvollziehbaren und vergleichbaren Risikobewertung aller Personen der Zielgruppe PMK-R, insbesondere der Gefährder im Rahmen der Gefahrenabwehr. Das LKA NRW, hier die Koordinierungsstelle Gefährder PMK, hat als assoziierter Partner mit fachlicher Expertise in der Entwicklung und Evaluation mitgearbeitet, sodass das Risikobewertungsinstrument RADAR-rechts am 10. Mai 2022 in den Wirkbetrieb gehen konnte.

Neben der Früherkennung steht insbesondere auch die Bekämpfung von Gewalt, Hass und Hetze im digitalen Raum im Fokus der Polizei Nordrhein-Westfalen. Bereits am 1. Februar 2018 startete das Projekt „Verfolgen statt nur Löschen“ unter Beteiligung der Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime Nordrhein-Westfalen (ZAC NRW), der Polizei Nordrhein-Westfalen unter Federführung des LKA NRW, der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM) und Medienvertretern (unter anderem: RTL, WDR und die Rheinische Post). Ziel war die effizientere Verfolgung von strafbaren Hasskommentaren im Internet durch eine Optimierung der Zusammenarbeit. Im weiteren Verlauf hat sich die Anzahl der Medienvertreter auf 21 erhöht. Zusätzlich werden mittlerweile auch Bei-

träge durch das Bundesamt für Justiz gemeldet. Die Medienvertreter monitoren ihre Onlineplattformen und melden möglicherweise strafrechtlich relevante Beiträge unmittelbar an die ZAC NRW. Nach rechtlicher Würdigung, werden die Vorgänge an das LKA NRW zur Identifizierung des Urhebers übermittelt. Im Anschluss werden die Vorgänge über die ZAC NRW an die örtlich zuständigen Polizeidienststellen übergeben und dort bearbeitet. Seit Projektbeginn wurden 1409 Meldungen erfasst, von denen bei 179 kein Anfangsverdacht einer Straftat begründet werden konnte. 530 Tatverdächtige wurden ermittelt, davon leben 115 in Nordrhein-Westfalen (Stand 14.01.2024). Die Vollstreckung offener Haftbefehle rechtsextremistischer Personen ist Teil des konsequenten Vorgehens bei der Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität. Zur länderübergreifenden Koordinierung der Fahndungen werden die offenen Haftbefehle politisch motivierter Straftäter halbjährlich im Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) thematisiert. Über dieses Forum werden sensibel zu behandelnde operative Sachverhalte, die eine koordinierte und behördenübergreifende Vorgehensweise erfordern, innerhalb der Sicherheitsarchitektur geteilt. Darüber hinaus erfolgt durch das LKA NRW turnusmäßig ein Controlling der bestehenden Fahndungsausschreibung, in dessen Rahmen die jeweilig zuständigen Dienststellen im Land bei ihren Maßnahmen zur Ergreifung der Personen unterstützt werden. Hierdurch werden die kontinuierlichen Ermittlungen zu dem Aufenthalt von Personen mit offenen Haftbefehlen sowie die dazugehörige Durchsetzung von Maßnahmen zur Festnahme polizeilich gewährleistet.

## Waffenrechtliche Maßnahmen

Für die öffentliche Sicherheit ist es von besonderer Bedeutung, die Bewaffnung von Rechtsextremisten zu verhindern. Die Versagung beziehungsweise der nachträgliche Widerruf einer waffenrechtlichen Erlaubnis ist nach dem Waffengesetz bei Personen gerechtfertigt, bei denen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie in den letzten fünf Jahren verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgt bzw. unterstützt haben (§ 5 Abs. 2 Nr. 3 WaffG i. V. m. § 45 Abs. 2 WaffG). Eine solche Entscheidung setzt objektivierbare Anknüpfungspunkte voraus. Der Verfassungsschutz NRW übermittelt Tatsachen, die Bedenken gegen die waffenrechtliche Zuverlässigkeit der jeweiligen Person begründen, an die Waffenbehörde, sofern die rechtlichen Voraussetzungen für eine Übermittlung erfüllt sind.

## Initiierung ausreiseverhindernder Maßnahmen

Im Rechtsextremismus sind zunehmend Tendenzen einer Transnationalisierung erkennbar. Insbesondere rechtsextremistische Kampfsportevents, Konzerte, Gedenkveranstaltungen sowie weitere eventorientierte subkulturelle Formate organisieren Rechtsextremisten oftmals transnational. In den vergangenen Jahren nahmen insbesondere Kampfsportevents eine exponierte Rolle ein.

Diese Events entfalten auch eine szenerelevante Strahlkraft für bzw. durch Personen aus Nordrhein-Westfalen. Prominentes Beispiel ist der Personenkreis von Dortmunder Neonazis rund um die rechtsextremistische Kampfsportreihe **Kampf der Nibelungen (KDN)**. Aufgrund restriktiver Handhabung seitens der zuständigen Behörden werden solche Veranstaltungen in Deutschland regelmäßig nicht gestattet, beziehungsweise durch die rechtsextremistische Szene nicht mehr durchgeführt. Vielmehr ist in den vergangenen Jahren zunehmend eine Verlagerung bzw. Teilnahme deutscher Rechtsextremisten an entsprechenden Veranstaltungen im europäischen Ausland festzustellen. Dazu zählte die „European Fight Night“ (EFN) am 6. Mai 2023 in Ungarn, die der **KDN** gemeinsam mit den rechtsextremistischen Gruppierungen „Légió Hungária“ und „Pride France“ veranstaltete, sowie der „Day of Glory“ 2024 in Frankreich.

Da die Teilnahme von rechtsextremistischen Personen aus Nordrhein-Westfalen im Kontext von Handlungen stehen kann, die eine Gefährdung für die Innere Sicherheit beziehungsweise für das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland darstellen können, wurde und wird dem konsequenten Ausschöpfen aller Möglichkeiten zur Verhinderung einer Ausreise durch die Polizei NRW in enger Absprache mit weiteren Kooperations- und Sicherheitspartnern sowohl bei den zuvor benannten, aber auch bei ähnlich gelagerten Anlässen verstärkt nachgegangen. Sofern dem Verfassungsschutz NRW zu solchen Ausreisen Hinweise vorliegen, setzt er, soweit rechtlich möglich, die Polizei in Kenntnis.

## 3. Vereinsrechtliche Verbote

Ein Mittel der wehrhaften Demokratie sind Vereinsverbote. Das Grundgesetz verbürgt in Artikel 9 Absatz 1 die Vereinigungsfreiheit als Grundrecht. Allerdings enthält das Grundgesetz eine wichtige Einschränkung. Nach Artikel 9 Absatz 2 Grundgesetz sind Vereinigungen verboten, „deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten“. Zuständig für ein Verbot von länderübergreifend tätigen Vereinigungen ist das Bundesinnenministerium. Bei Vereinigungen, die nur in einem Bundesland agieren, sind die Landesinnenministerien zuständig. Die Verfassungsschutzbehörden liefern im Vorfeld oftmals Erkenntnisse, die als Grundlage für die Verbotsmaßnahmen dienen.

In den vergangenen Jahrzehnten haben die Innenministerien immer wieder das Mittel des Vereinsverbotes genutzt, um rechtsextremistische Aktivitäten einzudämmen. 2023 verbot das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) zwei rechtsextremistische Vereinigungen: die **Hammerskins Deutschland** und die **Artgemeinschaft**. Von den 28 Adressaten des **Hammerskins**-Verbots haben vier Personen ihren Wohnsitz in Nordrhein-Westfalen. In der Verbotsverfügung der **Artgemeinschaft** benennt das BMI 39 Vereinsmitglieder, die Ziele und Zwecke der Vereinigung vorangetrieben haben, darunter vier Personen aus Nordrhein-Westfalen.

Trotz eines Verbotes versuchen einige Rechtsextremisten, Ersatzorganisationen zu bilden oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzuführen. Dies ist strafbar. Beispielsweise verbot das BMI im Januar 2020 die Vereinigung **Combat 18**. Unter den sieben Adressaten der Verbotsverfügung war ein Rechtsextremist aus Nordrhein-Westfalen. Nachdem die ehemalige Führungsperson und weitere ehemalige Mitglieder die verbotene Vereinigung fortsetzten, erfolgten im April 2022 umfangreiche Durchsuchungsmaßnahmen der Polizei. Davon waren zwei nordrhein-westfälische Rechtsextremisten betroffen.

Verbote schränken rechtsextremistische Organisationen in ihren Aktionsmöglichkeiten ein. Die verbotenen Vereinigungen dürfen nicht mehr für sich werben, was die mögliche Rekrutierung und Indoktrinierung neuer Anhänger erschwert. Zudem werden mit den Verboten auch die Strukturen und die wirtschaftliche Basis der rechtsextremistischen Vereinigungen zerschlagen. Die Auflösung von

Szenetreffpunkten erschwert es, die Aktivitäten fortzuführen und den Zusammenhalt der Mitglieder aufrechtzuerhalten. Darüber hinaus zeigen Verbote eine abschreckende Wirkung und verunsichern die Szene. Bestenfalls wenden sich potenzielle Anhänger ab und ein Teil der von einem Verbot Betroffenen stellt seine rechtsextremistischen Aktivitäten ein.

Zugleich ist die Wirkung von Vereinsverboten aber auch begrenzt. Sie wirken nicht auf die Einstellungen der Mehrzahl der Anhänger und Sympathisanten. Ferner können Verbote nicht intendierte Nebenwirkungen begünstigen. Manche Betroffene und das Umfeld fühlen sich durch die repressiven Maßnahmen und die damit einhergehende öffentliche Aufmerksamkeit in ihrer Bedeutung sogar gestärkt und setzen die Aktivitäten mit gestärktem Selbstwertgefühl fort.

Die Verbote in den vergangenen Jahren haben in Teilen des Rechtsextremismus zu Lerneffekten geführt. So entwickeln einige rechtsextremistische Strategen Organisationsstrukturen, mit denen sie sich nicht strafbar machen und die sich Verbotten als Ersatzorganisation entziehen. Als das Innenministerium Nordrhein-Westfalen 2012 die vier aktivsten neonazistischen Kameradschaften verbot, gründeten die führenden Neonazis den Landesverband der Partei **Die Rechte**, um ihre neonazistischen Aktivitäten unter dem Schutz des Parteienprivilegs fortzusetzen. Da es dem Landesverband aber zunehmend an Mitgliedern mangelte, die sich für Parteiarbeit interessieren, löste er sich Anfang 2023 auf und die verbliebenen Aktiven schlossen sich der **NPD** an, die sich kurz darauf in **Die Heimat** umbenannte.

Die Innenministerien kommunizieren im Vorfeld des Vollzugs von Vereinsverboten nicht öffentlich darüber. Denn dies würde den betroffenen Rechtsextremisten ermöglichen, sich auf die Folgen einzustellen. Allerdings wird der Vollzug offensiv kommuniziert. Denn ein Zweck des Verbotes ist, die entsprechende Vereinigung als demokratiefeindlich öffentlich zu stigmatisieren. Einhergehend ist damit das Signal an die Zivilgesellschaft, dass der demokratische Rechtsstaat sich im Rahmen seiner Möglichkeiten mit Rechtsextremismus auseinandersetzt und konsequent einschreitet.

#### 4. Parteienrechtliche Maßnahmen

Ein weiteres Mittel der wehrhaften Demokratie ist das Verbot von Parteien. Nach Art. 21 Abs. 2 Grundgesetz sind Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, verfassungswidrig. Das Bundesverfassungsgericht entscheidet über die Frage der Verfassungswidrigkeit.

Allerdings sind die Hürden für ein Parteiverbot hoch. Bislang hat das Bundesverfassungsgericht deshalb nur zwei Parteien verboten: die rechtsextremistische **Sozialistische Reichspartei** im Jahr 1952 und die **Kommunistische Partei Deutschlands** im Jahr 1956. Das Verbotverfahren gegen die **NPD** scheiterte im Jahr 2002, weil das Bundesverfassungsgericht feststellte, dass aufgrund von V-Leuten der Verfassungsschutzbehörden in Landesvorständen und dem Bundesvorstand der rechtsextremistischen Partei nicht mehr von der Staatsfreiheit der **NPD** ausgegangen werden konnte.

In einem zweiten Verbotverfahren gegen die **NPD** entschied das Bundesverfassungsgericht 2017, dass die **NPD** zwar verfassungsfeindliche Ziele vertritt, die auf die Beseitigung der bestehenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtet sind. Das Gericht wies den Verbotsantrag dennoch zurück. Es begründete die Entscheidung folgendermaßen: Letztlich fehle es „jedoch an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die es zumindest möglich erscheinen lassen, dass dieses Handeln zum Erfolg führt.“ Das bedeutet, dass die Partei wegen fehlender Relevanz für die Stabilität der Demokratie nicht verboten wurde.

In seiner Entscheidung wies das Bundesverfassungsgericht jedoch auf die Möglichkeit des Gesetzgebers hin, eine gesonderte Sanktionierung verfassungsfeindlicher Parteien unterhalb der Schwelle des Parteiverbotes vorzusehen. Dies griff der Bundestag auf und änderte mit mehr als der erforderlichen Zweidrittelmehrheit im Juni 2017 das Grundgesetz. Der Bundestag, der Bundesrat und die Bundesregierung stellten daraufhin beim Bundesverfassungsgericht den Antrag, die **NPD**, die im Juni 2023 in **Die Heimat** unbenannt wurde, von der staatlichen Parteienfinanzierung auszuschließen. Das Bundesverfassungsgericht urteilte am 23. Januar 2024, dass **Die Heimat** für die Dauer von sechs Jahren von der staatlichen Parteienfinanzierung ausgeschlossen ist.

## 5. Prävention

### Primärprävention durch den Verfassungsschutz

Maßnahmen der Rechtsextremismusprävention des Verfassungsschutzes NRW richten sich an die Bevölkerung mit dem Ziel, diese über aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus zu informieren. Andere Maßnahmen richten sich an ein Fachpublikum. Beide Linien der Aufklärungsarbeit zählen in Nordrhein-Westfalen zum gesetzlichen Auftrag des Verfassungsschutzes.

Mit Vorträgen, Vortragsgesprächen, Projekttagen und Workshops klären die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Referats 614 „Prävention, Aussteigerprogramme“ verschiedene Zielgruppen über die Thematik auf. Dazu gehören Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte – insbesondere Lehramtsanwärterinnen und -anwärter –, Beschäftigte aus Justiz, Polizei, Feuerwehr und Kommunalverwaltung sowie sozialen Einrichtungen. Der Verfassungsschutz bietet diese Formate für Einrichtungen in ganz Nordrhein-Westfalen an. In den Vorträgen setzen sich die Teilnehmenden beispielsweise mit den modernisierten Erscheinungsbildern des Rechtsextremismus auseinander, in denen dessen Inhalte bewusst verschleiert werden. Zusätzlich werden Ideologieelemente wie der völkische Nationalismus und die Ideologie der Ungleichwertigkeit behandelt, die sich unter anderem durch Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und weitere Diskriminierungsformen äußert. Wichtige Aspekte sind auch die Formen einer rechtsextremistischen Erlebniswelt, in der Freizeit- und Gemeinschaftsaktivitäten mit politischen Inhalten verschmelzen. Im Kontext der Erlebniswelt werden Beweggründe analysiert, aus denen heraus sich vor allem Jugendliche und junge Erwachsene diesen Szenen annähern. Außerdem geht es um Diskursstrategien, die der Entgrenzung des Rechtsextremismus Vorschub leisten. Rechtsextremisten zielen bewusst darauf ab, eigene Botschaften in demokratischen Bereichen der Gesellschaft anschlussfähig zu machen. Aktuell steht vor allem die Agitation extremistischer Gruppierungen in den sozialen Medien im Blickpunkt, die der Demokratiefeindschaft häufig ein modernes, jugendgerechtes Gewand verleiht. In umfangreicheren Workshops werten die Teilnehmenden zusätzlich in Kleingruppen rechtsextremistische Angebote wie Zeitschriften, Social-Media-Strategien, Codes und Symbole, Onlineshops und Musikvideos aus und nehmen Stilistik, Selbstinszenierungen und demokratiefeindliche Inhalte im Detail kritisch in den Blick.

### PRISMA – Aussteigergespräche zeigen Lebenswege, Motive und Gefahren

Neben Vorträgen und Workshops hat sich ein weiteres Programm zur Aufklärung beim Verfassungsschutz etabliert – das Projekt PRISMA. Das Projekt befasst sich mit den Biografien von Personen, die Teil einer extremistischen Szene waren. In Rahmen von moderierten Gesprächen erzählen die ausgestiegenen Personen aus dem Rechtsextremismus, Islamismus und dem auslandsbezogenen Extremismus über die Zeit vor, während und nach der Zeit innerhalb der jeweiligen extremistischen Szene. Die Teilnehmenden haben währenddessen die Möglichkeit, der ausgestiegenen Person Fragen zu stellen und so in den Austausch zu treten. Die Veranstaltungen bieten einen hohen Erkenntniswert, da die persönlichen Lebenswege, die Einstiegs-motivationen und die Erfahrungen in der Szene von den Betroffenen beschrieben werden. Elementar bei den Veranstaltungen, die von erfahrenen Moderatorinnen und Moderatoren geleitet werden, ist eine wertschätzende und sensible Atmosphäre, die den geeigneten Rahmen für die persönlichen Gespräche bietet. Eine weitere Voraussetzung ist die Vor- und Nachbereitung solcher moderierten Gespräche.

### Sekundäre Prävention – VIR-Programm

Im VIR-Programm wurden bis Mitte 2024 rund 200 Fachkräfte als VIR-Trainerinnen und -Trainer ausgebildet, die in Nordrhein-Westfalen und in zwölf weiteren Ländern tätig sind. VIR steht für „Veränderungsimpulse setzen bei Rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ – ein Qualifizierungskonzept und Kommunikationstraining für alle, die beruflich oder ehrenamtlich mit rechtsorientierten jungen Menschen im Kontakt sind. „Rechtsorientiert“ bedeutet hier, dass diese Personen sich der rechtsextremistischen Szene annähern oder als Mitläufer beteiligt sind. Es handelt sich um beginnende Radikalisierungsprozesse, in deren weiterem Verlauf Gewalt- und andere Straftaten zu erwarten sind. Das Ziel des VIR-Konzeptes ist es, in Alltagssituationen Impulse zu setzen, die zur Veränderung motivieren und den Prozess der Veränderung unterstützen. Der Steuerungskreis des VIR-Projekts führte 2024 in Bielefeld die zwölfte Trainerinnen- und Trainer-Ausbildung durch. Die Teilnehmenden sind anschließend lizenziert, in Zweierteams eigene Fortbildungen nach dem VIR-Konzept durchzuführen. VIR-Trainerinnen und -Trainer arbeiten beispielsweise in der Jugendhilfe, in Fußballfanprojekten, in Präventionsprogrammen zum Themenfeld Rechtsextremismus, in der

Polizeilichen Kriminalprävention, im Strafvollzug und der Schulpsychologie.

Im VIR-Programm arbeiten staatliche und zivilgesellschaftliche Stellen eng zusammen. Es wird gemeinsam getragen vom Arbeitskreis der Ruhrgebietsstädte gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen (AK Ruhr), von der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz und vom Verfassungsschutz NRW (Aussteigerprogramm „Spurwechsel“). VIR wird begleitet durch das Landesjugendamt Westfalen des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe. Das Qualifizierungskonzept umfasst zehn Bausteine, darunter Übungen zur motivierenden Gesprächsführung, ein Modell, das Veränderungsphasen aufzeigt (Transtheoretisches Modell der Veränderung), und Grundwissen zum Thema Rechtsextremismus (Rechtsslage, „Erlebniswelt Rechtsextremismus“, Ein- und Ausstiegsprozesse). Trainerinnen und Trainer können für eigene Veranstaltungen freier Träger, von Kommunen oder Behörden angefragt werden. Kontaktmöglichkeiten und weitere Informationen sind unter [www.vir.nrw.de](http://www.vir.nrw.de) abrufbar.

### **Tertiäre Prävention – Aussteigerprogramm**

Im Bereich der tertiären Prävention hat das nordrhein-westfälische Innenministerium im Jahr 2001 ein Aussteigerprogramm Rechtsextremismus eingerichtet, das seit Ende 2016 den Namen „Spurwechsel“ trägt. Spurwechsel ist das erste Aussteigerprogramm des Verfassungsschutzes NRW und diente somit als Vorreiter für die Aussteigerprogramme aus den Phänomenbereichen des Links- und auslandsbezogenen Extremismus (Programm „Left“) sowie des islamistischen Extremismus (Programm „API“).

Spurwechsel wendet sich an stark radikalisierte und in die rechtsextremistische Szene fest eingebundene Personen. Auch Personen, die sich selbstständig in einen Ausstiegsprozess begeben haben und deren Distanzierung weit fortgeschritten ist, bietet Spurwechsel den Raum, diesen Prozess nachhaltig zu festigen. Das Ziel ist es, Ausstiegswillige auf ihrem Weg zurück in die demokratische Gesellschaft zu begleiten und damit das extremistische Personenpotenzial zu reduzieren und mögliche einschlägige Straftaten zu verhindern.

Aussteigerprogramme sind ein Kernelement der Extremismusprävention. Die Ausstiegsarbeit besteht aus zwei grundlegenden Elementen. Dies ist zum

einen die Aufarbeitung der extremistischen Vergangenheit und Ideologie. So werden in persönlichen Gesprächen unter anderem Einstiegsprozesse beleuchtet und undemokratische Denkmuster hinterfragt. Bei der professionellen Aufarbeitung werden die jeweiligen Bedürfnisse und persönlichen Umstände der Ausstiegswilligen berücksichtigt. Gemeinsam mit den Klientinnen und Klienten werden Lösungsansätze und Veränderungsprozesse erarbeitet. Sie sollen dazu befähigt werden, diese Ansätze als Zukunftsperspektive selbst schrittweise umzusetzen.

Zum anderen stellt die Stabilisierung der persönlichen Lebensverhältnisse ein weiteres wesentliches Element dar. Das Programm leistet Hilfestellung im Alltag, zum Beispiel bei Behördengängen, bei der Eingliederung in Qualifizierungsmaßnahmen, bei der Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche sowie bei der Schuldner- und Drogenberatung. Das Programm ist eng mit Behörden und allen wesentlichen Hilfesystemen vernetzt.

Notwendige Voraussetzung für eine Teilnahme am Programm sind Freiwilligkeit, grundsätzliche Gesprächsbereitschaft beziehungsweise die Bereitschaft, extremistische Denkmuster zu hinterfragen. Die Ausstiegsprozesse sind langwierig, die Begleitung der Klientinnen und Klienten dauert regelmäßig etwa drei bis fünf Jahre.

Der Ausstieg wird durch ein multiprofessionelles Team von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verfassungsschutzes NRW begleitet, das über berufliche Erfahrungen und Kenntnisse aus den Bereichen Polizei, Verfassungsschutz, Justiz, Rechts- und Politikwissenschaft, Psychologie, Pädagogik und Soziale Arbeit verfügt. Durch die Anbindung an den Verfassungsschutz steht ihnen besonderes Fachwissen zur extremistischen Szene zur Verfügung. Dies schafft eine Grundlage für passgenaue Methoden der Deradikalisierung.

### **Fallzahlen Spurwechsel**

Seit 2001 hat sich Spurwechsel bisher mit rund 480 Personen beschäftigt. Davon sind aktuell 205 Personen erfolgreich aus der rechtsextremistischen Szene ausgestiegen. Derzeit besteht Kontakt zu rund 40 Personen. Spurwechsel war 2015 das bundesweit erste staatliche Aussteigerprogramm, das extern wissenschaftlich evaluiert wurde. Laut Evaluationsergebnis besteht bei einmal ins Programm aufgenommenen Personen eine Erfolgsquote von 94% nachhaltiger Ausstiege.

## Polizeiliche Präventionsmaßnahmen

Der Runderlass „Polizeiliche Kriminalprävention“ des Ministeriums des Innern Nordrhein-Westfalen vom 9. September 2019 setzt Standards im Aufgabenfeld der Prävention von Politisch motivierter Kriminalität und damit auch zur Prävention von Rechtsextremismus. Polizeiliche Maßnahmen zur Prävention von Politisch motivierter Kriminalität (PMK), zielen auf die Verhinderung beziehungsweise Reduzierung von Politisch motivierter Kriminalität ab. Sie sind darauf ausgerichtet, potenzielle Täterinnen und Täter von der Begehung von Straftaten abzuhalten und tragen dazu bei, dass Bezugspersonen von potenziellen Täterinnen und Tätern Radikalisierungsverläufe erkennen und folgerichtig handeln.

Die Polizei informiert über Straftaten, die der Politisch motivierten Kriminalität zuzuordnen sind, wirkt bei der Entwicklung, Optimierung und Umsetzung von polizeilichen Konzeptionen und Strategien zur Prävention und Bekämpfung von Politisch motivierter Kriminalität mit und vernetzt sich mit dem Verfassungsschutz und anderen externen Präventionsträgern. Sie beteiligt sich mit ihrem Informations- und Beratungsangebot zur Prävention der Politisch motivierten Kriminalität an Projekten von Schulen und anderen Präventionsträgern. Die Polizei in Nordrhein-Westfalen wirkt in Netzwerken zur Prävention von Politisch motivierter Kriminalität mit.

## Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (LKA NRW)

Im LKA NRW werden die für die Kriminalprävention relevanten Informationen über die Erscheinungsformen und Entwicklungen der Kriminalität, unter anderem im Bereich Rechtsextremismus, über Projekte der Kriminalprävention, Ergebnisse wissenschaftlicher Grundlagenarbeit, Erfahrungen der Praxis sowie sonstige präventionsrelevante Erkenntnisse zusammengeführt und den Kreispolizeibehörden in Nordrhein-Westfalen aufbereitet zur Verfügung gestellt. Unter anderem stellt das LKA NRW den Kreispolizeibehörden Mustervorträge zu verschiedenen Phänomenbereichen – wie Rechtsextremismus, Verschwörungsmysen und Antisemitismus – zur Verfügung. Darüber hinaus beteiligt es sich auf Landes- und Bundesebene an Gremien-, Grundlagen- und Netzwerkarbeit der Prävention.

Das LKA NRW steht im regelmäßigen Austausch mit zivilgesellschaftlichen Präventionsträgern. So finden jährliche Besprechungen des LKA NRW mit

der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen, der Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt BackUp, der Opferberatung Rheinland und der Abteilung Verfassungsschutz des Ministeriums des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen statt.

## Radicalisation Awareness Network (RAN)

Als weiterer Netzwerkpartner des LKA NRW bei der Präventionsarbeit Politisch motivierter Kriminalität im Allgemeinen und bei der Präventionsarbeit im Phänomenbereich des Rechtsextremismus im Speziellen ist das RAN (Radicalisation Awareness Network) aufzuführen. Das RAN ist ein Netzwerk für Praktikerinnen und Praktiker der Präventionsarbeit aus der gesamten Europäischen Union, das 2011 durch die EU-Kommission ins Leben gerufen wurde. Es wird durch die EU-Kommission finanziert. Ziele sind die Vernetzung und der Austausch zwischen Fachleuten aus verschiedenen Bereichen der Präventionspraxis und aus verschiedenen Staaten zur Prävention und Bekämpfung von gewaltbereitem Extremismus. Dies geschieht unabhängig vom Phänomenbereich, also neben dem Rechtsextremismus beispielsweise auch hinsichtlich des Islamismus oder der Strukturen linker Militanz. So sollen Ansätze und Konzepte weitergetragen und verbessert werden. Das RAN publiziert die Ergebnisse und informiert darüber hinaus über Neuigkeiten aus Forschung und Politik rund um die Themen Radikalisierung, Extremismus, Terrorismus und Prävention. So will das Netzwerk auch über den Kreis der Beteiligten hinaus Fachleuten helfen, Praxiserkenntnisse aus verschiedenen europäischen Ländern zu nutzen und die eigene Arbeit zu verbessern.

## Kreispolizeibehörden in Nordrhein-Westfalen

Die Kreispolizeibehörden in Nordrhein-Westfalen wirken auf regionaler Ebene in kriminalpräventiven Gremien und Netzwerken mit. Sie nehmen regelmäßig an „runden Tischen“, Arbeitskreisen oder Programmen zur Prävention von Politisch motivierter Kriminalität teil. Jede Kriminalinspektion Staatsschutz benennt eine Ansprechperson für Prävention von Politisch motivierter Kriminalität, die auch als Schnittstelle zu den Aussteigerprogrammen sowie weiteren Präventionsangeboten der Verfassungsschutzbehörde Nordrhein-Westfalen dient.

Die Kriminalkommissariate Kriminalprävention und Opferschutz beziehungsweise die für Kriminalprävention und Opferschutz zuständigen Organisationseinheiten entwickeln in Zusammenarbeit mit den Kriminalinspektionen Staatsschutz örtlich angepasste Konzepte für Präventionsmaßnahmen, unter anderem im Bereich des Rechtsextremismus, und beteiligen sich an bestehenden Präventionsangeboten.

### **Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)**

Das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) informiert auf seiner Internetseite über Straftaten und Phänomene aus dem Bereich der Politisch motivierten Kriminalität im Allgemeinen sowie auch aus dem Bereich des Rechtsextremismus im Speziellen.

Die Internetseite des ProPK informiert in ihrem Artikel „Wenn Vorurteile in Gewalt umschlagen“ über Hasskriminalität, wie sie entsteht, welche Ausmaße sie annehmen kann und informiert Opfer über ihre Rechte sowie Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten.

Mit dem Medienpaket „Junge Menschen stärken – Radikalisierung vorbeugen“ des ProPK steht Fachkräften in Schulen, der Jugendarbeit und der Polizei für die Arbeit mit Jugendlichen ein neues Informationsmedium zur Verfügung. Es bietet Hintergrundinformationen, Materialien für die Präventionspraxis sowie konkrete Anleitungen zur Sensibilisierung von Akteuren vor Ort – darunter Impulse für die Diskussion am runden Tisch, Input für Vorträge wie auch Videoclips mit konkreten Fragen für Diskussionen. Ziel ist es, junge Menschen zu stärken, damit sie mit extremistischen Angeboten und Ansprachen kritisch umzugehen, sie hinterfragen und somit einer möglichen Radikalisierung vorbeugen.

Im Rahmen der „Aktion-tu-was“ des ProPK wird dazu aufgefordert, Zivilcourage zu zeigen. Anhand von Beispielen werden unter anderem die Themen Gewalt, Belästigung, Diskriminierung, Ausgrenzung, Cybermobbing und Extremismus thematisiert. Für jedes dieser Themen werden Handlungsoptionen aufgezeigt und per Link mit Regeln der Zivilcourage verknüpft. Zudem informiert die Seite über weiterführende externe Angebote, Kampagnen und Aktionen zum Thema.

### **Weitere Projekte und Netzwerke Kommunen gegen Extremismus**

Ein weiteres Angebot der Extremismusprävention ist das 2014 im Kreis Mettmann durch den Verfassungsschutz NRW gemeinsam mit dem polizeilichen Staatsschutz initiierte Projekt „Kommunen gegen Extremismus“. Das Projekt wurde mit dem Ziel ins Leben gerufen, Kommunen, Kreise und kreisfreie Städte in Nordrhein-Westfalen bei Fragen und Unsicherheiten im Umgang mit jeglicher Art von Extremismus zu unterstützen. Die Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden und Kommunen beruht im Wesentlichen auf einem Informationsaustausch in beide Richtungen und soll bereits im Vorfeld der Entstehung jeglicher Form von Extremismus entgegenwirken. Der Verfassungsschutz und der Staatsschutz stehen den Kommunen dauerhaft unterstützend zur Verfügung. Neben dem Austausch bietet das Projekt zudem Sensibilisierungs- und Aufklärungsveranstaltungen an. Jährlich findet darüber hinaus ein fachlicher Austausch aller teilnehmenden Kommunen statt. Bislang wurde das Projekt auf acht Landkreise und drei kreisfreie Städte in Nordrhein-Westfalen erweitert. Auch für die Zukunft sind weitere Ausweitungen beabsichtigt.

### **IMAG und Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus**

Rechtsextremistische und rassistische Einstellungen sind in vielfältigen Weisen in der Gesellschaft präsent und treten in allen Milieus auf. Um demokratische Kräfte zu unterstützen sowie undemokratischen und rassistischen Entwicklungen entgegenzuwirken, entwickelte die Landesregierung 2016 unter dem Leitziel „Nordrhein-Westfalen handelt geschlossen – gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ das Integrierte Handlungskonzept zu diesen Themenfeldern. Ziel des Handlungskonzeptes ist es, die Aktivitäten der Landesregierung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus strategisch aufeinander abzustimmen. Mit der Steuerung des Handlungskonzeptes ist eine Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) beauftragt. Die Federführung liegt im Ministerium für Kultur und Wissenschaft. Ziel der IMAG ist es, die Umsetzung des Handlungskonzeptes zu koordinieren, zu begleiten und zu bewerten sowie den Informationsaustausch zwischen den Ministerien sicherzustellen.

Seit 2014 sind das LKA NRW und der Verfassungsschutz NRW auch feste Mitglieder im Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus. Das von der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus in Nordrhein-Westfalen koordinierte Netzwerk setzt sich aus staatlichen sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammen. Es dient als Austausch- und Informationsforum von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der Arbeit gegen Rechtsextremismus. Ziel des Landesnetzwerks ist es, ein menschenrechtsorientiertes und demokratisches Zusammenleben zu fördern. Im Dialog werden gemeinsame Maßnahmen für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus entwickelt und umgesetzt.

### **CoRE NRW – Connecting Research on Extremism in North Rhine-Westphalia**

Das Wissenschaftsnetzwerk Connecting Research on Extremism in North Rhine-Westphalia, kurz CoRE NRW, wurde 2016 mit dem Ziel gegründet, den Austausch zwischen Wissenschaft, Praxis und Zivilgesellschaft zu fördern. Das Netzwerk erforscht Bedingungen und Formen extremistischer Radikalisierung sowie Präventionsmaßnahmen und bringt Akteure der Extremismusprävention und Forschende zusammen. Ein Fokus des Netzwerks liegt auf der Erforschung des gewaltbereiten Salafismus. Seit 2020 beschäftigt sich das Wissenschaftsnetzwerk auch mit weiteren Formen des Extremismus, beispielsweise mit dem Rechtsextremismus. Die Federführung für CoRE NRW liegt beim Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, das durch eine Koordinierungsstelle unterstützt wird, die beim Friedens- und Konfliktforschungsinstitut BICC (Bonn International Centre for Conflict Studies) angesiedelt ist.

Seitens der Sicherheitsbehörden bringen sich das LKA NRW und der Verfassungsschutz NRW mit ihren Erkenntnissen im Wissenschaftsnetzwerk CoRE NRW aktiv ein und können zugleich ihre Arbeit durch aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse ergänzen. Durch den gemeinsamen Austausch werden Erkenntnisse aus Wissenschaft, Praxis und Zivilgesellschaft gebündelt und fließen wiederum in Forschung und Praxis ein. Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen förderte bisher 13 Projekte, von denen zurzeit noch fünf laufen.

### **Fachworkshop zu Rechtsextremismus und Gaming**

Um über rechtsextremistische Strategien in der Gaming-Welt aufzuklären, entstand Ende 2022 eine Kooperation zwischen dem Verfassungsschutz NRW und dem Landesverband für E-Sport Nordrhein-Westfalen. Zum Auftakt fand am 7. August 2023 der gemeinsame Fachworkshop „Game Over Extremism – Gemeinsam gegen Rechtsextremismus im E-Sport“ in Köln statt. Daran nahmen sowohl Vertreterinnen und Vertreter aus den Bereichen E-Sport und Gaming als auch Akteure aus der politischen Bildung und den Sicherheitsbehörden teil. Der Fachworkshop hatte zum Ziel, Vorschläge für Aufklärungsmöglichkeiten zur Thematik und Ideen für Module zum Thema Rechtsextremismus für die Trainerinnen- und Trainerausbildung im E-Sport zu sammeln. Die Ergebnisse des Workshops dienen als Grundlage für weitere präventive Maßnahmen im Bereich Gaming und E-Sport.

### **Spielerische Prävention – „Leons Identität“**

„Leons Identität“ ist ein Spiel, das in enger Zusammenarbeit zwischen der Staatskanzlei und dem Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen von einem externen Spielehersteller entwickelt und im August 2020 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Dabei handelt es sich um ein detektivisches Abenteuerspiel mit dem Fokus auf der Erforschung einer Spielwelt, die in jedem Detail interaktiv ist. Das Spiel findet dabei im Zimmer des vermissten Jungen Leon statt. Der Spieler schlüpft in die Rolle seines Bruders, der sich auf die Suche macht.

Die Landesregierung NRW will mit Leons Identität aufklären und Jugendliche und junge Erwachsene sensibilisieren. Es soll ihnen helfen, rechtsextremistische Ideologie zu erkennen, ihre politische Urteilsfähigkeit zu schulen und zugleich Medienkompetenz fördern und das Demokratieverständnis festigen. Dabei soll das Spiel auch Personen an das Thema heranführen, die bislang wenig Nähe zum Bereich der politischen Bildung hatten. Es ist niedrigschwellig und intuitiv angelegt und soll in erster Linie als Spiel wahrgenommen und angenommen werden. Die zum Spiel gehörige Website bietet den Spielerinnen und Spielern weitergehende Informationen sowie valide Quellen. Sie soll zur eigenen Recherche motivieren und die Entwicklung der eigenen Medienkompetenz unterstützen.

Aufgrund der positiven Resonanz im pädagogischen Raum hat das Ministerium für Schule und Bildung zu „Leons Identität“ pädagogisches Begleitmaterial für den Einsatz in Schulen und Jugendarbeit entwickelt. Das Spiel und Begleitmaterial ist abrufbar unter <https://leon.nrw.de>.

### **Breitgefächerte Kooperation**

Neben den aufgeführten Netzwerken und Kooperationen haben sich weitere Kooperationen des Verfassungsschutzes NRW etabliert. Seit Jahren besteht eine enge Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung. Das gemeinsame Ziel ist es, frühzeitig demokratiegefährdende Entwicklungen zu identifizieren und rechtzeitig passgenaue Präventionsformate anzubieten. Durch gemeinsame Veranstaltungen und andere Formate informieren die Landeszentrale und der Verfassungsschutz NRW unter anderem über aktuelle Entwicklungen und Trends in den Bereichen Rechtsextremismus und Antisemitismus.

Auch zu verschiedenen politischen Stiftungen besteht eine Kooperation. 2020 initiierte der Verfassungsschutz NRW das Programm „Akteure politische Bildung NRW“ mit dem Ziel, ein Dialogformat zwischen dem Verfassungsschutz und den Landesbüros der verschiedenen politischen Stiftungen in Nordrhein-Westfalen zu etablieren. Durch den Dialog können Prävention und politische Bildung voneinander profitieren und gemeinsam gegen Extremismus agieren. In den vergangenen Jahren konnten durch das Programm schon erste kooperative Veranstaltungen realisiert werden. Beispielsweise hat sich der Verfassungsschutz NRW an Vorträgen, Workshops und Veranstaltungen zu den Themen Erlebniswelt Rechtsextremismus, Verschwörungsmythen, institutioneller und struktureller Rassismus und allgemeine Extremismusprävention beteiligt. Ziel des Programmes ist es, auch weitere mögliche Kooperationsprojekte zu entwickeln.

Seit Jahren laden verschiedene Zentren für schulpraktische Lehrerbildung (ZfSL) das Präventionsreferat des Verfassungsschutzes NRW ein, um über aktuelle Entwicklung im Bereich Rechtsextremismus zu referieren. In Vorträgen und Workshops erhalten die angehenden Lehrkräfte Einblicke zum Beispiel in Diskursstrategien, Erscheinungsbilder und Social-Media-Aktivitäten rechtsextremistischer Gruppierungen.

### **6. Verhinderung von rechtsextremistischen Mitarbeitern in Sicherheitsbehörden**

Rechtsextremistische Einstellungen sind nicht nur bei Angehörigen rechtsextremistischer Gruppen zu finden, sondern auch in Teilen der Gesellschaft jenseits des organisierten Rechtsextremismus verbreitet. Sie stellen insbesondere bei Angehörigen von Sicherheitsbehörden eine Gefahr dar, da gerade diese Institutionen für den Schutz der Verfassungs- und Rechtsordnung verantwortlich sind. Rechtsextremistische Bestrebungen stehen im Widerspruch zum Grundwesen des öffentlichen Dienstes in der freiheitlichen Demokratie. Die Beschäftigten der Sicherheitsbehörden sind Teil der öffentlichen Verwaltung und damit Garanten für die Funktionsfähigkeit und Rechtsstaatlichkeit staatlichen Handelns. Beamtinnen und Beamte müssen die Gewähr dafür bieten, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten. Dies gilt insbesondere für die Polizei, die Träger des staatlichen Gewaltmonopols ist. Auch Angestellte des öffentlichen Dienstes müssen sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen.

### **Zahlen zu Nordrhein-Westfalen aus dem Bundeslagebericht**

Zur ganzheitlichen Bekämpfung von extremistischen Tendenzen in Sicherheitsbehörden übermittelt die Polizeibehörde im Ministerium des Innern NRW im Rahmen der gesetzlichen Aufgabenerfüllung regelmäßig die als extremistische Verdachtsfälle eingestuften Fälle an den Verfassungsschutz NRW. Dies ist gesetzlich und aus Sicht der Verfassungsschutzbehörden fachlich erforderlich, um neben der zahlenmäßigen Erfassung der Verdachtsfälle insbesondere die Aufklärung möglicher Netzwerke zu fördern.

Entsprechend wird eine solche Übermittlung somit nicht nur im Rahmen der jeweiligen Abfragen zu den Lagebildern sichergestellt, sondern erfolgt fortlaufend bei entsprechenden Hinweisen aus den Polizeibehörden. Vor diesem Hintergrund wurde im Oktober 2020 erstmals der Bundeslagebericht „Rechtsextremisten in Sicherheitsbehörden“ des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) vorgestellt. Es folgten 2022 die erste und 2023 die zweite Fortschreibung. Der aktuellste dritte Lagebericht (2023) schließt lückenlos an die vorangegangene Publikation an und umfasst den Erhebungszeitraum vom 1. Juli 2021 bis

zum 31. Dezember 2022. Für Nordrhein-Westfalen kann im Ergebnis festgehalten werden, dass die Anzahl der Fälle im Vergleich zum letzten Lagebericht rückläufig ist. Es wurden insgesamt 92 (Lagebericht 2022: 218) Fälle ausgewertet. Davon wurden 58 Fälle als Verdachts- und erwiesene Fälle bewertet. Der vierte Lagebericht wird derzeit erarbeitet.

### **Maßnahmen zur Verhinderung von Rechtsextremisten in Sicherheitsbehörden**

Seit Mitte 2018 ermöglicht das Datenschutzgesetz NRW die Regelanfrage beim Verfassungsschutz über Bewerber für den Polizeidienst oder andere Beschäftigungsverhältnisse bei der Polizei. Die Anfragen erfolgen laufend. Bei Hinweisen auf eine rassistische und rechtsextreme Gesinnung von Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern der Polizei NRW erfolgt die weitere Bearbeitung ausschließlich durch die hierfür zuständige Kriminalinspektion Polizeilicher Staatsschutz.

Aufgrund der im September 2020 aufgedeckten Chatgruppen der Polizei in Essen, in welchen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte über Jahre hinweg rassistisches, antisemitisches und NS-verherrlichendes Material austauschten, richtete der Minister des Innern Nordrhein-Westfalen die „Stabsstelle Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW“ ein. Diese entwickelte ein Handlungskonzept zur Früherkennung, Entgegnung und Vorbeugung rechtsextremistischer Tendenzen in der Polizei, welchem im Ergebnis folgende Leitgedanken zugrunde liegen:

- Werte vermitteln und demokratische Resilienz stärken
- Wissen erweitern und Praxis verändern
- Führung stärken und Risikofaktoren erkennen
- Organisation entwickeln und Professionalität fördern

Hierzu wurde ein Maßnahmenkonzept aufgelegt, das alle Bereiche der Polizei vom Auswahlverfahren, über die Aus- und Fortbildung sowie dem ständigen Dienstbetrieb umfasst und auch die Interaktion mit der Zivilgesellschaft stärkt. Insbesondere sind dabei folgende Maßnahmen zu nennen:

### **Auswahlverfahren und Ausbildung**

Im Bereich der Auswahl von Personal wurden Elemente aufgenommen, um Bewerberinnen und Bewerber mit einer entsprechenden Gesinnung zu erkennen und auszuschließen. Mit der Einführung der Regelabfrage bei den Verfassungsschutzbehörden ist damit bereits ein wichtiger Schritt geleistet worden. Neben der Regelabfrage und der Sicherstellung einer ausreichenden Überprüfung der Bewerberinnen und Bewerber ist zudem bei der Auswahl von geeignetem Personal, die Abbildung kultureller Varianz und der bestehenden gesellschaftlichen Diversität zu berücksichtigen, denn ein Erfahrungsaustausch und ein Perspektivwechsel mit Kolleginnen und Kollegen mit Zuwanderungsgeschichte können dem Entstehen von Vorurteilen vorbeugen.

Für den Bereich der Ausbildung sind zwei Grundgedanken wesentlich. Einerseits ist die Vermittlung von Wissen über die freiheitliche demokratische Grundordnung sowie Extremismus entscheidend. Zudem trägt die Stärkung der Medienkompetenz dazu bei, die Wirkungsweise und die Gefahren sozialer Netzwerke, die insbesondere Rechtsextremisten nutzen, besser zu kennen. Wissen alleine reicht jedoch nicht aus, sodass verhaltensorientierte Trainings unter anderem im Bereich sozialer Kompetenzen sowie Reflexionsveranstaltungen eine besondere Bedeutung zukommt.

### **Fortbildung und berufsbegleitende Maßnahmen**

Es ist besonders wichtig, die gesamte Organisation in den Blick zu nehmen und nicht nur den Nachwuchs zu stärken. Neben der Stärkung der politischen Bildung, vor allem im Bereich Extremismus werden auf Grundlage des Ansatzes einer „police accountability“, die Kompetenzen der Beamtinnen und Beamten dahingehend gestärkt werden, dass die Maßnahmen der Polizei für den Bürger nachvollziehbarer, überprüfbarer und transparenter gestaltet werden. Ein Austausch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren für den Abbau und zur Vorbeugung von Vorurteilen wird durch verschiedene Ansätze (z. B. Besuch von Gedenkstätten) gewährleistet. Eine ganz wesentliche Maßnahme stellt die Alltagsreflexion dar; unter fachkundiger Begleitung psychologischer Fachkräfte werden im Rahmen einer supervisorischen Maßnahme der Dienstalltag und Einflüsse auf die Persönlichkeit reflektiert und nachbereitet. Zielgerichtete Fortbildungsveranstaltungen im Bereich Politik und Gesellschaft ergänzen die Maßnahmen.

## **Organisation und Führung**

Die Empfehlungen im Bereich der Organisation und Führung reichen von besonderen Qualifizierungsmaßnahmen, die Führungskräfte der Laufbahngruppe 2.1 absolvieren müssen, über verpflichtende Verwendungsgespräche zwischen Führungskräften und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hinsichtlich einer möglichen Rotation, bis hin zu der Einstellung von psychosozialen Kräften. Darüber hinaus haben die Vorfälle im Polizeipräsidium Essen gezeigt, dass das Phänomen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit offensichtlich über Jahre hinweg innerhalb dieser Dienstgruppe bestehen konnte. Der Rolle von Führungskräften innerhalb der Polizei kommt somit eine entscheidende Bedeutung zu. Mit der Fortschreibung der Rahmenkonzeption „Verantwortliche Wahrnehmung von Führung in der Polizei NRW“ am 7. Februar 2022 wurde als Anlage 15 eine 17-seitige Handreichung „Demokratiefeindliche Erscheinungsformen“ in Kraft gesetzt.

Die Handreichung soll Führungskräfte aller Hierarchieebenen (von der Dienstgruppenleitung/Kommissariatsleitung bis hin zur Behördenleitung) anregen, eine Organisations- und Gesprächskultur zu fördern, die die Werteordnung des Grundgesetzes aktiv fördert, aber auch Handlungssicherheit erzeugen, um extremistische Tendenzen möglichst früh zu erkennen und zeitnah zu reagieren. Die Handreichung wurde zwischenzeitlich in die jährliche Belehrungsroutine aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgenommen.

## **Weiterführung**

Das Ziel ist, kontinuierlich eine hohe Sensibilität für rassistische und rechtsextremistische Einstellungen und Verhalten zu entwickeln und frühzeitig entgegenzuwirken. Dazu gehört eine niederschwellige Verdachtsfallbearbeitung, umfassende Aufklärung und die Fortentwicklung der eingeleiteten Maßnahmen. Entsprechend müssen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in Sicherheitsbehörden tätig sind, bestmöglich aus- und fortgebildet werden. Insbesondere vor dem Hintergrund der beruflichen Belastungen. Mit der Einführung der Regelabfrage bei den Verfassungsschutzbehörden ist bereits ein wichtiger Schritt geleistet worden. Zudem ist beabsichtigt, das Strafrecht zu verschärfen. Entsprechend soll der Austausch rassistischer, antisemitischer oder fremdenfeindlicher Inhalte für Amtsträgerinnen und Amtsträger auch in geschlossenen virtuellen Gruppen strafbar werden.

## **7. Prognose**

Die Stärkung der Demokratie und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der beste Verfassungsschutz besteht aus mündigen Bürgerinnen und Bürger. Der Staat hat dabei die Aufgabe, die Bürgerinnen und Bürger sowie eine lebendige Zivilgesellschaft zu unterstützen. Im Aufgabenbereich des Ministeriums des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen leisten Verfassungsschutz und Polizei mit ihren vielfältigen und umfassenden Maßnahmen einen wesentlichen Beitrag für die öffentliche Sicherheit, die es ermöglicht, ein Leben in Freiheit zu führen sowie bürgerliches Engagement wahrzunehmen. Weitere Ressorts der Landesregierung tragen in ihren jeweiligen Aufgabenbereichen ebenfalls dazu bei. Vor allem sind hier die Aufgabenbereiche Schule, Justiz, Jugend, Soziales, Wissenschaft, Kultur und Weiterbildung zu nennen.

Die dargestellten Maßnahmen werden fortlaufend auf ihre Verhältnismäßigkeit und Wirksamkeit überprüft. Dies ist notwendig, da die rechtsextremistische Szene in den vergangenen Jahren einen ständigen Wandel vollzieht. Insbesondere die Digitalisierung im Rechtsextremismus stellt Prävention und Repression als auch die Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und Unternehmen vor neue Herausforderungen. Darüber hinaus sind Teile des Rechtsextremismus lernfähig. Das heißt, die staatlichen - aber auch zivilgesellschaftliche - Maßnahmen führen im Rechtsextremismus zu Innovationen, um präventive oder repressive Maßnahmen ins Leere laufen zu lassen. Allerdings lässt sich kaum prognostizieren, was Rechtsextremisten lernen werden und was für ein Verhalten daraus folgt. Insofern bleibt die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ein dynamischer Prozess, der ständige Anpassungen an Maßnahmen, Instrumente und rechtliche Befugnisse der Sicherheitsbehörden erfordert.



## Zeitleiste

In die Zeitleiste wurden Ereignisse aufgenommen, die durch ein hohes Maß an Gewalt geprägt waren oder eine große öffentliche Wirkung erzielen haben. Die Zeitleiste geht etwas mehr als 10 Jahre zurück, weil mit der Hogesa-Versammlung eine Entwicklung begann, die später in der rechtsextremistischen Mischszene mündete.

### **Oktober 2014:**

Hogesa-Versammlung in Köln, an der sich knapp 5.000 Hooligans und Rechtsextremisten beteiligten, die durch exzessive gewalttätige Ausschreitungen geprägt war.

### **2015 und 2016:**

Zahlreiche Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte.

### **Mai 2015:**

Razzia bei und Festnahme von Mitgliedern der **Old School Society**. Das Führungsquartett, einer stammte aus Bochum, wurde im März 2017 wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung verurteilt. Die Gruppe hatte einen Anschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft geplant.

### **Oktober 2015:**

Brandanschlag auf ein von Flüchtlingen bewohntes Mehrfamilienhaus in Altena. Im September 2016 verurteilte das Landgericht Hagen die beiden Täter wegen schwerer Brandstiftung zu mehrjährigen Haftstrafen und stellte deren rechtsextremistische Tatmotivation fest.

### **Oktober 2015:**

Rechtsextremistisch motivierter Anschlag auf die damalige Kölner Oberbürgermeisterkandidatin Henriette Reker, die mit einem Messer schwer verletzt wurde. Vier Wahlkampfhelfer wurden ebenfalls verletzt. Der Täter wollte mit dem Anschlag ein Zeichen gegen die Flüchtlingspolitik setzen.

### **Januar 2016:**

Pegida-Versammlung in Köln mit rund 1.700 Teilnehmern, bei der über 200 Straftaten verübt wurden. Kurz nach Beginn verummten sich an der Spitze des Demonstrationzugs Teilnehmer und warfen Pyrotechnik und Flaschen auf Polizeibeamte.

### **Juni 2016:**

Die Partei **Die Rechte** organisierte die neonazistische Demonstration „Tag der deutschen Zukunft“ in Dortmund mit 900 bis 1.000 Teilnehmern, auf der die Redner unter anderem den Nationalsozialismus glorifizierten.

### **Oktober 2016:**

5.000 Rechtsextremisten beim Szene-Konzert in Unterwasser (Schweiz) mit überwiegend deutschen Musikern und Besuchern, darunter ein Rechtsrapper und zahlreiche Teilnehmer aus NRW.

### **Januar 2017:**

Das Bundesverfassungsgericht spricht das Urteil im **NPD**-Verbotsprozess. Die Partei wird nicht verboten. Das Gericht stellt fest, dass die Partei verfassungswidrige Ziele verfolgt. Das Verbot scheiterte, weil das Gericht die Partei für derart unbedeutend hielt, dass es keine ausreichenden Anhaltspunkte sah, die es zumindest als möglich erscheinen ließen, dass das Handeln der Partei erfolgreich sein konnte.

### **Juli 2017:**

Rechtsextremistisches Konzert in Themar (Thüringen) mit rund 6.000 Teilnehmern, darunter auch Musiker und Besucher aus Nordrhein-Westfalen. Zu den Rednern gehörten Sascha Krolzig (Dortmund), damals Funktionär bei **Die Rechte** und Denis Kapustin (damals Köln), Führungsperson des rechtsextremistischen Kampfsportlabels **White Rex**.

### **Oktober 2017:**

Rechtsextremistische Kampfsportveranstaltung **Kampf der Nibelungen** in Kirchhundem (Kreis Olpe) mit rund 500 Besuchern, die von der Dortmunder **Neonaziszene** maßgeblich organisiert wurde.

### **November 2017:**

Anschlag auf den Bürgermeister von Altena durch einen rechtsextremistisch motivierten Täter.

### **April 2018:**

Rechtsextremistische Demonstration „Europa Erwache“ in Dortmund mit rund 600 Teilnehmern, darunter Angehörige rechtsextremistischer Gruppierungen aus dem europäischen Ausland.

### **Zweite Jahreshälfte 2018:**

Mehrere Drohmails an Personen und Institutionen mit dem Absender „NSU 2.0“.

**Juni 2019:**

Rechtsextremistisch motivierter Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke. Der aus Hessen stammende Mörder war 2009 an einem rechtsextremistischen Angriff auf eine Gewerkschaftsversammlung in Dortmund beteiligt. Seine Mordwaffe hatte er illegal von einer Person aus Ostwestfalen-Lippe gekauft.

**Oktober 2019:**

Rechtsextremistisch motivierter Anschlag auf eine Synagoge in Halle an der Saale. Nachdem dieser fehlschlägt, ermordet der Täter zwei Menschen, die er zufällig antrifft. Auf seiner Flucht schießt er auf weitere Menschen. Den gesamten Tatverlauf streamte er live mit einer Helmkamera.

**Januar 2020:**

Verbot von **Combat 18** durch das Bundesinnenministerium. Zielsetzung der Organisation war die Verbreitung einer rechtsextremistischen, insbesondere fremdenfeindlichen und antisemitischen Ideologie. Zudem wies sie eine aggressiv-kämpferische Grundhaltung auf. Das Verbot richtete sich gegen sieben Mitglieder, davon eins aus Nordrhein-Westfalen.

**Februar 2020:**

Durchsuchung und Festnahme von Mitgliedern der **Gruppe S**. Vier der 13 Beschuldigten stammen aus Nordrhein-Westfalen. Die Gruppe wollte durch Angriffe auf Moscheen und die Tötung oder Verletzung einer möglichst großen Anzahl dort anwesender muslimischer Gläubiger bürgerkriegsähnliche Zustände herbeiführen. Die Rechtsextremisten werden wegen Mitgliedschaft oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im November 2023 zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

**Februar 2020:**

Rechtsextremistischer Anschlag in Hanau. Der Täter erschießt in Bars und einem Kiosk neun Menschen, die er für Ausländer hält. Anschließend tötet er seine Mutter und sich selbst. In einer Art Manifest offenbarte er seine rechtsextremistischen Überzeugungen und zugleich psychische Wahnvorstellungen.

**August 2020:**

Ausschreitungen am Reichstagsgebäude in Berlin. Eine Reichsbürgerin aus Nordrhein-Westfalen wiegelte die Teilnehmer einer Versammlung dazu auf. Mehrere Rechtsextremisten aus Nordrhein-Westfalen, darunter eine Führungsperson der **rechtsextremistischen Mischzene**, beteiligten sich daran.

**September 2020:**

Durchsuchungen bei Polizisten, die in mehreren Chatgruppen von Polizisten NS-verherrlichendes, rassistisches und antisemitisches Material verbreitet hatten.

**Dezember 2020:**

Versammlung gegen Corona-Maßnahmen in Düsseldorf unter Beteiligung von 300 bis 400 Rechtsextremisten. Rund 150 Anhänger der rechtsextremistischen Mischzene suchten die Auseinandersetzung mit Gegendemonstranten, rannten auf diese zu und wurden von der Polizei eingekesselt.

**April 2022:**

Durchsuchungen bei Mitgliedern der **Kaiserreichsgruppe/Vereinte Patrioten** die Anschläge auf die Infrastruktur und die Entführung des Bundesgesundheitsministers planten. Ein Mitglied stammt aus Nordrhein-Westfalen und wurde 2024 wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verurteilt.

**Mai 2022:**

Durchsuchung und Festnahme eines 16-jährigen Schülers wegen eines geplanten rechtsextremistisch motivierten Anschlags an einer Essener Schule.

**Juli 2022:**

Sprengstoffanschlag auf das Büro der Partei Die Linke in Oberhausen. Die beiden Täter handelten rechtsextremistisch motiviert und wollten politische Gegner einschüchtern. Im August 2024 wurden sie zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und vier Monaten bzw. von zwei Jahren und vier Monaten verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

**Dezember 2022:**

Razzia bei über 50 Mitgliedern der **Gruppe Reuß**, die einen Staatsstreich geplant hatte, darunter eine Polizistin aus Nordrhein-Westfalen. Die Gruppe folgte vor allem ideologischen Vorstellungen der **Reichsbürgerszene**. Allerdings spielten auch rechts-extremistische Verschwörungserzählungen, wie z.B. Q-Anon, eine Rolle.

**September 2023:**

Verbot der **Hammerskins Deutschland** durch das Bundesinnenministerium. Die Vereinigung bezweckte, ihre rechtsextremistische Weltanschauung insbesondere durch Konzertveranstaltungen auszuleben und zu verfestigen. Dadurch wurden auch Nicht-Mitglieder ideologisch radikalisiert. Von den 28 Adressaten des Verbotes waren vier Rechtsextremisten aus Nordrhein-Westfalen betroffen.

**September 2023:**

Verbot der **Artgemeinschaft** durch Bundesinnenministerium. Die sektenartig agierende rassistische und antisemitische Vereinigung vermittelte eine an den Nationalsozialismus angelehnte Ideologie. Eine besondere Rolle spielte dabei die manipulativ indoktrinierende Erziehung ihrer Kinder und der Vertrieb entsprechender Literatur. Vier der 39 Betroffenen stammen aus Nordrhein-Westfalen.

**Dezember 2023:**

Einstufung der *Jungen Alternative Nordrhein-Westfalen* als Verdachtsfall. Sie missachtet in ihren Aussagen und Forderungen die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, insbesondere die Menschenwürde und das Diskriminierungsgebot. Sie vermittelt ein negatives Menschenbild über bestimmte Minderheiten, welches ausschließlich an deren Nationalität oder Religionszugehörigkeit anknüpft.

**Januar 2024:**

Das Bundesverfassungsgericht urteilte, dass **Die Heimat** (vormals: **NPD**) für die Dauer von sechs Jahren von der staatlichen Parteienfinanzierung ausgeschlossen ist. Denn die Partei sei von ihren Zielen und dem Verhalten der Mitglieder und Anhänger darauf ausgerichtet, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beseitigen.

**Mai 2024:**

Das Oberverwaltungsgericht Münster hat in drei Urteilen entschieden, dass es rechtmäßig ist, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz die Partei *Alternative für Deutschland (AfD)* und ihre Jugendorganisation **Junge Alternative für Deutschland (JA)\*** als Verdachtsfall beobachtet und die Öffentlichkeit hierüber unterrichtet. Ebenso war die Beobachtung des sogenannten *Flügels* in der Vergangenheit - zunächst als Verdachtsfall, später als „erwiesen extremistische Bestrebung“ - und deren Bekanntgabe rechtmäßig. Die Berufungen der *AfD* und der **JA** gegen die Urteile des Verwaltungsgerichts Köln vom 08. März 2022 waren damit erfolglos.

**Mai 2024:**

Ein Video wird öffentlich bekannt, in dem junge Erwachsene auf einer Bar auf Sylt zum Lied „L'amour toujours“ den fremdenfeindlichen Slogan „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ skandieren. Dies wurde vielfach kopiert und eine Vielzahl ähnlicher Videos in den sozialen Medien verbreitet. Ebenso gab es einige Vorfälle in Nordrhein-Westfalen, bei denen die fremdenfeindliche Variante des Liedes bei Festen oder in Gaststätten skandiert wurde.

**Oktober 2024:**

Durchsuchungen bei sieben jungen Erwachsenen der Snapchat-Gruppe **Asgard Warriors** in Nordrhein-Westfalen, die rechtsextremistische Inhalte und Bilder von Waffen geteilt hatten.

\* Stand der Einstufung (Bund) 01.03.2025





## **Impressum**

Herausgeber

Ministerium des Innern  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Friedrichstraße 62-80  
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211/871-01  
Telefax: 0211/871-3355  
poststelle@im.nrw.de  
www.im.nrw.de

Redaktion

Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen

Telefon: 0211/871-2821  
Telefax: 0211/871-2980

kontakt.verfassungsschutz@im1.nrw.de  
www.im.nrw.de/verfassungsschutz

Stand: März 2025

Ministerium des Innern  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Friedrichstraße 62-80  
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211 871 01  
Telefax: 0211 871 3355

[poststelle@im.nrw.de](mailto:poststelle@im.nrw.de)  
[www.im.nrw](http://www.im.nrw)

